



universität
wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die printmediale Selbstreflexion über die
Berichterstattung der Massenmedien
zum Thema Terrorismus

verfasst von / submitted by

Daniela König, Bakk. phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 841

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe.

Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, 30.07.2017

Daniela König, Bakk. phil.

DANKSAGUNG

Danke an die Personen, die mich in der Zeit der Erstellung meiner Magisterarbeit unterstützt und motiviert haben.

Besonders dankbar bin ich meinem Freund dafür, dass er als starker Halt stets an meiner Seite war und mich besonders in den schwierigen Momenten unterstützt hat, genau so wie meiner Familie – vor allem meiner Mama, die in allen Lebenslagen für mich da ist.

Ein herzliches Dankeschön außerdem an Petra, die mir nicht nur in Sachen Magisterarbeit immer mit Rat und Tat zur Seite steht, und an meine Freundinnen und Kolleginnen für das stetige Verständnis.

Schließlich danke ich Ao. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell für die hilfreiche Unterstützung und das konstruktive Feedback.

Gendererklärung

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird im Rahmen dieser Magisterarbeit die Sprachform des generischen Maskulinums angewendet. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	1
1.1. KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFTLICHE PROBLEMSTELLUNG UND ERKENNTNISINTERESSE.....	2
1.2. AUFBAU DER ARBEIT.....	3
2. BEGRIFFSDEFINITIONEN.....	4
2.1. TERRORISMUS.....	4
2.2.1. Exkurs: Der IS – Islamischer Staat	5
2.2. SELBSTREFLEXION.....	11
3. THEORETISCHER RAHMEN.....	13
3.1. MEDIENJOURNALISTISCHE SELBSTBEOBACHTUNG	13
3.1.1. LEISTUNGSSPEKTRUM DER SELBSTBEOBACHTUNG	13
3.1.2. MÖGLICHE FALLEN IM RAHMEN DER SELBSTBEOBACHTUNG.....	14
3.2. MEDIEN UND GEWALT	17
3.3. MEDIENETHIK	19
3.3.1. Funktionen und Aufgaben der Medien	19
3.3.2. Medienethik und Terrorismus.....	23
3.4. PRESSEFREIHEIT	26
4. AKTUELLER FORSCHUNGSSTAND	27
4.1. JOURNALISTISCHE KOMMUNIKATION UND KOMMUNIKATION ÜBER JOURNALISMUS – DER SOGENANNTEN JOURNALISMUSJOURNALISMUS.....	27
4.1.1. Entscheidungsprozess und Darstellungsformen des Journalismusjournalismus	27
4.1.2. Problematik des Journalismusjournalismus als Selbstthematisierung	30
4.1.3. Selbstbeobachtungen und Fremdbeobachtungen des Journalismus.....	31
4.2. EIN VERGLEICH DER ARBEITSWEISEN VON JOURNALISTISCHEN TERRORISMUS- UND SICHERHEITSEXPERTEN AUS DEUTSCHLAND UND DEN USA.....	31
4.2.1. Der Erhalt von sich unter Verschluss befindlichen Informationen	31
4.2.2. Mögliche normative Schwierigkeiten für Journalisten	32
4.2.3. Selbstzensur	33
4.3. DER BEGRIFF „TERRORISMUS“ IN DEUTSCHEN PRINTMEDIEN	33
4.3.1. Unterschiede zwischen den verschiedenen Printmedien	34
4.3.2. Unterschiede je nach Zeitpunkt der Berichterstattung.....	34
4.3.3. Differenzen zwischen Bericht und Kommentar	34
4.3.4. Kriterien für die Begriffsverwendung.....	35
4.3.5. Studienergebnisse und Leitlinien für die Verwendung des Begriffes „Terrorismus“.....	35
5. EMPIRISCHE ERHEBUNG	38
5.1. FORSCHUNGSFRAGEN	38
5.2. METHODE: QUALITATIVE INHALTSANALYSE NACH MAYRING.....	39
5.3. VORSTELLUNG DES ANALYSEMATERIALS.....	47
5.4. KATEGORIENSYSTEM	48
5.4.1. Formale Kategorien pro Artikel	49
5.4.2. Inhaltliche Kategorien pro Kritikpunkt.....	52
5.4.3. Pretest.....	57
6. DARSTELLUNG UND INTERPRETATION DER ERGEBNISSE	58
6.1. FORMALE FORSCHUNGSERGEBNISSE	58
6.2. INHALTLICHE FORSCHUNGSERGEBNISSE.....	63
6.3. BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN UND HYPOTHESENGENERIERUNG	85

7. SCHLUSSBETRACHTUNGEN	93
7.1. ZUSAMMENFASSUNG & FORSCHUNGSAUSBLICK	93
8. LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	98
8.1. GEDRUCKTE QUELLEN	98
8.2. SAMMELBÄNDE	100
8.3. INTERNETQUELLEN	100
9. ABBILUNGSVERZEICHNIS.....	102
10. TABELLENVERZEICHNIS.....	103
11. ANHANG.....	104
11.1. KATEGORIENSYSTEM	104
11.2. SPSS ERGEBNIS-DATENANSICHT (AUSZUG)	113
11.3. DAS UNTERSUCHUNGSMATERIAL – DIE RELEVANTEN ARTIKEL.....	118
11.4. EHRENKODEX FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE PRESSE.....	155
11.5. PRESSEKODEX DEUTSCHER PRESSERAT	157
11.6. SCHWEIZER PRESSERAT	160
11.7. ABSTRACT.....	163

1. Einleitung

Der 11. September 2001 war ein schwarzer Tag – schockiert blickte die Menschheit nach New York. Medienberichte zu den Anschlägen der sogenannten Twin Towers gingen um die ganze Welt. Journalisten für Fernsehen, Radio, Zeitungen und Internet waren live vor Ort, um das unfassbar Geschehene in Sondersendungen und -ausgaben so zeitnah wie möglich zu porträtieren. Spätestens seit diesem Tag sieht sich der Journalismus vor neuen Herausforderungen zu einem speziellen Thema in Krisenzeiten – dem Thema Terror.

Auch in Europa war diese Art der Krisenberichterstattung in den vergangenen Jahren verstärkt präsent: Von Terror in Paris mit über 100 Toten und mehr als 300 Verletzten bis hin zu Anschlägen mittels eines LKW-Fahrzeuges wie in Nizza und Berlin mit ebenfalls rund 100 Toten – Schockierende Taten wie diese häufen sich in den vergangenen Jahren in Europa. Hierbei kommt immer wieder die terroristische Vereinigung IS – „Islamischer Staat“ in den Medien zum Vorschein, die sich hinter einigen dieser Anschläge verbirgt und in diesem Fall sogar zu all den drei oben genannten Anschlägen öffentlich bekannte.

In Zeiten wie diesen ist es notwendig, sich zu fragen, welche Verantwortung den Medien bei der Berichterstattung über solche Anschläge zuteil wird. Denn Medien liefern nicht nur ihren Lesern die ihnen zustehenden Informationen über diese Terrorakte, sondern spielen auch für die Terroristen eine wichtige Rolle und rücken somit ins Zentrum der Tat, wenn auch unfreiwillig. Terroristen zielen darauf ab, die Reichweite ihrer Taten durch die Medien zu vergrößern und gerade der IS arbeitet besonders stark mit Propaganda.

Doch inwiefern können die Massenmedien dem Terrorismus entgegenwirken und die Mediennutzer trotzdem angemessen informieren? Welche Art der Berichterstattung ist im Fall des Terrorismus angemessen und welche Rolle kommt den Medien zu? Genau diese Problematik ist jene, welcher sich die vorliegende Forschungsarbeit widmet.

In diesem Kapitel wird die kommunikationswissenschaftliche Problemstellung eingebettet in das Erkenntnisinteresse ausführlich dargestellt, bevor eine Erläuterung des Aufbaus der vorliegenden Forschungsarbeit erfolgt, die zeigt, welche Inhalte in welchen Teilen dieser Arbeit behandelt werden.

1.1. Kommunikationswissenschaftliche Problemstellung und Erkenntnisinteresse

Im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit soll die journalistische Selbstreflexion zum Thema Terrorismus in den Printmedien beleuchtet werden. Attentate wie jene in Paris am 15. November 2015 stellen die Medien vor die Frage, was eine angemessene Medienberichterstattung ausmacht. Vor allem der Angriff auf die Charlie Hebdo-Redaktion hat außerdem eine große Debatte zur Ausübung der Meinungsfreiheit ausgelöst. Im Rahmen dieser Arbeit sollen alle selbstreflexiven Diskussionen, die in den untersuchten Medien zum Thema Terrorismus geführt werden, herausgearbeitet und analysiert werden, um einen Überblick über die aktuelle Debatte geben zu können.

Da neben der Art der zu analysierenden Medien für die vorliegende Forschungsarbeit auch ein zeitlicher Rahmen festgelegt werden muss, ist hiermit zu betonen, dass es sich bei dieser wissenschaftlichen Arbeit lediglich um einen überblicksmäßigen Baustein von Beitrag zur Mediendebatte über Terrorismus handelt, und nicht um eine ganzheitliche Beantwortung der Frage zum Umgang mit dem Terrorismus in den Medien.

„... die Berichterstattung über Journalismus (wird) [gleichzeitig] zur journalistischen Selbstthematisierung, die dem Journalismus eine Auseinandersetzung mit sich selbst ermöglicht und zu seiner Stabilisierung und Anpassungsfähigkeit beitragen kann.“ (Malik, 2004, S. 19)

Genau dazu, nämlich zur möglichen Anpassungsfähigkeit des Journalismus, soll diese Forschungsarbeit einen Beitrag leisten. Sie soll den Umgang mit dem Thema Terror innerhalb des zeitlichen und medialen festgelegten Rahmens analysieren und die Erwartungen und Meinungen seitens verschiedenster Akteure darlegen, um aktuelle Erkenntnisse für mögliche, angemessene Handlungsweisen das Thema Terror betreffend zu bieten.

„Journalismus funktioniert als bedeutende Instanz individueller und gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktion.“ (Malik, 2004, S. 17) Medien tragen eine große Verantwortung den Mediennutzern gegenüber, da sie die Meinungsbildung ihrer Leser stark prägen können. Deshalb spielen im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auch kritische Aspekte wie die Verantwortung der Medien in Hinblick auf menschenfeindliche Ideen eine Rolle, die der mediale Umgang mit dem Thema Terrorismus oft mit sich bringt.

Das Thema ist insofern ein kommunikationswissenschaftlich relevantes, indem die Rolle und Aufgabe der Medienschaffenden beleuchtet wird. Es soll ein Überblick über die journalistische Selbstreflexion zum Thema Terrorismus gegeben und die sich daraus ergebenden Schlüsse zu den Tendenzen für die zukünftige angemessene Handhabung des Themas gezogen werden. Auch politische und psychologische Aspekte spielen in das Forschungsthema mit ein, wenn die Motive der Attentäter oder die Angst vor negativen Folgen von Gewaltdarstellungen in den Medien wie zum Beispiel das Problem möglicher Nachahmungstäter betrachtet werden. In der vorliegenden Arbeit soll somit ein umfassendes Bild der aktuellen, selbstreflexiven Mediendebatte zum Thema Terrorismus-Berichterstattung gegeben werden – alle einfließenden Aspekte mit eingeschlossen.

1.2. Aufbau der Arbeit

Nach der thematischen Einleitung folgen eine Erläuterung des Erkenntnisinteresses sowie die Darstellung der kommunikationswissenschaftlichen Relevanz des Themas.

Anschließend wird im zweiten Kapitel eine Definition der für die vorliegende Arbeit relevanten Begriffe "Terrorismus" und "Selbstreflexion" sowie ein Exkurs zum Thema "Islamischer Staat" gegeben – Grund dafür sind die in der Untersuchung vorkommenden Ereignisse, die sich größtenteils auf den sogenannten IS beziehen.

Im dritten Kapitel wird der theoretische Rahmen gelegt, der die Basis für die im vierten Kapitel folgende empirische Untersuchung darstellt. Kapitel 3 umfasst einerseits das Thema Selbstbeobachtung mit ihren Leistungen und Fallen, und andererseits die Bereiche Medien und Gewalt sowie Medienethik und Pressefreiheit.

Außerdem wird der aktuelle Forschungsstand zum Thema dargestellt, aus dem die in Kapitel 5.1. vorgestellten Forschungsfragen entwickelt wurden.

Das fünfte Kapitel dreht sich um die empirische Erhebung dieser Arbeit, dessen Untersuchungsdesign und Methodik in den Kapiteln 5.2. bis 5.4. detailliert beschrieben werden. Nach einer ausführlichen Darstellung und Interpretation der Ergebnisse sowie der Beantwortung der Forschungsfragen samt Hypothesengenerierung und Inbezugsetzung mit dem theoretischen Kapitel dieser Arbeit im sechsten Abschnitt widmet sich das siebente Kapitel einer überblicksverschaffenden Zusammenfassung der Ergebnisse und einem anschließenden Ausblick auf mögliche, zukünftige Forschungen.

Im Zuge dessen soll auch auf die Problematiken und Grenzen, an die die vorliegende Arbeit gestoßen ist, eingegangen werden.

Nach Aufstellung der Bibliographie sind im Anhang zum einen das Kategoriensystem, die SPSS Datenansicht, die untersuchten Artikel sowie zum anderen auch neben dem Lebenslauf der Autorin die jeweiligen Kodizes zur Pressefreiheit des österreichischen, deutschen und des Schweizer Presserates zu finden.

2. Begriffsdefinitionen

In diesem Kapitel sollen die zentralen Begrifflichkeiten erklärt werden, die für die vorliegende Arbeit relevant sind. Dabei soll definiert werden, was unter dem Begriff Terrorismus verstanden wird, welche Rolle der IS in diesem Zusammenhang spielt und welche terroristischen Ereignisse in den Zeitrahmen dieser Untersuchung fallen. Ausserdem soll auch der Begriff Selbstreflexion in Bezug auf die Medien genauer beleuchtet werden.

2.1. Terrorismus

Laut Hoffman stehen zwei Aspekte in Zusammenhang mit Terrorismus: erstens Politik und zweitens Macht. Das Streben nach und das Innehaben von Macht zwecks Erfüllung politischer Wunschvorstellungen stehen bei Hoffmans Begriffsdefinition im Zentrum (vgl. Hoffman, 2001, S. 15).

„Beim Terrorismus geht es (also) um Gewalt – oder, ebenso wichtig, um die Androhung von Gewalt – und diese Gewalt wird zugunsten oder im Dienste eines politischen Ziels benutzt und eingesetzt.“ (Hoffman, 2001, S. 15)

Den Begriff Terrorismus aber konkret und präzise zu definieren erweist sich aufgrund seines Bedeutungswandels seit der Französischen Revolution, in der der Begriff zum ersten Mal aufkam, als diffizil. Während Terrorismus damals eine eher positive Konnotation aufwies und als Instrument für Ordnung und Stärkung der Machtposition seitens der Regierung zum Einsatz kam, verfügt der Begriff heutzutage über einen negativeren Beigeschmack als früher und richtet sich gegen die Regierung (vgl. Hoffman, 2001, S. 15f.).

Obwohl sich eine einheitliche Definition des Begriffes aufgrund der sehr unterschiedlichen, möglichen Motive von Terroristen als Herausforderung erweist, lässt sich eine Gemeinsamkeit aller terroristischer Gruppen festmachen: Jede ihrer terroristischen Handlungen passiert mit genauem Sinn und Zweck im Hinterkopf – nämlich eine höchstmögliche Öffentlichkeit herzustellen. Ohne diese wäre die Reichweite ihres Handelns auf die Menschen vor Ort limitiert – die terroristischen Täter streben daher nach der Veröffentlichung in den Medien, um das Potential ihrer Tat voll ausschöpfen zu können (vgl. Hoffman, 2001, S. 172f.).

„Terrorismus kann daher als gewalttätiges Handeln betrachtet werden, daß bewußt [sic!] so präsentiert wird, daß [sic!] es Aufmerksamkeit auf sich lenkt und dann mittels der Publizität, die es schafft, eine Botschaft übermittelt.“ (Hoffman, 2001, S. 172) Genau das ist es, was den Sinn und Zweck dieser Arbeit unterstreicht: Die Massenmedien stellen den wichtigsten Kanal zur Verbreitung von Informationen über terroristische Taten dar und übernehmen somit eine maßgebliche Rolle. Wie sie dieser Rolle nachgehen und ob hier aus Sicht der relevanten Akteure und in Bezug auf die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit Verbesserungsbedarf besteht, soll in vorliegender Arbeit analysiert und präsentiert werden.

2.2.1. Exkurs: Der IS – Islamischer Staat

„Der Islamische Staat ist der größte und gefährlichste Feind der Freiheit, den das 21. Jahrhundert hervorgebracht hat.“ (Haller, 2016: S. 29)

Wo man heutzutage in den Medien von Terror liest ist zumeist auch die Rede vom Islamischen Staat. Es gibt viele Formen und Motive den Terrorismus betreffend, allerdings soll in dieser Arbeit genauer auf eine aktuelle Welle des Terrorismus eingegangen werden, die sich auch im Untersuchungsmaterial mehrheitlich wiederfand.

„Der IS hat sich zu den Anschlägen bekannt“ – Sätze wie diese sind nach einem Anschlag in der heutigen Zeit durchaus nicht selten zu hören. Da in der vorliegenden Forschungsarbeit der Fokus auf Terroranschläge des 21. Jahrhunderts liegt, soll an dieser Stelle eine Definition des sogenannten IS gegeben werden sowie eine Erläuterung seiner Entstehung stattfinden. Im Anschluss daran soll kurz auf jene Terrorakte des IS eingegangen werden, die bei der Untersuchung des Materials für die vorliegende Arbeit eine Rolle spielen und somit bei der Darstellung der Ergebnisse Beachtung finden.

Der IS hat sich laut Haller aus dem radikalen Salafismus heraus entwickelt, welcher wiederum eigentlich als Fortschrittsbewegung entstanden ist. Während die islamische Welt dem alten Europa in vielen Wissenschaftsbereichen weit voraus war, holte die westliche Welt seit der Renaissance immer mehr auf. Jetzt gab es Muslime, die dafür sorgen wollten, diese Vorrangstellung der islamischen Welt erneut zu erreichen, indem sie wieder nach den Regeln des Kalifats lebten wie es sie zur Blütezeit im 7. Jahrhundert gab (vgl. Haller, 2016: S. 26 f.).

Der Islamische Staat, wie es ihn heute gibt, ist eigentlich im Rahmen einer Freiheitsbewegung entstanden. Seine Entstehung geht sogar bis zum Irakkrieg 2003 zurück (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 9). Durch den Bürgerkrieg, der beim Aufstand gegen Diktator Assad entstand, gelang es den selbsternannten Gotteskrieger in diesem Chaos als Staat zwischen den Staaten Fuß zu fassen. Hier bestimmen die Regeln des 7. Jahrhunderts das Leben: Vollverschleierung der Frauen, strengstes Verbot von Alkohol, Zigaretten sowie von jeglicher Art von Vergnügen gehören zur Tagesordnung (vgl. Haller 2016: S. 26 f.).

Was Haller jedoch betont: *„Nicht jeder Salafist ist ein Dschihadist, aber jeder Dschihadist ist immer ein Salafist.“* (Haller, 2016: S. 28) Nur ein winzig kleiner Bruchteil der Muslime in Deutschland bekennt sich zum Salafismus – nämlich weniger als 1% der Bevölkerung. Innerhalb dieser Szene gibt es einerseits die gewaltbereiten Salafisten, die den Gottesstaat als das Größte aller Ziele sehen und jeden als Feind bezeichnen, der sich gegen diesen Staat stellt, während es andererseits die Mehrheit der Salafisten gibt, die selbst gegen dieses Terrorregime sind. Sie wollen zwar nach den Regeln des 7. Jahrhunderts leben, aber sehen beispielsweise die Zivilisten nie als Feind an, dem man willkürlich das Leben nehmen darf (vgl. Haller, 2016: S. 28).

Ganz im Gegenteil zu dem sunnitischen Jordanier Abu Musab Al Zarkawi, mit dem 2003 die Ursprünge des IS entstanden. Kurz nach der US-Invasion gelang es Zarkawi, eine Kampftruppe im Irak mit etwa 2.000 Kämpfern aufzubauen. Sein Ziel war es, gegen die Amerikaner und auch gegen die Schiiten anzukämpfen, die seit dem Sturz von Saddam Hussein die uneingeschränkte Macht im Irak übernommen hatten. Die sunnitische Bevölkerung wurde mit brutalen Methoden von den Schiiten unterdrückt und genau von dieser misslichen Lage der Sunniten profitierte Zarkawi. Er startete eine blutige Anschlagswelle mit bevorzugten Opfern wie irakischen Soldaten, Polizisten und vor allem Schiiten. Weltweite Aufmerksamkeit generierte Zarkawi durch ein Video, in dem er 2004 einem Amerikaner den Kopf abschnitt.

Auch als er im Herbst 2004 offiziell verkündete, dass er Al Qaida beitreten würde, setzte er seine brutalen Mord-Methoden weiter fort. Diese waren sogar Al Qaidas führenden Köpfen zu radikal – laut Bin Ladens Stellvertreter Ayman Al Zawahiri kamen zu viele Zivilisten und Schiiten zu Tode. Im Gegenteil zu Zarkawi zielten Al Qaida eigentlich auf eine Versöhnung zwischen den Sunniten und Schiiten ab. Zarkawi behielt seine brutale Vorgangsweise jedoch bis zu seinem Tode 2006 bei einem gezielten Luftanschlag der USA bei (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 10 f.).

Al Qaida jedoch kämpfte weiter und rief im Oktober 2006 den Islamischen Staat im Irak (ISI) aus, als dessen Führer der Ägypter Abu Ayyub Al Masri galt. Alle Anschläge und Widerstände gingen in der Öffentlichkeit auf das Konto der ISI-Kämpfer, auch wenn die Realität anders aussah. Den USA kam ein konkretes Feindbild nur gelegen, damit sie den weitergeführten Krieg vor ihren Wählern rechtfertigen konnten (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 10).

Da die USA und ihre Kämpfer jedoch schon stark angeschlagen waren, mussten diese ihre Strategie ändern und konnten mit Millionenzahlungen an die Sunniten ein militärisches Stillhalteabkommen erreichen. *„Motiviert durch die Zusage, später an der Macht und am Wohlstand des Irak beteiligt zu werden, vertrieben die sunnitischen Stämme den zunehmend unbeliebten ISI aus seinen Hochburgen.“* (Todenhöfer, 2015: S. 12) Dadurch befand sich der ISI schließlich in einer Existenzkrise, aber trotzdem haben die USA den Kampf im Irak verloren. Sie konnten ihr Gesicht nur durch die geleisteten Geldzahlungen wahren, um 2011 als „Scheingewinner“ aus dem Irak abzuziehen. Ihr Versprechen gegenüber den Sunniten hielten sie jedoch nicht – statt belohnt zu werden, wurden die Sunniten erneut vom politischen Leben im Irak ausgeschlossen und somit viele Sunniten wieder arbeitslos. Sie mussten unter einem antisunnitischen Terrorregime leben. Todenhöfer kritisiert den Westen, der von all dem wusste, aber nichts unternommen hatte (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 13).

Nachdem die damaligen ISI-Chefs Al Masri und Al Baghdadi im April 2010 durch einen US-Luftanschlag ums Leben kamen, wechselte der ISI wieder den Führer. Ab Mai 2010 übernahm Abu Bakr Al Baghdadi die Führung des ISI, der immer noch Al Qaida unterstand. Der ISI wuchs und bekam Unterstützung ehemaliger Saddam-Kommandeure, die ebenfalls 2003 aus dem politischen Leben des Iraks ausgeschlossen wurden und ergriffen nun eine neue Chance. Al Baghdadi fuhr in der Art von Brutalität fort wie es Zarkawi zu pflegen tat.

Wie bereits oben erwähnt spielte außerdem der bewaffnete Widerstand gegen Assad in Syrien eine Rolle. Baghdadi gründete hier eine neue Terrorgruppe namens Jabhat Al Nusra, die in den folgenden Monaten erfolgreich gegen das syrische Regime kämpfte. Geheim gehalten wurde zunächst aber die Nähe Jabhat Al Nusras zum IS, da der IS unter den Syrern nicht beliebt war. Indirekt unterstützt wurden die Aufstände in Syrien durch sämtliche Regierungen und den Nahen Osten – nämlich durch Geld und Waffenlieferungen zum Beispiel seitens der USA. Sie wollten vermeintlich so kontrollieren, dass die Waffen an Rebellen, nicht aber an Jabhat Al Nusra oder andere radikale Gruppen gehen. Sind die Waffen einmal auf syrischem Boden angekommen, haben die USA jedoch keine Kontrolle mehr und so gerieten die Waffen auch an die terroristischen Gruppen.

Es kam zu einem Aufschwung im Waffenhandel, die meisten Waffen gingen an radikale islamistische Gruppen, sodass Jabhat Al Nusra schließlich zur stärksten Rebellengruppe Syriens heranwuchs (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 13 ff.).

Nun sah sich ISI-Anführer Al Baghdadi gezwungen, die Zusammengehörigkeit von ISI und Jabhat Al Nusra öffentlich zu verkünden und von Jabhat Al Nusra Anführer den Treueeid einzufordern. Dieser weigerte sich jedoch und bestand darauf, die beiden Terrorgruppen weiterhin getrennt zu führen. Al Baghdadis Reaktion darauf war ein offizieller Abbruch mit Al Qaida sowie die Erklärung Jabhat Al Nusras Anführer zu einem Abtrünnigen, der dem Islam nicht gerecht würde. In Folge verließen über die Hälfte der Kämpfer Jabhat Al Nusra sowie den „abtrünnigen“ Anführer und traten zu Al Baghdadi über.

Der Nordosten Syriens geriet in Kontrolle von Al Baghdadi, welcher ISI nun in ISIS (Islamischer Staat im Irak und Al Sham) und schließlich nur noch in IS, Islamischer Staat, umbenannte. Somit war die Ausrichtung des IS nicht mehr national begrenzt, sondern sogar global ausgeweitet. 2004, bei der Ausrufung des Kalifats seitens Al Baghdadi, lebten sogar bereits über 6 Millionen Menschen im Islamischen Staat. (vgl. Todenhöfer, 2015: S. 15 f.)

„Der Islamische Staat ist ein Möchtegern-Weltreich, das die ganze Welt zum Feind erklärt und – gleichzeitig – überall auf der Welt Unterstützer findet.“ (Neumann, 2016: S. 75)

Laut Haller sind die Ausmaße des Islamischen Staates sowie seine tatsächlichen Anhänger schwer schätzbar: *„Die neuesten Schätzungen deutscher Stiftungen gehen davon aus, dass zwischen 10000 und 15000 Männer im Dienst der Terrororganisation stehen. Andere Quellen gehen davon aus, dass der IS bis zu 40000 Männer an den Waffen hatte.“* (Haller, 2016: S. 27)

Neumanns Institut veröffentlicht seit 2013 regelmäßig Schätzungen, die auf zahlreichen Quellen basieren. Die aktuellsten Zahlen vom Januar 2015 besagen, dass mindestens 20.700 Ausländer nach Syrien und in den Irak gegangen sind (vgl. Neumann: „foreign fighter total“ zit. nach Neumann, 2016: S. 109). Laut Neumann sind ausländische Kämpfer der gefährlichste Teil der Organisation, da sie nicht für Familie, Freunde und Heimat kämpfen und somit schwerer von Kompromissen zu überzeugen sind und zu noch mehr Gewalt bereit sind (vgl. Neumann, 2016: S. 92).

Es stellt sich die Frage, was beispielsweise Deutsche oder Österreicher dazu bewegt, sich dem IS anzuschließen? Wieso geht man aus seinem wohlbehüteten Leben hinein in den Krieg für eine Religion, deren Ziel es ist, alle Andersdenkenden zu töten?

Haller hat für die aktuelle Radikalisierung folgende Erklärung: Die Menschheit hat im 21. Jahrhundert so viele Möglichkeiten in Bezug darauf, wer sie sein will, dass sich viele damit überfordert fühlen und der Einfachheit wegen zu extremen Lösungen neigen. Genau das bieten radikale Glaubensrichtungen an. Vor allem bei den Salafisten ist alles „vereinfacht“, was das Leben betrifft. Selber denken ist gar nicht mehr erforderlich, denn Allah gibt den Weg vor, der zu gehen ist (vgl. Haller, 2016: S. 28 f.).

Neumann wiederum unterteilt die ausländischen IS-Kämpfer und ihre Motivation, sich dem IS anzuschließen, in 3 Gruppen: Die Verteidiger, die Sinnsucher und die Mitläufer (vgl. Neumann, 2016: S. 112 ff.). Während die Verteidiger zu der früheren Fraktion an Kämpfern gehörten (sie wollten die sunnitische Bevölkerung verteidigen), stellen die Sinnsucher und Mitläufer das aktuelle Bild der ausländischen Kämpfer dar. Bei den Sinnsuchern geht es vor allem um das Bedürfnis nach Identität, Gemeinschaft, Macht und Männlichkeit. Zu Hause gehören sie eher der gesellschaftlichen Unterschicht an und ihr Leben ist durch Aussichtslosigkeit geprägt. Der IS gibt ihnen genau das, was sie in ihrem ursprünglichen Zuhause nie bekommen haben: Akzeptanz, Anerkennung und eine wichtige Rolle (vgl. Neumann, 2016: S. 116 f.).

Bei den Mitläufern geht es ähnlich wie bei den Sinnsuchern um soziale Probleme. Ihnen ist die Erhaltung einer emotionalen Bindung an eine Gruppe und einen Anführer besonders wichtig. Und so ist auch die Ausreise nach Syrien und in den Irak gemeinsam mit ihrer Gruppe durchaus eine Möglichkeit für die Mitläufer (vgl. Neumann, 2016: S. 119 f.).

Drei Namen kommen auf, wenn es um die Anfänge und die Behauptung des Islamischen Staates geht, wie es ihn heute gibt. Ganz am Anfang stand eine Gruppe unter dem Dschihadisten Abu Musab al-Zarqawi, die nach dem Irakkrieg im Jahr 2003 als eine der wichtigsten innerhalb der dschihadistischen Bewegung galt, jedoch scheiterte. In den darauffolgenden Jahren baute der Syrer Abu Mohammed al-Dschaulani eine Gruppe in Syrien auf, während Abu Bakr al-Baghdadi, der aktuelle Anführer des Islamischen Staates, Zarqawis Modell fortsetzte – nur auf brutalere Weise (vgl. Neumann, 2016: S. 76).

Er gehörte seit 2006 zur Führung des Islamischen Staates im Irak und seit 2010 steht er an dessen Spitze. 2014 kam es zur formellen Ausrufung des Kalifats seitens Baghdadis, einer Audio-Botschaft über den Anschluss al-Nusras an den ISI, was als größter Erfolg der dschihadistischen Welt bis da zum damaligen Zeitpunkt bezeichnet wurde (vgl. Neumann, 2016: S. 81 ff.).

Im Folgenden soll eine kurze Erläuterung der für die vorliegende Arbeit relevanten Terrorakte stattfinden. In den Untersuchungszeitraum dieser Forschungsarbeit fallen folgende größere Ereignisse:

- Der Angriff auf die Charlie Hebdo-Redaktion am 07.01.2015
- Die Anschlagserie von Paris am 13.11.2015
- Die Amokfahrt in Nizza am 14.06.2016
- Der Amoklauf in München am 22.07.2016
- Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19.12.2016

In drei der fünf Fälle bekannte sich der Islamische Staat zu den Anschlägen, nämlich im Falle von Paris, Nizza und Berlin. Die Charlie Hebdo-Redaktion wurde von Al-Qaida-Anhängern angegriffen und der Amoklauf in München bezog sich nicht auf religiöse oder politische Motive. Trotzdem ist auch die Reflexion über den Münchener Amoklauf für das vorliegende Forschungsthema von Bedeutung und soll mit der Reflexion zu den anderen Ereignissen in Bezug gesetzt werden. Dies ist in Kapitel 6 ersichtlich, wo auch auf die einzelnen Ereignisse detaillierter eingegangen wird.

2.2. Selbstreflexion

Luhmann beschrieb die journalistische Selbstbeobachtung bereits 1985 als *“wichtigste Bedingung des evolutionären Bewährungserfolges sozialer Systeme.”* (Luhmann, 1985: S. 408 zit. nach Löffelholz, 1995: S. 172)

Auch Löffelholz bezeichnet die journalistische Selbstbeobachtung als essenziell, was die Stabilisierung und Transformation des Journalismus betrifft. Sie ermöglicht eine Reflexion, die wiederum auf eine Reduzierung des komplexen, operativen Systems abzielt und in Folge optimalere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Gerade in der Krisenberichterstattung spielt dieser Prozess eine große Rolle, da das System laut Löffelholz in Krisenzeiten in Frage gestellt wird und es an neue Bedingungen angepasst werden muss (Löffelholz, 1995: S. 173).

Krisen bedrohen zentrale Werte eines Systems und gefährden die Sicherheit – in manchen Fällen reicht die Gefährdung bis hin zum Existenzlimit. Sie erfordern oftmals Entscheidungen unter Zeitdruck (vgl. Löffelholz, 1995: S. 174). Der Aspekt der Geschwindigkeit ist ein großer Faktor in der Krisenberichterstattung und stellt ein Dilemma für die Journalisten dar. Durch die beschleunigte Berichterstattung, die in oftmals live stattfindet, können die Medien sogar Teil der jeweiligen Krise werden. Wie im vorigen Kapitel bereits erwähnt zielen Terroristen auf die Öffentlichkeit direkt ab, die ihnen die Medien durch die Berichterstattung gewähren. Ein weiterer Negativ-Aspekt des Themas Geschwindigkeit betreffend ist, dass die immer schneller werdende Auslieferung der Informationen von den Journalisten an die Mediennutzer eine sorgfältige Prüfung der Quellen nahezu unmöglich macht (vgl. Löffelholz, 1995: S. 177 f.). Gerade aufgrund der eben genannten Herausforderungen braucht es eine journalistische Selbstreflexion, die Handlungsalternativen aufzeigt und eine journalistische Verbesserung ermöglicht.

Reflexion bedeutet, dass soziale Systeme ihre eigene Wirkung in der Umwelt im Vergleich zur Wirkung anderer Systeme in ihrer Umwelt sehen und die jeweiligen Unterschiede beobachten. Dabei kommt es zur Selbstthematization des Systems und es sieht sich als Umwelt anderer sozialer Systeme (vgl. Luhmann, 1975: S. 73 und Wilke, 1987: S. 73 zit. nach Löffelholz, 1995: S. 181). Ermöglicht wird die Selbstreflexion durch die Selbstbeobachtung, welche dann stattfindet, wenn sozusagen eine journalistisch kommunizierte Information auf Journalismus verweist (vgl. Löffelholz, 1995: S. 180).

Die eben beschriebene Selbstbeobachtung ist Gegenstand der vorliegenden Forschungsarbeit und soll Aufschluss über die Selbstreflexion der Medien in Bezug auf das Thema Terrorismus geben. Bevor die konkreten Forschungsfragen dieser Arbeit dargestellt werden, folgt im nächsten Kapitel die Präsentation der theoretischen Basis dieser Arbeit.

3. Theoretischer Rahmen

Nachfolgend sollen die Merkmale der Selbstbeobachtung sowie ihre Grenzen und Fallen beleuchtet werden, genauso wie das Thema Gewalt in Massenmedien und der normative Kontext in Form der Ethik und Pressefreiheit. Außerdem werden aktuelle und zentrale Studien aus dem Forschungsbereich Massenmedien und Terrorismus vorgestellt, die als Grundlage für die Erstellung der forschungsleitenden Fragestellungen dienen.

3.1. Medienjournalistische Selbstbeobachtung

Im Anschluss an die Definitionsannäherung zum Begriff Selbstreflexion im vorigen Kapitel soll nun auf den konkreten Prozess der Selbstbeobachtung eingegangen werden.

3.1.1. Leistungsspektrum der Selbstbeobachtung

Die Funktionen der massenmedialen Selbstbeobachtung belaufen sich nach Beuthner und Weichert auf fünf Ebenen (vgl. Weichert/Beuthner, 2005, S. 19f.):

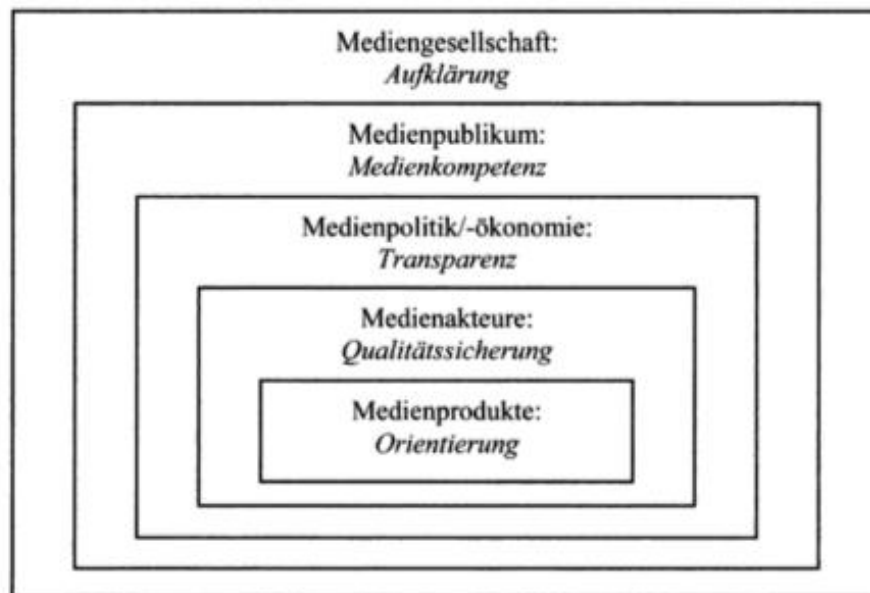


Abbildung 1: Gegenstände und Funktionen medienjournalistischer Selbstbeobachtung
(Beuthner/Weichert, 2005: S. 19)

Abbildung 1 ist von unten nach oben zu lesen und beschreibt folgenden Prozess: Der Medienjournalismus erfüllt mittels Produktkritik eine Orientierungsfunktion und seine Medienakteure sorgen für Qualitätssicherung. Außerdem wird auf medienpolitischer und -ökonomischer Ebene Transparenz geschaffen. Dadurch entsteht beim Publikum Medienkompetenz, die wiederum zur gesellschaftlichen Aufklärung beiträgt.

Der Prozess der Selbstbeobachtung birgt jedoch mögliche Fallen und Problemstellungen, die im nachfolgenden Kapitel angeführt werden.

3.1.2. Mögliche Fallen im Rahmen der Selbstbeobachtung

Obwohl die oben genannten Funktionen in der Theorie leicht formuliert sind, sieht sich der Medienjournalismus in der Praxis gegenüber einiger Probleme und Fallen, wenn es um das Selbstverständnis geht.

3.1.2.1. Die Definitionsfalle

Medienjournalisten stehen vor der Frage, worüber sie berichten sollen. Die Überschneidung der Medien mit zahlreichen anderen Gesellschaftsbereichen erschwert eine klare Definition des zu beobachtenden Gegenstandes. Oft werden die Medienjournalisten ihrer Aufgabe nicht gerecht, da Gegenstände, die Aspekte sowohl aus dem Medienbereich als auch z.B. aus dem Politikbereich beinhalten, an die entsprechenden Ressorts abgetreten werden (vgl. Beuthner/Weichert, 2005: S. 20).

Um der oben genannten Orientierungsfunktion als Medienjournalist in vollem Maße nachkommen zu können sowie die Definitionsfalle zu vermeiden, bedarf es laut Beuthner und Weichert einerseits einer detaillierteren Tätigkeitsdefinition und andererseits einer Erweiterung des Berichterstattungsfeldes. Dabei sollen an Pressemitteilungen orientierte sowie von PR-Veranstaltungen inspirierte Artikel vermieden und gleichzeitig systemkritische und -relevante Themen wie aktuelle Trends verstärkt in die Berichterstattung aufgenommen werden. Auch die längerfristige Beobachtung vom Umgang der Medien mit Katastrophen und kritischen Themen wie zum Beispiel den 11. September sehen Beuthner und Weichert als überaus wichtig an, um den Medienjournalismus in Richtung allumfassende Berichterstattung zu treiben und somit dessen Orientierungsfunktion für die Leser vollends zu ermöglichen (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 24 f.).

3.1.2.2. Die Rollenkontextfalle

Weichert und Beuthner beschreiben als weitere Falle das Problem eines Rollenkonfliktes, mit dem es die Medienjournalisten zu tun haben. Dieser hat mehrere Aspekte. Einer davon: Dadurch, dass der Medienjournalist Teil des zu beobachtenden Feldes ist, hat er ein verengtes Blickfeld, das dazu führen könnte, die Interessen der Leser und deren breitere Sichtweise fälschlicherweise auszublenden. Stattdessen kommt der Medienjournalist dem Informationsbedürfnis seiner eigenen Kollegen nach.

Gleichzeitig wird er auch seitens der Kollegen beobachtet und so kommt es bei Äußerung von Kritik – auch wenn sie fair und konstruktiv ist – oft zur Abstempelung der Kritik zu einer Art „*Kollegenschelte*“, sodass die Funktion der Qualitätssicherung behindert wird (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 21).

3.1.2.3. Die Unabhängigkeitsfalle

Der Medienjournalist als Arbeitnehmer steht in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber, was die transparente Kritik seitens des Medienjournalisten dem Arbeitnehmer gegenüber erschwert. Zum Schutze des Systems werden oft Fehlleistungen ausgeblendet und die Kommunikation und Offenlegung eigener Probleme vernachlässigt. Die Komplexität des Netzwerkes der Medien stellt den Medienjournalisten vor eine schwierige Aufgabe und die Abhängigkeit sowie der Aspekt der Loyalität gegenüber des Arbeitsgebers hindern ihn, einen klaren, unabhängigen Standpunkt zu vertreten (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 21 f.).

Um die beiden eben genannten Fallen – sowohl die Rollenkontext- als auch die Unabhängigkeitsfalle – zu umgehen und gleichzeitig Qualität und Transparenz des Medienjournalismus zu stärken, ist laut Beuthner und Weichert die Installation von sogenannten Ombudsleuten von Nöten.

„Denn der Vorwurf der Kollegenschelte (Rollenkontextfalle) und verlegerische Loyalitäten (Unabhängigkeitsfalle) können nur dann erfolgreich abgewehrt werden, wenn zusätzlicher publizistischer Freiraum entsteht.“ (Beuthner und Weichert, 2005: S. 25)

Jener ist durch spezielle Statute wie Ombudsleute gegeben und sorgt durch festgesetzte Standards für erstens vielfältigere Berichterstattung, was die kritische Haltung betrifft, und folglich auch für die Steigerung der Glaubwürdigkeit des jeweiligen Mediums (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 25).

3.1.2.4. Die Vermittlungsfalle

Beuthner und Weichert beschreiben die Medien als Special-Interest-Medium, das nur einen kleinen Kreis an Leuten anspricht. Die Gründe für die Probleme bei der Begeisterung eines größeren Personenkreises für Medienthemen sehen die beiden Autoren einerseits in den fehlenden finanziellen Mitteln und in den folglich unzureichenden Strukturen und Ressourcen innerhalb des „Außenseiter-Ressorts“ Medienjournalismus. Diese Aspekte hindern die Medienjournalisten daran, die Leserschaft medienkompetent mit Informationen zu beliefern und ihrer Aufgabe angemessen nachzugehen (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 22 f.).

Um der Aufgabe der Medienkompetenzfunktion nachzukommen, benötigt es laut Beuthner und Weichert also folgende, grundlegende Aspekte (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 26):

1. Entsprechende personelle und redaktionelle Ressourcen
2. Weg vom Expertentum hin zur gesellschaftlichen Relevanz der Medien
3. Sach- und Fachwissen seitens der Medienjournalisten durch fundierte Ausbildung

3.1.2.5. Die Selbstverständnisfalle

Die Selbstverständnisfalle bezieht sich darauf, worin Medienjournalisten ihre Aufgabe sehen und inwiefern sie investigativ oder neutral arbeiten.

„Je mehr sich der Medienjournalismus auf die reine Berichterstatteposition zurückzieht, desto weniger wird an das professionelle Verantwortungsgefühl eines jeden Medienjournalisten appelliert, womit seine Fähigkeit zur Selbstbespiegelung allmählich verloren geht.“ (Beuthner und Weichert, 2005: S. 23)

Somit entsteht eine Negativspirale, in der die verloren gegangene Selbstreflexion wiederum dazu führt, dass durch die fehlende Aufklärung der Gesellschaft die Glaubwürdigkeit und sogar die Existenz der Medien an der Kippe stehen (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 23).

„Die Ansprüche, die Journalisten anderer Ressorts an sich und ihre Berichterstattung stellen, müssen auch für Medienthemen geltend gemacht werden“ (Beuthner und Weichert, 2005: S. 26), betonen Beuthner und Weichert und weisen auf die Wichtigkeit hin, ein Aufklärungsziel zu verfolgen. In Bezug auf die Neuausrichtung des Selbstverständnisses der Medienjournalisten sehen die beiden Autoren eine Zusammenarbeit mit der Medien- und Kommunikationswissenschaft als unabdinglich an, da so der Medienjournalist ebenfalls unter Beobachtung steht, von außen Feedback erhält und somit der Selbstverständnissfalle entkommt (vgl. Beuthner und Weichert, 2005: S. 26).

Auch Serong spricht von der sogenannten Selbstbeobachtungsfalle, in die die publizistische Medienkritik sowie der Medienjournalismus, aufgrund der vom eigenen Leistungssystem vorgegebenen strukturellen Bedingungen, geraten können (vgl. Serong, 2015: S. 289).

Bevor im Rahmen der vorliegenden Arbeit das Untersuchungsmaterial auf die genannten Probleme und Fallen hin überprüft wird, soll im folgenden Kapitel das Thema Medien und Gewalt theoretisch genauer beleuchtet werden.

3.2. Medien und Gewalt

Schmid und de Graaf haben sich mit der Frage beschäftigt, ob über Terrorakte berichtet oder eher mit Zurückhaltung in der Berichterstattung gehandelt werden sollte. Dabei trugen sie folgende Sichtweisen und Standpunkte zusammen:

Argumente für eine Nachrichtenunterdrückung sind zum Beispiel eine von den Medienschaffenden zwar unbeabsichtigte, aber trotz allem nicht zu missachtende Propagandisierung der Medien, die den terroristischen Tätern zu Anhängern verhelfen könnte, sowie die Tatsache, dass die bloße Veröffentlichung ein wesentliches Teilziel der Täter ist. Die Steuerung der öffentlichen Aufmerksamkeit durch Gewaltakte jener, die das Leben nicht respektieren, sei nicht zu akzeptieren und könne zur Demoralisierung der Bevölkerung führen.

Eine medienöffentliche Diskussion des Terrors ruft außerdem die Gefahr der Begründung von Racheakten gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen hervor (vgl. Schmid und de Graaf, 1982 zit. nach Kunzick/Zipfel, 2006, S. 364). In Anschluss an diese Gedanken lässt sich festhalten, dass sehr deutlich ist, welche eine große Verantwortung die Medien dahingehend tragen, in konkretem Bezug auf den IS einer Pauschalisierung der radikalen Ideologie des IS auf den Islam und damit Feindlichkeit gegenüber der Religion des Islams entgegenzuwirken.

Weiters sehen Schmid und de Graaf im Zusammenhang mit möglichen neu gewonnenen Anhängern durch die Berichterstattung über terroristische Ereignisse auch die Gefahr der Nachahmungstäter. Diese würden durch umfangreiche Berichterstattung mit Anregungen und möglichen Handlungsmodellen beliefert. Auch die sehr zeitnahe Berichterstattung könnte dem Terrorismus und seinen Tätern behilflich sein und nützliche Informationen zum Beispiel zu aktuellen Ermittlungen gegen sie liefern. Handelt es sich um einen Akt, der Geiseln miteinschließt, kann Medienberichterstattung zu Panik bei den Tätern sowie folglich zur Gefährdung der Opfer führen (vgl. Schmid und de Graaf, 1982 zit. nach Kunzick/Zipfel, 2006, S. 363).

So viele Punkte auch gegen eine Berichterstattung sprechen, so halten Schmid und de Graaf auch jene Aspekte kritisch fest, die bei einer Nachrichtenunterdrückung zu Problemen führen können. Eine Nichtberichterstattung ist einerseits aus der Perspektive der Leser gefährlich, da der Terrorismus aufgrund fehlender Informationen seitens des Publikums nicht richtig eingeschätzt werden kann und das Volk somit bei eventuellen Terrorakten völlig unvorbereitet ist. Kommt bei den Lesern außerdem das Gefühl auf, unzureichend informiert zu werden, so steigt das Misstrauen gegenüber der Regierung, während gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der Medien sinkt. In Hinblick auf die terroristischen Täter sehen Schmid und de Graaf die Gefahr, dass es bei Nichtberichterstattung zu erhöhter Gewalt kommen könnte sowie dass der Vorwurf der Terroristen an die Demokratie, sie sei nicht frei, an Glaubwürdigkeit gewinnen würde (vgl. Schmid und de Graaf, 1982 zit. nach Kunzick/Zipfel, 2006, S. 364).

3.3. Medienethik

„Die Kommunikation ist ein Prozeß [sic!], der die Verständigung unter Menschen zum Ziel hat. Die Bürger sollen über den vermittelnden Dienst der Medien mit Kenntnissen versehen und in ihrer Urteilskraft gestärkt werden.“

(Boventer, 1989: S. 15)

Wie Boventer deutlich macht, kommt den Journalisten Verantwortung gegenüber der Leserschaft zu, die sich aus den Medieninhalten ihre Meinung bildet. Um dieser Verantwortung bestmöglich nachzukommen, muss der Journalismus reflektieren – sowohl über sich selbst als auch über die Umwelt. Genau dazu brauchen wir Medienethik. Fragen wie, welche Art von Berichterstattung dem Wohl der Menschen dient und was richtig oder unrichtig am eigenen und fremden Verhalten ist, sind unumgänglich, wenn es um das journalistische Handwerk und ethische Absichten geht (vgl. Boventer, 1989: S. 14 f.).

Die Medien heutzutage haben so weitreichende Auswirkungen, dass sie sich neuen moralischen Herausforderungen ausgesetzt sehen. Boventer bezeichnet die Moral als *„Gesamtheit der Wertungen, Ideale, Tugenden und Institutionen unter ihrem Sollensaspekt.“* (Boventer, 1989: S. 14) Boventers Ethik-Definition lässt sich wie folgt zusammenfassen: Ethisches Denken ist die Frage nach der Moral und nach den Gründen des eigenen oder fremden Handelns.

Auch Karmasin macht die beiden Begriffe deutlich und beschreibt Moral als den Inbegriff von Werturteilen, während er Ethik als die philosophische Untersuchung der Moral bezeichnet, die nach Realisierungsmöglichkeiten des Sollens sucht (vgl. Karmasin, 2005: S. 11 f.).

3.3.1. Funktionen und Aufgaben der Medien

„Die Demokratie und ein freier Journalismus sind richtungs- und zielbestimmte Unternehmen, sie fordern wertbestimmtes Handeln nach moralischen Spielregeln und ethischen Prinzipien.“ (Boventer, 1989: S. 16)

Folgende Aspekte spielen im Rahmen der Medienethik laut Boventer eine Rolle (vgl. Boventer, 1989: S. 20 ff.):

1. **Freiheit:** Das oberste Gebot der Demokratie ist die Meinungsfreiheit, die in die Hände der Journalisten und Medien gelegt wurde. Es ist also an den Journalisten, diese zu hegen.
2. **Verantwortung:** In Zusammenhang mit der Freiheit steht auch die Verantwortung, denn *„Freiheit ist nicht aus sich selbst bestimmbar, sondern nur aus dem, was sie begrenzt.“* (Boventer, 1989: S. 20) Boventer definiert Verantwortung als ein *„Gegenüber, das Antwort gibt und dem wir Rechenschaft schuldig sind.“* (Boventer, 1989: S. 20) In Bezug auf Journalismus bedeutet das konkret: wahrheitsgetreue Unterrichtung, Sorgfaltspflicht, Richtigstellung von Falschmeldungen, Schutz der Privatsphäre, Bestechungsverbot, und anderes.
3. **Wirklichkeit:** Als Leser ist es wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass in den Medien das Außergewöhnliche und oft auch eher das Negative vorrangig präsentiert wird. Die Medien sollen zwar nach bestem Wissen, können aber nicht zu 100 Prozent, die reine Wirklichkeit abbilden. Gewissermaßen ist es eine „Sekundärwelt“ – Wirklichkeiten aus zweiter Hand. Gerade in der heutigen Welt der neuen Medien wie Facebook oder Instagram haben wir es mit künstlichen konstruierten Realitäten zu tun.
4. **Macht:** Auch wenn die Medien Einfluss auf ihre Leser haben, üben sie keine Staatsgewalt aus. Sie dienen dazu, Öffentlichkeit herzustellen und sollen jene Personen, die tatsächlich die Macht innehaben, (kritisch) beobachten.
5. **Kommunikation:** Die Wurzeln der Kommunikation sieht Boventer in Gemeinschaft und Gesellschaft. Achten müssen wir darauf, dass die Massenkultur nicht synonym für Wirklichkeits- und Orientierungsverlust wird und sich die Instrumente der sozialen und politischen Kommunikation nicht gegen die demokratischen Prinzipien richten.

6. **Beruf:** Tragender Gedanke des Journalismus als freier Beruf ist die Selbstverpflichtung. Organ der freiwilligen Selbstkontrolle ist der Presserat, diese Art von Aufsichtsverein ist sowohl in Deutschland, Österreich als auch der Schweiz etabliert und stärkt die Pressefreiheit sowie die berufsethische Sensibilität im Journalismus.
7. **Wahrheit:** „*Journalismus ohne die Verpflichtung, Wahres und nicht Falsches zu übermitteln, wäre von vorneherein ein gescheitertes Unternehmen.*“ (Boventer, 1989: S. 102) Es geht darum mit den Wahrheiten des Alltags Vertrauen bei den Lesern zu stiften.
8. **Nachrichten:** Hier betont Boventer die Wichtigkeit der Objektivität der Journalisten, die für Glaubwürdigkeit der Medien sorgt. Journalismus kann nicht vollkommen objektiv stattfinden, Objektivität ist eher als erstrebenswerte Norm zu sehen.
9. **Sprache:** Boventer bezeichnet die Sprache als „*Medium aller Medien.*“ (Boventer, 1989, S. 104) Durch die Sprache möchte der Journalismus die Wahrheit vermitteln, somit hat sie die Kraft, Realität abzubilden und zu verändern. Erst im Verständnis hat die Sprache ihre Wirksamkeit.
10. **Ethik:** Beispielhafter und guter Journalismus ist von Moral geprägt, konkret zeigt sich diese im klugen und kompetenten Umgang mit Mitteln und Möglichkeiten sowie durch das Können in Sachen Recherche und Schreiben. Diese praktischen Kompetenzen sind laut Boventer Voraussetzung für guten Journalismus. „*Wer Menschlichkeit verbreitet, verdient Vertrauen.*“ (Boventer, 1989: S. 105)

Gerade in Krisenzeiten oder bei heiklen Themen wie Terrorismus kommen Politiker, die ihren Standpunkt vertreten wollen, in der Öffentlichkeit öfter zu Wort. Hier ist es Aufgabe der Medien, Aussagen nicht unreflektiert wiederzugeben, sondern Hintergrundberichterstattung samt Erklärung und Begründung bestimmter Standpunkte darzulegen, aber auch das in Frage stellen bestimmter Aspekte zählt zu ihren Aufgaben.

11. Wirkung: Boverter definiert Wirkung mit dem Streben, die Wirklichkeit auf ein Ziel hin zu verändern, das „gut“ ist. Da die Medien Wissen verbreiten sowie Einstellungen verändern wollen, spielt die Wirkungsforschung im Bereich des Journalismus eine wichtige Rolle. Während die Wirkung der Medien auf die Leser einerseits ein entscheidendes Forschungsfeld darstellt, steht andererseits auch die Wirkung sowie die selektiven Entscheidungen seitens der Rezipienten in Bezug auf die Medien im Erkenntnisinteresse vieler Forscher.

12. Bildung: In unserer sich stets weiter entwickelnden, rasant wachsenden Medienwelt wird Medienkompetenz immer wichtiger. Eine Erziehung im Umgang mit Medien soll einerseits beinhalten, dass der Rezipient eine Wahl hat und sich nicht wahllos berieseln lassen muss, und andererseits, dass auch die Möglichkeit besteht, ohne Medien zu leben. Laut Boverter ist medienethisch gesehen aber nicht die Nicht-Nutzung von Medien das Wichtigste, da die demokratische Öffentlichkeit nicht ohne Medien leben kann. Viel wichtiger sei es im Rahmen der demokratischen Öffentlichkeit, die Medien richtig nutzen zu wissen.

13. Öffentlichkeit: Damit zusammenhängend betrachtet Boverter die Frage kritisch, die sich viele Rezipienten stellen: Werde ich richtig informiert? Viel richtiger wäre die Frage: Informiere ich mich richtig? Der Mut zur selbstständigen Informationssuche und zur aktiven Meinungsbildung wird von den Medien an die Rezipienten nicht automatisch mitgeliefert. Boverter ist außerdem der Meinung, dass von der Meinungsfreiheit zu wenig Gebrauch gemacht wird, auch in dem Sinne, dass es im Journalismus zu wenig Kritik und Kritik der Kritik gibt.

Gerade dieser letzte Aspekt ist einer, mit dem sich diese Arbeit auseinandersetzt. Wie gehen die Printmedien mit Kritik um und inwiefern üben sie Kritik auf sich selbst aus? Wird von der Meinungsfreiheit umfassend Gebrauch gemacht? Im Falle Charlie Hebdo wird sich im nachfolgenden empirischen Kapitel noch zeigen, dass die Meinungsfreiheit und ihre Grenzen scharf diskutiert werden.

3.3.2. Medienethik und Terrorismus

Im Folgenden soll die Medienethik schließlich konkret in Bezug mit dem Thema Terrorismus gesetzt werden.

Wie Schmid und de Graaf im vorigen Kapitel kann auch laut Elitz eine Nicht-Berichterstattung aus ethischer Sicht keine Option sein, denn die Verpflichtung des Journalisten ist es, die Wahrheit abzubilden und die Öffentlichkeit aufzuklären.

Während er also einerseits keinesfalls eine Zensur hinnehmen darf, die kriegsführende Parteien oft versuchen durchzusetzen, darf der Journalist andererseits weder Gewaltakte provozieren noch Teil eines Gewaltaktes werden. Als Negativ-Beispiele hierfür nennt Elitz die Aufforderung eines weiteren Granaten-Abwurfs zwecks Kameraaufnahmen oder – wie im Falle Gladbecker Geiselnahme 1988 passiert – ein Anschließen an Täter und Geiseln im Fluchtauto. Investigativer Journalismus ist gefragt, der über die versuchten Vorgaben von Sichtweisen seitens der involvierten, offiziellen Parteien hinwegblickt, sowie das Lenken der Aufmerksamkeit der Rezipienten auf die reine Wahrheit im Fokus hat (vgl. Elitz, 2011: S. 157).

Doch wie wirkt die Darstellung von Gewalt auf die Rezipienten? Regt sie an, wirkt sie triebstimulierend oder weckt sie Widerstandskräfte? Elitz zufolge gibt es keine Pauschalantwort darauf, wie Gewaltdarstellungen bei den einzelnen Rezipienten wirken, denn jeder nimmt diese Darstellungen individuell wahr.

„Es existiert kein generell gültiger Wirkmechanismus, der als verbindliche Grundlage für eine ethische Bewertung von Gewaltdarstellungen herangezogen werden kann. Es sind eher Entscheidungen eines persönlichen oder eines internalisierten sozialen Regelsystems, sowohl beim Journalisten, der sich entscheidet, bestimmte Szenen zu präsentieren oder auf die Präsentation zu verzichten, als auch bei jedem einzelnen Rezipienten, der zu entscheiden hat, ob und wie lange er zuschaut oder wie schnell er abschaltet.“ (Elitz, 2011: S. 159)

Was die Perspektive und die aktuelle Situation zum Thema Gewaltdarstellungen in den Medien betrifft, beschreibt Elitz eine Verschiebung vom Ethos der Abschreckung zum Ethos der Empathie und der Aufklärung.

Während Trauer früher in Form von Malereien und Fotografien ausgedrückt wurde, wird die visuelle Verarbeitung von Trauer heutzutage vor allem auch durch Facebook & Co. wieder in den Alltag zurückgebracht – nämlich durch die Betroffenen selbst. So veröffentlichten die Eltern der ermordeten Kinder beim Amoklauf von Winnenden Fotos ihrer Kinder und stellten Forderungen wie eine Reform des Waffenrechts an die Politik. Bilder wie diese erzeugen Glaubwürdigkeit wie es sonst keinem Politiker mit noch so durchdachter Rede möglich ist, beschreibt Elitz.

Der journalistische Ethos der Achtung von Persönlichkeitsrechten besagt und besteht weiterhin darin, dass Bilder, wenn möglich, nur mit Einverständnis der Betroffenen veröffentlicht werden. Jedoch verdeutlicht Elitz, dass kein Tabu mehr in Sachen Bilder mit Darstellung staatlicher oder kriegsgerichtlicher Gewalt besteht und dies sogar zur Bewahrung der menschlichen Würde beiträgt (vgl. Elitz, 2011: S. 160 f.).

„Authentische Darstellungen von Gewalt sind zu Ikonen des Protestes gegen Gewalt geworden. (...) Wo Journalisten von Terrorregimen ausgewiesen werden, damit ihre Gewaltexzesse nicht öffentlich werden; (...) wo Politiker Bürgern eine Atmosphäre der Sicherheit vorgaukeln wollen, damit sie bei der nächsten Wahl nicht unter Druck geraten – überall dort müssen Journalisten ungeschminkt und der Wahrheit verpflichtet über politische, militärische oder kriminelle Gewalt berichten.“ (Elitz, 2011: S. 161)

Oft wollen Rezipienten die blanke Wahrheit verdrängen und der Realität nicht ins Auge blicken. Anstatt Fotos von Tod und Gewalt sehen sie lieber Fotos der Trauerfeier – auch darauf dürfen Journalisten keine Rücksicht nehmen und müssen ihrem Leit-Ethos der ungeschminkten Wahrhaftigkeit nachkommen, um ihren Aufklärungsauftrag zu erfüllen, denn alles andere wäre nur die halbe Wahrheit und bequem. *„Aber ein Journalist, der nicht unbequem ist, der ist kein guter Journalist.“* (Elitz, 2011: S. 162) Um Veränderungen hervorrufen zu können, muss der Journalist erst einmal den Zustand, den es zu verändern gilt, in seiner ganzen Wahrheit an die Rezipienten vermitteln (vgl. Elitz, 2011: S. 157 ff.).

Dies ist im Falle des 11. Septembers 2001 laut Schicha nicht geschehen. Es wurden Stunden nach dem Anschlag wiederholt die Schreckensbilder der Twin Towers gezeigt, Hintergrundinformationen jedoch blieben zunächst aus.

Zwecks Vereinfachung des Themas geht die Terrorismus-Berichterstattung oft eher in Richtung Personalisierung und Emotionalität – so wurde in Bezug auf den 11. September Osama Bin Laden verkürzt als das Feindbild dargestellt - anstatt in Richtung Hintergrund-Berichterstattung und Herstellung von Zusammenhängen. Eine Verkürzung der Tatsachen und eine unzureichende Recherche von politischen Ursachen und Hintergründen trägt nur wenig zur Bekämpfung des Terrorismus bei. Dabei besteht die Aufgabe von Journalisten genau darin

„Zusammenhänge einzuordnen, nachdem die Ereignisse von Anschlägen dokumentiert worden sind. Problembereiche, Ursachen und Motive der Taten sollten ebenso angemessen aufgezeigt werden wie historische, politische, ökonomische sowie religiöse Hintergründe und Zusammenhänge.“ (Schicha, 2011: S. 171)

Gerade in Krisenzeiten spielt die Kritik- und Kontrollfunktion der Medien eine besondere Rolle – vor allem in Bezug auf die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Demokratie. Diese Funktion sollte laut Schicha vorurteilsfrei und mit Fokus auf die Motive sowie jegliche Hintergründe für den Missstand und die daraus möglichen resultierenden Terror-Anschläge ausgeführt werden.

An erster Stelle sollte immer das Gebot der Glaubwürdigkeit stehen und nicht das Gebot der Aktualität oder die Einhaltung der Nachrichtenfaktoren. Als viel wichtiger hebt Schicha die Gründlichkeit und Richtigkeit der journalistischen Arbeit hervor. Journalisten tragen gerade in Krisenzeiten eine große Verantwortung gegenüber den Rezipienten und sollten weder Ängste stärken noch Terroristen eine Bühne bieten, aber gleichzeitig sehr wohl umfassend in Form von Hintergrund-Analysen über Terrorakte berichten. Dabei sollten Spekulationen und Verdächtigungen vermieden werden (vgl. Schicha, 2011: S. 171 f.).

3.4. Pressefreiheit

In Österreich kümmert sich als Selbstregulierungseinrichtung der Österreichische Presserat um die Sicherstellung der Pressefreiheit und der Qualität im Pressebereich. Damit die österreichische Presse ihrer demokratiepolitischen Funktion gerecht wird, aber auch ihrer Verantwortung im Umgang mit Informationen und ihrer Verbreitung angemessen nachkommt, hat der Presserat ethische Richtlinien für Medienschaffende im Rahmen des sogenannten Ehrenkodex für die österreichische Presse erstellt, welcher die Wahrung der journalistischen Berufsethik sicherstellt und auch die Grundlage für die Entscheidungen der Senate des Presserates darstellt.

Freiheit und Verantwortung sind die Grundlagen des Journalismus. Verantwortung tragen die Medienschaffenden nämlich dahingehend, dass sie die Freiheit der Massenmedien sowie damit zusammenhängend die Demokratie aufrecht erhalten (vgl. presserat.at).

Um den korrekten Gebrauch der Pressefreiheit ständig der Selbstkontrolle zu unterziehen und somit zu gewährleisten hat der Presserat einen Grundsatzkatalog erstellt, der im Anhang dieser Arbeit unter "Ehrenkodex für die österreichische Presse" (Kapitel 11.4.) zu finden ist.

Da in der vorliegenden Arbeit nicht nur österreichische Medien, sondern auch deutsche und Schweizer Medien Teil der Untersuchung sind, befinden sich auch der deutsche Pressekodex (Kapitel 11.5.) sowie die Schweizer Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalisten (Kapitel 11.6.) im Anhang. Diese beiden Einrichtungen sind genauso wie in Österreich der österreichische Presserat Anlaufstelle für Beschwerden und Fragen zur Berufsethik in Bezug auf Journalismus und Verteidigungsinstanz für Presse- und Meinungsfreiheit (vgl. presserat.de und presserat.ch).

4. Aktueller Forschungsstand

In diesem Kapitel werden relevante Studien Terrorismus und Massenmedien betreffend vorgestellt, um im Anschluss daran die forschungsleitenden Fragestellungen für diese Arbeit zu formulieren.

4.1. Journalistische Kommunikation und Kommunikation über Journalismus – Der sogenannte Journalismusjournalismus

Der Begriff Journalismusjournalismus stammt von Malik und beschreibt „*die journalistische Berichterstattung über Journalismus*“. (Malik, 2004, S. 329) Laut Malik besteht die Funktion des Journalismus darin, als Beobachter zu agieren und es den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren zu ermöglichen, erstens voneinander zu wissen und zweitens die gegenseitigen Erwartungen sowie Handlungsmöglichkeiten einschätzen zu können. Um dieser Aufgabe nachzukommen, beobachtet der Journalismus ständig die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und berichtet schließlich über jene Themen und Ereignisse, die aktuell und somit für die Leser von Interesse sind (vgl. Malik, 2004, S. 329).

In ihrer Forschungsarbeit untersuchte die Autorin, wie sich der Journalismus selbst als Gegenstand seiner Berichterstattung behandelt, indem sie eine Journalistenbefragung zu den Entstehungsbedingungen, Entscheidungsstrukturen und Arbeitsroutinen der journalistischen Selbstthematisierung durchführte.

4.1.1. Entscheidungsprozess und Darstellungsformen des Journalismusjournalismus

Die Ergebnisse zeigen, dass der redaktionelle Entscheidungsprozess bezüglich Themenfindung zur reflexiven Berichterstattung auf folgenden Ebenen geschieht (vgl. Malik, 2004, S. 330ff.):

Handelt es sich um denselben Zeitungstyp, so werden die Entscheidungen ähnlich getroffen. Diese Entscheidungen basieren auf einem thematischen Rahmen, der innerhalb der Redaktionen abgesteckt wird. Anschließend werden die Themen dem Gesamtkonzept der Zeitung sowie dem Profil des Medienjournalismus entsprechend ausgewählt. Ereignisse, die nicht nur aktuell, sondern auch negativ sowie Aufsehen erregend sind, noch dazu personalisiert werden und mit einer prominenten Person aufwarten können, werden in allen von Malik untersuchten Redaktionen aufgenommen.

Die Rechercheroutinen unterscheiden sich je nach Art der Zeitung. Während Tages- und Wochenzeitungen aktiv Informationen suchen und sammeln, konzentrieren sich Regional- und Boulevardzeitungen eher auf Überprüfung und Vervollständigung statt Erschließung neuer Themen. Zur Folge hat dies, dass nicht jedes relevante Thema beobachtet und publiziert wird.

Über die Darstellungsform der selbstreflexiven Berichterstattung von Journalismus konnte Malik herausfinden, dass die traditionelle Nachrichtenform, wie sie in der objektiven, informellen Berichterstattung zu finden ist, auch beim Journalismusjournalismus vorrangig angewandt wird. Eher selten vorzufinden sind Formen der Meinungsdarstellung und damit auch konkrete Beurteilungen des Journalismus. Wenig bis nicht vorhanden sind die Diskussion von Problemen, Skandalen und Kritik in Bezug auf Hintergründe, Ursachen und Interpretationen von journalistischen Themen (vgl. Malik, 2004: S. 330 ff.).

Etwa 25% der befragten Redakteure berichten im Rahmen von Kurzmeldungen und Programmkritiken – dies hängt zum einen damit zusammen, dass das Ressort des Medienjournalismus der betreffenden Medien als Fernsehberichterstattung konzipiert ist, und zum anderen damit, dass jenen Redakteuren eigene Recherchen kaum möglich sind und sie somit auf fremdproduziertes Textmaterial zurückgreifen müssen (vgl. Malik, 2005: S. 53).

Jene Redakteure, denen die Bandbreite des Medienjournalismus wichtig ist, verwenden eine Vielzahl verschiedener Darstellungsformen – seien es einfache Meldungen, Berichte, Reportagen oder Porträts und Kommentare. Trotzdem stehen nachrichtliche Darstellungsformen im Vordergrund und Formen wie Kommentare werden bei der Befragung nur einmal genannt (vgl. Malik, 2005: S. 54).

Die Ergebnisse aus Maliks Untersuchung lassen darauf schließen, dass von Wochenzeitungen, überregionalen Tageszeitungen sowie Regionalzeitungen mit Medienressort am ehesten Kommentare mit expliziter Kritik und somit am ehesten ein Beitrag zur Kontrolle und Qualitätssicherung der Medien zu erwarten ist. Hingegen unwahrscheinlich ist eine explizite Medienkritik in Regional- und Boulevardzeitungen aufgrund des Fokus auf unterhaltende Formen und Meldungen (vgl. Mali, 2005: S. 54 f.). Auch in vorliegender Arbeit soll analysiert werden, welche Darstellungsformen in Bezug auf Terror und Medien überwiegen und damit zusammenhängend in welchen Zeitungsformen vorwiegend auf Medienkritik gesetzt wird.

Maliks Studie ergibt weiters, dass die Schwerpunkte und die Reichweite der Berichterstattung über Journalismus wie auch bei allen anderen Themen ganz von der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts sowie von der Redaktionsleitung abhängen. Mangels Absprache zwischen den Ressorts sowie durch autoritäre Durchsetzung von Zielvorgaben seitens der Chefredaktion kommt es vor, dass Themen nicht oder andere öfter publiziert werden.

Schließlich befasste sich Malik auch mit den Akteuren des Journalismusjournalismus selbst. Die Journalisten sehen die Berichterstattung über Journalismus genauso wie auch die Berichterstattung über nicht-journalistische Themen: Sie wollen für Information, Unterhaltung und Orientierung sorgen, dabei aber nicht als Kritiker oder Kontrolleur agieren (vgl. Malik, 2004, S. 330ff.).

Zusammenfassend stellte Malik anhand ihrer Befragung fest, dass die Redaktionen die Themen zur Selbstreflexion über Journalismus nach dem Neuigkeitswert sowie dem Überraschungseffekt und dem Interessensfaktor auswählen – je nachdem, was sie für ihr Zielpublikum als ansprechend bewerten. Wie oben bereits erwähnt werden bei der Auswahl vor allem Negativität, Aufsehen erregende Themen wie Fehlleistungen und erhebliche Mängel im Journalismus im Rahmen der reflexiven Berichterstattung bearbeitet (vgl. Malik, 2004: S. 332). Dies muss aber nicht aus der Motivation der „Konkurrenzbeschimpfung“ heraus passieren, sondern diese Berichterstattung wird oft deshalb ausgewählt, weil es die Leser interessiert und für langweilig befundene Themen schlichtweg niemanden interessieren (vgl. Malik, 2005 S. 60).

Außerdem erwähnt Malik, dass eine umfassende Hintergrundberichterstattung generell nur in wenigen Redaktionen überhaupt möglich ist. Das heißt, es mangelt an entsprechenden Konzepten, genügend Platz und ausreichend personellen Ressourcen in den Redaktionen, um umfassenden Medienjournalismus, der seinen Funktionen und den an ihn gestellten Erwartungen nachkommt, betreiben zu können. In Hinblick auf diese Bedingungen lässt sich feststellen, dass die Erwartungen an den Medienjournalismus keine anderen sein sollen als jene an den Journalismus: Die Kontrolle, Qualitätssicherung, Orientierung oder Erfüllung eines Bildungsauftrages sind höchstens eine zufällige Erfüllung, jedoch keine implizierten Kriterien (vgl. Malik, 2005: S. 60, vgl. Malik, 2004, S. 332).

In vorliegender Forschungsarbeit soll der Fokus darauf liegen, ob die ausgewählten Printmedien tatsächlich eine geringe selbstreflexive Hintergrundberichterstattung vorweisen – wie in Maliks zusammenfassenden Schlüssen beschrieben – oder ob sich die Ergebnisse dieser Untersuchung von Maliks Schlussfolgerungen unterscheiden.

Während sehr wohl eine Einordnung in Bezug daraufhin stattfinden soll, welche Printmedien vermehrt Wert auf Selbstreflexion legen, wird ein Punkt innerhalb dieser Arbeit im Rahmen der gewählten Methode nicht bearbeitbar sein - nämlich die Herausarbeitung der konkreten Gründe für eine etwaige Vernachlässigung der selbstreflexiven Berichterstattung. Diese Fragestellung würde das geplante Ausmaß vorliegender Arbeit sprengen, bietet sich aber als Ergänzung für mögliche zukünftige Arbeiten an – beispielsweise im Rahmen einer Befragung zum Thema, wie es auch in Maliks Studie der Fall war.

4.1.2. Problematik des Journalismusjournalismus als Selbstthematisierung

Eine entscheidende Problematik spricht Malik in ihrer Arbeit an. Die Selbstthematisierung, die Malik als *„öffentliche Kommunikation über das eigene System“* (Malik, 2004, S. 333) bezeichnet, dient nicht nur als Leistung für die Gesellschaft, sondern auch als Leistung für den Journalismus selbst. Diese Selbstthematisierung ist notwendig, da der Journalismus genau so wie alle anderen einzelnen Systeme auf die Akzeptanz der Umwelt angewiesen ist (vgl. Malik, 2004, S. 333).

„Um diese Beziehungen zu ihrer Umwelt zu stabilisieren und um Konflikte zu vermeiden, fertigen sie [die einzelnen Funktions- und Organisationssysteme – Anmerkung der Verfasserin] Selbstthematisierungen an, die dazu beitragen sollen, die Vorstellungen der Umwelt über das System zu regulieren und damit den Fortbestand zu sichern. Aus dieser Rationalität sozialer Systeme resultiert eine spezielle Selektivität, die jede Selbstthematisierung charakterisiert: Sie wird stets im Hinblick auf die Stabilisierung des eigenen Systems formuliert.“ (Malik, 2004, S. 334)

In logischer Schlussfolgerung berichten die Redaktionen vorwiegend über Themen, die Akzeptanz und Vertrauen schaffen und vermeiden es, Probleme und Defizite des eigenen Systems offen zu legen (vgl. Malik, 2004, S. 334). Journalismusjournalismus bewegt sich hier also am Rande von Public Relations. Allerdings kann die Vermutung, Berichterstattung über Journalismus sei minimal, widerlegt werden, denn Themen, die die Redaktionen als aktuell ansehen, sind umfangreich vertreten (vgl. Malik 2004, S. 336).

4.1.3. Selbstbeobachtungen und Fremdbeobachtungen des Journalismus

Die Ergebnisse aus Maliks Studie ergeben also, dass die Redaktionen sehr wohl Selbstthematisierung betreiben und auch Mängel und Fehlleistungen beschreiben, allerdings immer mit dem Fokus auf Aktualität und unter den Aspekten der eigenen Systemstabilität (vgl. Malik, 2004, S. 336f.). Genau deshalb ist es so wichtig, dem Journalismus die Beobachtung seiner Grenzen und Funktionen nicht alleine zu überlassen, sondern zusätzlich Fremdbeobachtungen seitens der Kommunikationswissenschaft anzustellen, die Ansprüche an den Journalismus stellen, um eine mögliche Weiterentwicklung im System aufzuzeigen (vgl. Malik, 2004, S. 339).

Dieses Ziel verfolgt auch vorliegende Forschungsarbeit – nämlich die Analyse der Selbstthematisierung des Journalismus in Bezug auf das Thema Terror und das Aufzeigen möglicher Handlungsalternativen.

4.2. Ein Vergleich der Arbeitsweisen von journalistischen Terrorismus- und Sicherheitsexperten aus Deutschland und den USA

Ebenfalls eine Befragung führte Verena Hepperle im Rahmen ihrer Vergleichsstudie durch, in der sie die Arbeitsweisen von journalistischen Terrorismus- und Sicherheitsexperten aus Deutschland und den USA näher beleuchtete. Im Rahmen der qualitativen Befragung von je sechs journalistischen Spezialisten in den USA und Deutschland konnte sie folgende Ergebnisse zu folgenden Punkten generieren:

4.2.1. Der Erhalt von sich unter Verschluss befindlichen Informationen

Zu der Frage über den Erhalt von sich unter Verschluss befindlichen Informationen stellte sich heraus, dass alle befragten Journalisten mit solchen Informationen zu tun haben, jedoch auf verschiedenste Weise zu diesen gelangen. Die Zuspierung interner Informationen erfolgt sowohl einerseits durch die passive Kontaktaufnahme, andererseits spielen aber auch persönliche Kontakte sowie der offizielle Weg über die Pressestelle eine große Rolle. Oft wird außerdem nur ein Einblick gewährt und je ein Vertreter der Länder betont, wie wichtig die eigene aktive Suche nach Zugängen zu solchen Informationen sei.

Ebenfalls zählt für die Befragten ein ehrlicher Umgang mit der Kontaktperson sowie gegenseitiges Vertrauen. Informantenschutz hat auf beiden Seiten einen hohen Stellenwert und wird daher in den meisten Fällen gewährt. Zwei der befragten Amerikaner geben sogar an, eher ins Gefängnis zu gehen, als ihre Informationsquelle offen zu legen. Eine kritische Prüfung auf den Wahrheitsgehalt der Informationen hin wird sowohl seitens der deutschen als auch seitens der amerikanischen Journalisten als essentiell angesehen. Ebenfalls beiderseits wichtig erscheint die sichere Übertragung der Informationen zum Beispiel durch staatliche Maßnahmen im Rahmen einer Überwachung des elektronischen Datenaustauschs (vgl. Hepperle, 2014: S. 183 ff.).

4.2.2. Mögliche normative Schwierigkeiten für Journalisten

Diese in der Untersuchung bearbeitete Frage nach den möglichen, normativen Schwierigkeiten, mit denen es Journalisten zu tun haben können, zielt auf die nach dem 11. September neu ausgerufenen Gesetze sowie die neuen Regeln im Rahmen des Freedom of Information Acts ab. Im Gegensatz zu Punkt 1 konnte Hepperle bei dieser Fragestellung klarere Unterschiede zwischen den beiden Ländern herausarbeiten.

Einig sind sich die Journalisten beider Länder, wenn es um die Gesetze geht – hierdurch fühlt sich keine der beiden Seiten eingeschränkt und die Pressefreiheit wird als gute Basis für die journalistische Arbeit gesehen. Eine Herausforderung für die Befragten stellen dafür die Regelungen zur Geheimhaltung dar. Während die deutschen Befragten selbst darauf zur Sprache kamen und diskutierten, welche Regelungen – wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung – ihnen die Arbeit erschweren, mussten die Amerikaner erst darauf angesprochen werden, um Einblicke zu bekommen. Der Patriot Act spielte hier eine Rolle und die Betonung, dass dieser ihre Arbeit nicht einschränkt.

In Bezug auf Akteneinsichtnahmen klagen die Journalisten auf beiden Seiten über Zeit- und Kostenintensität. Der amerikanische Freedom of Information Act wird seitens der Deutschen als Ideal angesehen, trotz allem sehen sich die Amerikaner ebenfalls in ähnlichen Schwierigkeiten wie die deutschen Journalisten, wenn es um die Akteneinsichtnahme geht. Tatsächlich ziehen die amerikanischen Befragten sehr wohl trotz aller Schwierigkeiten Einsichtnahmen in Erwägung, während in Deutschland damit nicht gearbeitet wird. Laut Hepperle könnte der Grund dafür aber auch sein, dass in dem Bereich relevante Akten in Deutschland nicht erhältlich sind.

Mit Vorsicht zu genießen ist laut Hepperle eine Berichterstattung zu Themen die Sicherheit eines Landes betreffend – vor allem in Kombination mit Spekulationen und nicht-transparenten Quellen (vgl. Hepperle, 2014: S.184 ff.).

4.2.3. Selbstzensur

Auf die Frage nach einer möglichen Selbstzensur legten alle der Befragten ihre durchaus offene Einstellung dazu dar. Als Gründe für eine Selbstzensur wird oft der Schutz von Menschenleben genannt. Auch die Absprache mit den Behörden bei heiklen Themen wird beiderseits erwähnt. Das Thema Nachrichtensperre stößt auf Gegensätzlichkeit: Während die deutschen Journalisten Nachrichtensperren nicht akzeptieren würden, spricht einer der Amerikaner davon, dass die Journalisten seines Medienhauses bei der Regierung sogar aktiv nachfrage, ob von einer Berichterstattung aufgrund von Sicherheit für die Nation abzusehen ist (vgl. Hepperle, 2014: S. 186).

Zusammenfassend konnte Hepperle feststellen, dass die befragten Journalisten beider Länder sensibel mit schützenswerten Informationen umgehen und in kritischen Fällen eine Berichterstattung abwägen (vgl. Hepperle, 2014: S. 188).

Auch wenn sich die von Hepperle angewandte Methode sowie die Fragestellungen von vorliegender Arbeit unterscheiden, befand es die Autorin als wichtig, auch Einblicke der Journalisten-Seite in die Basisüberlegungen miteinfließen zu lassen, um bei der Interpretation der Ergebnisse dieser Arbeit auch Argumentationsstränge bilden zu können, die nicht nur die Leser, sondern auch die Journalisten-Seite miteinbeziehen.

4.3. Der Begriff „Terrorismus“ in deutschen Printmedien

Torsten Beermann widmete sich in seiner Untersuchung der Verwendung des Terrorismus-Begriffs in insgesamt 261 Artikeln aus vier ausgewählten deutschen Printmedien – nämlich dem Spiegel, der Frankfurter Allgemeine Zeitung, der Frankfurter Rundschau sowie der Bild-Zeitung (vgl. Beermann, 2004: S. 106).

Dazu untersuchte er die Berichterstattung jener erwähnten Zeitungen zu 13 ausgewählten Ereignissen jeweils einen Tag sowie eine Woche nach den besagten Ereignissen. Beermann analysierte zum einen detailliert jedes Ereignis für sich, legte zum anderen aber auch eine Gesamtauswertung dar, die folgende Erkenntnisse brachte:

4.3.1. Unterschiede zwischen den verschiedenen Printmedien

Während die untersuchten Gewalttaten durch Mitglieder staatlicher Gruppen durch die Bank nicht mit der Terminologie des Terrorismus in Verbindung gebracht werden, erhalten die Gewalttaten des „Schwarzen Septembers“ während der Olympischen Spiele, die Entführung von Hanns-Martin Schleyer durch die Gruppe RAF sowie die 9/11-Anschläge die Betitelung „Terrorismus“. Große Unterschiede sind zwischen den einzelnen Medien zu erkennen. Beispielsweise schreibt die FAZ bei den IRA-Gewalttaten in Nordirland durchaus von Terrorismus, wohingegen die Frankfurter Allgemeine sowie die Bild-Zeitung diese Begrifflichkeit in diesem Fall nicht verwenden. Umgekehrt stufte die Bild-Zeitung die darauf folgende Gewalttat durch die UFF als einzige untersuchte Zeitung als „Terrorismus“ ein.

Als auffallend beschreibt der Autor außerdem die unterschiedliche Bewertung ähnlicher Ereignisse. So zählt der Angriff israelischer Soldaten auf palästinensische Kämpfer und Zivilisten in Beirut für die Journalisten nicht als Terrorismus, der palästinensische Anschlag auf israelische Soldaten in Tel Aviv wird aber durchaus als „Terrorismus“ bezeichnet (vgl. Beermann, 2004: S. 107 f.).

4.3.2. Unterschiede je nach Zeitpunkt der Berichterstattung

Der Autor hat hierzu jeweils einen Artikel zum Ereignis direkt nach der Tat sowie jeweils einen Artikel, der eine Woche später erschien, im Vergleich dazu untersucht. Hier konnten allerdings keine Unterschiede den Zeitpunkt der Berichterstattung betreffend festgestellt werden. Stattdessen spielt eher die Anonymität bzw. das Bekanntwerden der Täter eine Rolle. Sind die Täter noch unbekannt, unterlassen die untersuchten Medien eher eine Betitelung dieser (vgl. Beermann, 2004: S. 108).

4.3.3. Differenzen zwischen Bericht und Kommentar

Auch zwischen Kommentaren und Berichten gibt es keine gravierenden Unterschiede zu verzeichnen, lediglich einmal kam es in der FAZ zur Bezeichnung des Angriffs israelischer Soldaten in Beirut im Kommentar, obwohl in den FAZ-Berichten nicht die Rede von „Terrorismus“ war. Abgesehen davon ist in der Begriffsverwendung kein Unterschied zwischen Kommentar und Bericht zu erkennen (vgl. Beermann, 2004: S. 109).

4.3.4. Kriterien für die Begriffsverwendung

Eine nähere Begriffseingrenzung ist in nur wenigen Fällen erkennbar und auch diese wird schließlich nicht konsequent im eigenen Medium verfolgt. Somit konnten im Rahmen der Forschungsarbeit Beermanns Begriffe keine konkreten Kriterien für die Begriffsverwendung herausgefiltert werden (vgl. Beermann, 2004: S. 109).

Die Begriffe „Anschlag“, „Terror“ und „Attentat“ sind mit insgesamt 33 Prozent vertreten und die am häufigsten verwendeten Termini in den untersuchten Printmedien. Als alternative Begriffe stellten sich zum Beispiel die Bezeichnungen „Terroranschlag“, „Mord“, „Katastrophe“, „Bombenanschlag“ und „Terrorismus“ heraus.

Im Vergleich dazu stellte sich bei den Printmedien heraus, dass die FAZ in 27,1 Prozent der Fälle, der Spiegel in 25,5 Prozent der Fälle und die Frankfurter Allgemeine Zeitung in 15,3 Prozent der Fälle von Terrorismus sprachen (vgl. Beermann, 2004: S. 110 f.).

Die oben erwähnten Bezeichnungen stammen zu über 80 Prozent vom Text bzw. den Autoren der Artikel selbst, die restlichen 20 Prozent stammen von fremden Quellen wie Experten oder Wissenschaftlern.

Zu den Begrifflichkeiten in Bezug auf die für das jeweilige Ereignis Verantwortlichen fand Beermann heraus, dass der Begriff „Terroristen“ am häufigsten, nämlich in 35 Prozent der Fälle, verwendet wird, gefolgt von „Täter“ und „Attentäter“. Im Großteil der Fälle werden die Täter jedoch nicht mit dem Begriff Terrorismus in Verbindung gebracht. Am häufigsten verwendet wurde die Bezeichnung „Terrorismus“ in der Bild-Zeitung mit 53,8 Prozent der Fälle. Es folgen die FAZ mit 49,3 Prozent, der Spiegel mit etwa 35 Prozent und die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit 32,4 Prozent (vgl. Beermann, 2004: S. 111 f.).

4.3.5 Studienergebnisse und Leitlinien für die Verwendung des Begriffes „Terrorismus“

Beermann musste im Rahmen seiner Studie feststellen, dass es in dem ausgewählten Untersuchungsmaterial keine gängige, klar definierte Benutzung des Terrorismus-Begriffes gibt. Keines der Medien scheint eine Terrorismus-Definition festgelegt zu haben, lediglich zwölf der insgesamt 261 analysierten Texte weisen explizite Kriterien mit näheren Begriffsbestimmungen auf und nur zwei der 261 Artikel reflektieren konkret über die Verwendung des Terrorismus-Begriffes.

In keinem der Artikel ist also eine wissenschaftlich korrekte Definition und Anwendung des Terrorismus-Begriffes erkennbar, was aber laut des Autors auch dadurch erschwert wird, dass selbst in der Terrorismusforschung oder in der politischen Welt keine allgemein gültige Definition gibt (vgl. Beermann, 2004: S. 119).

Anhand der impliziten Kriterien konnte Beermann jedoch feststellen, dass der Begriff „Terrorismus“ und seine Nebengriffe tendenziell eher gewählt werden, wenn:

- die Todesopfer bei der Gewalttat deutsche Staatsangehörige sind
- sich die Gewalttaten gegen Staatsformen, Regierungen oder Gruppen richten, die vom Westen als legitim angesehen werden
- wenn sich die Tat in Deutschland ereignet
- wenn die Tat vom Autor des Textes als illegitim angesehen wird.

Gehen die Taten von staatlichen Gruppen oder von Mitgliedern staatlicher Organisationen aus, so konnte Beermann feststellen, dass hierfür nie der Begriff „Terrorismus“ verwendet wird (vgl. Beermann, 2004: S. 119 f.).

Ebenfalls nicht bewahrt haben sich folgende Kriterien als mögliche Einflussfaktoren auf die häufigere Verwendung des Terrorismus-Begriffes: Weder bei einer Berichterstattung über die politischen Ziele der Täter oder über die Erzeugung von Angst und Schrecken, noch bei der Berichterstattung über einen Angriff auf unbeteiligte Zivilisten ließ sich ein erhöhter Gebrauch der Wörter „Terrorismus“ und „Terroristen“ feststellen (vgl. Beermann, 2004: S. 120).

Obwohl oder genau weil in den untersuchten Printmedien nachweislich kein gemeinsamer Konsens in Bezug auf den Gebrauch des Terrorismus-Begriffes herrscht und die Verwendung sehr subjektiv und beliebig verläuft, hält Beermann die Tatsache für erwähnenswert, dass die unterschiedlichen Medien die gleichen Ereignisse begrifflich trotz allem fast vollständig gleich einordnen. Der Autor schließt daraus, dass Aspekte wie Statements offizieller Vertreter einen Einfluss auf die Journalisten haben, sodass beispielsweise die Kämpfer der deutschen RAF durchwegs als „Terroristen“ bezeichnet werden, während beispielsweise andere Gruppen „Rebellen“ genannt werden (vgl. Beermann, 2004: S. 121).

Aus den Ergebnissen schließt der Autor der Studie, dass die Journalisten der untersuchten Medien den Begriff „Terrorismus“ wenig reflektiert verwenden, sich so gewissermaßen instrumentalisieren lassen, auch wenn sie dies vielleicht unbewusst tun, und somit sogar gegensätzlich zu den Grundregeln der wissenschaftlichen Praxis arbeiten.

Als Lösung dieses Problems sieht Beermann zwar eine Festlegung einer Definition von Journalismus, die folglich konsequent angewandt wird. Allerdings bleibt trotzdem ein Problem bestehen, nämlich die grundsätzliche Wertung, die im Begriff „Terrorismus“ steckt. Auch wenn die Printmedien eine Definition festlegen und diese offen darstellen würden, käme es zu Vorverurteilungen, die die Verwendung des Begriffes mit sich bringt, was die Leser wiederum in ihrer politischen Meinungsbildung prägt und dem Definitionschaos beisteuern würde, das in der Wissenschaft und anderen Bereichen herrscht. In Anbetracht dessen ist laut Beermann von diesem Weg abzusehen.

Während bewusste Urteile seitens Journalisten durchaus in Ordnung sind und dies zu ihrer Aufgabe des Journalismus zählt, ist die Verwendung des implizit wertenden Terrorismus-Begriffes nicht wünschenswert. Auch wenn Beermann in diesem Sinne anhand seiner Studie keine konkrete Lösung für das Problem der Verwendung des Wortes Terrorismus im Journalismus erarbeiten konnte, so möchte sie dennoch Anstoß dazu geben, sich in weiterführenden Studien mit dem Thema zu beschäftigen und im Journalismus für etwaige Reflexionen oder Neubewertungen sorgen (vgl. Beermann, 2004: S. 123 ff.).

Diese Studie ist für die vorliegende Forschungsarbeit dahingehend relevant, dass – wie im nachfolgenden empirischen Teil ersichtlich – bei der Festlegung und Bestimmung des Untersuchungsmaterials mit Suchbegriffen gearbeitet wird. Diese werden auf Basis von Beermanns Studie dem Rahmen dieser Arbeit entsprechend ausgewählt.

5. Empirische Erhebung

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Probleme der Selbstbeobachtung, aber auch ihre Notwendigkeit und die Funktionen der Massenmedien sowie die bisherigen für diese Arbeit relevanten Forschungsarbeiten näher beleuchtet, welche nun als Basis der Untersuchung vorliegender Arbeit dienen sollen. Zur Klärung der Frage, ob und inwiefern eine Selbstbeobachtung der Medien zum Thema Terrorismus stattfindet, wird eine qualitative Inhaltsanalyse ausgewählter Artikel in österreichischen, deutschen und Schweizer Medien durchgeführt.

Nach der Darstellung der Forschungsfragen im folgenden Kapitel wird in Kapitel 5.2. detailliert auf die Untersuchungsmethode eingegangen, bevor in den Kapiteln 5.3. und 5.4. nicht nur die Untersuchungsgegenstand, sondern auch sowie das Kategoriensystem näher erläutert werden.

Anschließend findet in Kapitel 6 die Darstellung, Analyse und Interpretation der Ergebnisse statt. Danach folgen die Beantwortung der Forschungsfragen sowie die Hypothesenbildung. Außerdem wird in Kapitel 7 ein Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten in dem Bereich der vorliegenden Arbeit dargelegt.

5.1. Forschungsfragen

Forschungsleitende Hauptfragen:

- Wie wurde **die Berichterstattung** über das Thema Terror und die Geschehnisse der verschiedensten untersuchten terroristischen Taten im Rahmen der journalistischen Selbstreflexion bewertet?
- Inwiefern sind **Argumente für oder gegen eine umfassende Berichterstattung** über das Thema Terror und die einzelnen Geschehnisse innerhalb terroristischer Taten erkennbar?
- Wie wurde **das Handeln diverser Akteure** in Bezug auf die Berichterstattung über das Thema Terrorismus im Rahmen der journalistischen Selbstreflexion bewertet?

- Welche **Schlüsse** lassen sich aus der journalistischen Selbstreflexion zum angemessenen Umgang mit dem Thema Terror in der Berichterstattung ziehen?

Daraus ergeben sich folgende konkrete Forschungsfragen:

- **FF 1:** Inwiefern reflektieren die Medien über sich selbst? Inwieweit ist eine längerfristige/intensive Selbstbeobachtung zum Thema Terrorismus in den einzelnen untersuchten Medien erkennbar?
- **FF 2:** Welche Art von Kritik wird ausgeübt? Inwieweit ist diese als positiv, negativ oder neutral einzustufen?
- **FF 3:** Welche Akteure üben Kritik aus und an oder gegen welche Akteure und Medien richtet sich jene Kritik?
- **FF 4:** Welche Funktionen der Medien in Bezug auf Terrorismus werden im Rahmen der Selbstreflexion vermittelt?

5.2. Methode: Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Um die im vorigen Kapitel dargelegten Forschungsfragen beantworten zu können, soll im Rahmen der vorliegenden Forschungsarbeit die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring zur Anwendung kommen. In diesem Kapitel wird zunächst auf die qualitative Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Forschungsmethodik im Allgemeinen eingegangen, um anschließend die Methodik im vorliegenden Forschungszusammenhang näher zu erläutern.

Beim Versuch einer Definition von Inhaltsanalyse hält es Mayring zunächst sehr neutral: Er beschreibt dabei „*die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt.*“ (Mayring, 2010: S. 11)

Da bei dem Versuch der Festlegung bisheriger Definitionen seitens verschiedenster Autoren Probleme und Schwierigkeiten, wie beispielsweise zu eng gefasste Definitionen ausschließlich ein spezifisches Interessensgebiet betreffend, auftraten, versucht Mayring nicht einfach eine weitere Definition an die Liste der bereits bestehenden, unterschiedlichen

Definitionen anzuhängen, sondern vorerst die wichtigsten Spezifika der sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalyse zusammenzutragen (vgl. Mayring, 2010: S. 12 f.):

- Gegenstand der Analyse ist Kommunikation, bei der es sich zumeist um Sprache handelt. Aber auch Musik, Bilder oder Ähnliches können analysiert werden.
- Da das zu analysierende Material in irgendeiner Form protokollmäßig festgehalten ist, spricht Mayring von einer fixierten Kommunikation.
- Weiters zeichnet sich die qualitative Inhaltsanalyse durch eine Systematik aus, die sie durch eine Regelgeleitetheit auch für andere nachvollziehbar und überprüfbar macht. Erst durch diese sogenannte intersubjektive Nachprüfbarkeit erreicht die Inhaltsanalyse den Standard einer sozialwissenschaftlicher Methode.
- Die Systematik inkludiert außerdem eine Theoriegeleitetheit. Das bedeutet, die Analyse passiert unter dem Augenschein von Fragestellung, die an die Erfahrungen anderer anknüpfen, und auch die Ergebnisse werden vor dem jeweiligen Theoried Hintergrund interpretiert.
- Ein wesentlicher Punkt der Inhaltsanalyse besteht zum Beispiel im Gegensatz zur Textanalyse außerdem darin, dass sie vor allem Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation ziehen will wie über Wirkungen beim „Empfänger“ oder Ähnliches.

Es gibt verschiedene Arten von qualitativen Inhaltsanalysen. Die Häufigkeitsanalyse, auch Frequenzanalyse genannt, zeichnet sich wie der Name schon sagt dadurch aus, dass Häufigkeiten gezählt und mit dem Auftreten anderer Elemente verglichen werden.

Ablaufschritte von Frequenzanalysen

- Formulierung der *Fragestellung*
- Bestimmung der *Materialstichprobe*
- Aufstellen des *Kategoriensystems* (in Abhängigkeit von der Fragestellung), d. h. Bestimmung der Textelemente, deren Häufigkeit untersucht werden soll
- *Definition* der Kategorien, eventuell Anführen von Beispielen
- Bestimmung der *Analyseeinheiten*, d. h. Festlegung, was als minimaler Textbestandteil unter eine Kategorie fallen kann (Kodiereinheit), was als maximaler Textbestandteil unter eine Kategorie fallen kann (Kontexteinheit) und welche Textbestandteile jeweils nacheinander kodiert werden (Auswertungseinheit); solche Textbestandteile können Silben, Wörter, Sätze, Abschnitte usw. sein
- *Kodierung*, d. h. Durcharbeiten des Materials mithilfe des Kategoriensystems, um das Auftreten der Kategorien aufzuzeichnen
- *Verrechnung*, d. h. Feststellen und Vergleichen der Häufigkeiten
- *Darstellung und Interpretation* der Ergebnisse

Abbildung 2: Ablaufschritte von Frequenzanalysen (Mayring, 2010: S. 15)

Weiteres gibt es die Valenz- und Intensitätsanalyse, bei der bestimmte Textteile nach einer Einschätzskala skaliert werden. Ein Beispiel dafür ist die Untersuchung verschiedener Leitartikel von Tageszeitungen daraufhin, ob sie eher die Politik der Regierungsparteien oder die der Opposition vertreten. Aufgebaut ist diese Methode wie folgt:

Ablaufschritte von Valenz- und Intensitätsanalysen

- Formulierung der *Fragestellung*
- Bestimmung der *Materialstichprobe*
- Aufstellen und Definition der *Variablen*, die untersucht werden sollen
- Bestimmung der *Skalenpunkte* (Ausprägungen pro Variable); bei Valenzanalysen bipolar (z. B. plus – minus), bei Intensitätsanalysen mehrstufig (z. B. sehr stark – stark – mittel – weniger stark – gar nicht)
- *Definition* und eventuell Anführen von Beispielen für die Skalenpunkte der Variablen (Variablen und Skalenpunkte stellen zusammen das Kategoriensystem dieser Analysearten dar)
- Bestimmung der *Analyseeinheiten* (Kodiereinheit, Kontexteinheit, Auswertungseinheit)
- *Kodierung*, d. h. Skalierung der Auswertungseinheiten nach dem Kategoriensystem
- *Verrechnung*, d. h. Feststellen und Vergleichen der Häufigkeiten der Skalierungen, eventuell weitere statistische Verarbeitung
- *Darstellung und Interpretation* der Ergebnisse

Abbildung 3: Ablaufschritte von Valenz- und Intensitätsanalysen (Mayring, 2010: S. 15)

Kontingenzanalysen untersuchen bestimmte Textelemente auf ihren Zusammenhang hin, um so eine Struktur miteinander assoziierter Textelemente herauszufiltern. Ihre Struktur läuft ab wie folgt:

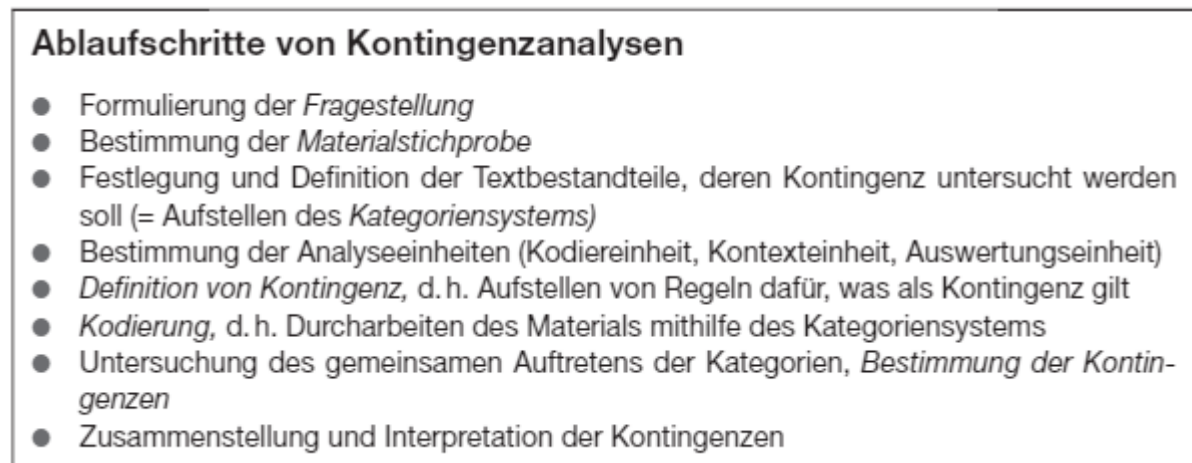


Abbildung 4: Ablaufschritte von Kontingenzanalysen (Mayring, 2010: S. 16)

„Sobald Zahlbegriffe und deren In-Beziehung-Setzen durch mathematische Operationen bei der Erhebung oder Auswertung verwendet werden, sei von quantitativer Analyse zu sprechen, in allen anderen Fällen von qualitativer Analyse.“ (Mayring, 2010: S. 17)

Dabei unterscheidet Mayring verschiedene Skalen, die bei der Inhaltsanalyse zum Einsatz kommen können. Die Nominal- und Ordinalskala zählen zu den qualitativen Messungen, sie arbeiten mit den Kriterien Gleichheit, Verschiedenheit sowie Rangordnung (zum Beispiel: männlich – weiblich, oder häufig – selten – nie). Im Gegensatz dazu gibt es weiters die Intervallskala sowie Ratio-Skalen, die mit Zahlen – also quantitative – arbeiten (zum Beispiel: Intelligenzquotient oder Alter, Gewicht, Zeit) (vgl. Mayring, 2010: S. 18).

Ein weiterer Unterschied zwischen qualitativ und quantitativ ist dahingehend erkennbar, dass qualitative Wissenschaft am Individuellen ansetzt (induktiv), während quantitative Wissenschaft an allgemeinen Prinzipien und Gesetzen ansetzten will (deduktiv) – Orientierung am Besonderen versus Orientierung am Allgemeinen. Die qualitative Methode möchte die volle Komplexität ihrer Gegenstände erfassen, wohingegen die quantitative Methode ihren Gegenstand in einzelne Variablen zerstückelt und von allen möglichen Nebeneffekten abgrenzt. Hierbei wird kritisiert, dass es durch diese Trennung zusammenhängender Aspekte, was aber die Voraussetzung für Quantifizierungen darstellt, zu einer Entfernung vom eigentlichen Gegenstand kommt.

An der qualitativen Inhaltsanalyse werden hingegen kritische Stimmen insofern laut, dass Einzelfallanalysen keine Schlüsse auf die Allgemeinheit zulassen und nur zufälliges Material liefern (vgl. Mayring, 2010: S. 19 f.).

Am Anfang wissenschaftlichen Arbeitens steht laut Mayring immer ein qualitativer Schritt, bei dem zunächst im Zuge der Erarbeitung eines Kategoriensystems benannt wird, was untersucht werden soll. Die Kategorienerstellung erfolgt anhand des Materials und wird an diesem ausprobiert – diesen Schritt bezeichnet Mayring als eindeutig qualitativ. Ist das Instrumentarium erstellt, können sowohl quantitative als auch qualitative Analyseschritte erfolgen, wobei quantitative Operationen lediglich als Hilfsmittel dienen, um detailliertere Aussagen über die Ergebnisse treffen zu können, Zahlen können nicht alleine stehen.

Quantitative Ergebnisse müssen somit mit anderen Aspekten in Bezug gesetzt und auf die Fragestellung hin interpretiert werden, was wiederum Analyseschritte qualitativer Art sind. Zusammenfassend beläuft sich der Analyseprozess also auf 3 Phasen, wie in der unteren Grafik auch sichtbar wird: Qualität – Quantität – Qualität (vgl. Mayring, 2010: S. 20 f.).

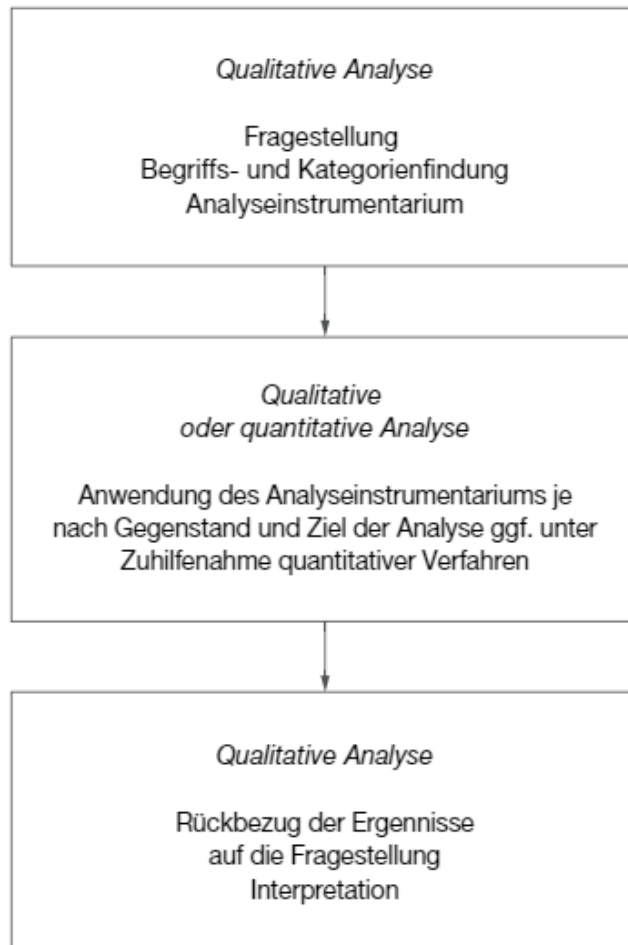


Abbildung 5: Phasenmodell zum Verhältnis qualitativer und quantitativer Analyse (Mayring, 2010: S. 21)

Als wesentliche Aufgaben und Schwerpunkte qualitativer Analysen beschreibt Mayring erstens die Hypothesenfindung und Theoriebildung. Dieser klassische Bereich ermöglicht die Aufdeckung von Einzelfaktoren sowie das Erkennen von Zusammenhängen dieser Faktoren, so kann es anschließend zur Hypothesenfindung und folglich sogar zur Theoriebildung kommen. Auch in dieser Forschungsarbeit soll hypothesengenerierend gearbeitet und Antworten auf die Forschungsfragen gefunden werden.

Weiters stellen aber auch Pilotstudien, Prozessanalysen, Klassifizierungen, Vertiefungen und Einzelfallstudien hervorragende Gebiete für qualitative Analysen dar. Besonders auf Fallanalysen lässt sich die eher offene, deskriptive, interpretative Methodik wie sie die qualitative Analyse ist, gut anwenden. Im Gegensatz zum ersten erwähnten Aufgabenbereich kann im Rahmen der qualitativen Methode auch eine Theorie- und Hypothesenüberprüfung stattfinden, die sonst vorrangig eher innerhalb quantitativer Methoden wiederzufinden ist.

Dies kann zum Beispiel bei zeitlich unbegrenzten Theorien wie Gesetzesbehauptungen hilfreich sein, denn schon ein einziger Fall kann eine Aussage widerlegen.

Nach Mayring sollen im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse die Stärken der quantitativen Analyse beibehalten und auf ihrem Hintergrund systematische Textanalysen entwickelt werden, die qualitativ orientiert sind. Bei diesem Vorhaben beschreibt Mayring folgende Punkte als essentielle Teile des Prozesses (vgl. Mayring, 2010: S. 48 ff.):

- **Einbettung des Materials in den Kommunikationszusammenhang:** Der Text soll immer innerhalb seines Kontextes interpretiert werden, indem der Studienautor angibt, auf welchen Teil im Kommunikationsprozess sich seine forschungsleitende Fragestellung und dessen anschließende Schlussfolgerung bezieht.
- **Systematisches, regelgeleitetes Vorgehen:** Hierbei ist es wichtig, dass der Forscher sich an vorab festgelegten Analyse-Regeln orientiert, welche individuell an das Analyse-Material angepasst werden.
- **Kategorien im Zentrum der Analyse:** Obwohl das Kategoriensystem vor allem auch bei der quantitativen Inhaltsanalyse eine große Rolle spielt und Skeptiker kritisieren, dass ein synthetisches Verstehen des Materials dadurch beeinträchtigt wird, ist das Kategoriensystem auch bei der qualitativen Inhaltsanalyse von zentraler Bedeutung. Denn nur so wird die Analyse für andere nachvollziehbar gemacht und eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse ermöglicht – also Intersubjektivität und Reliabilität sind somit gegeben.
- **Gegenstandsbezug statt Technik:** Bei der qualitativen Inhaltsanalyse ist vor allem wesentlich, dass die Verfahrensweisen individuell an den Gegenstand angepasst werden und somit nicht beliebig auf jeden anderen Gegenstand übertragbar sind.
- **Überprüfung der spezifischen Instrumente durch Pilotstudien:** Dass in qualitativen Inhaltsanalysen bewusst auf standardisierte Instrumente verzichtet wird, sehen Kritiker in Hinblick auf die Vergleichbarkeit als negativ an. Deshalb jedoch ist bei der qualitativen Inhaltsanalyse eine Pilotstudie von Nöten, bei der das Ablaufmodells sowie das Kategoriensystem einem Testlauf und folglich einer Überprüfung sowie Überarbeitung unterzogen werden.

Alle diese Schritte sollen laut Mayring auch in der Forschungsarbeit dokumentiert werden, um die intersubjektive Nachprüfbarkeit zu gewährleisten.

- **Theoriegeleitetheit der Analyse:** Aufgrund der Individualität bei der Erstellung eines Ablaufmodells sowie eines Kategoriensystems im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse, ist eine Stützung auf theoretische Argumente bei den jeweiligen Entscheidungen besonders wichtig. Validität vor Reliabilität betont Mayring, was so viel bedeutet wie inhaltliche Argumente, die auf dem Forschungsstand zum Thema basieren, sind Verfahrensargumenten vorzuziehen.
- **Einbezug quantitativer Analyseschritte:** Wie bereits weiter oben erwähnt möchte die qualitative Inhaltsanalyse auch die Stärken der quantitativen Vorgehensweise miteinbeziehen. Wenn solche quantitativen Schritte eingebaut werden, ist es wichtig, diese auch umfassend zu begründen und in den Ergebnissen zu interpretieren. Diese Vorgehensweise ist laut Mayring vor allem dann wichtig, wenn es um die Verallgemeinerung von Ergebnissen geht.
- **Gütekriterien:** Da wie bereits erwähnt im Gegensatz zu den standardisierten Verfahren der quantitativen Inhaltsanalyse die Vorgehensweise im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse etwas weicher und offener gestaltet ist, spielen die Gütekriterien wie Objektivität, Reliabilität und Validität bei der qualitativen Inhaltsanalyse eine große Rolle. Vor allem die Intercoderreliabilität ist von zentraler Bedeutung und sollte durch die bereits erwähnten Pilotstudien unter die Lupe genommen werden.

Die folgenden Seiten beschreiben die konkrete Vorgehensweise im Rahmen vorliegender Forschungsarbeit anhand der Darlegung des Analysematerials sowie der Vorstellung des Kategoriensystems.

5.3. Vorstellung des Analysematerials

Um die in Kapitel 5.1. formulierten Forschungsfragen angemessen beantworten zu können, wurden die auflagenstärksten (überregionalen) Tageszeitungen in Österreich, Deutschland und der Schweiz sowie die auflagenreichsten und für die vorliegende Arbeit relevantesten Magazine und Fachmagazine in Österreich und Deutschland herangezogen:

Österreich	Deutschland	Schweiz
Der Standard	BILD inkl. BILD am Sonntag	Neue Zürcher Zeitung
Die Presse	Die Welt	Tagesanzeiger
Extradienst	Focus	
Falter	Frankfurter Allgemeine Zeitung	
Heute	Handelsblatt	
Horizont	Horizont Deutschland	
Kleine Zeitung	Süddeutsche Zeitung	
Kronen Zeitung	taz – die Tageszeitung	
Kurier		
Medianet		
Medien Manager		
News		
OÖ Nachrichten		
Österreich		
Profil		
Salzburger Nachrichten		
Tiroler Tageszeitung		
trend		
Vorarlberger Nachrichten		

Als Untersuchungszeitraum wurden etwas über zwei Jahre festgelegt – nämlich von 07.01.2015 mit dem Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion in Paris, bis 31.05.2017. Mit Hilfe der Datenbank APA Online Manager konnten unter den Stichworten „terrorismus UND (kritik ODER selbstkritik) UND (journalis* ODER medien)“ insgesamt 852 Artikel gefunden werden. Ursprünglich wurde statt „terrorismus“ auch mit „terror*“ gesucht, um weitere Begriffe in die Suche miteinzubeziehen. Da diese erweiterte Suche jedoch ganze 4096 Ergebnisse erzielte, und jene Anzahl an zu untersuchenden Artikeln den Rahmen vorliegender Arbeit sprengen würde, wurde der Fokus auf jene Artikel gelegt, in dem das Wort „Terrorismus“ vorkommt.

In diesem Sinne möchte und kann vorliegende Arbeit keinen Anspruch darauf erheben, die Ergebnisse dieser Studie als allgemeingültige Antwort auf die Frage, wie Journalisten am besten mit dem Thema Terrorismus umgehen, zu präsentieren. Sie soll lediglich Einblick in die Materie geben, Anregungen und Möglichkeiten für weiterführende Forschungsarbeiten darlegen sowie Tendenzen in Bezug auf Selbstbeobachtung der Medien zum Thema Terrorismus analysieren und präsentieren.

Die 852 Artikel wurden alle auf ihren Titel und/oder ihren Lead in Bezug auf die in dieser Forschungsarbeit zu untersuchenden Thematik hin untersucht. Relevante Artikel, 26 an der Zahl, wurden schließlich dem entwickelten Kategoriensystem unterzogen, welches im folgenden Kapitel 5.4. genau beschrieben wird.

5.4. Kategoriensystem

Das für diese Arbeit entwickelte Kategoriensystem besteht aus 18 Kategorien und soll eine umfassende Analyse der printmedialen Selbstreflexion zum Thema Terrorismus ermöglichen. Im Folgenden werden die einzelnen Kategorien vorgestellt und näher beschrieben. Die jeweiligen Kategorien zeichnen sich entweder durch eine mögliche freie Antwort aus oder durch Codes, die auf den folgenden Seiten unter dem Punkt Erklärung gegebenenfalls näher erläutert werden. Die inhaltlichen Kategorien wurden außerdem auf der theoretischen Basis wie sie in Kapitel 3 erarbeitet wurde, vor allem angelehnt an Beuthner und Weichert nach ihrem Werk zur medienjournalistischen Selbstbeobachtung (vgl. Beuthner/Weichert, 2005), entwickelt.

5.4.1. Formale Kategorien pro Artikel

Kategorie 3, 4 und 7 sind offene Felder, während in den restlichen formalen Kategorien mit Codes gearbeitet wird.

- **FK 1 = Printmedium, in dem der Artikel erschienen ist**

Die erste Kategorie listet alle Printmedien auf, die im Rahmen vorliegender Forschungsarbeit untersucht werden.

Code	Ausprägung
1.1.	BILD
1.2.	Der Spiegel
1.3.	Der Standard
1.4.	Die Presse
1.5.	Die Welt
1.6.	Extradienst
1.7.	Falter
1.8.	Focus
1.9.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
1.10.	Handelsblatt
1.11.	Heute
1.12.	Horizont
1.13.	Horizont Deutschland
1.14.	Kleine Zeitung
1.15.	Kronen Zeitung
1.16.	Kurier
1.17.	Medianet
1.18.	Medien Manager
1.19.	Neue Zürcher Zeitung
1.20.	News
1.21.	OÖ Nachrichten
1.22.	Österreich
1.23.	Profil
1.24.	Salzburger Nachrichten
1.25.	Süddeutsche Zeitung
1.26.	Tagesanzeiger

1.27.	taz – die Tageszeitung
1.28.	Tiroler Tageszeitung
1.29.	Trend
1.30.	Vorarlberger Nachrichten

- **FK 2 = Erscheinungsland**

Da Forschungsfrage 5 auch Vergleiche zwischen den Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz betrifft, wurde diese Kategorie gebildet. Sie soll es erleichtern, Vergleiche zwischen den Ländern anzustellen.

Code	Ausprägung
2.1.	Österreich
2.2.	Deutschland
2.3.	Schweiz

- **FK 3 = Datum, an dem Artikel erschienen ist**

- **FK 4 = Titel des Artikels**

- **FK 5 = Seite (Platzierung des Artikels)**

Diese Kategorie soll Aufschluss über die Platzierung des Artikels geben und somit auch eventuell Schlüsse über die Wichtigkeit der selbstreflexiven Berichterstattung im jeweiligen Medium möglich machen – je nach Platzierung am Anfang des Blattes oder in der Mitte bzw. eher am Ende.

Code	Ausprägung	Erklärung
5.1.	Titelblatt	Platzierung am Titelblatt
5.2.	Vorne = hohe Wichtigkeit	Seite 1 - 6
5.3.	Mitte = mittelmäßige Wichtigkeit	Seite 7 – 15
5.4.	Hinten = weniger Wichtigkeit	Seite 16 und weiter hinten

- **FK 6 = Zeilen**

Diese Kategorie soll Aufschluss über den Umfang des jeweiligen Artikels geben.

Code	Ausprägung	Erklärung
6.1.	nicht umfangreich	1 – 20 Zeilen
6.2.	wenig umfangreich	21 – 50 Zeilen
6.3.	eher umfangreich	51 – 100 Zeilen
6.4.	umfangreich	101 – 200 Zeilen
6.5.	besonders umfangreich	201 und mehr Zeilen

- **FK 7 = Autor, der Artikel verfasst hat**

Diese Kategorie ist dazu da, um Aufschluss darüber zu geben, ob gewisse Akteure/Journalisten öfter als einmal über das Thema Terrorismus berichten und ob somit auf ein Ressort für Medienjournalismus und eine längerfristige Berichterstattung im Bereich Selbstreflexion zum Thema geschlossen werden/erkannt werden kann.

- **FK 8 = Art des Artikels**

Um feststellen zu können, wie umfangreich Selbstreflexion stattfindet, wird im Rahmen dieser Kategorie die Artikelart bestimmt. Die Kategorisierung soll bei der Darstellung der Ergebnisse zusammen mit FK 6 interpretiert werden.

Code	Ausprägung	Erklärung
7.1.	Nachricht	Meldung im Printmedium (W-Fragen, relativ kurz, nach Relevanz geordnet)
7.2.	Kurzmeldung	(eventuell nur Leadsatz, extrem kurz)
7.3.	Bericht	(chronologisch, länger als Nachricht)
7.4.	Fachartikel/Erklärstück/Analyse	
7.5.	Interview	
7.6.	Kommentar/Gastkommentar	
7.7.	Reportage	
7.8.	Leserbrief/Meldung	
7.9.	Sonstiges	

- **FK 9 = Ressort**

Die Kategorie Ressort soll Aufschluss darüber geben, in welchem Teil der Zeitung der jeweilige Artikel erscheint. Bei der Interpretation spielt diese Kategorie ebenfalls mit IK 6 und 8 zusammen und wird in Hinblick auf die Wichtigkeit der Selbstreflexion für das jeweilige Printmedium überprüft.

Code	Ausprägung
8.1.	Politik
8.2.	Wirtschaft
8.3.	Kultur/Feuilleton
8.4.	Medien
8.5.	Lokale/Österreich
8.6.	Chronik
8.7.	Wissenschaft/Medizin/Gesundheit
8.8.	Reise
8.9.	Sonstiges
8.10.	Vermischtes/Aus aller Welt/International

5.4.2. Inhaltliche Kategorien pro Kritikpunkt

- **IK 1 = Welche Medien werden im Artikel diskutiert?**

Diese Kategorie soll Aufschluss darüber geben, ob über das eigene Printmedium, die eigene Mediengattung oder eher über die anderen Medien reflektiert wird.

Code	Ausprägung
1.1.	Eigenes Medium
1.2.	Anderes Medium
1.3.	Eigenes und andere Medien
1.4.	Medien im Allgemeinen/neutral an Medien gerichtet
1.5.	Sonstiges

- **IK 2 = Art der Reflexion**

Durch diese Kategorie soll klar definiert werden, welche Art von Reflexion im Artikel zu finden ist. Wenn es darum geht, was die Medien allgemein tun sollen und was nicht, ist dies als Rolle der Medien einzustufen. Wird jedoch über bereits veröffentlichte Berichte reflektiert, handelt es sich um Kritik.

Code	Ausprägung
2.1.	Kritik
2.2.	Rolle der Medien

- **IK 2.1.1. = Art der Kritik**

Die folgende Kategorie ist nur relevant, wenn es sich um Kritik handelt und somit in der vorangegangenen Kategorie IK 2.1. zutreffend war.

Code	Ausprägung
2.1.1.1.	positiv
2.1.1.2.	negativ

- **IK 2.1.2. = Thema der Kritik**

Da es unmöglich ist, alle möglichen Kritikpunkte aufzulisten, ist diese Kategorie ein offenes Feld, in dem die jeweiligen Kritikpunkte individuell kurz und konkret beschrieben werden sollen, z.B. das Schüren von Angst oder inkorrekte oder vorschnelle Verbreitung von vermeintlichen Fakten. Diese Kategorie ist ebenfalls nur relevant, wenn in der vorangegangenen Kategorie IK 2.1. zutreffend war.

- **IK 2.2.1 = Art der Rolle**

Wie bei den Kritikpunkten sind auch die verschiedenen möglichen Aspekte in Bezug auf die Rolle der Medien nicht alle aufzählbar, deshalb handelt es sich auch bei dieser Kategorie um eine offene, die individuellen Raum zur Beschreibung der jeweiligen Rolle lässt, wie zum Beispiel die Darstellung von Hintergrundinformationen oder der Schutz der Opfer. Diese Kategorie ist nur dann relevant, wenn die Art der Reflexion eine Beschreibung der Rolle der Medien darstellt, also IK 2.2. zutreffend war.

Punkte 2.1.1. bis 2.2.1. sollen durch konkrete Beispiele aus den Artikeln verdeutlicht werden. Die folgenden Kategorien sind wieder allseits relevant, unabhängig davon, ob es sich in Bezug auf IK 2 um eine Kritik oder die Rolle der Medien handelt.

- **IK 3 = Anlass zur Berichterstattung**

Diese Kategorie soll Aufschluss darüber geben, welches Ereignis den Grund für die selbstreflexive Berichterstattung darstellt. Hierzu wurden alle relevanten, sich im Untersuchungszeitraum ereigneten Vorfälle berücksichtigt, sollte aus dem Artikel kein aktueller Bezug zu einem der Vorfälle erkennbar sein, ist auf die Ausprägung 3.7. zurückzugreifen.

Code	Ausprägung
3.1.	Charlie Hebdo am 07.01.2015
3.2.	Anschlagserie von Paris am 13.11.2015
3.3.	Amokfahrt in Nizza am 14.06.2016
3.4.	Amoklauf in München am 22.07.2016
3.5.	Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt am 19.12.2016
3.6.	Sonstiges Ereignis
3.7.	Kein Bezug auf bestimmtes Ereignis

- **IK 4 = Art der Medien, die kritisiert/thematisiert werden**

Diese Kategorie soll Aufschluss darüber geben, welche Art von Medien im Artikel thematisiert werden, und einen Überblick geben, bevor mit den nachfolgenden Kategorien die relevanten Akteure konkret ermittelt werden.

Code	Ausprägung	Erklärung
4.1.	Fernsehmedien	Fernsehsender wie CNN
4.2.	Printmedien	Zeitungen wie die Presse
4.3.	Verlag(e)	
4.4.	Nachrichtenagenturen	z.B. APA
4.5.	Radiosender	z.B. Ö3
4.6.	Onlinemedien	z.B. die Online-Version der Presse
4.7.	Social Media	Facebook, Instagram, etc.
4.8.	Massenmedien im	

	Allgemeinen	
4.9.	Sonstiges	
4.10.	Nicht erkennbar	

- **IK 5 = Kritisierender Akteur**

Mit dieser Kategorie soll untersucht werden, wer Kritik übt. Sie soll dazu in Kombination mit der Folgekategorie, IK 6, analysiert werden, um herausarbeiten zu können, wer wen kritisiert. Sowohl bei dieser Kategorie IK 5 als auch bei der folgenden Kategorie IK 6 soll jeweils dazu der konkrete Akteur festgehalten werden, um eventuelle tiefere Analysen wie Muster in Bezug auf die vereinzelt Akteure feststellen zu können.

Code	Ausprägung	Erklärung
6.1.	Autor des Artikels	
6.2.	Medienakteur	Wie Moderator, Journalist, Pressesprecher
6.3.	Prominente Person	Wie Sänger oder Schauspieler
6.4.	Politiker	
6.5.	Leser	
6.6.	Sonstiger Akteur	
6.7.	Nicht erkennbar/neutral formuliert/kein konkreter Akteur	
6.8.	Anonyme Kritiker	Wenn beispielsweise geschrieben steht „sagen Kritiker“
6.9.	Experten/Wissenschaftler/Polizei	
6.10.	Aufsichtsinstanz	z.B. Österreichischer Presserat

- **IK6 = Kritisierte(r) Akteur**

Code	Ausprägung	Erklärung
6.1.	Fernsehmedium oder Fernsehmedien im Allgemeinen	
6.2.	Printmedium oder Printmedien im Allgemeinen	
6.3.	Verlag(e)	
6.4.	Nachrichtenagentur(en)	
6.5.	Internetseite(n)	
6.6.	Social Media	
6.7.	Prominente Person(en)/Politiker	
6.8.	Massenmedien im Allgemeinen	
6.9.	Leser und Mediennutzer	
6.10.	Experte(n)/Wissenschaftler	
6.11.	Sonstiger Akteur	
6.12.	Nicht erkennbar/neutral formuliert/kein konkreter Akteur	Wenn z.B. geschrieben steht „Medien“
6.13.	Journalist(en)	
6.14.	Moderator(en)	

5.4.3. Pretest

Um die Anwendbarkeit des Kategoriensystems vorab zu testen, wurde ein Pretest durchgeführt, der es ermöglicht, die Schwachstellen zu erkennen und am Kategoriensystem vor der Anwendung auf das gesamte Untersuchungsmaterial finale Änderungen vorzunehmen. Für den Pretest wurden die ersten fünf relevanten Artikel herangezogen und anschließend folgende Änderungen vorgenommen:

- Die Ausprägungen der formalen Kategorie 1 wurden der Übersichtlichkeit wegen alphabetisch angeordnet.
- IK 5 wurde statt der reinen Zeilen-Anzahl auf verschiedene Kategorien erweitert (nicht umfangreich, wenig umfangreich, eher umfangreich, umfangreich, besonders umfangreich). Dies erleichtert später das Interpretieren und zeigt auf einen Blick, für wie umfangreich die Berichterstattung einzuschätzen ist.
- In der formalen Kategorie 7 wurde der Ausprägung Fachartikel/Erklärstück auch die Analyse beigelegt.
- Der inhaltlichen Kategorie 1 wurde die Ausprägung 4 Medien im Allgemeinen hinzugefügt.
- Bei der inhaltlichen Unterkategorie 2.1.1., wo es um die Art der Kritik geht, wurden die Ausprägungen neutral und nicht erkennbar entfernt, da beim Pretest nur positive oder negative Kritikpunkte vorzufinden waren und die Ausprägung neutral bzw. nicht erkennbar somit überflüssig waren. Zumal alles, was nicht unter positive oder negative Kritik fällt, automatisch entweder nicht relevant ist oder unter die Rolle der Medien fällt und somit in einem eigenen Punkt unter 2.2.1. näher beleuchtet wird.
- IK 3 wurde von einem offenen Feld auf die hauptsächlich vorkommenden Ereignisse beschränkt.
- Bei IK 3 wurden nach dem Pretest Onlinemedien und Social Media getrennt dargestellt und näher erläutert, um die Unterscheidung für diese Forschungsarbeit klar hervorzuheben. Außerdem wurde der Punkt Massenmedien im Allgemeinen hinzugefügt.
- Genau der gleiche Vorgang wie eben beschrieben wurde bei IK 6 durchgeführt.
- Bei der inhaltlichen Kategorie 6 wurde der Punkt Aufsichtsinstanz hinzugefügt.
- Eine Kategorie zur Erhebung der Bebilderung der Artikel wurde schlussendlich entfernt, da sie für diese Arbeit nicht von Bedeutung war.

Die Abänderungen wurden bereits in das Kategoriensystem aufgenommen – das in Kapitel 5.4. vorgestellte Kategoriensystem ist somit bereits die vollständig überarbeitete, aktuelle Version.

6. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse

Kapitel 6 widmet sich den Ergebnissen und der Interpretation der Forschungsergebnisse. Zuerst sollen die Ergebnisse deskriptiv dargestellt werden, bevor im Anschluss die detaillierten Forschungsfragen beantwortet werden, um schlussendlich auf die forschungsleitenden Hauptfragen näher eingehen zu können und breiter gefächerte Schlüsse zu ziehen sowie Tendenzen zum Thema darzulegen. Mit Hilfe des Statistikprogramms SPSS wurden sämtliche erfasste Kritikpunkte und Rollenbeschreibungen (siehe Tabellenauswertung im Anhang) ausgewertet. Die Ergebnisse daraus werden auf den folgenden Seiten samt Interpretationen präsentiert.

6.1. Formale Forschungsergebnisse

Insgesamt wurden 852 Artikel auf ihre Relevanz hin untersucht und schließlich gab es nur 26 Artikel, die sich mit dem Thema Selbstreflexion über die Berichterstattung zum Thema Terrorismus beschäftigten und somit auf die erstellten Kategorien hin überprüft wurden. Das sind nur 3 % aller Artikel, die den Stichworten entsprechend über Terrorismus berichteten und tatsächlich über eine angemessene Berichterstattung zum Thema Terrorismus reflektieren.

Kategorie FK 1 Printmedium: Welche Zeitung betreibt das höchste Maß an Selbstreflexion?

Es wurden 30 Printmedien wie in Kapitel 5.3. bereits näher erläutert in die Untersuchung mit einbezogen, jedoch nur 14 Medien davon beschäftigen sich mit dem für vorliegende Forschungsarbeit relevanten Erkenntnisinteresse, also weniger als die Hälfte.

In Bezug auf die Frage, welches untersuchte Printmedium das höchste Maß an Selbstreflexion zum Thema Terrorismus betreibt, sind einigermaßen eindeutige Ergebnisse erkennbar. Allen voran weist taz – die Tageszeitung die meisten, nämlich insgesamt 21 Stellen zur Selbstreflexion auf, gefolgt von der Süddeutschen Zeitung mit 13 Stellen, der Welt mit zwölf und der Neuen Zürcher Zeitung mit zehn Stellen. In den restlichen untersuchten Zeitungen ließen sich weniger als zehn Stellen zur Selbstreflexion in den untersuchten 26 Artikeln und insgesamt 85 selbstreflexiven Punkten finden. Die eben genannten Zahlen beziehen sich auf die Fundstellen zum Vorkommen von Selbstreflexion allgemein. Auch wenn man die Artikelanzahl betrachtet, ist taz – die Tageszeitung führend, denn sieben der untersuchten 26 Artikel sind in der taz zu finden, während die jeweiligen, restlichen Zeitungen allesamt maximal zwei Artikel dem Thema Selbstreflexion widmen wie sich in dem folgenden Diagramm verdeutlicht darstellen lässt.

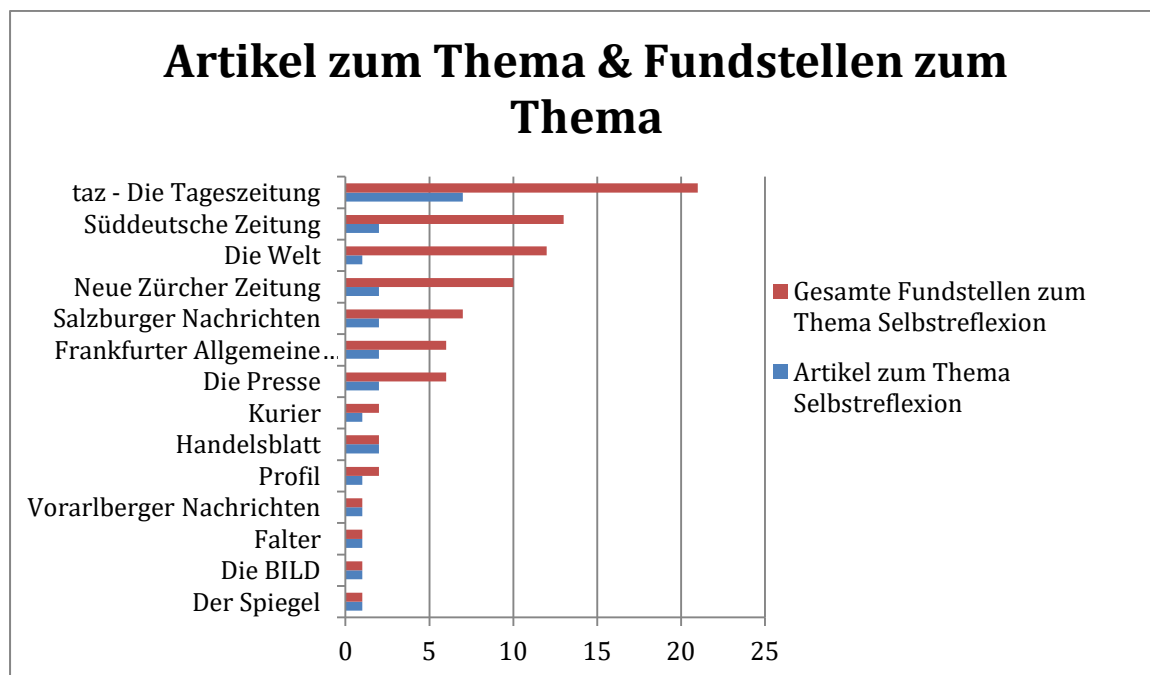


Tabelle 1: Kategorie FK 1 Printmedium - Welche Zeitung betreibt das höchste Maß an Selbstreflexion?

Taz – die Tageszeitung hat also die meisten Artikel, die sich dem Thema Berichterstattung über Terrorismus widmen und auch die meisten Fundstellen. Das heißt, die Selbstreflexion wird in der taz nicht nur am meisten thematisiert, sondern auch am ausführlichsten mit den meisten Kritikpunkten und Ansätzen zum Thema.

Die Süddeutsche Zeitung, die Welt, die Neue Zürcher Zeitung, die Salzburger Nachrichten, die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Presse weisen trotz geringer Artikelanzahl, ebenfalls eine eher hohe Dichte an Fundstellen auf.

Das wird von der Autorin dahingehend interpretiert, dass bei einer stattfindenden Thematisierung, diese umfassend und intensiv passiert.

Der Kurier, das Handelsblatt, das Profil, die Vorarlberger Nachrichten, der Falter, die BILD und der Spiegel hingegen weisen kaum Artikel zum Thema auf und auch dementsprechend wenige Fundstellen. Zu interpretieren ist die Handhabung des Themas Selbstreflexion und Terrorismusberichterstattung dieser Zeitungen also als fast nicht vorhanden und wenn doch, wenig umfassend.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass taz – die Tageszeitung mit etwa 27% der relevanten 26 Artikel und etwa 25% der 85 Fundstellen die Selbstreflexion zum Thema Terrorismus betreffend Spitzenreiter unter den 14 Medien ist, die Selbstreflexion betreiben. Auch die Süddeutsche Zeitung, die Welt und die Neue Zürcher Zeitung sind, obwohl sie jeweils nur etwa 8% der 26 Artikel einnehmen, mit etwa 15, 14 und 12%, was die Fundstellen zu konkreten selbstreflexiven Aspekten betrifft, im oberen Bereich mit dabei. Die restlichen Zeitungen machen jeweils unter 8% der 26 Artikel aus und jeweils weniger als 10% der gesamten 85 Fundstellen.

Kategorie FK 4 Seite und FK 8 Ressort: Die Platzierung des Artikels

Die meisten Artikel, nämlich elf von 26, fielen in Bezug auf das Ressort in die Kategorie „Sonstiges“. Betrachtet man diese sonstigen Ressorts sind das zumeist von den Zeitungen eigens benannte Ressorts und auch „Meinung“ fällt drei Mal darunter. Weiters sind sechs der Artikel unter dem Ressort „Medien“ zu finden, fünf unter „Politik“ und drei im „Feuilleton“.

Bezüglich der Platzierung lässt sich erkennen, dass die Mehrheit eher mittig oder hinten in der Ausgabe thematisiert wird. Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass auch die Ressorts „Medien“ oder beliebige Ressorts, die unter „Sonstiges“ fielen, eher erst ab der Mitte und meistens erst nach den Ressorts Innen- und Außenpolitik kommen, die zumeist die ersten Seiten einer Ausgabe einnehmen. Sieben der 26 Artikel erschienen aber sehr wohl auf den ersten sechs Seiten und somit eher am Anfang der Ausgabe.

Hinsichtlich der Platzierung in den einzelnen Zeitungen lässt sich feststellen, dass diese sehr durchwachsen sind und keine durchgehende Platzierungsstruktur erkennbar ist. So hat taz – Die Tageszeitung zum Beispiel Artikel sowohl ganz vorne, mittig, als auch eher hinten platziert. Der Falter zum einen hat seinen Artikel im vorderen Teil des Blattes veröffentlicht, und der Spiegel zum anderen im hinteren Teil.

Es lassen sich hierzu einerseits keine aussagekräftigen Schlüsse ziehen, da einige der betreffenden Medien nur je einen relevanten Artikel vorweisen, somit zu wenig vergleichbares Material vorliegt und dadurch kein Schema der Platzierung erkannt werden kann. Und andererseits müsste man die Platzierung auch mit der jeweiligen Gesamtseiten-Anzahl der betreffenden Ausgabe in Relation setzen. Aufgrund dieser beiden Faktoren, vor allem den zuerst genannten Faktor des fehlenden vergleichbaren Materials, kann zu dieser Kategorie keine aussagekräftige Interpretation stattfinden.

Kategorie FK 5 Zeilen: Umfang der selbstreflexiven Berichterstattung

Wie bereits in den Ergebnissen angeführt wurde, zeigt sich, dass die Beschäftigung mit der Selbstreflexion zum Thema Berichterstattung über Terrorismus zwar begrenzt ist, aber, wenn sie stattfindet, dann zum Großteil umfangreich. Etwa 84% der 26 untersuchten Artikel weisen eine eher umfangreiche, umfangreiche oder sogar besonders umfangreiche Berichterstattung zur Selbstreflexion auf.

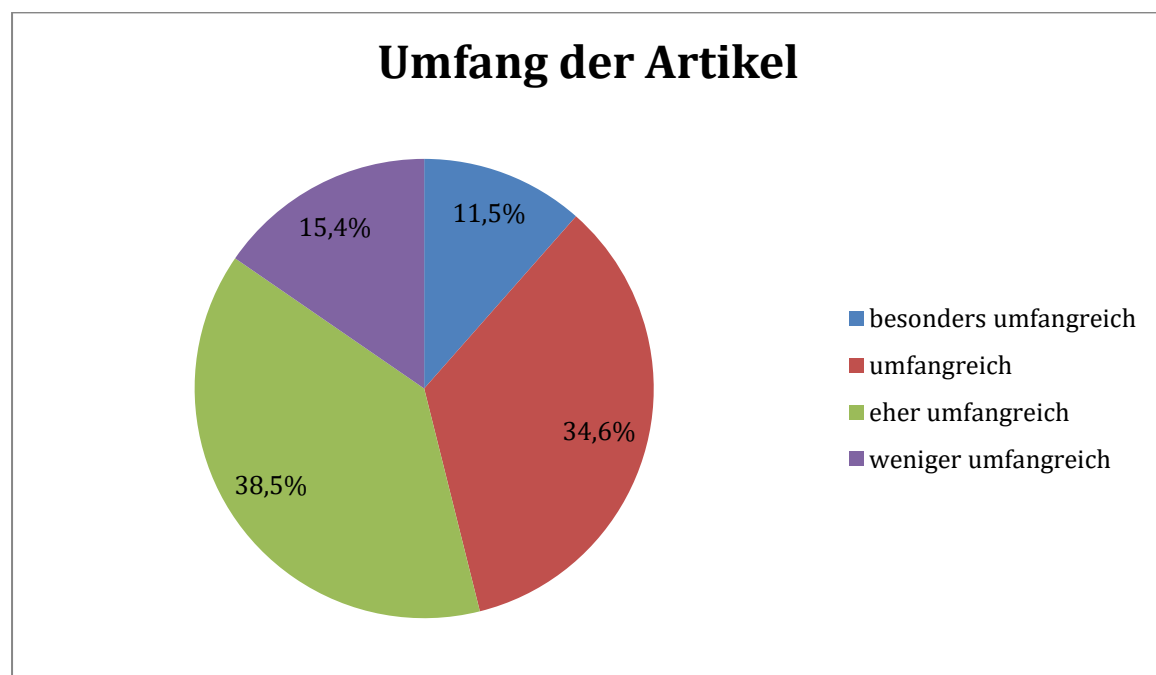


Tabelle 2: Kategorie FK 5 Zeilen - Umfang der selbstreflexiven Berichterstattung

Kategorie FK 6 Autor: Verfasser der Artikel

Im theoretischen Teil vorliegender Arbeit wurden Beuthner und Weicherts Selbstbeobachtungsfallen erläutert, bei denen auch die Wichtigkeit einer längerfristigen Beobachtung vom Umgang der Medien mit Katastrophen und kritischen Themen wie zum Beispiel in diesem Fall Terrorismus betont wurde. Um herauszufinden, ob eine regelmäßige oder längerfristige Selbstreflexion seitens der Medien vorhanden ist, wurden – als ein diesbezüglicher relevanter Aspekt – die Autoren der Artikel erfasst. Schreibt ein Autor mehrmalig zum Thema Selbstreflexion, könnte das eine gewisse Wichtigkeit im betreffenden Medium eines medienjournalistischen Ressorts bedeuten und eine längerfristige Selbstreflexion wahrscheinlicher machen.

Dies ist natürlich in Verbindung mit weiteren Ergebnissen zu setzen, wie zum Beispiel mit der Zeitung, die am häufigsten Selbstreflexion betreibt. In diesem Fall gab es nur einen Autor, welcher mehr als einmal als Autor zum Thema auftrat, die restlichen Autoren kamen lediglich einmal zu Wort und daher sind hier auch keine Interpretationsmöglichkeiten gegeben. Jener Autor, der jedoch zwei Mal zu Wort kommt, ist Daniel Bax und schreibt für taz – die Tageszeitung, welche wie oben bereits erwähnt jene Zeitung innerhalb dieser Untersuchung ist, die am häufigsten Selbstreflexion zum Thema Terrorismus betreibt. Auch die Tatsache, dass sich ein Journalist mehrmals mit dem Thema beschäftigt, unterstreicht die Tatsache, dass taz – die Tageszeitung der selbstreflexiven Berichterstattung zum Thema Terrorismus die größte Wichtigkeit unter den untersuchten Printmedien einräumt.

Kategorie FK 7: Welche Artikelart dominiert in der Berichterstattung?

Wenn man die Artikelarten betrachtet, stützt dies die oben erwähnten Ergebnisse zum Umfang, denn es kommen vorwiegend jene Artikelarten vor, die sich eher durch einen umfangreicheren Inhalt auszeichnen. Die meisten Artikel sind Berichte, nämlich elf von 26, gefolgt von sieben Fachartikeln/Analysen. Außerdem wurde zwei Mal ein Interview geführt und eine Reportage verfasst. Diese beiden zuletzt erwähnten Artikelarten genauso wie Fachartikel gehen zumeist in Einklang mit Hintergrundinformationen und sind dadurch von eher umfassender Art.

6.2. Inhaltliche Forschungsergebnisse

Kategorie IK 1: Welche Medien werden im Artikel diskutiert?

In Hinblick darauf, welche Medien in den Printmedien diskutiert werden, lässt sich erkennen, dass vorwiegend andere Medien kritisiert werden und wenig bis gar nicht das eigene Medium im Mittelpunkt der Kritik steht. Ausschließliche Selbstkritik eines Mediums ist nur in zwei von 85 Fällen festzustellen. In 51 von 85 Fällen fokussiert sich die Kritik lediglich auf andere Medien. Zu etwa 11% jedoch wird im Artikel nicht nur ein fremdes Medium, sondern gleichzeitig auch das eigene unter die Lupe genommen. Während also an erster Stelle mit 60% rein die anderen Medien kritisiert werden, ist an zweiter Stelle zu etwa 26% Kritik an Medien im Allgemeinen bzw. neutral an Medien gerichtete Kritik vorzufinden.

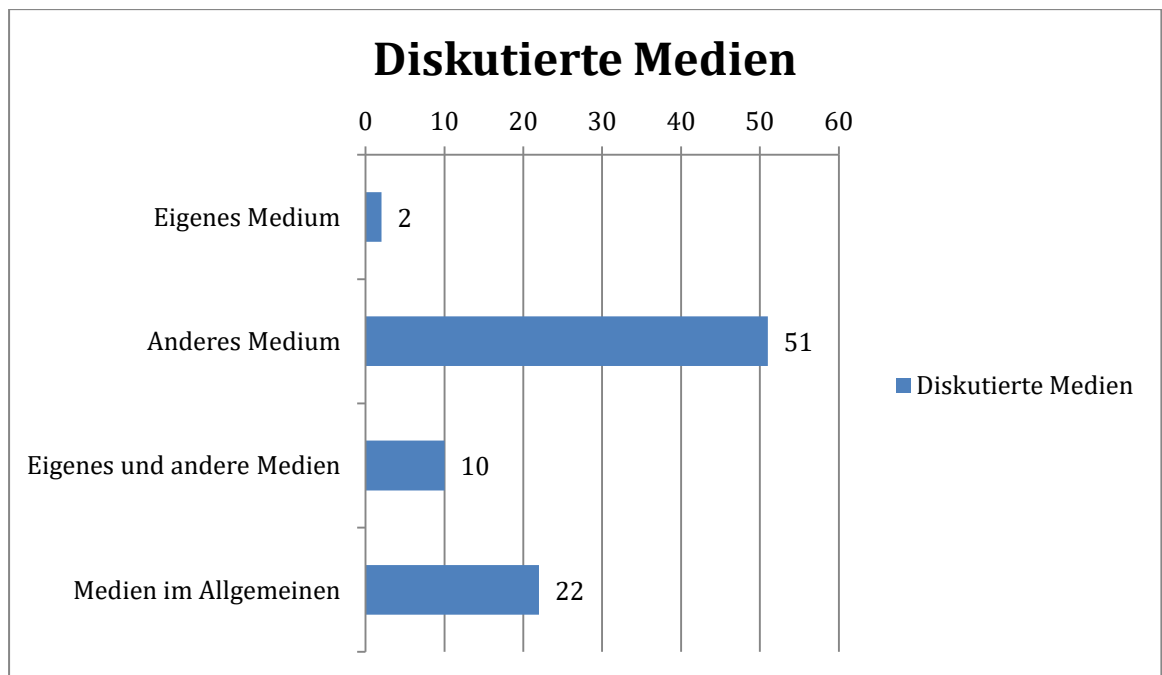


Tabelle 3: Kategorie IK 1 - Welche Medien werden im Artikel diskutiert?

Nachdem in der obigen Abbildung klar ersichtlich ist, dass das jeweilige Printmedium nicht sich selbst, sondern vor allem andere Medien kritisiert, soll im Folgenden dargestellt werden, gegen welche Medien und Akteure genau sich die mehrheitlich negative Kritik richtet.

Kategorie IK 2: Art der Reflexion

Insgesamt wurden 85 selbstreflexive Statements in den untersuchten Zeitungen gefunden. Davon wurden 40 Mal Kritiken geäußert und bei den restlichen 45 Mal ging es um die Rolle der Medien. Die hier dargestellten Häufigkeitsberechnungen zeigen die Ergebnisse aller untersuchten Zeitungen gesamt.

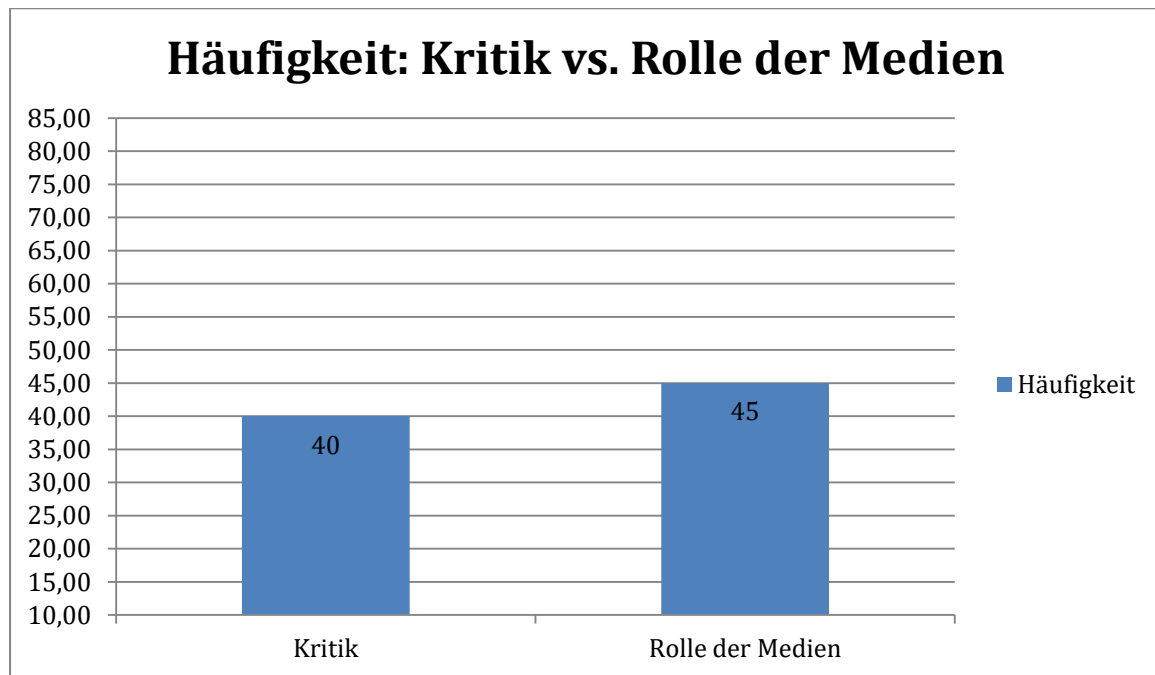


Tabelle 4: Kategorie IK 2 - Art der Reflexion

Kategorie IK 2.1.1. Wenn es um Kritik, geht – handelt es sich um positive oder negative Kritik?

Weiters zeigen die Ergebnisse des Kategoriensystems, dass 14,6% der Kritiken positiv sind, während der Großteil mit 85,4% negative Kritikpunkte darstellt. Auf die Ergebnisse zu den Inhalten der Kritiken als auch der selbstreflexiven Berichterstattung zur Rolle der Medien wird zu einem späteren Zeitpunkt detailliert eingegangen.

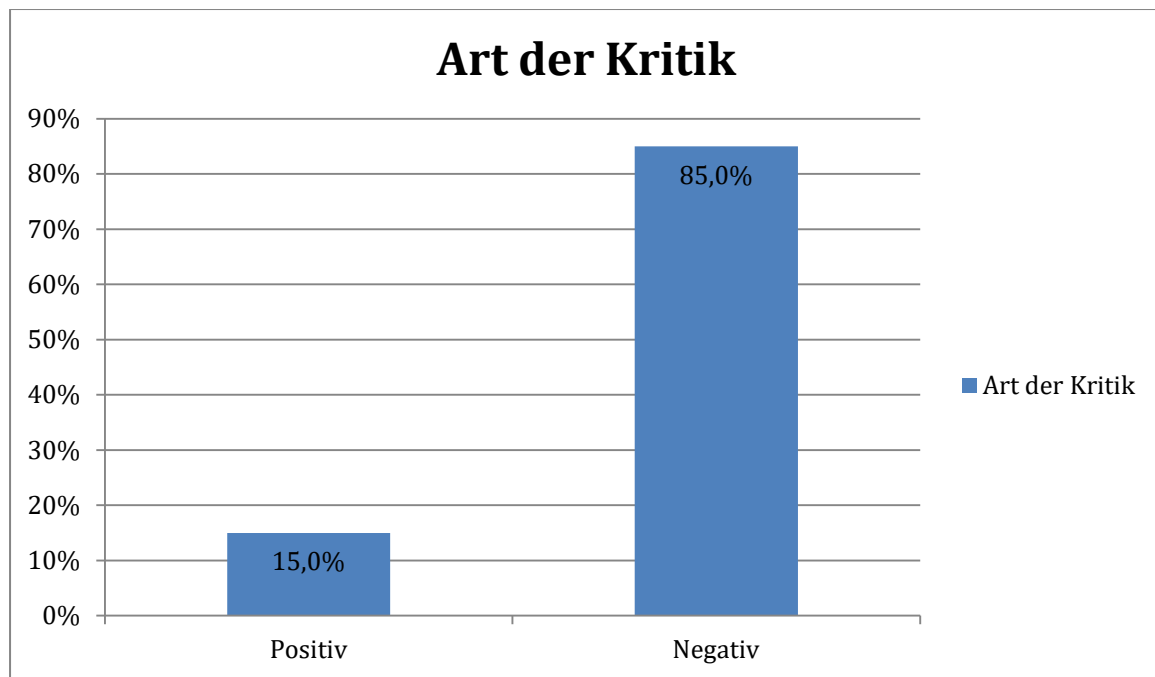


Tabelle 5: Kategorie IK 2.1.1. - Art der Kritik

Kategorie IK 3: Welche Ereignisse sind Anlass der selbstreflexiven Berichterstattung?

Im Zuge der Analyse wurden die wichtigsten vorkommenden Ereignisse in Kategorien gefasst. Darunter nicht nur die Terroranschläge in Paris, Nizza und am Berliner Weihnachtsmarkt, sondern auch ein Amoklauf in München, der sich ebenfalls in der untersuchten Zeitspanne ereignete und in den Medien mehrmals erwähnt wurde. Obwohl das Hauptaugenmerk dieser Arbeit auf religiösem und politischem Terrorismus, wie es jener des IS darstellt, liegt und der Amoklauf in München nicht aus vermeintlichen religiösen Motiven verübt wurde, soll dieses Ereignis dennoch Beachtung in vorliegender Arbeit finden, da über dieses in den Medien reflektiert wurde und jene Aspekte sowie reflexiven Überlegungen in gewisser Weise ebenfalls für den Umgang mit religiös motivierten Terrorismus in der Berichterstattung relevant sein können.

Die Ergebnisse zeigen, dass über die Berichterstattung zum Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion am meisten reflektiert wurde, denn es beschäftigten sich acht Artikel von insgesamt 26 damit. Während weitere sechs Artikel keinen bestimmten Terroranschlag zum Anlass haben, befassen sich je drei Artikel mit der Reflexion über die Anschlagserie in Paris am 13.11.2015, mit der Amokfahrt in Nizza am 14.06.2016 und mit dem Amoklauf in München am 22.07.2016.

Nur ein Artikel kritisiert die Berichterstattung über den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19.12.2016 und zwei der 26 Artikel thematisieren die Berichterstattung über ein sonstiges Ereignis, nämlich die Anschläge in London am 22.03.2017.

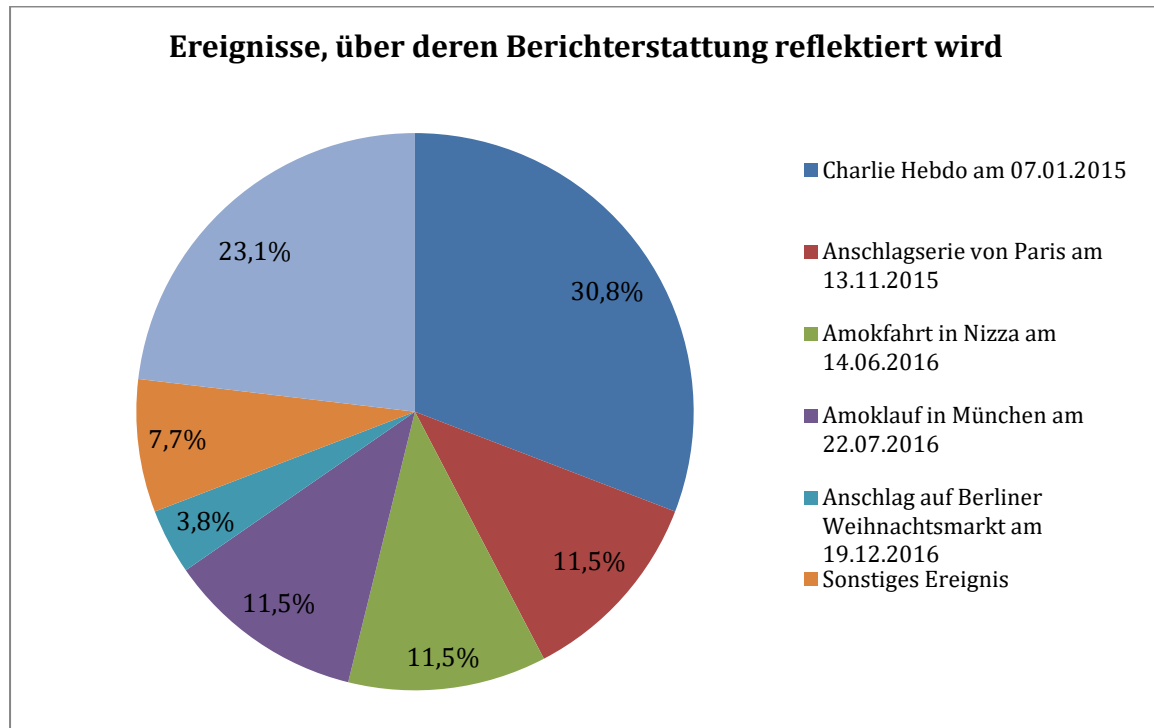


Tabelle 6: IK 3 - Anlass zur Berichterstattung

Kategorien IK 4, 5 und IK 6: Welche Akteure üben Kritik aus und an oder gegen welche Akteure und Medien richtet sich jene Kritik?

Die Ergebnisse zeigen in Bezug auf die Kritik übenden Akteure, dass die meisten Kritikpunkte direkt von den Autoren des jeweiligen Artikels stammen oder von Experten, Wissenschaftlern und der Polizei. In Prozent verdeutlicht bedeutet das etwa 30% der Kritikfälle gehen vom Autor aus, während etwa 22% der Kritikpunkte von Experten, Wissenschaftlern und polizeilichen Experten ausgehen. In 15 der 85 Fälle ist nicht erkennbar, von wem die Kritik ausgeht, da sie neutral formuliert und somit keinem konkreten Akteur zuzuordnen ist. Aufsichtsinstanzen kommen in nur vier Fällen zu Wort. Leserkritik ist in den untersuchten Artikeln mit nur einem Fall vorzufinden.

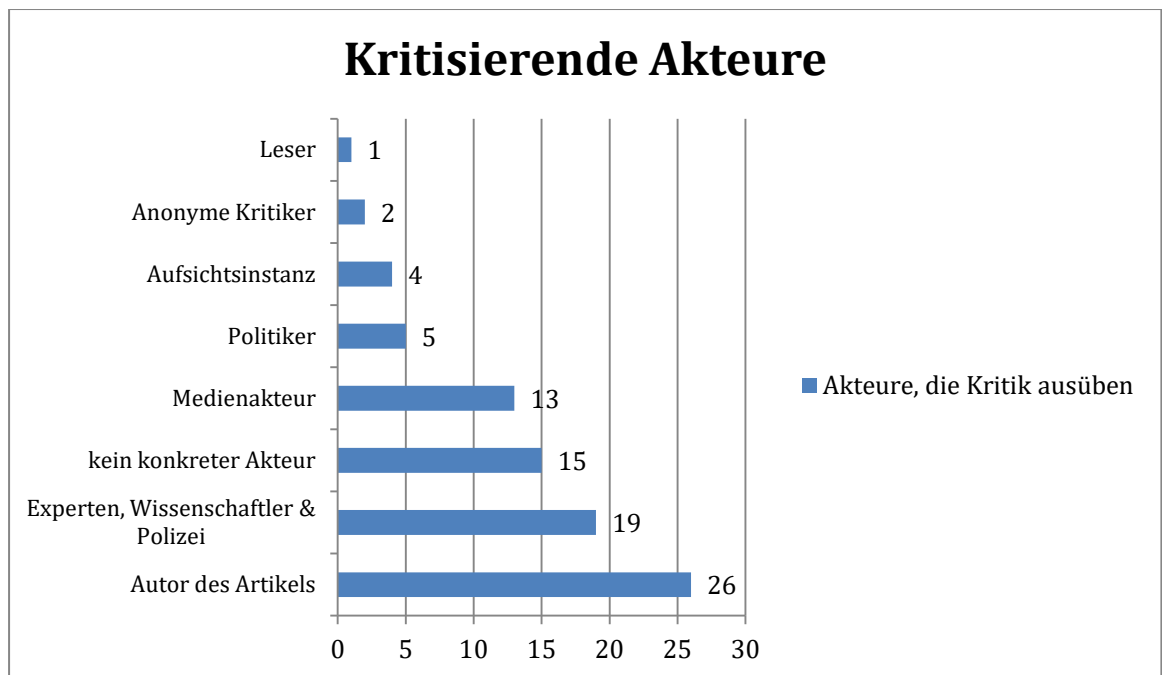


Tabelle 7: IK 5 - Kritisierende Akteure

In Bezug auf jene Akteure und Medien, die kritisiert werden, lässt sich im Gegenzug feststellen, dass sich die meisten der Kritikpunkte, nämlich 30% der Fälle, an die Massenmedien im Allgemeinen richten. Printmedien ernten etwa 18% an Kritik und Fernsehmedien etwas weniger mit 15% der Fälle. Social Media werden mit nur 3,5% von den verschiedenen Medienarten her am wenigsten kritisiert.

Printmedien reflektieren also in erster Instanz darüber, wie Massenmedien im Allgemeinen das Thema Terrorismus handhaben sollen. Jedoch bereits in zweiter Instanz thematisieren die Printmedien ihre eigene Sparte in Bezug auf den Umgang mit dem Thema.

Während der Großteil der printmedialen Selbstreflexion die verschiedenen Mediengattungen betrifft, werden hingegen selten gezielt bestimmte Medienakteure wie Journalisten oder Moderatoren thematisiert. Dieser Teil macht nur etwa 4% aus wie die Ergebnisse zeigen. Politiker wiederum sind in etwa 11% der Fälle im Fokus der Kritik in Printmedien. In neun von 85 Fällen richtet sich die Kritik an keinen konkreten Akteur und ist neutral formuliert. Auch wenn nur „Medien“ genannt wurden, fiel dies unter diese Kategorie. In nur vier von 85 Fällen behandelte die Reflexion Leser und Mediennutzer sowie Experten und Wissenschaftler. Eine Übersicht über die kritisierten Akteure ist in nachfolgendem Diagramm dargestellt:

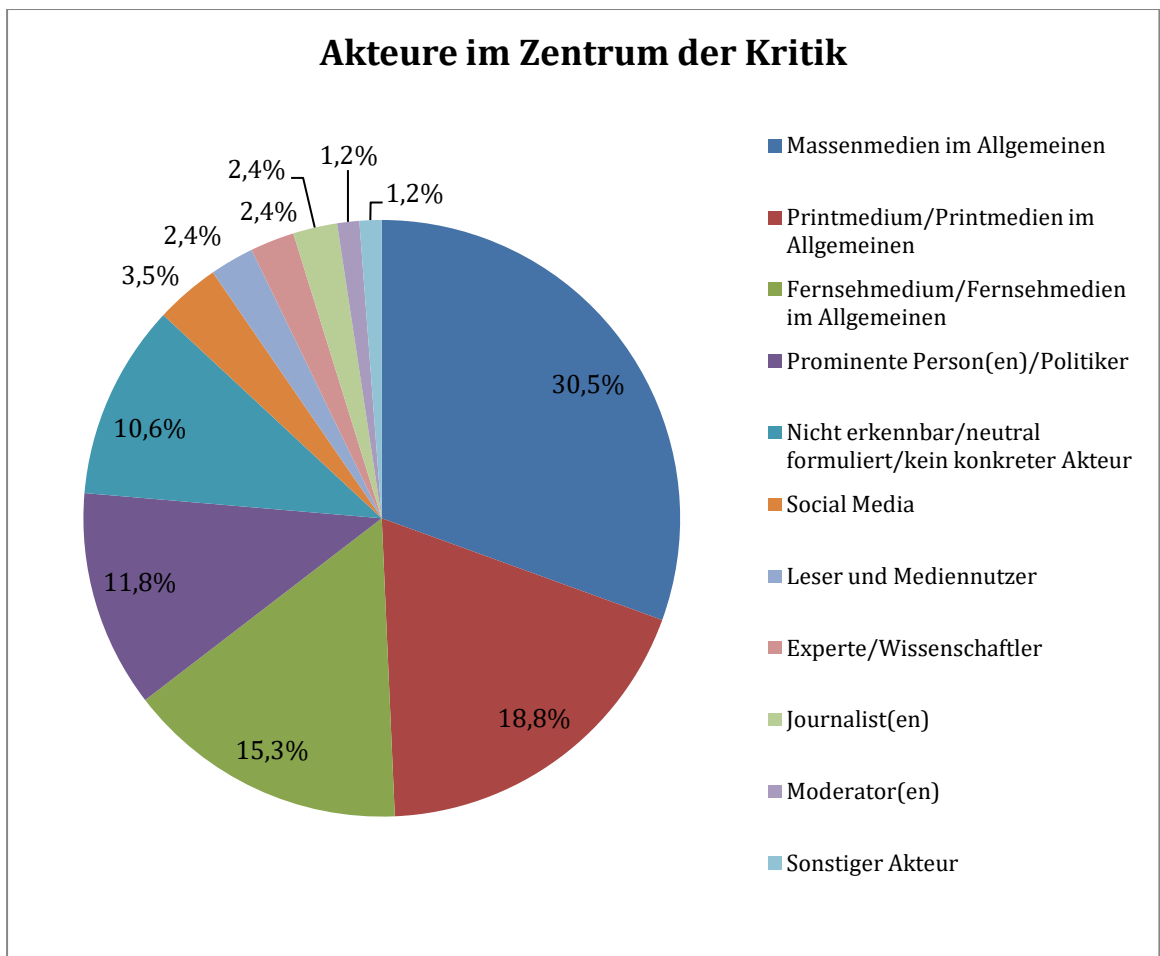


Tabelle 8: IK 6 - Kritisierte Akteure

Was die Medienart betrifft, ernten die Fernsehmedien erstens am meisten Kritik generell und zweitens auch am meisten negative Kritik, nämlich in zwölf der 34 Fälle negativer Kritik, gefolgt von den Printmedien, die zehn von 34 Mal negative Kritik ernten. Am dritthäufigsten richtet sich die negative Kritik an Massenmedien im Allgemeinen, Online Medien und Social Media im Speziellen werden nur in fünf der 34 Fälle negativ kritisiert. Positive Kritik erhalten die beiden zuletzt erwähnten Medienarten gar nicht, nur Fernsehmedien und Printmedien sowie Medien im Allgemeinen ernten auch positive Kritik wie sich in nachfolgender Grafik zeigt.

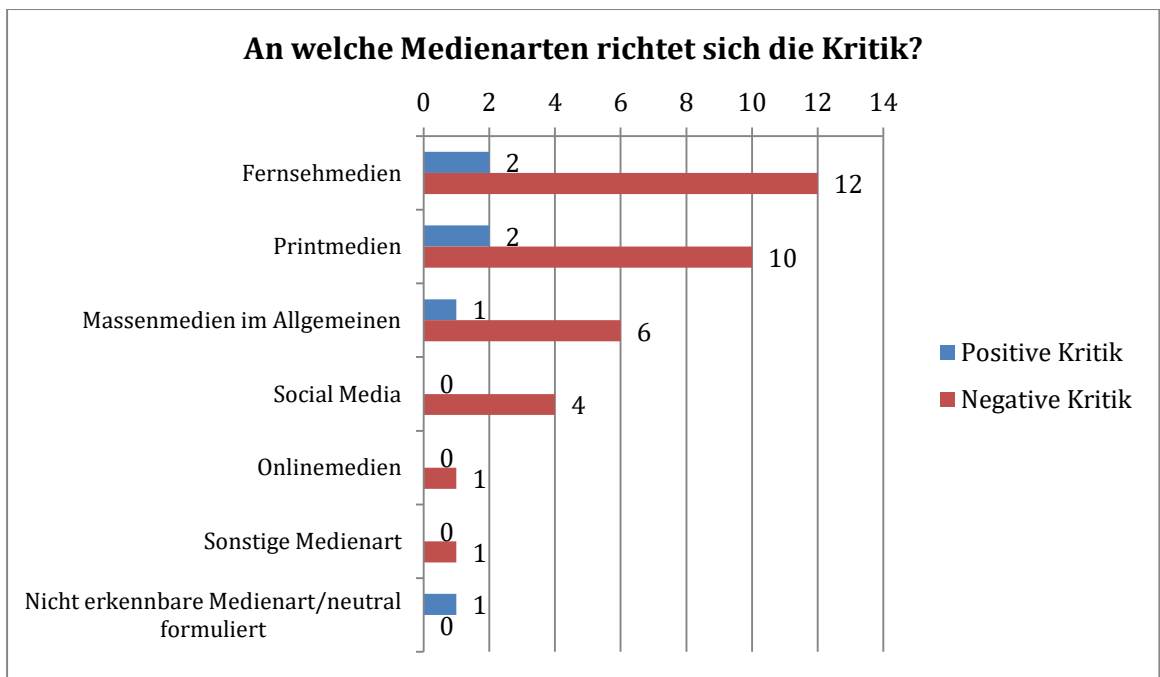


Tabelle 9: IK 4 - Medienarten im Zentrum der Kritik

Kategorien IK 2.1.2. Thema der Kritik und IK 2.2.1. Art der Rolle der Medien

Im Folgenden sollen nun die Ergebnisse der beiden offenen Kategorien zum Inhalt der Kritikpunkte sowie der Diskussion zur Rolle der Medien detailliert dargestellt werden. Die Ergebnisse werden nach den untersuchten Ereignissen wie im Kategoriensystem unter der Kategorie IK 3 dargestellt geordnet präsentiert.

- **Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion am 7. Januar 2015**

Zwei Attentäter verübten am 7. Januar 2015 einen bewaffneten und tödlichen Anschlag auf die Redaktion des französischen Satiremagazins Charlie Hebdo in Paris, bei dem insgesamt 17 Menschen ums Leben kamen. Kurz danach bekannte sich der jemenitische Ableger von Al-Kaida AQAP via Tweets und Audiobotschaften zu den Anschlügen (vgl. zeit.de, Al-Kaida bekennt sich zu Anschlag auf "Charlie Hebdo").

Acht von 26 untersuchten Artikeln widmeten sich wie oben bereits erwähnt und im Diagramm dargestellt dem Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion am 7. Januar 2015. Über dieses Ereignis wurde im Vergleich zu den anderen diskutierten Ereignissen am öftesten reflektiert. In allen acht veröffentlichten Artikeln, in sieben verschiedenen Zeitungen (Profil, taz – die Tageszeitung (2x), Bild, Vorarlberger Nachrichten, Spiegel, Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung) wird das Thema Meinungs- und Pressefreiheit diskutiert.

Insgesamt konnten 13 Stellen gefunden werden, an denen reflektiert wird. Drei davon sind Kritikpunkte und zehn davon reflektieren über die Rolle der Medien. Bei jedem der Kritikpunkte handelt es sich um negative Kritik.

Kritikpunkt 1 bezieht sich auf das Profil. Das Profil druckte kurz nach den Anschlägen auf seinem Cover ein Foto des Anschlages mit dem Titel „Was den Islam gefährlich macht“. Leser kritisierten in den sozialen Netzwerken daran, das Profil habe Muslime und Attentäter gleichgesetzt. Der im Rahmen vorliegender Forschungsarbeit untersuchte Artikel stammt vom Profil und geht auf eben erwähnte Vorwürfe konternd ein.

Vergangene Woche wiederholte sich die Geschichte – aber mit neuen Akteuren. Das profil-Cover über die Attentate von Paris zeigte ein Foto einer Anschlagsszene, dazu die Titelzeile: „Was den Islam gefährlich macht“. Es hagelte Empörung. In den sozialen Netzwerken wurde erwogen, profil wegen Paragraf 283 StGB (Verhetzung; Aufruf zu Gewalt gegen eine Kirche oder Religionsgesellschaft) anzuzeigen – profil habe Muslime und Attentäter gleichgesetzt.

Das haben wir nicht. Nicht einmal, wenn man jeglichen Kontext außer Acht lässt – und dazu gehören die durchgängig anti-rassistische Haltung des profil sowie 17 Seiten Berichterstattung zum Cover-Thema in derselben Ausgabe –, kann man diese Aussage konstruieren. Sie wäre auch unsinnig. Der Befund lautet vielmehr: Vom Islam geht derzeit Gefahr aus, und Terror ist eine dieser Gefahren. Sal-

Abbildung 6: Zeitungsausschnitt aus dem Profil vom 19.01.2015, S. 25

Kritikpunkte 2 und 3 wurden in taz – die Tageszeitung entdeckt. Während direkt nach dem Anschlag eine Welle der Solidarität ausbrach („Je suis Charlie“), herrschten nach der ersten Auflage, die nach dem Anschlag in Millionenaufgabe erschien, geteilte Meinungen. So übten vor allem muslimisch geprägte Staaten Kritik daran und reagierten sogar mit Zensur. Aber auch englische oder US-amerikanische Medien wie zum Beispiel die New York Times zögerten, die neu erschienenen Karikaturen nachzudrucken, und ernteten deshalb wiederum scharfe Kritik.

An den Artikeln konnte während der Untersuchung festgestellt werden, dass die Anschläge eine breite Diskussion über die Sinnhaftigkeit liberaler Religionskritik ausgelöst haben. Die Massenmedien sehen sich der großen Herausforderung ausgesetzt, richtig auf den Anschlag zu reagieren. Dies spiegelt sich auch in den zehn untersuchten Punkten zur Rolle der Medien wider. Hier gibt es zwei Punkte, die auch mit den beiden zuletzt erwähnten Kritikpunkten in Verbindung stehen.

Bezüglich Religionskritik sieht das Profil es als die Aufgabe der liberalen Massenmedien und als seine eigene Mission, eine nicht durch die eigene Religion motivierte Religionskritik zu betreiben, sondern eine, die jegliche Religion verteidigt, sollte sie diskriminiert werden.

Taz – die Tageszeitung schließt an die Kritik, die die New York Times für das Zögern des Abdrucks der Karikaturen von Charlie Hebdo erntete, an, dass auch solch eine Handhabung zu Akzeptieren sei, denn auch dies gehöre zur Meinungsfreiheit.

Da gibt es aber auch andere Meinungen, die ebenfalls im selben Medium abgedruckt wurden. So ist zum Beispiel der Chefredakteur des deutschen Satiremagazins Titanic, Tim Wolff, der Meinung, dass es sogar mehr Witze über Terroristen braucht, um ihre Taten der Lächerlichkeit preiszugeben.

Im Falle des Artikels der taz – die Tageszeitung lässt sich sagen, dass diese sehr umfassend und vielseitig reflektiert in Hinblick auf die verschiedenen Blickwinkel und Meinungen, die in den Bericht einfließen. Außerdem ist sie die einzige untersuchte Zeitung, die mehr als einen selbstreflexiven Bericht zum Thema brachte.

In allen der acht Artikel wird als Aufgabe der Medien in Bezug auf den Fall Charlie Hebdo die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit hervorgehoben und als wichtig betont. Das Handelsblatt beschreibt weiters, was die Rolle und Funktion der Medien betrifft, die Journalisten als Zeugen und Fehlgucker kombiniert mit Weltoffenheit und nicht Blindheit.

Direkter Angriff auf Demokratie

Die Pressefreiheit ist eine der wichtigsten Errungenschaften in einer funktionierenden Demokratie. Und genau darauf, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie, zielten die brutalen Attentäter von Paris. Das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ hatte in den letzten Jahren so ziemlich alles, was den Menschen heilig sein kann, lächerlich gemacht, die Karikaturisten des Blattes zeigten keinerlei Ehrfurcht vor Thronen, Präsidenten oder religiösen Führern. Sie verloren die Furcht auch nicht, als vor einigen Jahren ein Brandanschlag auf die Redaktion

verübt wurde. Nun muss man das alles nicht mögen, was in diesem Blatt zu lesen war und zu sehen ist, man kann das auch ablehnen. Aber eines kann man nicht: Solche – oder auch andere – Blätter verbieten. Schon gar nicht darf man mit Gewalt vorgehen, weil einem irgendwelche Themen nicht passen. Die „Gotteskrieger“ nehmen auf solche demokratische Einwände keine Rücksicht, sie greifen zur Kalaschnikow und ballern auf die Menschen los.



Immer wenn scheinbar im Namen Gottes oder Allahs gekämpft wird, dann sind der Brutalität

Abbildung 7: Ausschnitt aus den Vorarlberger Nachrichten vom 11. Januar 2015, S. 10

- **Anschlagserie von Paris am 13. November 2015**

Am 13. November 2015 wurde Paris von einem großen Terrorakt heimgesucht, bei dem in sechs verschiedenen Anschlägen 130 Menschen ums Leben kamen und 350 weitere Menschen verletzt wurden. Unter anderem war der Konzertsaal Bataclan ein Ziel der Terroristen, genauso wie die Umgebung des Stade de France, wo das deutsche und französische Fußball-Team spielten. Die Terrororganisation Islamischer Staat bekannte sich zu den Anschlägen und Präsident Hollande verhängte den Ausnahmezustand (vgl. zeit.de, Anschläge von Paris – Ein Jahr danach).

Nur drei der 30 untersuchten Printmedien reflektieren über die Anschlagserie von Paris am 13.11.2015, das Handelsblatt, die Neue Zürcher Zeitung und taz – die Tageszeitung.

Während das Handelsblatt über die Rolle der Medien reflektiert, konzentrieren sich die Neue Zürcher Zeitung und taz – die Tageszeitung auf Kritikpunkte zu den einzelnen Berichten über die Anschläge. Das Handelsblatt sieht die Aufgabe der Massenmedien in Bezug auf Terrorismus, wie er in Paris passiert ist, in der Zurückhaltung der Berichterstattung, vor allem auch aufgrund des Respekts vor den Opfern und ihren Angehörigen. Um Terroristen ihr Ziel, Aufmerksamkeit in den Medien zu bekommen, zu ermöglichen, heißt es wie immer an den normalen Prinzipien festzuhalten. Hier ist wichtig zu erwähnen, dass dieser Beitrag zwar im Handelsblatt entdeckt wurde, aber ursprünglich aus der Neuen Zürcher Zeitung stammt. Der Artikel wurde in der Handelsblatt-Rubrik „Stimmen weltweit“ veröffentlicht, die sich mit Medien-Berichten anderer Medien als dem Handelsblatt auseinandersetzt.

Bereiten die Medien mit ihrer extensiven Berichterstattung über Terroranschläge blutrünstigen Attentätern und Kriminellen erst eine attraktive Bühne? Fördern sie den Terror mit ihren Berichten und Kommentaren geradezu, obschon sie ihn eigentlich entlarven und verurteilen wollen? Diese Gedanken sind nicht einfach von der Hand zu weisen. Die mediale Verbreitung des Terrors – des Schreckens – ist ein funktionaler Bestandteil seines Kalküls.

Natürlich können die Medien (...) Terroranschläge nicht verheimlichen. Doch ein angemessener Umgang mit diesem Dilemma erfordert Zurückhaltung in der Berichterstattung und Respekt vor den Opfern. Wenn sie unbeeindruckt und entschlossen an ihren normalen Prinzipien festhalten, versagen sie den Terroristen ihr Ziel.

Abbildung 8: Zeitungsausschnitt aus dem Handelsblatt vom 24.04.2017, S. 17

Die Neue Zürcher Zeitung sowie taz – die Tageszeitung hingegen veröffentlichen eher kritische Reflexionsartikel. So wurden vier Kritikpunkte in der Neuen Zürcher Zeitung und fünf Kritikpunkte in der Tageszeitung taz gezählt. Die Neue Zürcher Zeitung kritisiert einerseits die Moderatoren des französischen Fernsehsenders TF1 dahingehend, dass eine Dramatisierung stattfand, die durch die erschütterte Stimme der Moderatin sowie die unerbittlich-kritischen Fragen des Moderators gekennzeichnet waren. Statt einer Dramatisierung sollen Medien eine Strategie verfolgen, bei der keine Fakten verschwiegen werden, aber die Sache auch nicht extra aus Sensationsgeilheit aufgebauscht wird.

Weiters in Bezug auf das Thema Dramatisierung seitens der Medien kritisiert die Neue Zürcher Zeitung die Liveschaltungen diverser Fernsehsender direkt vor ein Café in Frankreich, wo Augenzeugen berichten und somit rein auf Emotionalität bauen. Auch die Zeitungen werden kritisch erwähnt – und zwar aufgrund ihrer reißerischen Titel, Schilderungen des Schreckens und Nahaufnahmen, die eine starke Schürung von Angst als Folge haben. Die Kritikpunkte in der Neuen Zürcher Zeitung sind auch gewissermaßen von einer Vorstellung zur erwünschten Rolle der Medien begleitet. So schreibt der Autor von einer Entdramatisierung, heroischer Gelassenheit und Aufklärung da, wo sie der Freiheit dient und nicht den Feinden.

Taz – die Tageszeitung stellt in zwei Punkten ebenfalls Kritik negativer Art dar, in drei Punkten beschäftigt sie sich mit positiver Kritik. Und zwar ist zu lesen über Dieter Weirich, ehemaliger CU-Bundestagsabgeordneter und Intendant der Deutschen Welle, welcher über Facebook Kritik an den Fernsehsendern ARD und ZDF übte, da diese seiner Meinung nach in der Nacht der Anschläge nicht schnell und aktuell genug berichteten. Er empfahl stattdessen BBC, CNN oder TV5, da dort die Berichterstattung seinem Empfinden nach aktuelle Bilder lieferte sowie intelligente Fragen stellte.

Der Autor des taz-Artikels sieht das anders: Hinter den vermeintlich intelligenten Fragen verbarg sich eine enge Kausalkette durch eine frühzeitige Live-Schaltung, in der permanent ein Experte zu sehen war, der Fragen wie zum Beispiel zur vermeintlichen Gefahr durch Zuwanderung in Europa beantwortete und so das Bild vermittelt wurde, Zuwanderung führt zu Terrorismus.

Da sich der Anschlag über eine längere Zeitspanne hinfort zog, war es gar nicht möglich, sinnvolle Hintergrundinformationen bereits am selben Abend in einer länger laufenden Liveschaltung zu bringen. Der taz-Autor kritisiert also die Schürung von Angst seitens CNN, die durch eine aggressive Berichterstattung hervorgerufen wurde. ARD und ZDF nimmt er in diesem Sinne also in Schutz und betont wie wichtig Vorsicht in Bezug auf verfrühte Schlüsse sei. Es wird Kritik an den Lesern geübt, die lernen müssen, dass guter, seriöser Journalismus Zeit braucht.

Hier sollten die Medienhäuser eines demokratischen Landes ansetzen und mit einem freiwilligen Pakt ihre Seite des Hebels herzhafte in die Finger nehmen. Zu entwickeln wären Strategien, die, ohne Fakten zu verschweigen, diese nicht zu einer falschen Meta-Story aufblähen. Das hiesse fürs Fernsehen: Agenturmässige Wortzusammenfassungen im Studio statt Liveschaltungen vor das Café, wo dem Tod entronnene Augenzeugen berichten, wie sie über Leichen stiegen. Das hiesse für die Zeitungen: Keine Titel

Abbildung 9: Ausschnitt aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 29.11.2015, S. 19

- **Amokfahrt in Nizza am 14. Juli 2016**

In Nizza kamen bei einer Amokfahrt am französischen Nationalfeiertag, den 14. Juli 2016, 86 Menschen ums Leben. Ein Mann raste mit einem Lastwagen über die Uferpromenade durch die Menschenmenge. Der „Islamische Staat“ bekannte sich zu der Tat (vgl. zeit.de: Anschlag in Nizza).

Wie bei den Ereignissen in Paris reflektierten auch über die Amokfahrt in Nizza nur drei der untersuchten Printmedien über die Berichterstattung zum Ereignis – die Welt, die Süddeutsche Zeitung und die Salzburger Nachrichten.

Die Welt thematisiert die Rolle der Medien in insgesamt fünf Artikeln, in denen vier mal negative Kritik geäußert wird. An dieser Stelle soll auch erwähnt sein, dass in manche Artikel mehrere Ereignisse mit einfließen. In diesem Fall wird neben der Amokfahrt in Nizza als Hauptthema auch der Münchener Amoklauf thematisiert. Dies liegt einerseits vermutlich daran, dass die beiden Taten zeitlich gesehen relativ kurz nach einander passierten und andererseits ähneln sich die Taten trotz des IS-Bezuges ausschließlich im Fall Nizza, denn beides wurde als Amok bezeichnet und beide Täter handelten alleine.

Es wurde pro Artikel jedoch eruiert, welches das Hauptthema und somit der Hauptgrund für die Reflexion darstellt und so fand schließlich die Zuordnung der Artikel zu einem Ereignis statt.

In der Welt wurden Amokläufe wie jene in Nizza oder München betreffend folgende Ansprüche von den wissenschaftlichen Experten, Frank J. Robertz und Robert Kahr, sowie dem forensischen Psychiater aus den USA, Park Dietz, an die Massenmedien im Allgemeinen gestellt:

- Nicht zu viele Details über Täter und Tathergang in den Medien preisgeben sowie keine Fotos aufgrund möglicher Nachahmungstäter
- Berichterstattung über Amokläufe nicht breit streuen und eher nebenbei berichten
- Zurückhaltung in der Berichterstattung ist das beste Rezept gegen weitere Gewalttaten
- Keine besonderen Formulierungen, die die Schwere der Verbrechen betonen
- Mass-mediated terrorism - Terroristen wollen in die Medien

Aus den **AUGEN,** aus dem Sinn?

Kriminologen raten zu zurückhaltender Berichterstattung über Gewalttaten. Der Anspruch der Massenmedien ist, umfassend zu berichten. Ein unlösbarer Widerspruch

Abbildung 10: Zeitungsausschnitt aus der Welt vom 15. August 2016, S. 17

Die erwähnten Experten betonen wie wichtig es ist, den Attentätern keine Bühne zu bieten, auf denen sie ein sogenannter Star sein können und als solcher von eventuellen Nachahmungsmotivierten wahrgenommen werden könnten. Als Negativ-Beispiel nennen sie hier auch den Fall Breivik, der bis heute laut Experten mit bestimmten Begriffen wie „Rockstar“ heroisierend dargestellt wird.

Auch in Bezug auf Bilder und Videos aus sozialen Netzwerken, wie sie bei dem Münchener Amoklauf in Umlauf waren, ist laut den Experten Vorsicht geboten. Die Zeitung „Le Monde“ erlegte sich sogar eine Selbstzensur auf und verkündete, keine Fotos mehr von Terroristen zu zeigen. Kritiker entgegnen darauf skeptisch, ob dies nicht dem Informationsauftrag der Medien entgegen stehe und ob ein Weglassen von Details nicht das Misstrauen gegenüber Medien stärke.

Das ungefilterte Übernehmen solcher oben erwähnten Videos aus den sozialen Netzwerken direkt in die weiteren Massenmedien kritisiert der Experte Kahr jedenfalls scharf.

Das Gewissen der Nation

Französische Medien wollen keine Fotos von Attentätern mehr zeigen und keine Namen mehr nennen. Wie umgehen mit dem Terror? Seit dem Angriff auf „Charlie Hebdo“ hat sich die Debatte verschärft

Abbildung 11: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 2. August 2016, S. 27

In der Süddeutschen Zeitung wird ebenfalls die Rolle der Medien umfassend diskutiert, nämlich in acht verschiedenen Punkten. Zusätzlich waren zwei negative Kritikpunkte im Laufe der Analyse vorzufinden. Im Folgenden sollen die Punkte zur Rolle der Medien aufgezeigt werden, die auch einige von den jeweiligen Zeitungen selbst initiierte Neuentscheidungen beinhalten:

- Le Monde zeigt keine Fotos von Terroristen (außer Fotos aus Polizeiakten und Fahndungsfotos) mehr, um nicht zu deren Glorifizierung unter den Sympathisanten beizutragen
- Fernsehsender Europe 1 möchte statt der Namen nur noch die Initialen der Terroristen melden
- BFM-TV zeigt keine Terroristenbilder mehr, einerseits aufgrund des dadurch entstehenden Propagandaeffektes für die Terroristen, aber vor allem aufgrund des Schutzes der Zuschauer und aus Respekt der Opfer und ihren Angehörigen
- Neben Zeitung Le Monde haben auch Tageszeitung La Croix und der Rundfunksender RTL ähnliche Vorhaben
- Medien sollen aber den Informationsauftrag als Bestandteil der Demokratie erfüllen wie bisher
- Es darf keine Selbstzensur stattfinden
- Es soll keine Bilder-Verbreitung der Terroristen in den Medien stattfinden

- Medien dürfen sich nicht selbst disziplinieren, denn so geht der Informationsauftrag verloren und Verschwörungstheorien würden bestärkt

Wie man unschwer erkennen kann, gehen die Meinungen in diesem Artikel auseinander. Während die Fernsehsender Europe 1, BFM-TV, RTL sowie die Zeitungen Le Monde und La Croix keine Namen oder Bilder der Terroristen mehr zeigen möchten, spricht sich der Nachrichtenchef von France Télévisions, Michel Field, gegen eine Selbstzensur aus.

Auch Redaktionsleiter der Libération, Laurent Joffrin, sowie Medienstrategie Christian Harbulot betonen die Wichtigkeit der Erfüllung des Informationsauftrages der Medien als Bestandteil der Demokratie. Es würden außerdem sonst Verschwörungstheorien befeuert werden.

Psychoanalytiker Fethi Benslama, der sich mit dem islamischen Fanatismus beschäftigt, wiederum vertritt die Meinung, dass die Verbreitung von Bildern potenzielle Nachahmer anspricht und die beste Antwort sei, sich der Veröffentlichung dieser zu verweigern.

Wirkt die massive Verbreitung der Bilder von Terroristen anregend auf potenzielle Nachahmer? Ja, sagen Wissenschaftler, die sich mit dem islamischen Fanatismus beschäftigen und die Debatte in Frankreich prägen, zum Beispiel der Psychoanalytiker Fethi Benslama. In seinem Buch *Un*

Abbildung 12: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 2. August 2016, S. 27

Die Salzburger Nachrichten widmeten sich ebenfalls der Reflexion in Bezug auf das Nizza-Attentat zum Thema Terrorismus und thematisierten folgende fünf Punkte zur Rolle der Medien:

- Freie Journalistin bei der Tageszeitung Libération hält es für ihre Verantwortung, keine Panik und Misstrauen zu verbreiten, sondern Verständnis und Abstand
- Manche Medien übten Kritik an der Politik
- Andere Medien wiederum haben Kritik an Politik bewusst nicht aufgegriffen und sich hinter Präsident gestellt
- Medien sind für die Betroffenen Hoffungsanker

Doch wie gehen die französischen Medien mit der Terrorbedrohung um? Und wie kann man über solch ein dramatisches Ereignis überhaupt angemessen berichten? Servel hält es für ihre Verantwortung, keine Panik und Misstrauen zu verbreiten, sondern Verständnis und Abstand. „Ich denke, dass wir in eine Phase kommen, in der Angst omnipräsent wird. Ich hoffe, dass es die Medien schaffen, die Realität noch besser verständlich zu machen.“

Abbildung 13: Ausschnitt aus den Salzburger Nachrichten vom 21. Juli 2016, S. 9

Im Artikel kommen ORF-Auslandskorrespondentin in Frankreich, Eva Twaroch, sowie die österreichische Botschafterin, Ursula Plassnik, und die freie Journalistin der linksliberalen Tageszeitung Libération, Hélène Servel zu Wort. Hélène Servel geht es vor allem darum, dass die Medien die Realität noch besser verständlich machen, um so Panik und Misstrauen zu beseitigen und durch Verständnis und Abstand zu ersetzen. Eva Twaroch berichtet, dass die Medien nach dem bereits dritten Anschlag in jüngster Zeit in Frankreich mittlerweile kritisieren und die Sicherheitsvorkehrungen hinterfragen. Ursula Plassnik hält Kritik an der Politik für ebenfalls wichtig und sieht die Medien in Zeiten des Terrors als Hoffungsanker.

- **Amoklauf in München am 22. Juli 2016**

Ein 18-Jähriger hatte im Juli 2016 im Münchner Olympia-Einkaufszentrum neun Menschen erschossen und mehr als 20 Menschen verletzt, bevor er sich selbst umbrachte. Im Gegenteil zu den in dieser Arbeit behandelten terroristischen Ereignissen, die religiös-politisch begründet sind, handelte es sich hierbei um kein vergleichendes Motiv des Täters. Das Motiv stellte bei diesem Amokläufer jahreslanges Mobbing dar (vgl. zeit.de: München Amoklauf OEZ – Abschlussbericht Mobbing). Da die Diskussion um dieses Thema jedoch trotzdem für diese Arbeit von Relevanz sein könnte, soll die Berichterstattung zu diesem Ereignis in die Analyse mit einbezogen werden.

In Bezug auf den Münchener Amoklauf im Juli 2016 reflektieren der Kurier, taz – die Tageszeitung sowie die Süddeutsche Zeitung über den Umgang der Medien mit einem Ereignis wie diesem. So konnten im Rahmen vorliegender Untersuchung in drei verschiedenen Artikeln insgesamt drei Reflexionspunkte zur Rolle der Medien sowie vier negative Kritikpunkte gefunden werden.

Die Süddeutsche Zeitung diskutiert die Rolle der Medien wie folgt:

- Medien sollen möglichst keine Porträts der Täter zeichnen, da sich potentielle Nachahmer leichter mit ihnen identifizieren können so die Experten Frank J. Robertz und Robert Kahr.
- Über Selbstmorde wird nicht mehr berichtet, da dadurch die Selbstmordrate sank – bei Amok ist es jedoch moralisch nicht so einfach, denn es gibt Opfer, denen öffentliche Anteilnahme guttut, und es gibt Fragen, denen sich die Sicherheitsbehörden auch öffentlich stellen müssen.

Hier ist wieder zu erkennen, dass sich die Medien in einem Zwiespalt dahingehend befinden, was die sogenannte Bühne für die Täter sowie die Pflicht und das Wohl der Leser und Opfer betrifft.

In der Tageszeitung taz wird vom Autor des Artikels eine Ausgabe der Zeit mit dem Titel „Mörderischer Funke“ kritisiert, in der die Täter unkenntlich gemacht wurden. Ein Statement der Zeit dazu war, dass die Verbreitung blutiger Bilder sowie die Darstellung der Täter als Helden zum Plan der Täter gehöre, und sie diesem Plan nicht folgen wollen. Die französische Tageszeitung Le Monde ging denselben Schritt wie die Zeit aus vermeintlicher Achtsamkeit und Feingefühl. Taz-Autor Jan Fedderson sieht das anders und betont, dass dadurch rein die Neugier des Publikums verstärkt wird. Somit wird in dem taz-Artikel vermittelt, dass sich die Medien keiner Zensur unterziehen müssen, da es die Terroristen auch nicht von ihrem Vorhaben abhalte. Es hätte hingegen eine gegenteilige Wirkung auf der Seite der Leser, indem durch Zurückhalten von Informationen die Schaulust sogar gesteigert würde, so beruft sich taz-Autor auf Karl Marx.

Es überrascht nicht, dass potenzielle Nachahmer besonders stark angesprochen werden, wenn sie Gemeinsamkeiten mit früheren Tätern entdecken. Deshalb appellieren die Kriminologen Robertz und Kahr an Journalisten, möglichst keine Porträts der Täter zu zeichnen, die eine Identifikation mit ihnen erleichtern. Vor allem

Abbildung 14: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 8. August 2016, S. 13

Der Kurier wiederum diskutiert nicht direkt die Rolle der Medien, berichtet aber über FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und wie er von der Süddeutschen Zeitung kritisiert wurde. CNN berichtete, dass der Amokläufer in München „Allahu akbar“ schrie und somit eine Nähe zum IS hätte, obwohl dies laut Polizei nicht der Wahrheit entsprach.

Strache äußerte sich auf seiner Facebook-Seite dazu und deutete an, dass CNN als einziges Medium die Wahrheit berichte. Hier wird also in der taz der Punkt Falschinfos diskutiert und wie diese Falschinfos sogar weiter transportiert werden seitens der Politik, um ihren eigenen Interessen Willen.

- **Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016**

Am 19. Dezember 2016 fuhr ein mit Stahlträgern beladener LKW in die Menschenmenge des Berliner Weihnachtsmarktes an der Berliner Gedächtniskirche nach dem Bahnhof Zoo. Insgesamt wurden zwölf Menschen getötet und 45 Menschen verletzt. Später tauchte ein Video auf, indem sich der Täter zu dem Anschlag bekennt und dem IS seine Treue schwört. (www.zeit.de, Was wir über den Anschlag in Berlin wissen)

Über den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wird lediglich in einem der 26 relevanten Artikel berichtet. Dieser Artikel ist in der Presse erschienen und weist inhaltlich gesehen drei Kritikpunkte auf – zwei davon sind negativ und einer davon positiv. Als Negativpunkte werden Spekulationen und Voyeurismus genannt. Der Autor des Artikels kritisiert den ARD-Moderator Ingo Zamperoni, der bei der Berichterstattung über den Anschlag in Berlin davon sprach, keine Spekulationen schüren zu wollen, während Archivfilme von Terroranschlägen aus vergangenen Jahren eingespielt wurden.

Die Zeitungen, die in Facebook-Liveschaltungen berichteten, erwähnt der Autor hingegen positiv und unterstreicht deren Professionalität. Ebenso stellt er andere Verlage wie zum Beispiel die Berliner Morgenpost als positiv dar und lobt die Analyse der Lage ohne voreilige Schlüsse. In Bezug auf den oben erwähnten Voyeurismus übt der Autor Kritik am ORF, der in der Zeit im Bild den Todeskampf des russischen Botschafters zeigte, nachdem er in Ankara von den tödlichen Kugeln getroffen wurde.

Ein Punkt im Artikel bezieht sich außerdem auf die Rolle der Journalisten, die für den Autor Gewissenhaftigkeit, Verpflichtung gegenüber der Opfer und Wahrheit bedeutet.

Nicht das Tempo der Nachricht, nicht der Schrecken der Bilder ist entscheidend, sondern die journalistische Gewissenhaftigkeit. Medien sind Opfern und der Wahrheit verpflichtet, keineswegs dem Voyeurismus. Auch deshalb hätte es sich der ORF am Montag sparen können, in der „Zeit im Bild“ den Todeskampf des russischen Botschafters zu zeigen, nachdem ihn die mörderischen Kugeln in Ankara getroffen hatten.

Abbildung 15: Ausschnitt aus der Presse vom 21. Dezember 2016, S. 13

- **Sonstige Ereignisse: Attentat in London am 22. März 2017**

Wie oben bereits erwähnt gab es einen der 26 Artikel, der unter die Kategorie „Sonstige Ereignisse“ den terroristischen Hintergrund betreffend fiel. Dieser Artikel dreht sich um das Londoner Attentat, bei dem im März 2017 mehrere Menschen im Londoner Parlamentsviertel von einem Wagen überfahren wurden. Der Attentäter erstach außerdem einen Polizisten, bevor er selbst von der Polizei erschossen wurde. Wieder hat der „Islamische Staat“ über die Plattform Amak das Attentat für sich erklärt, wobei direkte Absprachen mit der Terrormiliz laut Anti-Terror-Behörde nicht nachgewiesen werden konnten (vgl. zeit.de, Ermittler bezweifeln direkte Verbindungen des Attentäters zum IS).

Taz – die Tageszeitung brachte dazu zwei Kritikpunkte, wovon einer negativ und einer positiv präsentiert wurde. Im Artikel als anonym dargestellte Kritiker bewerteten die ARD-„Brennpunkt“-Sendung, die kurz nach des Londoner Attentats bereits den Londoner Terror-Experten Peter Neumann zuschaltete, als negativ aufgrund zu schneller Berichterstattung. Es wird ihm von manchen Kritikern vorgeworfen, er sage immer dasselbe, auch wenn man über den Fall noch nicht viel weiß. Der Taz-Autor sieht das anders und beschreibt, warum Medien den Londoner Terror-Experten so gerne interviewen. Er weiß Inhalte kurz, präzise und verständlich zu präsentieren, arbeitet professionell in Zusammenhang mit Journalisten und bringt internationales Wissen mit. Außerdem spekuliere er nicht und sei ehrlich, wenn man für Detailinfos zu dem jeweiligen Ereignis noch abwarten muss.

Hier wird also wieder eine Diskrepanz sichtbar. Einerseits versuchen die Medien schnell zu reagieren und die Zuseher sofort nach einem Ereignis abzuholen, was aber mit der Begleiterscheinung kommt, dass so schnell noch keine Detailinfos vorliegen können.

- **Kein bestimmtes Ereignis**

Betrachtet man die Artikel, die kein bestimmtes Ereignis betreffen, so fällt ein Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung auf, der als einziger Kritik an den Lesern und Mediennutzern übt. Hier wird weniger die Rolle der Medien, sondern die andere Seite – nämlich mehr die Rolle und auch Verantwortung seitens der Leser beleuchtet, welche wiederum die Medien fordern. So werden hasserfüllte Postings in Leserforen und auf sozialen Netzwerken gegen pauschalisierte Gruppen kritisiert, eine unreflektierte Verhaltensweise, die die schnelle Entwicklung der Online-Medienlandschaft mit sich bringt. Aufgabe der Medien ist hier eine adequate Moderation oder in extremen Fällen sogar eine Schließung des Leserforums.

In der taz geht es weiters um Merkels Asylpolitik und eine Karikatur, die Valeriu Kurtu kreierte, um die naive Multikulti-Toleranz der Europäer anzuprangern. Diese Karikatur stand unter scharfer Kritik, da sie an Hass-Karikaturen antimuslimischer Hetz-Seiten erinnerten.

Der dritte Artikel, der sich dem Thema Terrorismus als Berichterstattung im Allgemeinen widmet, stammt vom Falter. Hier werden einige Kritikpunkte an die Medien im Allgemeinen gerichtet: Oberflächlichkeit, monothematische Berichterstattungen, schlechte Analysen und Sensationslust – diese Punkte kommen in der heutigen Zeit immer wieder vor, so lautet die Kritik.

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt über die Problematik der Rekrutierung von Terroristen, die häufig über soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter stattfindet, und was die Aufgaben jener sozialen Medien diesbezüglich sind. So wird betont, dass seitens der sozialen Netzwerke eine klare Stellung gegenüber Terrorismus einzunehmen ist, indem aktiv gegen terroristische Konten vorgegangen wird. Online-Dienste wie Twitter sehen sich hier aber in einem Dilemma. Einerseits müssen sie die Sicherheit der Nutzer gewährleisten, terroristische Einträge zensurieren, andererseits muss auch die freie Meinungsäußerung geschützt werden. Twitter steht vor der Schwierigkeit, terroristische Inhalte zu identifizieren. Es ist eine Herausforderung auf Basis von begrenzten Informationen solche wichtigen Entscheidungen zu treffen.

In den Salzburger Nachrichten meldet sich der Geschäftsführer des österreichischen Presserats zu Wort, Mag. Alexander Warzilek, und berichtet über zwei Fälle das Thema Terrorismus betreffend, in die der Presserat eingreifen musste.

Einerseits wurde die Kronen Zeitung wegen Pauschalverunglimpfung von Muslimen gerügt, da sie ein Bild eines Buben aus dem Jemen mit der Bildunterschrift „Früh übt sich der Dschihadist von morgen“ veröffentlichte.

Andererseits gab es Kritik an der Gratiszeitung Heute, auf dessen Facebook-Seite ein Enthauptungsvideo des IS mit der Frage an die User gepostet wurde, ob dieses Video echt oder unecht sei. Hier liegt eine schwere Persönlichkeitsschutz-Verletzung gegenüber des Ermordeten und seinen Angehörigen vor und auch des Clickbaiting wird die Heute beschuldigt, da der Post wie eine Aufforderung zum Ansehen des Videos ist.

Sehr scharf kritisiert wird Fox News und zwar aus eigenen Reihen für die Veröffentlichung eines IS-Propagandafilms, bei dem ein Kampfpilot bei lebendigem Leib in einem Käfig verbrannt wird. Die Presse berichtet über die kritischen Stimmen wie jene von Fox-Medienkommentator Howard Kurtz, welche Verblüffen über die Verbreitung von Angst seitens Fox News darlegt.

Die Frage sei dahingestellt, für wie verroht oder ahnungslos man seine Zuseher halten muss, um es als notwendig zu erachten, ihr Bewusstsein für die Grausamkeit der IS-Terroristen mit solch entsetzlichen Bildern wecken zu müssen. Jedenfalls gab es seither scharfe Kritik an Fox News – und zwar, bemerkenswerterweise, auch aus den eigenen Reihen. „Wieso machen wir es für die Leute leichter, diese monströsen Aufnahmen zu sehen?“, fragte der Fox-Medienkommentator Howard Kurtz am Mittwochabend in der populären Sendung „The Kelly File“. Es missfalle ihm, wie Fox News „dabei hilft, jene Angst zu verbreiten, die IS so dringend verbreiten will“.

Abbildung 16: Ausschnitt aus der Presse vom 6. Februar 2015, S. 24

Der letzte Artikel, der kein konkretes Ereignis, sondern die generelle Darstellung des Islams in den Medien behandelt, wurde in der Tageszeitung taz gefunden. Es geht bei dem Bericht um den Gründer und Geschäftsführer des Londoner Start-ups Alchemiya, Navid Akhtar. Er hat im Sinn, Fernsehen für und über die muslimische Kultur zu machen, da – so kritisiert er – die Medien wenn, dann hauptsächlich in negativem Zusammenhang über Muslime berichtet.

Dies wird vom Generalsekretär des Ditib, des Dachverbands der türkisch-islamischen Moscheengemeinden in Deutschland, Bekir Alboga, als positiv gesehen. Er hofft auf den Abbau von Ängsten und Vorurteilen durch ein Fernsehen wie dieses wie sie seit den Pariser Terroranschlägen stark zu spüren sind laut Alboga.

Die Medien sollen nach einem ausgewogenen Islambild für einerseits Gerechtigkeit und andererseits Zusammenrücken der Gesellschaft trachten, in dem zum Beispiel auch mehr Muslime in den Redaktionen sitzen, um muslimische Stimmen öffentlich stärker zu vertreten.

6.3. Beantwortung der Forschungsfragen und Hypothesengenerierung

Nachfolgend werden die Forschungsfragen auf den empirischen Ergebnissen basierend beantwortet, um im Anschluss daran Hypothesen aufstellen zu können. Da sich die Forschungsfragen in zwei Abschnitte teilen, wird zuerst auf den ersten Abschnitt, nämlich die detaillierten Fragestellungen eingegangen. Der zweite Teil beschäftigt sich schließlich im Schlusskapitel mit den forschungsleitenden Fragen, die einen breiter gefächerten Überblick geben und zusammenfassende Schlüsse zulassen sollen.

Beantwortung der konkreten Forschungsfragen:

- **FF 1:** *Inwiefern reflektieren die Medien über sich selbst? Inwieweit ist eine längerfristige/intensive Selbstbeobachtung zum Thema Terrorismus in den untersuchten Medien erkennbar?*

Von 852 untersuchten Artikeln wiesen nur 26 der Artikel eine Art von Selbstreflexion zum Thema Terrorismus auf. Dies macht lediglich 3% aller 852 Artikel aus, die sich anhand der für diese Arbeit gewählten Stichwortsuche ergeben.

Es wurden 30 Printmedien in die Untersuchung mit einbezogen, wovon sich weniger als die Hälfte, nämlich 14 dieser Printmedien, mit dem Thema Selbstreflexion zu Terrorismusberichterstattung beschäftigt.

Am meisten reflektiert taz – die Tageszeitung über sich selbst: 21 der insgesamt vorkommenden 85 selbstreflexiven Punkte sind in der taz vorzufinden.

An zweiter und dritter Stelle, was die Anzahl an selbstreflexiven Erwähnungen betrifft, stehen die Süddeutsche Zeitung mit 13 und die Welt mit zwölf selbstreflexiven Punkten, gefolgt von der Neuen Zürcher Zeitung mit zehn Aspekten von Selbstreflexion.

Hinsichtlich der meisten Artikel in einer Zeitung zum Thema Selbstreflexion steht ebenfalls taz – Die Tageszeitung an erster Stelle, denn sieben der untersuchten 26 Artikel sind in der taz zu finden. Jede der restlichen Zeitungen, die sich mit dem Thema Selbstreflexion beschäftigen, weist maximal zwei relevante Artikel auf.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass sich taz – die Tageszeitung Abstand am umfangreichsten mit Selbstreflexion zum Thema Terrorismus beschäftigt: 27% der relevanten 26 Artikel und 25% der 85 selbstreflexiven Punkte sind in der taz vorzufinden. Die Süddeutsche Zeitung nimmt 8% der 26 Artikel ein und 15% der selbstreflexiven Punkte. Ebenfalls 8% der 26 Artikel betreffen die Welt und die Neue Zürcher Zeitung, wobei erstere Zeitung etwas mehr selbstreflexive Punkte mit 14% aufweist als die Neue Zürcher Zeitung, in der 12% selbstreflexive Punkte der Gesamtanzahl von 85 zu finden sind. Die restlichen Zeitungen machen zwar ebenfalls jeweils etwa 8% der 26 Artikel aus, aber weisen jeweils weniger als 10% selbstreflexive Aspekte auf.

Anhand dieser Ergebnisse zeigt sich deutlich, wie wenig die Medien über ihre Berichterstattung zum Thema Terrorismus reflektieren und dass es an selbstreflexiven Artikeln mangelt. Aus dieser Minderheit an Printmedien, die sich damit auseinandersetzt, geht taz – die Tageszeitung am stärksten hervor. Sie reflektiert am umfassendsten zum Thema Terrorismus.

Trotz der begrenzten Beschäftigung mit Selbstreflexion zeigen die Ergebnisse den Umfang der Artikel betreffend Tendenzen in Richtung einer eher umfangreichen Selbstreflexion. So weisen etwa 84% der 26 untersuchten Artikel eine eher umfangreiche, umfangreiche oder sogar besonders umfangreiche Berichterstattung zur Selbstreflexion auf, was die Zeilen und somit die Länge des Artikels betrifft. Auch die dominierenden Artikelarten unterstützen diese Tendenzen, denn vertreten sind neben Berichten auch Fachartikel, Interviews und Reportagen – Artikelarten, die sich im Normalfall durch einen umfassenderen Inhalt auszeichnen.

In Bezug auf die langzeitige Selbstreflexion, dessen Wichtigkeit im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit erwähnt wurde, ergeben sich keine aussagekräftigen Ergebnisse. Nur ein Autor befasst sich mehr als einmal mit dem Thema der Selbstreflexion, die restlichen Autoren sind alle unterschiedlich und es lässt sich somit auf keine längerfristige Beschäftigung mit Selbstreflexion schließen. Lediglich in der taz widmet sich Autor Daniel Bax zweimal der Selbstreflexion, was wiederum die folgende These 1b, taz – die Tageszeitung lege am meisten Wert auf selbstreflexive Artikel, unterstützt.

These 1a: Die selbstreflexive Berichterstattung über das Thema Terror wird vom Großteil der Printmedien vernachlässigt.

These 1b: Taz – die Tageszeitung legt Wert auf die Selbstreflexion über das Thema Terror. Wenn taz – die Tageszeitung Selbstreflexion betreibt, dann findet eine umfassende Selbstreflexion statt.

These 1c: Die Printmedien weisen wenig bis keine Ansätze einer längerfristigen selbst-reflexiven Berichterstattung vor.

These 1d: Wenn sich die Printmedien dem Thema Selbstreflexion widmen, dann in eher umfangreicher Weise.

- **FF 2:** *Welche Art von Kritik wird ausgeübt? Inwieweit ist diese als positiv, negativ oder neutral (= Diskussion über die Rolle der Medien) einzustufen?*

Insgesamt wurden 85 selbstreflexive Statements in den untersuchten Zeitungen gezählt. Während 40 Mal davon Kritik zum Ausdruck kommt, wird 45 Mal die Rolle der Medien diskutiert. In den Fällen der Kritik überwiegen die negativen Kritikpunkte mit etwa 85% aller geäußerten Kritiken.

Die umfangreichste Thematisierung der Selbstreflexion findet nach dem Anschlag auf die Charlie Hebdo-Redaktion statt. Acht der 26 untersuchten Artikel betreffen den genannten Vorfall. Dies könnte zum einen den Grund haben, dass der Charlie Hebdo-Angriff der erste Anschlag einer beginnenden Serie an Terrorproblemen in Frankreich darstellte und sich das Land sowie die Medien vor neuen Herausforderungen sah, die diskutiert werden mussten.

Im Rahmen dieses Ereignisses wird vor allem die Ausübung der Pressefreiheit diskutiert und wie sie korrekterweise stattfinden soll. Kritisiert wird dabei zum Beispiel das Abdrucken der islamkritischen Charlie Hebdo-Karikaturen. Zu diesem Thema ist eine Uneinigkeit unter den Printmedien festzustellen, die sowohl Argumente dafür (Bewahrung der Meinungsfreiheit und Verachtung der Terroristen) als auch Argumente dagegen (Gleichsetzung aller Muslime mit Terroristen) vorbringen.

Nur drei der 30 untersuchten Printmedien reflektieren über die Berichterstattung zu den Pariser Anschlägen vom 13. November 2015. In Bezug auf dieses Ereignis wird vor allem die Dramatisierung durch Live-Schaltungen vor Ort ohne inhaltliche Hintergründe und das Abdrucken von Bildern des Schreckens kritisiert.

Die Emotionalisierung stand hier – zum Beispiel bei CNN – laut Printmedien im Vordergrund, genauso wie die zeitlich überstürzte Berichterstattung, die verkürzte Schlussfolgerungen mit sich brachte. Auf der anderen Seite gab es aber auch Medien, die in den Printmedien Lob fanden – so zum Beispiel ARD und ZDF. Die Fernsehsender unterließen inhaltslose Live-Sendungen in der Nacht der Anschläge und setzten auf gehaltvolle Berichte, die dafür etwas später erschienen.

Wie bei den Pariser Anschlägen widmen sich der Amokfahrt von Nizza am 14. Juni 2016 ebenfalls nur drei der untersuchten Printmedien. Die Welt, die Süddeutsche Zeitung und die Salzburger Nachrichten thematisieren in Bezug auf den Fall Nizza vorwiegend die Rolle der Medien, auf welche bei der Beantwortung von Forschungsfrage 4 näher eingegangen wird.

Bei der Analyse zur Berichterstattung über den Münchener Amoklauf am 22. Juli 2016 konnten ein paar Kritikpunkte festgemacht werden. Während sich einige Printmedien wie zum Beispiel Le Monde dazu entschlossen, keine Täterbilder zu veröffentlichen oder diese unkenntlich zu machen, wird dies zum Beispiel durch taz-Autor Jan Feddersen kritisiert. Eine Zensur halte die Täter nicht von ihren Vorhaben ab und habe bei den Lesern sogar eine gegenteilige Wirkung als die gewünschte – die Zurückhaltung von Bildmaterial schüre nämlich Schaulust. Auch die Veröffentlichung von Falschinfos spielt bei der Untersuchung in Bezug auf den Fall des Münchener Amoklauf eine Rolle. CNN wird kritisiert, solche veröffentlicht zu haben.

Nur ein Artikel widmete sich der Selbstreflexion zum Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt und beschreibt als Negativpunkte Spekulationen und Voyeurismus. So zeigte der ARD zum Beispiel Archivfilme von Terroranschlägen aus den vergangenen Jahren, während noch keine Details zu den Hintergründen der Tat bekannt waren.

Sieben der 26 Artikel beziehen sich auf kein konkretes Ereignis und thematisieren die Terrorismus-Berichterstattung allgemein. Hier kommen vor allem Kritiken dahingehend zum Vorschein, dass zum Beispiel die Tageszeitung Heute ein Enthauptungsvideo des IS auf der Facebookseite der Zeitung veröffentlichte. Dies wird einerseits als Clickbait verurteilt und andererseits ist es eine Persönlichkeitsschutz-Verletzung gegenüber des Ermordeten und seinen Angehörigen. Ähnliches leistete sich auch Fox News – die Fernsehsendung zeigte ebenfalls einen IS-Propagandafilm.

In einem weiteren Artikel wird außerdem kritisiert, dass die Medien, wenn, dann nur in negativem Sinne über den Islam berichten und es dadurch zu einem verzerrten Bild des Islams kommt.

These 2a: Wenn Kritik ausgeübt wird, dann zum Großteil in negativem Sinne.

These 2b: Bei der Berichterstattung soll Geschwindigkeit nicht an erster Stelle stehen, sondern stattdessen eine umfassende Hintergrund-Analyse stattfinden, anstatt Spekulationen zu verbreiten.

These 2c: Wenn es um Zensur geht, herrscht keine einheitliche Meinung über die korrekte Handhabung, was zum Beispiel die Veröffentlichung von Täterbildern betrifft.

These 2d: Die Veröffentlichung von IS-Propagandafilmen wird scharf kritisiert.

- **FF 3:** *Welche Akteure üben Kritik aus und an oder gegen welche Akteure und Medien richtet sich jene Kritik?*

Hinsichtlich der Frage nach der Art der Medien, welche am meisten im untersuchten Material diskutiert wird, zeigen die Ergebnisse, dass sich die Mehrheit der Kritikpunkte auf andere und nicht auf das eigene Medium bezieht. Die Printmedien kritisieren also ihr eigenes Medium wenig bis gar nicht. Kritik am eigenen Medium findet mit 11% der Fälle nur in Kombination mit Kritik auch an anderen Medien statt. Da an erster Stelle mit 60% der Fälle lediglich die anderen Medien thematisiert werden, lässt sich daraus schließen, dass es den untersuchten Medien leichter fällt, über andere Akteure zu reflektieren, als über sich selbst.

Während sich 30% der untersuchten Kritikpunkte an Massenmedien im Allgemeinen richten, ernten Printmedien in etwa 18% an Kritik, Fernsehmedien etwas weniger mit 15% der Fälle und Social Media mit nur 3,5%. Obwohl sich wie oben dargestellt der Großteil der Kritik an andere Medien und nicht das eigene Medium richtet, dreht sich an zweiter Stelle die Diskussion der Terror-Berichterstattung trotzdem um die eigene Mediensparte der Printmedien. Hier muss aber betont werden, dass die eben genannten Ergebnisse sowohl die Rolle der Medien als auch konkrete Kritik beinhalten.

Das heißt die Massenmedien im Allgemeinen sowie die Printmedien werden am meisten thematisiert. Dies kann sowohl in Bezug auf die Rolle der Medien oder in Zusammenhang mit negativen oder positiven Kritikpunkten passieren.

Die Ergebnisse nur die ausgeübte positive und negative Kritik betreffend, ohne jener Punkte über die Rolle der Medien, zeigen, dass die Fernsehmedien die meiste Kritik unter den verschiedenen Mediensparten ernten – nicht nur die meiste Kritik, sondern auch die meiste negative Kritik, gefolgt von den Printmedien. Die höhere Kritikquote in Bezug auf das Fernsehen könnte damit zu begründen sein, dass Fernsehmedien im Gegensatz zu den Printmedien mehr Möglichkeiten haben, was die Live-Berichterstattung betrifft, und daher auch schneller – manchmal sogar dank Auslandskorrespondenten live vom Ort des Geschehens – über Ereignisse berichten können. Dies birgt mehr Gefahr für die Veröffentlichung fehlerhafter oder spekulativer Informationen insofern, dass bei zeitnaher Berichterstattung vorerst weniger Details zu den Hintergründen bekannt sind. Printmedien haben zwar auch die Möglichkeit in ihrer Onlineversion live zu informieren, allerdings geschieht dies zumeist in Form eines Live-Tickers, der Schritt für Schritt die neuen, bekannten Details preisgibt.

Generell überwiegt bei allen Mediensparten die negative Kritik. Dies deutet auf eine rege und kritische Selbstreflexion, aber auch auf einen hohen Verbesserungsbedarf in Bezug auf die terroristische Berichterstattung hin.

Betrachtet man die Akteure, von denen die Kritik stammt, zeigt sich vorwiegend der Autor des jeweiligen Artikels als direkter, Kritik ausübender Akteur – dies ist zu 30% der Fall, gefolgt von 22% der Fälle, in denen Experten, Wissenschaftler und Polizeibeamte zu Wort kommen. Das Heranziehen von Expertenmeinungen unterstützt wieder die oben erwähnte These, dass eher umfassend reflektiert wird, denn Expertenmeinungen bringen zumeist Hintergrundinformationen mit sich. In 15 der 85 relevanten Fälle ist jedoch nicht erkennbar, von wem die Kritik ausgeht, da sie neutral formuliert und somit keinem konkreten Akteur zuzuordnen ist.

These 3a: Die Printmedien thematisieren vorwiegend andere Medien und weniger ihr eigenes Medium.

These 3b: Der Großteil der Thematisierung richtet sich an die Massenmedien im Allgemeinen und somit an keine konkrete Mediensparte.

These 3c: Wenn kritisiert geäußert wird, dann vorwiegend negativ gegenüber allen Mediensparten.

These 3d: Wenn mehrheitlich negativ kritisiert wird, besteht ein hoher Reflexionsbedarf.

These 3e: Wenn Experten im Artikel zu Wort kommen, handelt es sich um eine umfassende Selbstreflexion.

- **FF 4:** *Welche Funktionen der Medien in Bezug auf Terrorismus werden im Rahmen der Selbstreflexion vermittelt?*

Wie in den Ergebnissen dargestellt, wurde insgesamt 85 Mal in den untersuchten Printmedien reflektiert. Davon wurde in 45 Fällen die Rolle der Medien thematisiert. Welche Inhalte hier im Rahmen der Untersuchung von Bedeutung waren, soll im Folgenden dargestellt und analysiert werden.

Hinsichtlich der Reflexion zum Fall Charlie Hebdo wurde der richtige Umgang mit Religionskritik seitens der Medien diskutiert. Das Profil betont die Wichtigkeit der Vertretung jeglicher diskriminierter Religion. Weiters unterstreichen alle der acht vorkommenden Artikel die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit. Journalisten werden als Zeugen und Fehlgucker bezeichnet, die Weltoffenheit und nicht Blindheit zeigen sollen.

Nach der Auswertung der Ergebnisse rund um die Pariser Anschläge zeigt sich, dass die Zurückhaltung der Berichterstattung zu den Aufgaben der Massenmedien gezählt wird. Diese geht mit dem Respekt gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen einher. Es sollen keine Fakten verschwiegen werden, aber auch keine extra Aufbauschung stattfinden. Als wichtig werden die Punkte der Entdramatisierung, heroische Gelassenheit und Aufklärung beschrieben – da, wo sie dem Frieden nützlich ist.

Zur Berichterstattung über die Amokfahrt in Nizza melden sich zwei Experten zu Wort, die ebenfalls die Zurückhaltung in der Berichterstattung zur Vermeidung möglicher Nachahmungstäter befürworten. Da Terroristen mit ihren Taten mittels Massenmedien eine große Öffentlichkeit herstellen wollen, ist es besonders wichtig, dass die Medien keine Formulierungen verwenden, die die Schwere der Verbrechen betonen. Um Nachahmungstäter möglichst nicht anzusprechen, empfehlen die Experten nicht zu viele Details über Täter und Tathergang preiszugeben.

In Bezug auf die Veröffentlichung von Täterfotos haben schon einige Zeitungen gehandelt und zeigen keine Fotos von Terroristen mehr, um nicht zu deren Glorifizierung unter den Sympathisanten beizutragen und es zu vermeiden, den Tätern ihre gewünschte Bühne zu geben. Trotzdem soll keine Selbstzensur stattfinden und der Informationsauftrag als Bestandteil der Demokratie weiterhin erfüllt werden.

Es wird als Aufgabe der Medien beschrieben, Verständnis und Abstand anstatt Panik und Misstrauen zu schaffen – als eine Art Hoffnungsanker in Zeiten der Krise.

Auch die Verbreitung der Wahrheit sowie Gewissenhaftigkeit werden als die obersten Gebote der Massenmedien beschrieben.

In Anbetracht jener Artikel, die kein bestimmtes Ereignis betreffen, lässt sich zum einen feststellen, dass Onlinemedien und Social Media eine neue Herausforderung für die Medien in Bezug auf die Terrorberichterstattung darstellen. Einerseits in Bezug auf angemessene Moderation von Lesermeinungen zum Beispiel in Zeitungsforen oder andererseits in Bezug auf den Kurznachrichtendienst Twitter, den die Terroristen ebenfalls zur Kommunikation nutzen. Twitter sieht sich vor der Herausforderung, dies zu unterbinden.

These 4a: Die Aufgabe der Medien umfasst die Verteidigung der Meinungs- und Pressefreiheit und die Erfüllung des Informationsauftrages.

These 4b: Zu den Aufgaben der Massenmedien zählt die Zurückhaltung der Berichterstattung aus Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen sowie zur Vermeidung von Nachahmungstätern.

These 4c: Die Rolle der Medien wird als Hoffnungsanker in Zeiten der Krisen gesehen.

Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl an gewählten Printmedien aus den drei Erscheinungsländern Österreich (19 Printmedien), Deutschland (neun Printmedien) und der Schweiz (zwei Printmedien) und zusätzlich der geringen Anzahl an relevanten Artikeln (26) lassen sich im Rahmen dieser Forschungsarbeit keine für die Allgemeinheit aussagekräftigen Ergebnisse dahingehend präsentieren, was die Unterschiede zwischen den Erscheinungsländern betrifft. Auf eventuelle Möglichkeiten diesbezüglich für zukünftige, an diese Forschungsarbeit anschließende Studien wird im folgenden Schlusskapitel genauer eingegangen.

7. Schlussbetrachtungen

Im folgenden Abschnitt soll ein zusammenfassender Überblick über die Ergebnisse gegeben und dieser in Bezug zu den theoretischen Überlegungen in Kapitel 3 gesetzt werden. Anschließend folgt eine kurze Analyse der Probleme, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit aufgetreten sind, bevor ein Ausblick auf mögliche zukünftige Forschungen zum Thema dargestellt wird.

7.1. Zusammenfassung & Forschungsausblick

Die vorliegende Forschungsarbeit setzte sich mit der Frage auseinander, inwiefern in den Printmedien eine Selbstreflexion über die Berichterstattung zum Thema Terrorismus stattfindet. Es wurde mittels qualitativer Inhaltsanalyse untersucht, wie umfassend und in welcher Art und Weise die Printmedien reflektieren. Das Hauptaugenmerk galt dabei den Akteuren, den einzelnen Kritikpunkten und der diskutierten Rolle der Medien. In diesem Kapitel soll nun noch einmal zusammenfassend auf die Forschungsergebnisse eingegangen, und dabei eine Verbindung zu den theoretischen Inhalten dieser Arbeit aus Kapitel 3 und den forschungsleitenden Fragestellungen in Abschnitt 5.1. hergestellt werden.

- *Wie kann die Berichterstattung über das Thema Terror und die Geschehnisse der verschiedensten untersuchten terroristischen Taten im Rahmen der journalistischen Selbstreflexion bewertet werden?*

Wie in den Ergebnissen von Maliks Studie in Kapitel 4 aufgezeigt, kommt auch die vorliegende Arbeit zu dem Schluss, dass die Medien zwar Selbstreflexion betreiben, aber nur zu einem kleinen Teil. Worauf dieser geringe Anteil an selbstreflexiven Artikeln zurückzuführen ist, lässt sich anhand der Ergebnisse vorliegender Arbeit nicht beantworten. Dies ist ein Aspekt, auf den sich zukünftige Forschungsarbeiten zum Thema fokussieren könnten. Gründe dafür könnten – wie in Kapitel 3.1.2. angeführt – die verschiedenen Selbstbeobachtungsfällen sein, wie zum Beispiel das Problem der Abhängigkeit, aber auch fehlende Ressourcen und Strukturen innerhalb der Medienhäuser.

Jene Artikel, die über die Berichterstattung zum Thema Terrorismus reflektieren, weisen mehrheitlich einen eher großen Umfang vor. Wenn also reflektiert wird, dann eher umfangreich, auch wenn in Bezug auf die Langfristigkeit keine positiven Ergebnisse festgestellt werden konnten. Wie im theoretischen Teil unter Kapitel 3 erwähnt, betonen Weichert und Beuthner die Wichtigkeit einer längerfristigen Beobachtung vom Umgang der Medien mit Katastrophen für die Vorantreibung des Journalismus in Richtung einer allumfassenden Berichterstattung.

Am ehesten erfüllt diesen Aspekt nur eine der untersuchten Printmedien, nämlich taz – die Tageszeitung, welche zum einen die meisten Artikel zur Selbstreflexion sowie die höchste Dichte an Reflexionspunkten aufweist und zum anderen auch die einzige Zeitung ist, bei der ein Autor wiederholt über die Selbstreflexion schreibt. Dies lässt auf einen gewissen Stellenwert schließen, den die Selbstreflexion in dem Medium innehat, und ausgründdessen sich ein Autor intensiver mit Medienjournalismus befasst.

- *Inwiefern sind Argumente für oder gegen eine umfassende Berichterstattung über das Thema Terror und die einzelnen Geschehnisse innerhalb terroristischer Taten erkennbar?*

Auf der Basis von Schmid und de Graaf, die verschiedene Punkte für und wider die selbstreflexive Berichterstattung über Terrorismus zusammengetragen haben – wie in Kapitel 3.2. präsentiert – wurden auch im Rahmen dieser Arbeit die selbstreflexiven Punkte, die die Medien beschäftigen, herausgearbeitet.

Hierbei kamen Aspekte zum Vorschein, die auch für Schmid und de Graaf eine Rolle spielen und in Kapitel 3.2. näher diskutiert wurden, wie zum Beispiel die große Verantwortung der Medien hinsichtlich möglicher Nachahmungstäter. Auch die sehr zeitnahe Berichterstattung ist kritisch zu betrachten, um den Tätern keine eventuell nützlichen Informationen zu liefern. Obwohl aufgrund dieser und weiterer Punkte die Berichterstattung über Terrorismus mit Vorsicht handzuhaben ist, betonen auch Schmid und de Graaf, dass eine stattfindende Berichterstattung dennoch wichtig ist, da der Informationsauftrag für die Leser erfüllt werden muss.

Die Zurückhaltung der Berichterstattung zum Schutze der Opfer und zur Vermeidung von Nachahmungstätern findet auch in den untersuchten Artikeln immer wieder Erwähnung. Dass berichtet werden soll, geht aus der Analyse eindeutig heraus, aber wie genau diese Berichterstattung aussehen soll, da gehen die Meinungen auseinander. Es herrscht eine eher willkürliche Handhabung – so üben manche Zeitungen oder Fernsehsender Restriktionen in Bezug auf die Veröffentlichung von Täter- und Schauplatzfotos aus und andere stehen Restriktionen entgegen. Andere wiederum sehen gerade die Akzeptanz der individuellen Handhabung als wichtigen Teil der Meinungsfreiheit.

Weiters wurden im empirischen Teil die ethischen Aspekte der Krisenberichterstattung erläutert. Boverter beschreibt – wie in Kapitel 3.3.1. ersichtlich – die Wichtigkeit von Hintergrundberichterstattung mit ausführlicher Erklärung gerade in Krisenzeiten. Dieser Aspekt findet sich auch in den Ergebnissen der vorliegenden Forschungsarbeit wieder. So wird das Schaffen von Verständnis und Abstand anstelle von Panik und Misstrauen als Aufgabe der Massenmedien beschrieben, genau so wie die Verbreitung von Wahrheit und Gewissenhaftigkeit.

Wie bereits im empirischen Teil angedeutet und in den Darstellung der Ergebnissen umfassend beschrieben, brachte der Fall Charlie Hebdo eine umfangreiche Diskussion in den Medien zur Meinungs- und Pressefreiheit hervor. Die meisten der untersuchten Artikel betreffen den Fall Charlie Hebdo. Dies liegt zum einen vermutlich daran, dass der Anschlag als direkter Angriff der Demokratie gesehen wurde und zum anderen sozusagen Kollegen vom Fach Ziel des Terroraktes waren. Die Pressefreiheit und somit die Journalisten wurden gewissermaßen direkt angegriffen, der Fall stand ihnen nahe und betraf sie direkt. Scharf diskutiert wurde das Abdrucken von Charlie Hebdos Karikaturen, die von vielen Akteuren als stark beleidigend für alle Muslime gesehen werden. Alle der Artikel zum Fall Charlie Hebdo sind sich aber einig, dass die Meinungs- und Pressefreiheit oberstes Gebot der Journalisten ist und die Journalisten als Zeugen die Wahrheit offen legen sollen.

Laut Schicha – wie in Kapitel 3.3.2. dargestellt – soll das Gebot der Glaubwürdigkeit immer vor der Aktualität stehen. Diese Aussage deckt sich auch mit den selbstreflexiven Ergebnissen der vorliegenden Arbeit. In einigen der untersuchten Artikel wurde kritisiert, dass frühzeitige Berichterstattung oft zu Spekulationen führt. Deshalb sei besser gründlich recherchiert, um anschließend eine umfassende Hintergrundberichterstattung zu liefern.

- *Wie wurde das Handeln diverser Akteure in Bezug auf die Berichterstattung über das Thema Terrorismus im Rahmen der journalistischen Selbstreflexion bewertet?*

Die Autoren des jeweiligen Artikels und Experten wie Wissenschaftler oder die Polizei machen die Hälfte aller kritisierenden Akteure aus. Die restlichen Kritikpunkte gehen von keinem konkreten Akteur aus bzw. stammen von einem Medienakteur wie Journalisten oder Moderatoren. Diese kritisieren am häufigsten Fernsehmedien und seine Akteure – auch in negativer Weise –, gefolgt von den Printmedien. Die eigene Mediensparte wird also weniger diskutiert als die Fernsehmedien. Beuthner und Weichert sehen dieses Problem ebenfalls und bezeichnen es als Unabhängigkeitsfalle, wie in Abschnitt 3.1.2. dargestellt. Fehlleistungen werden oft zum Schutze des Systems ausgeblendet und eigene Probleme nicht so offen gelegt wie Probleme eines anderen Mediensystems, in diesem Fall des Fernsehens.

- *Welche Schlüsse lassen sich aus der journalistischen Selbstreflexion zum angemessenen Umgang mit dem Thema Terror in der Berichterstattung ziehen?*

Die Ansätze von Selbstreflexion, die die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zeigen, sind zwar vorhanden, aber ausbaufähig.

Die Ergebnisse und somit auch die selbstreflexive Arbeit der Printmedien sind nicht ausreichend und aussagekräftig genug, um mögliche Handlungsalternativen in Bezug auf die Berichterstattung zum Thema Terrorismus aufstellen zu können. Sie können lediglich Tendenzen zum aktuellen Stand der Selbstreflexion der Printmedien darstellen, auf denen zukünftige Forschungsarbeiten aufbauen können und sollen.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde – wie in Kapitel 5.3. erwähnt – unter anderem mit dem Suchbegriff “Terrorismus” in der entsprechenden Datenbank gesucht. Für spätere Forschungsarbeiten zum Thema wird die Ausweitung des Suchbegriffes auf “Terror*” empfohlen, um eine größere Grundgesamtheit an relevanten Artikel zu generieren und somit schlussendlich aussagekräftigere Ergebnisse, vor allem in Bezug auf zukünftige Handlungsalternativen, erlangen zu können.

In Bezug auf Aussagekraft lassen sich durch eine größere Stichprobe und mehr Ergebnissen beispielsweise auch die Erscheinungsländer besser miteinander in Bezug setzen. Dies war im Rahmen der vorliegenden Arbeit aufgrund der spärlichen Ergebnisse nicht möglich.

Zu einer optimaleren Vergleichbarkeit kann auch die Ausweitung des Untersuchungszeitraumes führen, der sich in dieser Arbeit auf etwa zwei Jahre beläuft. Dehnt man den Untersuchungszeitraum, sind Aussagen über die historische Entwicklung zum Thema möglich. Die vorliegende Arbeit konnte einen ersten Einblick in die Selbstreflexion der Printmedien zum Thema Terrorismus-Berichterstattung geben und kann zukünftigen Forschungen in diesem Bereich als Ausgangspunkt und für Anregungen, in welche Richtung folgende Forschungsarbeiten möglicherweise auszuweiten sind, dienen.

8. Literatur- und Quellenverzeichnis

8.1. Gedruckte Quellen

Beermann, Torsten (2004): Der Begriff „Terrorismus“ in deutschen Printmedien. LIT VERLAG, Münster.

Beuthner, Michael / Weichert, Stephan Alexander (2005): Zur Einführung: Internal Affairs – oder: die Kunst und die Fallen medialer Selbstbeobachtung. In: Beuthner, Michael/Weichert, Stephan Alexander (Hg.): Die Selbstbeobachtungsfalle. Grenzen und Grenzgänge des Medienjournalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. S. 13 - 41.

Boventer, Hermann (1989): Pressefreiheit ist nicht grenzenlos. Einführung in die Medienethik. Bouvier Verlag, Bonn.

Elitz, Ernst (2011): Ethische Perspektiven der Berichterstattung über Gewalt. In: Grimm, Petra / Badura, Heinrich (Hg.): Medien – Ethik – Gewalt. Neue Perspektiven. Franz Steiner Verlag, Stuttgart. Band 10. S. 158 - 174.

Haller, Michael (2016): Sie nannten mich „Held“. Wie ich als Deutscher in Syrien gegen den Islamischen Staat kämpfte. Riva Verlag, München. 1. Auflage.

Hepperle, Verena (2014): „How the game is played“ – Ein Vergleich der Arbeitsweisen von journalistischen Terrorismus- und Sicherheitsexperten aus Deutschland und den USA. Band 22: Journalismus: Theorie und Praxis. LIT VERLAG, Berlin.

Hoffman, Bruce (2001): Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt. Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Karmasin, Matthias (2005): Journalismus: Beruf ohne Moral? Von der Berufung zur Profession. Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien.

Kunczik, Michael/Zipfel, Astrid (2006): Gewalt und Medien: Ein Studienhandbuch. Böhlau Verlag, München, Wien. 5. Auflage.

Löffelholz, Martin (1995): Beobachtung ohne Reflexion? Strukturen und Konzepte der Selbstbeobachtung des modernen Krisenjournalismus. In: Imhof, Kurt / Schulz, Peter (Hg.): Medien und Krieg – Krieg und Medien. Seismo Verlag, Zürich. S. 171 - 191.

Malik, Maja (2004): Journalismus-journalismus. Funktionen, Strukturen und Strategien der journalistischen Selbstthematisierung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Malik, Maja (2005): Stars, Skandale, Sensationen – und immer an den Leser denken. Entscheidungskriterien und Thematisierungsstrategien des Medienjournalismus. In: Beuthner, Michael/Weichert, Stephan Alexander (Hrsg.): Die Selbstbeobachtungsfälle. Grenzen und Grenzgänge des Medienjournalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage. S. 45 – 62.

Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Beltz Verlag, Weinheim und Basel. 11. Auflage.

Neumann, Peter R. (2016): Die neuen Dschihadisten : IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus. Ullstein, Berlin.

Schicha, Christina (2011): Medien und Terrorismus – Zur Berichterstattung über die Attentate der „Roten Armee Fraktion“ und die Anschläge vom 11. September 2001. In: Grimm, Petra / Badura, Heinrich (Hg.): Medien – Ethik – Gewalt. Neue Perspektiven. Franz Steiner Verlag, Stuttgart. Band 10. S. 163 – 174.

Serong, Julia (2015): Medienqualität und Publikum. Zur Entwicklung einer integrativen Qualitätsforschung. UVK Verlagsgesellschaft Konstanz, München.

Todenhöfer, Jürgen (2015): Inside IS – 10 Tage im „Islamischen Staat“. Bertelsmann, München. 1. Auflage.

8.2. Sammelbände

Beuthner, Michael/Weichert, Stephan Alexander (Hg.) (2005): Die Selbstbeobachtungsfälle. Grenzen und Grenzgänge des Medienjournalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage.

Grimm, Petra / Badura, Heinrich (Hg.) (2011): Medien – Ethik – Gewalt. Neue Perspektiven. Franz Steiner Verlag, Stuttgart. Band 10.

Imhof, Kurt / Schulz, Peter (Hg.) (1995): Medien und Krieg – Krieg und Medien. Seismo Verlag, Zürich.

8.3. Internetquellen

http://www.oeak.at/wp-content/uploads/2017/02/Auflagenliste_J_2016.pdf (abgerufen am 02.05.2017)

<http://www.presserat.at/> (abgerufen am 10.06.2017)

<http://www.presserat.de/> (abgerufen am 10.06.2017)

<http://www.presserat.ch/> (abgerufen am 10.06.2017)

<http://www.print.de/Top-10/Top-10-Produkte/Ueberregionale-Tageszeitungen-verkaufte-Auflagen-laut-IVW> (abgerufen am 07.05.2017)

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/charlie-hebdo-anschlag-al-kaida-verantwortung> (abgerufen am 21.07.2017)

<http://www.zeit.de/thema/anschlaege-in-paris> (abgerufen am 21.07.2017)

<http://www.zeit.de/thema/anschlag-in-nizza> (abgerufen am 22.07.2017)

<http://www.zeit.de/politik/2017-03/muenchen-amoklauf-oez-abschlussbericht-mobbing> (abgerufen am 22.07.2017)

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-03/anschlag-london-attentaeter-islamischer-staat-absprache> (Erscheinungsdatum: 27.03.2017, abgerufen am: 23.07.2017)

<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-12/berlin-breitscheidplatz-gedaechtniskirche-weihnachtsmarkt> (Erscheinungsdatum: 29.12.2016, abgerufen am: 27.07.2017)

9. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Gegenstände und Funktionen medienjournalistischer Selbstbeobachtung	13
Abbildung 2: Ablaufschritte von Frequenzanalysen (Mayring, 2010: S. 15)	41
Abbildung 3: Ablaufschritte von Valenz- und Intensitätsanalysen (Mayring, 2010: S. 15)	41
Abbildung 4: Ablaufschritte von Kontingenzanalysen (Mayring, 2010: S. 16)	42
Abbildung 5: Phasenmodell zu qualitativer & quantitativer Analyse (Mayring, 2010: S. 21) .	44
Abbildung 6: Zeitungsausschnitt aus dem Profil vom 19.01.2015, S. 25	70
Abbildung 7: Ausschnitt aus den Vorarlberger Nachrichten vom 11. Januar 2015, S. 10	71
Abbildung 8: Zeitungsausschnitt aus dem Handelsblatt vom 24.04.2017, S. 17	72
Abbildung 9: Ausschnitt aus der Neuen Zürcher Zeitung vom 29.11.2015, S. 19	74
Abbildung 10: Zeitungsausschnitt aus der Welt vom 15. August 2016, S. 17	75
Abbildung 11: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 2. August 2016, S. 27	76
Abbildung 12: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 2. August 2016, S. 27	77
Abbildung 13: Ausschnitt aus den Salzburger Nachrichten vom 21. Juli 2016, S. 9	78
Abbildung 14: Ausschnitt der Süddeutschen Zeitung vom 8. August 2016, S. 13	79
Abbildung 15: Ausschnitt aus der Presse vom 21. Dezember 2016, S. 13	81
Abbildung 16: Ausschnitt aus der Presse vom 6. Februar 2015, S. 24	83

10. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategorie FK 1 Printmedium - Zeitung mit höchstem Maß an Selbstreflexion.....	59
Tabelle 2: Kategorie FK 5 Zeilen - Umfang der selbstreflexiven Berichterstattung	61
Tabelle 3: Kategorie IK 1 - Welche Medien werden im Artikel diskutiert?	63
Tabelle 4: Kategorie IK 2 - Art der Reflexion	64
Tabelle 5: Kategorie IK 2.1.1. - Art der Kritik	65
Tabelle 6: IK 3 - Anlass zur Berichterstattung	66
Tabelle 7: IK 5 - Kritisierende Akteure	67
Tabelle 8: IK 6 - Kritisierte Akteure.....	68
Tabelle 9: IK 4 - Medienarten im Zentrum der Kritik	69

11. Anhang

11.1. Kategoriensystem

1) Formale Kategorien pro Artikel

Kategorie 2 bis 5 sowie 6 sind offene Felder, während in Kategorie 1 sowie 7 bis 9 mit Codes gearbeitet wird.

- **FK1 = Printmedium, in dem der Artikel erschienen ist**

Die erste Kategorie listet alle Printmedien auf, die im Rahmen vorliegender Forschungsarbeit untersucht werden.

Code	Ausprägung
1.1.	BILD
1.2.	Der Spiegel
1.3.	Der Standard
1.4.	Die Presse
1.5.	Die Welt
1.6.	Extradienst
1.7.	Falter
1.8.	Focus
1.9.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
1.10.	Handelsblatt
1.11.	Heute
1.12.	Horizont
1.13.	Horizont Deutschland

1.14.	Kleine Zeitung
1.15.	Kronen Zeitung
1.16.	Kurier
1.17.	Medianet
1.18.	Medien Manager
1.19.	Neue Zürcher Zeitung
1.20.	News
1.21.	OÖ Nachrichten
1.22.	Österreich
1.23.	Profil
1.24.	Salzburger Nachrichten
1.25.	Süddeutsche Zeitung
1.26.	Tagesanzeiger
1.27.	taz – die Tageszeitung
1.28.	Tiroler Tageszeitung
1.29.	Trend
1.30.	Vorarlberger Nachrichten

- **FK 2 = Erscheinungsland**

Da Forschungsfrage 5 auch Vergleiche zwischen den Zeitungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz betrifft, wurde diese Kategorie gebildet. Sie soll es erleichtern, Vergleiche zwischen den Ländern anzustellen.

Code	Ausprägung
2.1.	Österreich
2.2.	Deutschland

2.3.	Schweiz
------	---------

- **FK 3 = Datum, an dem Artikel erschienen ist**
- **FK 4 = Titel des Artikels**
- **FK 5 = Seite (Platzierung des Artikels)**
- **FK 6 = Zeilen**

Diese Kategorie soll Aufschluss über den Umfang des jeweiligen Artikels geben.

Code	Ausprägung	Erklärung
5.1.	nicht umfangreich	1 – 20 Zeilen
5.2.	wenig umfangreich	21 – 50 Zeilen
5.3.	eher umfangreich	51 – 100 Zeilen
5.4.	umfangreich	101 – 200 Zeilen
5.5.	besonders umfangreich	201 und mehr Zeilen

- **FK 7 = Autor, der Artikel verfasst hat**

Diese Kategorie ist dazu da, um Aufschluss darüber zu geben, ob gewisse Akteure/Journalisten öfter als ein Mal über das Thema Terrorismus berichten und ob somit auf ein Ressort für Medienjournalismus und eine längerfristige Berichterstattung im Bereich Selbstreflexion zum Thema geschlossen werden/erkannt werden kann.

- **FK 8 = Art des Artikels**

Code	Ausprägung	Erklärung
7.1.	Nachricht	Meldung im Printmedium (W-Fragen, relativ kurz, nach Relevanz geordnet)
7.2.	Kurzmeldung	(eventuell nur Leadsatz,

		extrem kurz)
7.3.	Bericht	(chronologisch, länger als Nachricht)
7.4.	Fachartikel/Erklärstück/Analyse	
7.5.	Interview	
7.6.	Kommentar/Gastkommentar	
7.7.	Reportage	
7.8.	Leserbrief/Meldung	
7.9.	Sonstiges	

- **FK 9 = Ressort**

Code	Ausprägung
8.1.	Politik
8.2.	Wirtschaft
8.3.	Kultur/Feuilleton
8.4.	Medien
8.5.	Lokale/Österreich
8.6.	Chronik
8.7.	Wissenschaft/Medizin/Gesundheit
8.8.	Reise
8.9.	Sonstiges
8.10.	Vermischtes/Aus aller Welt/International

2) Inhaltliche Kategorien pro Kritikpunkt

- **IK 1 = Welche Medien werden im Artikel diskutiert?**

Diese Kategorie soll Aufschluss darüber geben, ob über das eigene Printmedium, die eigene Mediengattung oder eher über die anderen Medien reflektiert wird.

Code	Ausprägung
1.1.	Eigenes Medium
1.2.	Anderes Medium
1.3.	Eigenes und andere Medien
1.4.	Medien im Allgemeinen/neutral an Medien gerichtet
1.5.	Sonstiges

- **IK 2 = Art der Reflexion**

Durch diese Kategorie soll klar definiert werden, welche Art von Reflexion im Artikel zu finden ist. Wenn es darum geht, was die Medien allgemein tun sollen und was nicht, ist dies als Rolle der Medien einzustufen. Wird jedoch über bereits veröffentlichte Berichte reflektiert, handelt es sich um Kritik.

Code	Ausprägung
2.1.	Kritik
2.2.	Rolle der Medien

- **IK 2.1.1. = Art der Kritik**

Die folgende Kategorie ist nur relevant, wenn es sich um Kritik handelt und somit in der vorangegangenen Kategorie IK 2.1. zutreffend war.

Code	Ausprägung
2.1.1.1.	positiv
2.1.1.2.	negativ

- **IK 2.1.2. = Thema der Kritik**

Da es unmöglich ist, alle möglichen Kritikpunkte aufzulisten, ist diese Kategorie ein offenes Feld, in dem die jeweiligen Kritikpunkte individuell kurz und konkret beschrieben werden sollen, z.B. das Schüren von Angst oder inkorrekte oder vorschnelle Verbreitung von vermeintlichen Fakten. Diese Kategorie ist ebenfalls nur relevant, wenn in der vorangegangenen Kategorie IK 2.1. zutreffend war.

- **IK 2.2.1 = Art der Rolle**

Wie bei den Kritikpunkten sind auch die verschiedenen möglichen Aspekte in Bezug auf die Rolle der Medien nicht alle aufzählbar, deshalb handelt es sich auch bei dieser Kategorie um eine offene, die individuellen Raum zur Beschreibung der jeweiligen Rolle lässt, wie zum Beispiel die Darstellung von Hintergrundinformationen oder der Schutz der Opfer. Diese Kategorie ist nur dann relevant, wenn die Art der Reflexion eine Beschreibung der Rolle der Medien darstellt, also IK 2.2. zutreffend war.

Punkte 2.1.1. bis 2.2.1. sollen durch konkrete Beispiele aus den Artikeln verdeutlicht werden. Die folgenden Kategorien sind wieder allseits relevant, unabhängig davon, ob es sich in Bezug auf IK 2 um eine Kritik oder die Rolle der Medien handelt.

- **IK 3 = Anlass zur Berichterstattung**

Diese Kategorie soll Aufschluss darüber gehen, welches Ereignis den Grund für die selbstreflexive Berichterstattung darstellt. Hierzu wurden alle relevanten sich im Untersuchungszeitraum ereigneten Vorfälle berücksichtigt, sollte aus dem Artikel kein aktueller Bezug zu einem der Vorfälle erkennbar sein, ist auf die Ausprägung 3.7. zurückzugreifen.

Code	Ausprägung
3.1.	Charlie Hebdo am 07.01.2015
3.2.	Anschlagserie von Paris am 13.11.2015
3.3.	Amokfahrt in Nizza am 14.06.2016

3.4.	Amoklauf in München am 22.07.2016
3.5.	Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt am 19.12.2016
3.6.	Sonstiges Ereignis
3.7.	Kein Bezug auf bestimmtes Ereignis

- **IK 4 = Art der Medien, die kritisiert/thematisiert werden**

Code	Ausprägung	Erklärung
4.1.	Fernsehmedien	Fernsehsender wie CNN
4.2.	Printmedien	Zeitungen wie die Presse
4.3.	Verlag(e)	
4.4.	Nachrichtenagenturen	z.B. APA
4.5.	Radiosender	z.B. Ö3
4.6.	Onlinemedien	z.B. die Online-Version der Presse
4.7.	Social Media	Facebook, Instagram, etc.
4.8.	Massenmedien im Allgemeinen	
4.9.	Sonstiges	
4.10.	Nicht erkennbar	

- **IK 5 Kritisierender Akteur**

Mit dieser Kategorie soll untersucht werden, wer Kritik übt. Sie soll dazu in Kombination mit der Folgekategorie, IK 6, analysiert werden, um herausarbeiten zu können, wer wen kritisiert.

Sowohl bei dieser Kategorie IK 5 als auch bei der folgenden Kategorie IK 6 soll jeweils dazu der konkrete Akteur festgehalten werden, um eventuelle tiefere Analysen wie Muster in Bezug auf die vereinzelt Akteure feststellen zu können.

Code	Ausprägung	Erklärung
6.1.	Autor des Artikels	
6.2.	Medienakteur	Wie Moderator, Journalist, Pressesprecher
6.3.	Prominente Person	Wie Sänger oder Schauspieler
6.4.	Politiker	
6.5.	Leser	
6.6.	Sonstiger Akteur	
6.7.	Nicht erkennbar/neutral formuliert/kein konkreter Akteur	
6.8.	Anonyme Kritiker	Wenn beispielsweise geschrieben steht „sagen Kritiker“
6.9.	Experten/Wissenschaftler/Polizei	
6.10.	Aufsichtsinstanz	z.B. Österreichischer Presserat

- **IK6 Kritisierte Akteur**

Code	Ausprägung	Erklärung
6.1.	Fernsehmedium oder Fernsehmedien im Allgemeinen	
6.2.	Printmedium oder Printmedien im Allgemeinen	
6.3.	Verlag(e)	

6.4.	Nachrichtenagentur(en)	
6.5.	Internetseite(n)	
6.6.	Social Media	
6.7.	Prominente Person(en)/Politiker	
6.8.	Massenmedien im Allgemeinen	
6.9.	Leser und Mediennutzer	
6.10.	Experte(n)/Wissenschaftler	
6.11.	Sonstiger Akteur	
6.12.	Nicht erkennbar/neutral formuliert/kein konkreter Akteur	Wenn z.B. geschrieben steht „Medien“
6.13.	Journalist(en)	
6.14.	Moderator(en)	

11.2. SPSS Ergebnis-Datenansicht (Auszug)

Daten pro Kritik_1.sav

	Zeitung	Erscheinungsland	Datum	Titel	Seite
1	10	2	24.04.2017	Stimmen w...	17
2	4	1	21.12.2017	Es ist perf...	13
3	4	1	21.12.2017	Es ist perf...	13
4	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
5	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
6	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
7	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
8	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
9	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
10	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
11	5	2	15.08.2016	Aus den A...	17
12	25	2	08.08.2016	"Man wird ...	13
13	25	2	08.08.2016	"Man wird ...	13
14	25	2	08.08.2016	"Man wird ...	13
15	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
16	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
17	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
18	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
19	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
20	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
21	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
22	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
23	25	2	02.08.2016	Das Gewis...	27
24	27	2	29.07.2016	Bilderverbot...	14
25	24	1	21.07.2016	Wie Frankr...	9
26	24	1	21.07.2016	Wie Frankr...	9
27	24	1	21.07.2016	Wie Frankr...	9
28	24	1	21.07.2016	Wie Frankr...	9
29	24	1	21.07.2016	Wie Frankr...	9
30	19	3	07.02.2016	Twitter sper...	2
31	19	3	07.02.2016	Twitter sper...	2
32	19	3	07.02.2016	Twitter sper...	2
33	19	3	29.11.2015	Wir uns tot...	19
34	19	3	29.11.2015	Wir uns tot...	19
35	27	2	07.02.2015	Der andere ...	35
36	23	1	19.01.2015	Ohgottogott!	24
37	27	2	16.01.2015	Vom Terror...	12

31.07.17 21:02



1/15

Daten pro Kritik_1.sav

	Umfang	Autor	Artikelart	Ressort	Bebilderung
1	2		3	1	2
2	2	Peter Grub...	4	4	1
3	2	Peter Grub...	4	4	1
4	4	Christina M...	4	3	1
5	4	Christina M...	4	3	1
6	4	Christina M...	4	3	1
7	4	Christina M...	4	3	1
8	4	Christina M...	4	3	1
9	4	Christina M...	4	3	1
10	4	Christina M...	4	3	1
11	4	Christina M...	4	3	1
12	3	Ronen Stei...	4	1	2
13	3	Ronen Stei...	4	1	2
14	3	Ronen Stei...	4	1	2
15	4	Joseph Ha...	3	4	1
16	4	Joseph Ha...	3	4	1
17	4	Joseph Ha...	3	4	1
18	4	Joseph Ha...	3	4	1
19	4	Joseph Ha...	3	4	1
20	4	Joseph Ha...	3	4	1
21	4	Joseph Ha...	3	4	1
22	4	Joseph Ha...	3	4	1
23	4	Joseph Ha...	3	4	1
24	3	Jan Fedder...	6	4	.
25	3	Ralf Hillebr...	7	4	1
26	3	Ralf Hillebr...	7	4	1
27	3	Ralf Hillebr...	7	4	1
28	3	Ralf Hillebr...	7	4	1
29	3	Ralf Hillebr...	7	4	1
30	3	R. Elsener	3	10	1
31	3	R. Elsener	3	10	1
32	3	R. Elsener	3	10	1
33	3	Stephan Kl...	6	9	1
34	3	Stephan Kl...	6	9	1
35	4	Félice Gritti	3	9	.
36	4	Robert Trei...	4	9	2
37	4	Daniel Bax	4	9	.

31.07.17 21:02



2/15

Daten pro Kritik_1.sav

	Diskutierte_Medien	Kategorie	Art_der_Kritik	Thema_der_Kritik	Analys_Termin
1	4	2		. Angemess...	2
2	3	2		. Aufgabe de...	5
3	3	2		. Aufgabe de...	5
4	4	2		. Angemess...	3
5	4	2		. Angemess...	3
6	4	2		. Angemess...	3
7	4	2		. Angemess...	6
8	4	2		. Angemess...	7
9	4	2		. Dilemma d...	3
10	4	2		. Dilemma d...	3
11	4	2		. Umgang mi...	3
12	4	2		. Werther Eff...	4
13	4	2		. Gründe für ...	4
14	4	2		. Gründe für ...	4
15	2	2		. Umgang mi...	2
16	2	2		. Umgang mi...	6
17	2	2		. Umgang mi...	2
18	2	2		. Umgang mi...	2
19	2	2		. Umgang mi...	2
20	2	2		. Umgang mi...	7
21	2	2		. Umgang mi...	7
22	2	2		. Umgang mi...	2
23	2	2		. Umgang mi...	7
24	2	2		. Bebilderun...	4
25	2	2		. Verantwort...	3
26	2	2		. Aufgabe de...	3
27	2	2		. Aufgabe de...	3
28	2	2		. Aufgabe de...	3
29	2	2		. Aufgabe de...	3
30	2	2		. Aufgabe so...	7
31	2	2		. Aufgabe so...	7
32	2	2		. Aufgabe so...	7
33	2	2		. Funktion d...	2
34	2	2		. Funktion d...	2
35	2	2		. Darstellung...	7
36	1	2		. Sinnhaftigk...	1
37	2	2		. Das neue ...	1

31.07.17 21:02



3/15

Daten pro Kritik_1.sav

	Art_der_Rolle _bzw_Unterth ema	Beispiel	Kritisierte_Me dienart	Kritisierendes _Medium_ko nkret	Kritisierender _Akteur	Konkret
1	Zurückhaltu...	Natürlich k...	8	Neue Zürich...	7	
2	Keine Rede...	Es steht M...	8 /		1	
3	Journalistis...	Nicht das T...	8		1	
4	Nicht zu vie...	Der Impuls ...	8 /		9	Kriminolog...
5	Berichterst...	Park Dietz...	8 /		9	Park Dietz...
6	Zurückhaltu...	Die Wissen...	8 /		9	Wissensch...
7	keine beso...	Viel besser...	8		9	Kahr ist wi...
8	Mass-medi...	Bei Terrora...	8		9	Kahr
9	Das Dilem...	Der Krimin...	8		9	Robertz (Kr...
10	Medien dürf...	Zwei Forder...	8		1	
11	Medien soll...	Nicht zu ve...	8		9	Kahr und R...
12	Medien soll...	Es überras...	8		9	Kriminolog...
13	Über Selbs...	Parallelen ...	8		9	Kriminolog...
14	Über Selbs...	Parallelen ...	8		9	Kriminolog...
15	Le Monde ...	Eine schwi...	2	Le Monde/...	2	Herausgeb...
16	France 2 u...	Nach dem ...	1		10	Parlamenta...
17	Europe 1 m...	Der Sender...	1	Europe 2/S...	7	Europe 1/S...
18	BFM-TV ze...	Abgesehen...	1	BFM-TV/S...	2	Redaktions...
19	Neben Zeit...	Auch absei...	100	La Croix un...	7	
20	Medien soll...	Andere Me...	8	Libération	2	Redaktions...
21	keine Selb...	"Hüten wir ...	8	France Tél...	2	Nachrichte...
22	keine Bilde...	Wirkt die m...	8		9	Psychoana...
23	Medien dürf...	Doch was i...	8		9	Medienstra...
24	Medien mü...	Welch obs...	8	taz	1	Jan Fedder...
25	Freie Journ...	Servel hält ...	2		2	Hélène Ser...
26	Kritik an de...	Der Terrorin...	8		2	ORF Ausla...
27	Kritik an de...	Auch die ö...	8		4	Österreichi...
28	Kritik an P...	Es gebe ab...	2		2	ORF-Korre...
29	Medien sin...	Ursula Plas...	8		4	Ursula Plas...
30	Klare Stellu...	Das amerik...	7		4	US-Regieru...
31	Gewährleis...	aut liberale...	7		9	Faiza Patel...
32	Anspruchsv...	Twitter aner...	7	Twitter	7	
33	Trotz Bilder...	Natürlich bl...	8	NZZ	1	Stephan Kl...
34	Pressefreih...	Wäre die te...	8	NZZ	1	Stephan Kl...
35	Ausgewoge...	Die Medien...	8		7	
36	Kritik an R...	Kritik an R...	2	profil - Selb...	1	Robert Trei...
37	Meinungsfr...	Jetzt wolle...	2		1	

31.07.17 21:02

4/15



Daten pro Kritik_1.sav

	Kritischer_Akteur	Konkret_2	Bemerkung	VAR00001	gewichtung
1	11			.	,09000
2	8			.	,39000
3	8			.	,39000
4	12/			.	,09000
5	8			.	,09000
6	8			.	,09000
7	12			.	,09000
8	12			.	,09000
9	12			.	,09000
10	8		Kritik am P...	.	,09000
11	8			.	,09000
12	8		Beschreibt ...	.	,09000
13	8			.	,09000
14	8			.	,09000
15	12		Selbstkritik...	.	,09000
16	1			.	,09000
17	1		Selbstkritik...	.	,09000
18	1		Selbstkritik...	.	,09000
19	1		Selbstkritik...	.	,09000
20	8			.	,09000
21	8			.	,09000
22	8			.	,09000
23	8			.	,09000
24	12			.	,09000
25	13	Selbstkritik...		.	,39000
26	7	Medien kriti...		.	,39000
27	7	Plassnik kr...		.	,39000
28	7			.	,39000
29	7			.	,39000
30	6	Twitter		.	,00460
31	6	Twitter & F...		.	,00460
32	12	Problemerk...		.	,00460
33	8			.	,00460
34	8	Die klassis...		.	,00460
35	8			.	,09000
36	9			.	,39000
37	2			.	,09000

11.3. Das Untersuchungsmaterial – die relevanten Artikel

Salzburger Nachrichten DONNERSTAG, 21. JULI 2016

MEDIEN 9

Wie Frankreichs Medien mit dem Terror umgehen

Die verheerenden Anschläge von Nizza sind eine Woche alt. Mit dem Terror an der Côte d'Azur hat sich auch die Art der Berichterstattung in Frankreich geändert.

RALF HILLEBRAND
ANGELIKA WIENERROITHER

PARIS. Es ist 22.45 Uhr, als der Lkw in die feiernde Menschenmasse auf der Strandpromenade in Nizza rast. Die Informationen sind zunächst spärlich, die Verunsicherung groß. „Die Medien mussten unglaublich schnell reagieren, obwohl der Anschlag so komplex und immer noch frisch war“, beschreibt Hélène Servel. Die freie Journalistin aus Marseille arbeitet etwa für die linksliberale Tageszeitung „Libération“. Sie und ihre Kollegen sind auch eine Woche nach dem Terror von Nizza so stark gefordert wie selten zuvor. Doch wie gehen die französischen Medien mit der Terrorbedrohung um? Und wie kann man über solch ein dramatisches Ereignis überhaupt angemessen berichten? Servel hält es für ihre Verantwortung, keine Panik und Misstrauen zu verbreiten, sondern Verständnis und Abstand. „Ich denke, dass wir in eine Phase kommen, in der Angst omnipräsent wird. Ich hoffe, dass es die Medien schaffen, die Realität noch besser verständlich zu machen.“

Mit grob 250 TV-Sendern gibt es in Frankreich fast drei Mal mehr Kanäle als etwa in Deutschland. Gleich

zwei Nachrichtensender berichten rund um die Uhr. Während in Frankreich europaweit die wenigsten Zeitungen verkauft werden, werden überproportional viele Magazine gelesen – im Schnitt sieben pro Monat. „Es ist auffällig, wie wenig Reichweite die überregionalen Tagesmedien haben“, sagt Roman Hummel, Leiter der Abteilung Journalismus an der Universität Salzburg. Zudem gebe es in Frankreich keine klassischen Boulevardmedien. Dafür seien die Qualitätsmedien deutlich polemischer ausgerichtet. Die Karikaturen in „Charlie Hebdo“ seien ein Beispiel: „Hätte eine Zeitschrift in Österreich die Zeichnungen veröffentlicht, hätte das ganze Land aufgeschrien. In Frankreich ist bissige Kritik gegenüber Religion und Autoritäten alltäglich.“

Diese kritische Haltung kocht dieser Tage besonders hoch, beschreibt Eva Twaroch. Der Terror in Nizza war der dritte Anschlag, den die ORF-Auslandskorrespondentin in Frankreich miterleben musste. Doch der jüngste Terrorakt habe eine andere Reaktion ausgelöst: „Jetzt wird nicht mehr nur getrauert oder solidarisiert. Jetzt kritisieren die Medien. Sie fragen, wieso aus den bisherigen Anschlägen keine Leh-

ren gezogen wurden.“ Die Politik hätte den Anschlag zwar nicht verhindern, das Ausmaß aber verringert können – etwa durch stärkere Polizeipräsenz.

Auch die österreichische Botschafterin in Paris, Ursula Plassnik, macht in den französischen Medien nun stärkere Vorwürfe zur Vorgehensweise der Regierung aus. „Ein Teil davon mag parteipolitisch geprägt sein, allerdings spürt man auch in der Bevölkerung eine gewisse hilflose Erschöpfung“, sagt die frühere ÖVP-Außenministerin.

Es gebe aber Blätter, die die Regierungspolitik zumindest teilweise in Schutz nähmen. So habe der konservative „Figaro“ die Kritik um die Sicherheitsvorkehrungen bewusst nicht aufgegriffen und sich hinter Präsident François Hollande und Premier Manuel Valls gestellt. Und selbst der wahrscheinlichste Auslöser für die Terrorwelle, die Militäreinsätze im Irak und in Syrien, wird laut ORF-Korrespondentin Twaroch nicht infrage gestellt. „Das wäre ein Kleinbegeben.“

Ursula Plassnik spürt ebenso eine gewisse Trotzreaktion. „Die Gesellschaft als Ganzes, inklusive Medien, beugt sich dem Terrorismus nicht.“ Die Terrorbedrohung sei



Nach Nizza: „Libération“ fragt „Warum?“, „Le Figaro“ schreibt „Krieg gewinnen“ und „Courrier picard“ betont das (Blut-)Rot in den Nationalfarben. BILDER: SNA/BBP, FIGARO, COURRIER P.

mittlerweile Teil des Alltags. Franzosen gingen mit den Kontrollen in den Einkaufszentren oder Ämtern gelassen um. Die Medien spielten dabei eine zentrale Rolle: „Für die Betroffenen sind sie in der Phase der Ungewissheit ein Hoffungsanker.“ Zu verstehen, was passiert sei, sei für das ganze Land wesentlich. „Es herrscht Trauer, aber keine Resignation.“



Salzburgshop.at

bequem und regional einkaufen



SALZBURGS DIGITALE EINKAUFSTRASSE

In Kooperation mit den Salzburger Nachrichten





Wirtschaft & Politik

Stimmen weltweit

Der britische „Guardian“ kommentiert die **überraschende Tatenlosigkeit der US-Regierung** in Bezug auf den von ihr stark kritisierten Währungsfonds IWF.

Der IWF versinnbildlicht genau jene Sorte elitärer globaler Organisationen, über die Trump im Wahlkampf gewettert hatte. Langjährige Kritiker des IWF wurden für Topjobs für internationale Positionen im US-Finanzministerium aufgestellt. Jahrelang hat der IWF sich gegen Vorwürfe der Linken gewehrt, die ihn als Verkörperung des Neoliberalismus und Washingtons Übereinstimmung damit sahen. Nun wird er von rechten Gegnern angegriffen, die glauben, dass der IWF mit der Rettung in Not geratener Länder (...) die Dinge nur noch schlimmer macht.

IWF-Chefin Christine Lagarde wartet darauf herauszufinden, welche Pläne Donald Trump mit ihrer Organisation hat. Das bisher wenig passiert ist, hat nicht viel zu bedeuten. Die Regierung hatte zunächst andere Dinge im Kopf, wie die Aufhebung von Obamacare, Steuersenkungen, Syrien und Nordkorea. Also hält sich Lagarde erst einmal zurück und hofft, dass Trump mit der Zeit den Wert ihrer Organisation erkennt.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ macht nach dem Anschlag von Paris, bei dem zwei Polizisten starben, **die Medienberichterstattung über solche Ereignisse zum Thema.**

Bereiten die Medien mit ihrer extensiven Berichterstattung über Terroranschläge blutrünstigen Attentätern und Kriminellen erst eine attraktive Bühne? Fördern sie den Terror mit ihren Berichten und Kommentaren geradezu, obschon sie ihn eigentlich entlarven und verurteilen wollen? Diese Gedanken sind nicht einfach von der Hand zu weisen. Die mediale Verbreitung des Terrors - des Schreckens - ist ein funktionaler Bestandteil seines Kalküls.

Natürlich können die Medien (...) Terroranschläge nicht verheimlichen. Doch ein angemessener Umgang mit diesem Dilemma erfordert Zurückhaltung in der Berichterstattung und Respekt vor den Opfern. Wenn sie unbeeindruckt und entschlossen an ihren normalen Prinzipien festhalten, versagen sie den Terroristen ihr Ziel.

Die liberale spanische Zeitung „La Vanguardia“ kommentiert anlässlich der Tötung von drei Menschen in Venezuela die **Demonstrationen gegen Präsident Nicolás Maduro.**

Präsident Nicolás Maduro ist nach den Umfragen so unbeliebt wie nie zuvor, die Inflation ist dreistellig, und in den Läden mangelt es an lebensnotwendigen Gütern.

Maduro hat 2013 eine diffuse Ideologie - den Chavismus - geerbt. Er hat aber weder das Charisma noch die moralische Autorität ihres Gründers (Hugo Chávez).

Er stand vor einer gigantischen Aufgabe, und die letzten vier Jahre scheinen bewiesen zu haben, dass diese zu groß für ihn war.

Der Zerfall der Wirtschaft und das soziale Klima, das immer angespannter wird, deuten darauf hin, dass das Land dem Abgrund entgegensteuert.

Kriminalität

Gewalt-Import

Mit neuen Gesetzen wird man die steigende Kriminalität von Flüchtlingen kaum stoppen, sieht **Frank Specht**.

Haben die rund 1,2 Millionen Flüchtlinge, die in den zurückliegenden zwei Jahren zu uns gekommen sind, Deutschland zu einem unsichereren Land gemacht? Bereits bekannt gewordene Details der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die an diesem Montag offiziell vorgestellt wird, legen den Schluss nahe. Gut 174 000 Straftaten gingen 2016 auf das Konto von Flüchtlingen - 50 Prozent mehr als im Vorjahr.

Haben also doch alle die Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik recht, die in den lange offenen Grenzen ein Einfallstor für Mord und Diebstahl sehen? Einen Gewalt-Import der Politik? Ganz so einfach ist es nicht. Zum Beispiel, weil in vielen Fällen Asylsuchende nicht nur die Täter, sondern auch die Opfer waren. Die Attacke gegen den Mitbewohner in der Sammelunterkunft oder der Diebstahl im Flüchtlingsheim fließen auch in die Statistik ein. Ebenso wie das Schwarzfahren, bei dem Geflüchtete vorn mit dabei sind. Wenn man außerdem davon ausgeht, dass Flüchtlinge nicht alle Engel, sondern ein Spiegel der Gesellschaft ihres Landes sind, dann ist zudem wenig überraschend, dass bei einer

stark gewachsenen Bevölkerungszahl in Deutschland auch die Kriminalität zunimmt. Und schließlich verbietet sich das Pauschalurteil, „die Flüchtlinge“ seien schuld. Nordafrikaner bereiten der Polizei zum Beispiel viel mehr Kopferbrechen als Syrer oder Iraker.

Also alles gut? Nein, sicher nicht. Bei Körperverletzung oder Vergewaltigung war rund jeder siebte Tatverdächtige ein Flüchtling, bei Taschendiebstahl sogar jeder dritte. Dass die Vorfälle der Kölner Silvesternacht für die meisten Täter ohne Konsequenzen blieben, verstehen etliche Asylsuchende offenbar als Einladung, sich alles erlauben zu können. So fällt in der PKS auch auf, dass 31 Prozent der tatverdächtigen Schutzsuchenden gleich mehrfach kriminell geworden sind.

Grund genug also für einen Überbietungswettlauf um die innere Sicherheit im Wahlkampf? Eher nicht. Die erleichterte Ausweisung ausländischer Gewalttäter, Vergewaltiger und Serientäter hatte Schwarz-Rot bereits vor gut einem Jahr mit dem Asylpaket II beschlossen. Nun gilt es, diese Möglichkeit endlich auch konsequent anzuwenden. Noch wichtiger ist aber, Asylsuchenden auch rasch eine Perspektive zu bieten. Je länger junge Männer (von denen viele ihre Familien nicht nachholen dürfen) auf engem Raum in Sammelunterkünften hocken oder zur Untätigkeit verdammt sind, desto größer die Gefahr, dass sie auf die schiefe Bahn geraten. Gleiches gilt für abgelehnte Asylbewerber, die nicht konsequent in ihre Heimat zurückgebracht werden.

Die Polizei kann erst eingreifen, wenn Flüchtlinge Straftaten begehen. Es sollte noch mehr dafür getan werden, dass sie gar nicht erst kriminell werden.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.

Sie erreichen ihn unter:

specht@handelsblatt.com

„Die Kontrollen werden mindestens bis Jahresende weitergeführt. Würden wir sie beenden, wäre das ein Signal an die ganze Welt:

Deutschland ist wieder offen.“

Joachim Herrmann, Landesinnenminister Bayern. Trotz rückläufiger Flüchtlingszahlen will Bayern die Grenzkontrollen nach Österreich mindestens bis zum Jahresende beibehalten.

„Meine persönliche Wette ist, dass diese Regierung das Land aus den Sparprogrammen führen wird.“

Alexis Tsipras, griechischer Ministerpräsident. Er sieht die überraschend guten Haushaltszahlen seiner Regierung als klares Signal an die internationale Gemeinschaft.



Aktuelles

Keine Angst vor der Gestapo

von Sabine am Orde

Natürlich Peter Neumann. Kaum sind im ARD-" Brennpunkt" am Mittwochabend die wenigen bekannten Fakten zum Anschlag in der englischen Hauptstadt berichtet, wird der Londoner Terrorexperte zugeschaltet. " Wir wissen drei Dinge", sagt der 42-jährige Politikwissenschaftler. " Erstens, die Polizei hat gesagt, es war ein terroristischer Anschlag. Wir wissen zweitens, dass die englischen Behörden sagen, die Bedrohung durch einen dschihadistischen Anschlag ist sehr hoch. Und wir wissen drittens, dass dieser Anschlag genau in das Muster passt." Man könne sich noch nicht festlegen, sagt er dann, aber im Moment deute alles " auf diese Richtung hin". Das heißt: auf einen islamistischen Anschlag, der von der Terrororganisation " Islamischer Staat" inspiriert ist.

Sagt er immer dasselbe?

Am Donnerstag weiß man: Neumann dürfte recht haben. Der IS hat den Anschlag für sich reklamiert, dem englischen Inlandsgeheimdienst war der Täter bekannt. Am Freitag bringt die Deutsche Presse Agentur Neumann wieder groß. Er zweifelt daran, dass der IS den Anschlag in London selbst geplant hat. Das Attentat sei in einigen IS-Publikationen aus den letzten 24 Stunden nicht erwähnt worden, offenbar seien große Teile der Organisation überrascht gewesen.

Kein islamistischer Anschlag, bei dem Peter Neumann der deutschen Öffentlichkeit nicht die Zusammenhänge und Hintergründe erklärt. Manchmal sehr schnell nach einer Tat, zu schnell, meinen manche Kritiker. " Und das Gespräch mit dem Terrorismusexperten Peter Neumann haben wir vor den Anschlägen von Paris aufgezeichnet", twitterte am Mittwochabend sarkastisch ein Kollege unter #Brennpunkt. Das soll wohl heißen: Neumann sagt immer dasselbe - und das auch, wenn man über den konkreten Fall wenig weiß. Das aber wird dem Terrorforscher nicht gerecht.

Neumanns International Centre for the Study of Radicalisation an Political Violence (ICSR) am Londoner King' s College hat sich viel früher als andere mit der Radikalisierung von Salafisten in Europa und ihrer Ausreise in die syrisch-irakische Kriegszone befasst. 15 MitarbeiterInnen hat das Institut inzwischen.

taz - die tageszeitung (D) by Genios

29.05.2017

Deutsche Medien interviewen Neumann gern, weil er internationales Renommee mitbringt, aber Deutsch spricht. Der gebürtige Würzburger hat als Radiojournalist gearbeitet. Er erklärt kurz, präzise und verständlich, in der Zusammenarbeit mit JournalistInnen ist er schnell und professionell. Und: Neumann ist kein Anheizer. Er erklärt, was er weiß, er spekuliert selten. Eher sagt er dann Sätze wie "Dafür muss man noch etwas abwarten" oder "Das werden wir erst erfahren, wenn wir mehr über den Täter wissen".

Neumanns Interesse am Thema Terrorismus wird geweckt, als er im Juli 1997 für ein Jahr als Erasmus-Student von Berlin nach Belfast geht. Die IRA hat gerade einer Waffenruhe in Nordirland zugestimmt, gegen Ende seines Aufenthalts erklären alle Parteien den Nordirlandkonflikt für beendet. "Das hat mich fasziniert", sagt Neumann. "Seitdem hat mich das Thema nicht mehr losgelassen." Er promoviert am Londoner King's College über britische Regierungsstrategien in dem Konflikt. Dann kommt 9/11 - der islamistische Terrorismus steht im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Das gilt seit spätestens 2005 auch für Großbritannien, nach dem Anschlag auf drei U-Bahn-Züge und einen Doppeldeckerbus durch vier Selbstmordattentäter im Juli 2005 in London, bei dem 56 Menschen starben. 2008 wird Neumann Leiter des neu gegründeten ICSR am King's College.

Die Radikalisierung europäischer Muslime wird zu seinem Thema - und zur Triebkraft seiner Karriere. Neumann berät Politik und Polizei, seit Anfang des Jahres ist er Sondergesandter für den Kampf gegen Radikalisierung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Bis Ende des Jahres soll Neumann einen Bericht vorlegen, wie man Radikalisierung effektiver bekämpfen kann. Jetzt reist er durch die 57 Mitgliedstaaten und schaut sich den Stand der Dinge an: Vergangene Woche war er in Nürnberg bei der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration, kurz zuvor in Den Haag, bald geht es nach Ankara und Moskau. Er sei froh, dass er sich zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn mit einer anderen Art des Terrorismus beschäftigt habe, sagt Neumann. Da sehe man, dass nicht alles neu sei. "Enthauptungen hat es auch in den 70er Jahren in Nordirland gegeben."

Früher hat Neumann selbst viel Feldforschung betrieben, hat für die EU-Kommission britische Salafisten interviewt, und er war im Auftrag der Vereinten Nationen in Somalia. Heute machen den Hauptteil dieser Arbeit seine MitarbeiterInnen. Das ICSR hat die Lebensläufe von rund 700 Dschihadisten aus dem Westen mithilfe ihrer Onlineprofile ausgewertet. Mitarbeiter stehen mit hundert von ihnen über Skype, Facebook, WhatsApp und andere Messengerdienste in Kontakt.

Vor den Rückkehrern hat Neumann früh gewarnt, aber er hat auch erklärt, dass ein Teil von ihnen wieder in die Gesellschaft integriert werden könne. Auch darauf, dass viele

Überrollt vom Modellauto

Untersuchungsausschuss
berät über Haderthauer

Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 22. Februar. An diesem Donnerstag wird das letzte Kapitel einer Affäre geschrieben, die der Phantasie eines Romanciers entsprungen sein könnte. Die handelnden Personen: ein dreifacher Mörder, der im Maßregelvollzug Modellautos baut, die mechanische Wunderwerke sind; ein Arzt, der über ein Unternehmen, an dem seine Frau beteiligt ist, die Miniaturen vermarktet; die Frau des Arztes, die zur Ministerin aufsteigt, bevor sie bekanntwerden ihres merkwürdigen Wirkens sie zum Rücktritt zwingt. All das ist aber keine Fiktion, sondern beklemmende Realität, über die an diesem Donnerstag ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags abschließend berät – zweieinhalb Jahre nach dem Tod von Haderthauer, einst eine große Hoffnung der CSU, ihr Amt als Staatskanzleiministerin abgeben musste.

Foto: Rainer Wollhardt

Denken ist? Albert Bodenmiller kämpft seit Jahren gegen den Kopp-Verlag. Allerdings nicht immer mit Erfolg. Bodenmiller war Ortsvorsteher der kleinen Nachbargemeinde Bad Niedernau, und er war Rotenburger Stadtrat. Früher stand er der CDU nahe, er ist heute 78 Jahre alt und politisch mit Lothar Späth und der katholischen Sozialhilfe groß geworden. Für manche in der CDU ist er ein Querulant, weil er den Frieden in der Kleinstadt immer mal wieder gestört hat. Bodenmiller sitzt im Lesezimmer im Erdgeschoss seines Hauses. „Man kann die Bücher des Kopp-Verlags nicht verbieten, wir können auch das Eigentumsrecht des Verlags nicht einschränken.“ Er beharrt aber auf einer Feststellung: „Können wir am Sonntag in den Rotenburger Dom gehen und diesen Mann zugleich ein Grundstück verkaufen, damit er seine Giftproduktion weiter steigern kann?“ Das ist natürlich eine rhetorische Frage, der Mann hat alles versucht, um die Gemeinderäte von ihrer moralischen Verpflichtung zu überzeugen.

Nach langwierigen Diskussionen stimmte der Gemeinderat 2001 für den Verkauf des 3,2 Hektar großen Geländes. „Politik muss auch nach moralischen Kriterien gerichtet werden, es kann nicht nur um rechtliche Formalien gehen.“ Doch kann man einen Grundstückskauf verweigern, wenn ein Unternehmen die Produkte eines Unternehmens nicht passen? Ist es zu rechtfertigen, Einfluss auf die Meinungsfreiheit zu nehmen, indem man die Expansion eines Unternehmens behindert?

Bodenmiller sieht das Problem, aber er bleibt auch im Rückblick dabei, dass es ein Fehler war, das Grundstück an Kopp zu verkaufen. Es war verhängnisvoll, dass Kopp eben auch ein großer Sponsor des Sportvereins gewesen ist. In die Staatskanzlei wechselte sie 2013. Eine Übertragung ihres Gesellschaftsanteils an Modellautounternehmen vereinbarte sie mit ihrem Mann im Jahr 2003. Nach Auffassung der Oppositionsparteien SPD und Grüne aber nicht in rechtsgültiger Form: Christine Haderthauer sei weiter auf Kontoständen in Höhe von 1800 Euro, weil er Bodenmiller als „SED-Gemeinderatsvorsitzenden“ bezeichnet habe.

Kritiker werfen dem Kopp-Verlag bis heute vor, weitere Bücher des rechtsradikalen Haderthauer-Verlags in Tübingen zu verkaufen. Sie versuchen auch nachzuweisen, dass Neonazis einer Baufirma in Tübingen, die die Dachsanierung der Koppchen Fabrikhalle beteiligt gewesen sind, Zusage für die Veräußerung des Verlags erhalten. Die Autoren nehmen durchsichtige Rechte, die sie in der Vergangenheit des Verlags aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtete. Kritiker des Verlags bekamen schon Morddrohungen oder wurden mit Telefonatroun terrorisiert. Dem Rotenburger SPD-Gemeinderat Hermann Josef Steur ging es zum Beispiel so. Im August 2015 fragte Steur den Verleger Kopp in einem offenen Brief, ob er damit einverstanden sei, wenn sein Autor Gerhard Wiewel von einer „Kapitulation“ vor der „Migrationswelle“ schreibe, wenn er Politiker „ferngelenkte Zombies“ nenne und wegen der Invasion von Flüchtlingen die Verteidigungsfälle ausfallen ließe. „Sie hätten auch die Möglichkeit gehabt, den Beitrag so nicht zu publizieren“, schrieb Steur und fragte, ob Kopp sich von dem Beitrag dieses Autors nicht „in aller Form und als Folge mit aller Konsequenz“ distanzieren wolle. Kopp lehnte das ab und schrieb, dass ihm das Vorgehen der SPD in die beiden Diktaturen im vergangenen Jahrhundert erinnere, in denen eine Partei den „Systemdein“ Vorschriften gemacht habe. Steur und seine Familie bekamen über Wochen Hass-E-Mails. „Meiner Meinung nach“, sagt Steur, „könnte das auch organisiert gewesen sein.“ Kopp sei „Geschäftsmann und Gesinnungs-Zombie“. Er bedauert die negativen Gefühle und dass hängt er sich das Mäntelchen des Mäzens in Rotenburger um. Dass er selbst andere Meinungen vertritt, kann er sich nicht vorstellen, dazu fehlen einfach entsprechende O-Töne.

Der Kopp-Verlag hat auch ein „großes Defizit-Buch“ im Programm. Es ist ein Buch, das die Belastung des Körpers durch Unweiligkeit. Um die gleichen Themen der Kopp-Autoren wieder in die Welt zu schaffen, hilft es nicht.

Kein Ufo: Das Gebäude des Kopp-Verlags in Rotenburg

ROTTENBURG, im Februar aus Rotenburger Gewerbegebiet „Siebenlinden III“ sollte mal ein Technologiepark mit Vorzeig-Start-ups werden. Entstanden ist ein profaner Gewerbepark mit billigen Imbiss, Tankstellen, einem Baumarkt, metallverarbeitenden Firmen, Lagerhallen. An einer Straßenkreuzung ist ein Bordell. Eigentümern des Geländes, das sich Verleger und Lektoren für die geistige Produktion suchen. Jochen Kopp wählte die Ackerfläche in den Neckarauen im Norden Rotenburgs dennoch als Standort für seinen gleichnamigen Verlag aus. Es sind nämlich nur vier Kilometer bis nach Würmlingen, wo Kopp aufgewachsen ist. Aus den Büros an der Nordseite des Verlags kann man bis zur Würmlinger Kapelle schauen.

Zwischen geflochtenen Schilfräuten steht Manfred Kopp, der Vater des Verlegers. Hin und wieder hilft er seinem Sohn bei der Gartenarbeit oder beim Laufen. „Wir reden nicht gern mit der Presse, uns ist das zu viel Geschnitz in den Zeitungen. Man sieht ja jetzt, es war nicht alles falsch, was wir veröffentlicht haben.“ Er meint die Folgen der Flüchtlingskrise, die Anschläge, den islamistischen Terrorismus. Ohne die Flüchtlingskrise würde vom Kopp-Verlag in Rotenburg niemand Notiz nehmen. Denn esoterische Verlagsläufer für Triviale- und Gesundheitsliteratur gibt es schon länger. Doch der Kopp-Verlag hat sich spätestens seit 2015 zu einem der maßgeblichen Ideellenführer für die Anhänger von AfD und Pegida, Rechtsextremisten und andere Kritiker der Merkelischen Flüchtlingspolitik entwickelt. „Grenzlos kriminell!“, die Asylindustrie“, „Wiederentdeckung der Knochenbräute“, „GEZ-Zwangsgeld“, der „Deutschland wird kein Links-Staat“ – diese Titel sind nur ein kleiner Ausschnitt aus den aktuellen Kopp-Verlagsprogrammen.

Auf „Kopp-Online“ heißt es: „Überall Panzer und Soldaten zum Schutz vor Diktantenbanden“ oder „Merkel-Republik Deutschland: Der Countdown zum Bürgerkrieg beginnt“. Auch harsche Titel wie „Nichtschäfer in 120 Minuten“ oder „Du kannst schaffen, was du willst“ kann man bei Kopp bestellen, außerdem eine „Blue-Magic-Karte“, die den Schweigen in der Waschmaschine stoppen soll, oder Magenschnell gegen Verdauungsprobleme. Jochen Kopp war viele Jahre Polizist, dann stieg er aus und gründete 1993 seinen Verlag, angeblich in einem Keller, weshalb eine Zeitung ihn einmal höflich den „Kellerwächter“ nannte. An diesem Tag verlor er den Schwanz eines Pakettendienstes das Firmengeldende, beladen mit Büchern von Kopp. Etwa 60 Mitarbeiter sind hier beschäftigt, bis zu 25.000 Bücher versendet der Verlag nach eigenen Angaben pro Tag. Fünf bis zehn neue Bücher bringt er pro Monat heraus, der Jahresumsatz liegt bei etwa zehn Millionen Euro. Kopp führt seine Firma als Einzelunternehmen, er ist somit voll haftender Einzelkaufmann, ihm soll und kann niemand reinreden. Kein Aufsichtsrat, kein Vorstand, kein weiterer Geschäftsführer. Im Kopp-Verlag bestimmt Kopp allein Inhalt und Strategie.

Zu den ersten Büchern, die kurz nach der Verlagsgründung vertrieben wurden, gehörten Enthüllungswerte über Ufos. „Wer die Entwicklung kontinuierlich verfolgt“, schrieb Kopp im „UFO-Kurier“ 1997, „erkennt, dass Ufos weit mehr sind als nur Täuschungen, Fälschungen und Halluzinationen. Von Monat zu Monat wird uns erneut vor Augen geführt: Ufos sind real.“ „Ufologie, Geheimgesellschaften, Außerirdische – das waren die frühen Themen des Kopp-Verlags, als noch niemand über „Wir schaffen das“ oder Flüchtlingspolitik der Kanzlerin sprach. 2004 erschien das Buch „Hochtechnologie im Dritten Reich“ von Axel Stoll. Für den mittlerweile verstorbenen Autor war der Fernseher nichts anderes als ein „Elektron-Jude“.

Stoll war ein rechtsextremistischer Esoteriker, der auch an „Reichsgelbescheit“ glaubte und an den „easterischen Hilarismus“. Danach ist Adolf Hitler mit einer „nationalsozialistischen Reichsgelbescheit“ nach Holland geflüchtet, wo er mit seinen treuen Freunden von der SS seine Widerkunft vorbereitet. Später gab es bei „Kopp-Online“ auch ein ausführliches Interview mit Jan Udo Holey, einem ebenfalls bekannten rechtsextre-

Neues aus Haderthauer

Der Kopp-Verlag wurde mit Ufo-Büchern groß. Dann kam die Flüchtlingskrise. Seither sammeln sich um den Verlag Kosmologen, Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker. Von Rüdiger Soldt

matistischen Esoteriker. Der in Verschwörungstheorien erwähnte Autor glaubt an eine Verschwörung von Illuminaten, Juden und Freimaurern.

Viermal fragen wir bei Jochen Kopp ein Interview an. Zunächst stellt er ein Gespräch in Aussicht, später E-Mails und Anrufe werden nicht mehr beantwortet. Kopp tritt verbindlich auf, er wird in Rotenburg durchaus als freundlicher Mensch beschrieben. Aussteiger aus seiner Firma gibt es angeblich nicht. Während der Flüchtlingskrise soll er eine frühere Firmenhalle sogar als Unterkunft angeboten haben, in Rotenburg, wo Kopp seit vielen Jahren den Sportverein TV Rotenburg 1861, den größten Verein der 40.000-Einwohner-Stadt. Die Volleyballer spielen sogar in der Bundesliga.

Im Januar klingelt wir am Eingang des dreistöckigen, modernen Bürogebäudes. Eine Mitarbeiterin kommt zur Pforte. „Herr Kopp hat heute Ganztagsbesucher, da darf ich Sie nicht stören“, sagt sie zur Erklärung. Kurze Zeit später kommt ein weiterer Mitarbeiter: „Ich möchte Sie bitten, unser Grundstück sofort zu verlassen.“

Der Vertrieb rechtspopulistischer Literatur ist für Kopp kein Nebengeschäft, mit dem er nur die Kasse aufbessert. Kopp hat eine Mission. Mit der Internetseite „Kopp-Online“ und „Kopp-Nachrichten“, einem YouTube-Kanal, versucht Kopp, auf politische Diskussionen Einfluss zu nehmen. Im Vorwort des Dezember-Katalogs schreibt er: „Die „Qualitäts-Journalisten“ wollen ihre Leser nur noch „politisch korrekt“ erzielen. Er dagegen bietet Informationen, die nicht nach „volkspädagogischen Gesichtspunkten“ aufbereitet worden seien.

Damit nicht jeder gleich ein Buch lesen muss, der sich von der volkspädagogischen Bevormundung emanzipieren will, veranstaltet der Verlag in unregelmäßigen Abständen Kongresse. Im vergangenen Oktober fand einer in den Stuttgarter Messehallen statt. Journalisten waren nicht erwünscht. An dem Kongress nahmen Bürger teil, die die Bundesrepublik für eine GmbH halten und Merkel und Obama für „Mariosetten der russischen Juden“. Und Journalisten für Menschen, die an der Universität „abgerichtet“ werden, um die Vorgaben ihrer Verleger zu erfüllen. So oder ähnlich antworteten sie jedenfalls auf die Fragen von Fernsehreportern.

Wenige Wochen später, ein zweiter Kongress in Augsburg. Thema: „Geopolitik“. Die Bestseller-Autoren des Verlags sind als Referenten angetreten. Unabhängige Journalisten sind vor und in der Halle wieder nicht erwünscht, der Autor reist ein Handbuch zum Überleben in Krisenzeiten. Für den Fall, dass es in deutschen Städten zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommt, kann man daraus entnehmen, wie man Schwarzwurzeln und Pastinakten anbau. „Kopp-Pank-Sirenen“ für 7,99 Euro und Pfeiferspray liegen gleich neben den Büchern für den Ernstfall. Wilhelm Fendahl referiert über die „Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Medien“. Danach ist Adolf Hitler mit einer „nationalsozialistischen Reichsgelbescheit“ nach Holland geflüchtet, wo er mit seinen treuen Freunden von der SS seine Widerkunft vorbereitet. Später gab es bei „Kopp-Online“ auch ein ausführliches Interview mit Jan Udo Holey, einem ebenfalls bekannten rechtsextre-

ganisationen“, die von den Vereinigten Staaten entworfen worden seien. Es sei kein Zufall, dass seit dem unkontrollierten Flüchtlingsstrom kein Versuch zur Friedensstiftung mit dem „demokratischen Staatsrecht Assad“ gemacht worden sei, die Amerikaner wollten die Welt herrschen und die Scheiche in Saudi-Arabien die Islamisierung Europas. Orzechowski spricht dann über die „Agenda des Volksschutts“, die hinter der Flüchtlingskrise stehe. Verantwortlich sei ein Mann wie George Soros mit seinen Stiftungen. „Wir müssen nicht phantasieren, wir müssen nur schauen, was diese Herrschaften wollen.“ Orzechowski erwähnt mit keiner Silbe, dass Soros aus einer jüdischen Familie aus Ungarn stammt, aber in seinem Referat ist Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und politisch zum Einsturz zu bringen. „Unsere Politik sind geklaut“, wir glauben immer noch, dass die für uns kämpfen, das können Sie vergessen“, sagt Orzechowski. Weil Soros Inbegriff des Bösen, kapitalistischen Juden, der im Hintergrund die Fäden zieht und angeblich hinterheute daran hat, Europa durch die Aufnahme von Flüchtlingen zu schwächen und polit

Kultur & Leben

Anna und Lukas: Die beliebtesten Namen für Babys »Seite 15

13

Überblick

FILM

Sieben Milliarden: Disney schafft Rekord-Umsatz

LOS ANGELES. Der Star-Wars-Ableger „Rogue One“ mit Felicity Jones hat Disney den letzten großen Schub gebracht: Erstmals machte ein Filmstudio einen Umsatz über sieben Milliarden Dollar (6,7 Milliarden Euro). Damit übertraf Disney den Konkurrenten Universal,



Foto: Lucasfilm

der im vergangenen Jahr dank des Kassenschlagers „Jurassic World“ 6,9 Milliarden Dollar eingenommen hatte. Vor „Rogue One“ brachten „Findet Dorie“, „Captain America: Civil War“ und „Zootopia“ dem Konzern heuer jeweils mehr als eine Milliarde Dollar Umsatz.

KUNST

Sammlung Ullmann: Keine Entziehung

WIEN. Der Kunstrückgabebeirat beschloss in seiner gestrigen Sitzung eine Empfehlung zur Sammlung Emeric Ullmann. Der Wiener Chirurg und Kunstsammler verstarb 1937 in Wien. Er hatte die „Gesellschaft der Ärzte“ als seine Erbin eingesetzt. Mit dem Nach-

lasskurator beschloss die Gesellschaft im Juni 1937, die Kunstsammlung Emeric Ullmanns versteigern zu lassen. Sowohl das Staatliche Kunstgewerbemuseum (heute MAK) als auch die Albertina erwarben zwischen 1938 und 1949 Porzellan, Miniaturen und Grafiken aus den Sammlungen. Der Beirat sah in der Veräußerung der Kunstgegenstände aus dem Nachlass keine Entziehung.

Menschen

ROCCO RITCHIE

Madonnas Sohn ist jetzt Pizzabote

Rocco Ritchie, der Sohn von Madonna (58), verzichtet offenbar auf Mamas Millionen – der 16-Jährige verdient sich sein Taschengeld als Pizzabote. (rs)



Es ist perfide, von Terror zu sprechen, wenn die Motive nicht belegt sind

Medien über die Katastrophe in Berlin: Die ARD wollte keine Spekulationen schüren, sendete aber dennoch Archivfilme von Terroranschlägen aus der Vergangenheit

12 Menschen sind tot, rund 50 verletzt. Berlin begriff am Montagabend die Welt nicht mehr, und die Welt verstand nicht, was in Berlin geschehen war. Kurz nach 20 Uhr setzte sich die Informationslawine in den sozialen Netzwerken in Gang, dennoch waren es keine Informationen, die dort auf Facebook oder Twitter die große Runde machten, sondern lediglich Mitteilungen darüber, dass sich et-

MEDIEN ANALYSE

VON PETER GRUBMÜLLER

was Katastrophales zutage kam. Um diese Zeit wusste niemand etwas. Zynisch war deshalb die gestern in Deutschland angezettelte Debatte darüber, warum CNN schneller als ARD und ZDF aus Berlin berichteten. Berechtigt ist die Kritik, sofern sie sich an ARD-Moderator Ingo Zampieri wendet, der in einem fort wiederholte, keine Spekulationen schüren zu wollen, während Archivfilme von Terroranschlägen aus vergangenen Jahren eingeblendet wurden.

Es waren die Zeitungen, die in Facebook-Live-Schaltungen den professionellen und täglich geübten Journalismus vorzeigten. Neben einigen anderen Vorgen ließ auch die Berliner Morgenpost (vom stellvertretenden Chefre-



Warum? Diese Frage lässt sich nicht mit medialer Geschwindigkeit beantworten, nur mit besonnener Analyse. Foto: Reuters

dakteur Jan Hollitzer) die Lage analysieren, ohne gleich – wie rechtspopulistische Politiker in sozialen Netzwerken – voreilige Schlüsse zu ziehen und vermeintliche Täter zu entlarven.

Es steht Medien oder jenen, die sich ihrer im Internet für perfides Aufwiegeln bedienen, nicht zu, von Terrorismus zu sprechen, sofern Tat, Täter und Motive nicht eindeutig belegt sind. Dass es sich in Berlin um einen Terrorakt gehandelt hatte, wurde erst gestern festgestellt. Journalisten sind kei-

ne Terrorismusbekämpfer, sie haben aber längst auch die Aufgabe, viral verbreitete Mythen mit der Darstellung der Realität zu entkräften.

Bizar wurde die Sache, als gestern den Meldungen zur Todesfahrt auf dem Weihnachtsmarkt eine fingierte Facebook-Nachricht über einen angeblichen Terroranschlag auf dem Berliner Flughafen folgte. Wer den Link zur Sensationsmeldung auf dem Smartphone anklickte, der gelangte auf eine Pornoseite. Mit dem Desktop-

Computer landete man bei einem Gewinnspiel.

Nicht das Tempo der Nachricht, nicht der Schrecken der Bilder ist entscheidend, sondern die journalistische Gewissenhaftigkeit. Medien sind Opfern und der Wahrheit verpflichtet, keineswegs dem Voyeurismus. Auch deshalb hätte es sich der ORF am Montag sparen können, in der „Zeit im Bild“ den Todeskampf des russischen Botschafters zu zeigen, nachdem ihn die mörderischen Kugeln in Ankara getroffen hatten.



Die Gebührendebatte schwelt. (APA)

ORF-Gebühren: Redakteure mischen sich ein

Die ORF-Redakteure haben sich mit einer Resolution in die schwelende Gebührendebatte eingeschaltet. Der ORF-Redakteurausschuss sprach sich für eine automatische Inflationsanpassung aller zwei Jahre aus. Zugleich forderte er vom ORF selbst mehr Bereitschaft, transparent zu agieren und „sich offen seinen Kritikern zu stellen“. Eine automatische Valorisierung hätte den Vorteil, dass es keine „politische Erpressbarkeit mehr gibt“, sagte der Sprecher des Redakteursrats, Dieter Bornemann.

Außerdem führe die derzeitige Regelung – der ORF-Generaldirektor muss alle fünf Jahre einen Gebührenantrag stellen – zu einem „relativen großen Sprung“ und öffne im Vorfeld „möglicherweise politischen Tauschgeschäften Tür und Tor“. Die jüngsten ORF-Diskussionen sieht der Redakteurausschuss „befeuert von parteipolitischen Interessen“, denn „anstatt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als glaubwürdige Nachrichtenquelle zu stärken, haben wir den Eindruck, es gibt verschiedene wirtschaftliche und politische Interessensgruppen, die den ORF möglichst schnell zerschlagen wollen“.

Kolumne

Wird es genug Bäume für alle geben?

Das Christkind kann sich über Lob freuen: „Auf das Christkind ist Verlass, es hält einmal mehr, was es verspricht“ sprach ein zufriedener Herr aus der Wirtschaftskammer. Demnach könnte man annehmen, das Christkind habe dem Handel versprochen, für ein gutes Weihnachtsgeschäft zu sorgen, quasi als Shopping-Animator.

Soll sein, denn gute Geschäfte sind ungleich besser als Armut und Not. In diesem Sinne und vermutlich wegen der Arbeitsplätze lässt es sich das Christkind sogar gefallen, wenn in seinem Namen himmelschreiend nutzlose Dinge

gekauft werden. Es wäre ihm sicher lieber, wenn es stattdessen etwas schenken könnte, das man nicht kaufen kann. Ein Packerl Hausverstand zum Beispiel.

Gerade das zu Ende gehende Jahr gibt weltweit Anlass zur Sorge. In den USA und in England wurden Lügen vom Wähler belohnt, die Hassdeppen im Netz haben sich explosionsartig ausgebreitet, und oft gilt das Motto: Je blöder, desto mehr Klicks.

Angesichts dieser Entwicklung darf man bang fragen, ob der Ver-



AUFGESPIEST VON ALI GRASBÖCK

stand auf dem Rückzug ist, die Menschheit ins Mittelalter zurückfällt und eines Tages wieder auf den Bäumen sitzt. Vorausgesetzt, es gibt bis dahin noch genug Bäume für alle.

Diese Kolumne hat öfter Nullhirn-Preisfragen im TV beklagt („Ist das, was ich in der Hand halte, a) eine Büroklammer oder b) ein Flugzeugträger in Originalgröße? 79 Cent/Anruf“). Klar war, dass damit der Verstand beleidigt wird und sich jedes Geschöpf, das mehr Hirn hat als eine Fruchtfliege, empört abwendet.

Im Lichte der aktuellen Entwicklung regt sich nun leiser Zweifel. Gibt es tatsächlich Menschen, die sich für klug halten, weil sie eine Büroklammer erkennen? Oder gar welche, die b) für richtig halten, 79 Cent zahlen und durch den Schaden noch dümmere werden?

Natürlich überwiegt die Hoffnung, immerhin kann noch eine Mehrheit sinnersfassend lesen. Aber die Preisfrage „Wurde Donald Trump a) zum Präsidenten oder b) zum Obmann eines Anti-Grapsch-Vereins gewählt?“ könnte uns weiter zumühen lassen.

a.grasboeck@nachrichten.at



Das Christkind hält einmal mehr, als es verspricht.“

skysoft

Punkterl Die Glosse vom Falter

Donald Trump gibt keine Ruhe. Zuerst beleidigte er die Eltern eines muslimischen US-Soldaten, der im Irak für sein Vaterland gefallen war. Dann ließ er ein Baby von einer Wahlveranstaltung entfernen, weil ihm dessen Kreischen auf die Nerven gegangen war. Bei jedem Trump heißt es, dass nun das Fass übergelaufen sei. Mit der Floskel, jetzt liefen ihm auch die treuesten Republikaner davon, reden linksliberale Kommentatoren sich und ihrer Leserschaft ein: Dieser Barak kann niemals Präsident der Vereinigten Staaten werden.

So wie damals bei Silvio Berlusconi. Er witzelte über die Hautfarbe Barack Obamas („viel Sonne gehabt“) und empfahl dem deutschen EU-Parlamentarier Martin Schulz die Filmrolle eines KZ-Wächters. Auch da hieß es: Jetzt muss er gehen, das war jetzt zu viel. Berlusconi war vier Mal italienischer Ministerpräsident und trieb 20 Jahre lang die Konkurrenz vor sich her.

Ein Ausrutscher kann mithin die Voraussetzung für eine politische Karriere sein. Forza Donald, Dio cane!

Impressum
Falter, Zeitschrift
für Kultur und Politik.
39. Jahrgang

Abservice:
Tel. +43-1-536 60-928
service@falter.at
Adresse: 1011 Wien,
Marc-Karel-Straße 9,
Tel. +43-1-536 60-0,
Fax +43-1-536 60-912

Herausgeber: Armin Thurnher
Medieninhaber: Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H.
Chefredakteur: Florian Klek, Armin Thurnher
Chefin vom Dienst: Isabella Grossmann, Marianne Schreck, Anna Goldenberg
Redaktion: POLITIK und MEDIEN: Nina Brnada, Nina Horacek (Chefredakteurin), Benedikt Nardoslawsky (Lit. Medien), Josef Redl (Wirtschaft), FEUILLETON: Matthias Dusi (Lit.), Klaus Nüchtern (Autoren), Michael Omasa, Stefanie Panzenböck, Nicole Scheyer, Gerhard Stöger, STADTLER: Barbara Töth (Lit.), Lukas Matzinger, Birgit Witschold, LANDLERN: Barbara Töth (Lit.), Gerlinde Pöller, WOCHEN: Lisa Kiss (Lit.)
Ständige Mitarbeiter: POLITIK und MEDIEN: Sibylle Hamann, Franz Kössler, Kurt Langhein, Raimund Löw, Markus Martenbauer, Robert Misk, Thomas Vasek, FEUILLETON: Kirstin Breitenfellner, Wilfried Dames, Sebastian Fasbinder, Florian Obkircher, Heinz Bögl, Sara Schaubberger, STADTLER: Andrea Maria Doud, Florian Holzer, Peter Iwaniewicz, Nina Kaltenbrunner, Doris Knecht, Heidi List, Katharina Seiser, Werner Meisinger, Maik Novotny, Hermes Phettberg, Johann Koczek, Julia Kospach, Irena Rosc, WOCHEN: Sara Schaubberger, Katharina Seidler, Sabina Zelhammer
Redaktionsassistent: Tajana Ladsätter
Fotografen: Heribert Corn, Julia Fuchs, Katharina Gosow, Hans Hochstötter, J. J. Kucel, Christian Wind
Art Direction: Dirk Merbach
Produktion, Grafik, Korrektur: Falter Verlagsgesellschaft m.b.H. GRAFIK: Raphael Moser (Leitung), Barbara Blaha, Marion Großschädl, Reini Hackl, Oliver Hofmann, KOREKTUR: Wolfgang Fasching, Helmut Gutbrunner, Daniel Jakesch, Wieland Neuhauser, Patrick Sabagh, Maria Schiestl, Rainer Stigl
Geschäftsführung: Siegmund Schlager
Finanz: Petra Waleta Marketing: Barbara Prem
Anzeigenleitung: Sigrid Jöhler
Abwicklung: Franz Kraßnitzer, Oliver Pissnigg
Abonnement: Birgit Bachinger
Datentechnik: Bernhard Mager
Vertrieb: Morawa, 1140 Wien, Hackinger Straße 52
Druck: Passauer Neue Presse Druck GmbH, 94036 Passau
Erscheinungsort: Wien. P.b.-b. Verlagspostamt: 1011
Wien E-Mail: wienzeit@falter.at Programm-E-Mail: kiss@falter.at Homepage: www.falter.at
Der Falter erscheint jeden Mittwoch. Veranstaltungshinweise erfolgen kostenlos und ohne Gewähr. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 1/2016. DWR-Nr. 047 69 86. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar.

**Kommentar** Sicherheit

Der Krieg gegen den Terror ist der Krieg gegen die eigene Angst

LUKAS MATZINGER

Eine Dienstreise nach Brüssel? Wenn's nicht sein muss, Chef, eher nicht. Die Wohnung über der Moschee mieten? Na ja, ich weiß nicht, gibt's nichts anderes? Heute Abend ins Stadion? Besser nicht. Nichts riskieren.

Wir haben Angst, unbenannte Angst. Weil ein paar tausend Ungefestigte, die nichts zu verlieren haben außer ihrem Hass, ganz gut darin sind, uns glauben zu lassen, dass sie da sind. Dass sie mächtig sind.

Terror ist der Schrecken und die stärkste Waffe derer, die über keine Waffen verfügen. Sie wollen uns erpressen. Wir, das weiche Ziel, die wir frei, urban und offen leben, sollen uns beugen, sollen vermeiden, sollen ihnen unsere Angst schenken. Die Plätze, Cafés und Strände wollen sie leer geschossen wissen. Uns wollen sie erschrecken. Sonst würden sie Politiker und Polizeistationen angreifen.

„Das Leben, das wir kannten, hat sich in seinen Grundfesten verändert.“ Wer das sagt, lügt. Wer durch die Straßen der Städte geht, durch Paris, durch London und Wien, wird das Gegenteil sehen. Die Bistros sind voll, wir sind noch da, die Kriegsvokabeln bleiben aus. Das Leben da draußen schmeckt noch immer herrlich. Dieser Realitätsabgleich kann helfen.

Das sind schwierige Zeiten, verdammt schwierige. Hofer, Brexit, Erdogan – vieles am Heute hätte man gestern nicht für möglich gehalten. Wenn nun die Medien jeder Schießerei in den USA als Eilmeldung nachgeben, wo dort fast 100 Menschen jeden Tag erschossen werden, und wenn jeder losgegangene Rauchmelder in Bahnhöfen als Terroralarm verkauft wird, wird alles noch verwirrender.

Wir dürfen die Angstmacher nicht belohnen. Sie wollen uns misstrauisch, engherzig, wütend, und dass wir aus Furcht vor ihrer Willkür unser erlerntes Gefühl der Beschüttheit ablegen. Nur mit unserer Gleichgültigkeit können sie nicht arbeiten.

Storniere keine Reise, lasse kein Volksfest aus, vermeide jedes Vermeiden. Die Angst wird nicht schwinden, weil wir zehnmal hintereinander daheimgeblieben sind, sondern wenn zehnmal hintereinander nichts passiert ist. Dreh den Fernseher ab, gewöhne dich an Polizeipatrouillen, lass dir vor dem Museum in die Tasche schauen, aber beschwöre die Unbeschwertheit.

Es ist nicht so, als hätten wir nicht schon mit genug Leuten zu kämpfen, die Zweifel säen. Und die wirklich Macht begehren. Die mit unseren Ängsten spielen, die spalten und die uns einreden wollen, dass wir uns im Krieg befinden, gegen irgendjemanden, gegen den Islam. Wir nennen sie Rechtspopulisten. Die Chancen stehen gut, dass sie es sein werden, vor denen wir besser Angst gehabt hätten.

Kommentar Bundesgärten

Betreten erlaubt: Wie Wiens Gartenkultur zerstört wird

MATTHIAS DUSINI

Mit dem Ice Cream Festival begann im Burggarten eine neue Ära. Ende Juni war die 320-jährige Geschichte der Bundesgärten, die das Erbe der ehemaligen Hofgärten bewahrten, beendet worden. Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP) verfügte, dass die Institution der Schönbrunner Gartenbauschule angegliedert wird, was in etwa so sinnvoll ist, wie das Burgtheater dem Reinhardt-Seminar unterzuordnen.

Rupprechter verkaufte diese Maßnahme als Beitrag zu einer effizienten Verwaltung, was eine hilflose Formulierung für die völlige Unkenntnis der Materie sein dürfte. Oder eine leere Floskel, um von der wahren Intention seiner Beamten abzulenken – die begehrten Grünflächen im Herzen der Stadt noch stärker zu kommerzialisieren. Die inzwischen geschasste Bundesgärten-Direktorin konnte noch das

Schlimmste verhindern. So legte sie sich quer, als der Österreichische Ski-Verband einen Rennparcours von der Schönbrunner Gloriette herunter plante. Die Expansion des kostenpflichtigen Tiergartens in den offen zugänglichen Botanischen Garten soll bereits beschlossene Sache sein.

Das Ice Cream Festival am vergangenen Wochenende ist ein Vorgesmack darauf, wie sich Schönbrunn, Burggarten, Belvedere und Augarten verändern werden. Aus geschützten Kunstwerken werden Abspielstätten des Eventbusiness, das Natur- und Kulturdenkmäler vorsätzlich zerstört. Die ÖVP hat durch die Demonstration der Bundesgärten wieder einmal bewiesen, dass sie Konservatismus mit der Steigerung von Betriebsergebnissen verwechselt. Die Burggarten-Bewegung demonstrierte 1980 für Rasenfreiheit. Fortschrittliche Kräfte sollten heute für ein „Betreten verboten!“ auf die Wiese gehen.

Europa, werde wese

Es wird Zeit, mit dem Krisengerede Schluss zu machen. Wer

KOMMENTAR:
ERHARD BUSEK

Zerfällt Europa? „Ende der Europäischen Union“ etc. Die heute gängigen Titel und Themen sind nicht auf die Fragen der Zukunft gerichtet. Die wirtschaftliche Situation ist eine globale, auch an China ist sie nicht spurlos vorbeigegangen. Die Flüchtlingsfrage stellt sich ebenso weltweit, wobei wir Europäer uns darüber keine Rechenschaft geben, wie viele Millionen gegenwärtig unterwegs sind. Offensichtlich befinden wir uns auch inmitten des Beginns eines Dritten Weltkrieges, der allerdings nicht mit Kriegserklärungen stattfindet, sondern sich vor allem hinein in die Gesellschaften einzelner Länder auswirkt.

Der Terrorismus mit seiner imponierenden Strategie, uns streckenweise schwachmatt zu setzen, kriecht in unsere Welt hinein. Wesentliche Hilfe erhält er von den Medien. Wenn die Frage gestellt wird, wie wir die Angst bewältigen, muss auch darüber geredet werden, wer wie Angst verbreitet. Das ist keine Medienfeindschaft, sondern eine Kritik an der Oberflächlichkeit, an den monothematischen Berichterstattungen, an den primitiven Analysen und der Sehnsucht, auf erschreckenden Situationen hinzuweisen. Der berühmte Satz „Only bad news are good news“ ist insbesondere in einer zu Populismus neigenden Zeit offensichtlich eine Kernwahrheit.

Angela Merkel wird von allen Seiten verurteilt, weil sie immer noch der

Meinung ist, wir schaffen es. Was soll sie sonst sagen? Wir haben keine andere Möglichkeit, als es zu schaffen, wenn wir überleben wollen! Einige Voraussetzungen dafür müssen deutlich herausgestellt werden. Natürlich ist die Europäische Union streckenweise klinisch tot, weil sie bislang noch nicht Mittel und Wege entwickelt hat, mit den Problemen selbst fertigzuwerden. Ihre Schwierigkeit ist das Versagen der Mitgliedstaaten, die nicht einmal ihre eigenen Probleme lö-

Der Autor war
Vizekanzler (ÖVP)
und ist heute Chef
des Instituts für
den Donauraum
und Mitteleuropa



sen können. Europa wird es auf jeden Fall geben, als kleinen, aber alten Kontinent, der tiefe geschichtliche Erfahrungen hat, die wir nur nutzen müssen.

Es ist nicht die erste katastrophale Situation. Das 20. Jahrhundert war voller Katastrophen. Der Zurf des Papstes an die Jugend, sie solle vom Sofa herunterkommen, gilt uns allen. Die europäische Politik ist gefordert, Maßnahmen zu ergreifen! Ich kann es nicht mehr hören, wenn da von der Rede ist, dass etwa die Sicherheitsdienste besser zusammenarbeiten müssen, dass man gemeinsam die Grenzen schützen muss usw. Wer hat all die Damen und Herren, die das

FOTO: AGENCY

Im Zeichenraum Der Cartoon zur Woche



TEX RUBINOWITZ

ntlich!

hindert die Politiker daran, Lösungen zu finden?

heute verkünden, bislang daran gehindert, es wirklich gemeinsam zu tun?

Bei jedem dieser Attentate hört man, dass es irgendwelche Informationen schon gegeben hat, dass irgendjemand schon einmal eingesperrt oder unter Supervision war und dann letztlich doch nichts geschehen ist. Effizienz ist gefragt und natürlich auch Intelligenz. Die europäischen Regierungen geben einander jede Menge Ratschläge, statt zu überprüfen, was davon sie selbst realisieren können.



Der Zuruf des Papstes an die Jugend, sie solle vom Sofa herunterkommen, gilt uns allen

Überall wird nun die Polizei aufgestockt. Unser Verteidigungsminister redet davon, dass wir das Bundesheer verstärken müssen. Ist die gegenwärtige Situation militärisch zu lösen? Möglicherweise in Syrien oder Libyen, aber dort kommt die Europäische Union gar nicht vor! Noch immer existiert kein Konzept, wie man mit den Russen zu einer vernünftigen Kooperation kommt, denn auch die können nicht an noch mehr Konflikten interessiert sein. Hat schon jemand überlegt, ob man die zahllosen internationalen Konferenzen von noch zahlloseren europäischen und internationalen Organisationen straffen könnte, um einige wenige, aber wichtige Termine zu

schaffen, wo wirkliche Entscheidungen fallen und wo überprüft wird, was davon schon realisiert wurde?

Bei allen Gelegenheiten wird trompetet, es gehe um die europäischen Werte. Wissen wir, was die europäischen Werte sind und was wir zu verteidigen haben? Die Sehnsucht der Bürger und Bürgerinnen danach ist sehr groß. Das erlebe ich bei jeder Veranstaltung, wobei mit Recht Fragen an Politik und Institutionen gestellt werden. Die Antworten fallen meistens sehr dünn aus. Es gilt nicht, sich auf die Bürger auszuwirken, sondern die Regierenden dringend zu ermahnen, wirklich zu regieren. Spanien bringt seit Monaten keine Regierung zustande (Nähe zu Afrika!). Wie werden wir den Brexit bewältigen (was kommt für die Engländer)? Osteuropäer wollen keine Flüchtlinge, genügen Zäune und Grenzen als Lösung?

Man fragt sich, ob die Urziele der Politik verlorengegangen sind. Es darf bei Immanuel Kants Werk über den „Immerwährenden Frieden“ nachgeschlagen werden. Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich die Welt zwar technologisch und auch sonst irgendwie weiterentwickelt, aber die politische Intelligenz offensichtlich nachlässt. Dass bei alledem die Bildungspolitik eine erschreckend schwache Rolle spielt, verdient nur am Rande erwähnt zu werden. Angelus Silesius hat seiner Zeit zugerufen: „Mensch werde wesentlich!“ Wir müssen allen handelnden Personen zurufen: „Werdet wesentlich in euren Gedanken und Aktionen!“

Kolumne Außenpolitik

Trump ist in Schwierigkeiten, aber das Ende dauert noch

FRANZ KÖSSLER

Man wartet schon lange darauf, dass der miese Charakter des republikanischen US-Präsidenten Donald Trump, sein Hang zu Verschwörungstheorien und abenteuerlichen Positionen endlich auch seine potenziellen Wähler abschreckt. Jetzt gibt es erste Anzeichen dafür. Selbst wichtige Republikaner gehen öffentlich auf Distanz, und Trump fällt in den Meinungsumfragen bis zu zehn Prozentpunkte hinter Hillary Clinton zurück. Seine Kampagne ist ins Schleudern geraten. Für eine Entwarnung ist es jedoch noch zu früh.

In den ersten Wochen nach den Parteikongressen beginnen sich in US-Wahlkämpfen die Kräfteverhältnisse klarer abzuzeichnen. Die Kandidaten haben sich in den Vorwahlen bei der eigenen Parteibasis durchgesetzt, nach den Kongressen beginnt der eigentliche Wahlkampf, und sie müssen die breitere Öffentlichkeit überzeugen. Selten hat ein Kandidat diese Kurve so glatt verfehlt wie Trump.

Anstatt sich an neue Wähler zu wenden, hat er in einer Woche gleich mehrere Kategorien von Wählern gegen sich aufgebracht. Angehörige des Militärs, republikanische Stammwähler, sind empört über Trumps abschätzige Bemerkungen über eine muslimische Mutter, deren Sohn als US-Soldat im Irak gefallen ist. Junge Mütter hat er verärgert, weil er während einer Rede ein schreiendes Baby aus dem Saal entfernen ließ. Prominenten republikanischen Politikern verweigert er seine Unterstützung im Kongress-Wahlkampf, weil sie ihn einmal kritisiert haben.

Wie aus der FPÖ-Trickkiste des freihetlichen Generalsekretärs Herbert Kickl zieht Trump schon im Voraus die Legitimität der Wahl in Zweifel. Nur wenn er gewinnt, war die Wahl in Ordnung. Wenn das Ergebnis am 8. November nicht ihn zum US-Präsidenten macht, dann muss es gefälscht worden sein. Die Wahlanfechtung ist vorgemerkt. Auch wenn eine Analyse der Loyola Law School gerade nachgewiesen hat, dass es bei 834 Millionen Stimmabgaben in den USA zwischen 2000 und 2014 ganze 31 Fälle von Manipulationen gegeben hat.

Verschwörungstheorien verbinden die Rechtspopulisten auf der ganzen Welt. Trump hängt der Theorie an, Barack Obama sei Muslim und gar nicht in die USA geboren, der Vater seines Mitbewerbers Cruz sei in den Kennedy-Mord verwickelt gewesen, Impfungen verursachten Autismus bei Kindern. Das kommt bei Trumps Wählern gut an. Die Autoren von „American Conspiracy Theories“ schreiben, in Schichten mit geringer Schulbildung unter erhöhtem Stress durch Jobunsicherheit und Gefühlen der Mitleid-

losigkeit ist die Bereitschaft, an Verschwörungstheorien zu glauben, besonders ausgeprägt. Für einen Wahlsieg aber reichen sie nicht aus.

Trump rühmt sich, bei den Primaries 13 Millionen Stimmen für sich gewonnen und 16 Konkurrenten besiegt zu haben. Für die Präsidentschaft aber benötigt er rund 65 Millionen Stimmen. Das heißt, seine Botschaft muss weit hinausgehen über die Welle von Frustration über den wirtschaftlichen Abstieg, Protest gegen das Establishment und Angst vor der muslimischen und mexikanischen Bedrohung, auf die er bisher gesetzt hat.

Seine bisherige Stärke wird zu seiner Schwäche. Im Segment der weißen Arbeiterklasse und Mittelschicht ohne höhere Schulbildung, die durch die Globalisierung der Wirtschaft Arbeitsplätze und Einkommen verloren haben, führt Trump mit einem Vor-



Anstatt sich an neue Wähler zu wenden, hat Trump mehrere Gruppen gegen sich aufgebracht

sprung von 40 Prozentpunkten. Das entspricht ungefähr der Position Ronald Reagans im Jahr 1984, des letzten populistischen Präsidenten der Republikaner, der tief in traditionell demokratische Wählerschichten eingedrungen ist und der Trump in vielem als Vorbild gilt. Auch Trumps Wahlkampfmotto „Make America great again“ stammt von ihm.

Doch die amerikanische Gesellschaft hat sich seither verändert: Die Wählerschicht, die Reagan mobilisierte, machte damals 62 Prozent aus, jetzt sind es nur noch 34 Prozent. „Die Wählerschaft ist differenzierter, jünger, weniger weiß und liberaler geworden“, sagt Sean Trende, Analytiker von RealClearPolitics: Das komme der demokratischen Kandidatin entgegen. Die Internetseite errechnet aus dem Schnitt der jüngsten Umfragen einen Vorsprung von sieben Prozent für Hillary Clinton. Drei Monate vor der Wahl ist das kein sicherer Vorsprung und es kann noch viel passieren, das die Wahl in die eine oder andere Richtung lenkt. Auch wenn es jetzt so aussieht, als bewege sich Trump auf den Abgrund zu, könnte das noch eine Weile dauern. Aber der Absturz – schreibt Sean Trende – ist das, was ihn auf seinem jetzigen Weg mit großer Wahrscheinlichkeit erwartet.

Franz Kössler ist
außenpolitischer
Kommentator
des Falter



Das Glück aus der Trommel

David van Reybrouck will das Wählen durch Losen ersetzen. Sein Rezept soll der Demokratie dienen

VON RUDOLF WALTHER

Der belgische Historiker und Archäologe David van Reybrouck geht aufs Ganze. Seine These: „Wir sind dabei, unsere Demokratie kaputt zu machen, indem wir sie auf Wahlen beschränken, und das, obwohl Wahlen nie als demokratisches Instrument gedacht waren.“ Nicht erst mit dem Blick auf das postdemokratische Berlusconi-Italien kann jedermann wahrnehmen, dass es um die parlamentarisch-repräsentative Demokratie überall schlecht bestellt ist: Die Wahlteiligung sinkt ebenso schnell wie das politische Vertrauen in Politiker und in die Parteidemokratie. Parteien sollen, wie es im Grundgesetz heißt, an „der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken“ (Artikel 21), aber längst sind aus orchestral Mitwirkenden selbstherrliche Dirigenten geworden, obwohl im EU-Durchschnitt nur 4,65 Prozent der Wähler einer Partei

„Es wird immer langsamer regiert“, rügt der Autor, und vermisst politische Effizienz

angehören. In der Diagnose, die van Reybrouck der Parteidemokratie stellt, kann man dem Autor nur zustimmen, auch wenn die Zustände nicht überall so verkommen sind wie in Belgien, wo das Parteienkartell mehr als 500 Tage braucht, um eine handlungsfähige Regierung zu bilden. Jenseits billiger Polemik gegen den „Unstaar“ Belgien kann man daraus auch den Schluss ziehen, dass ein Land ohne Regierung nicht gleich untergeht.

Das Problem von van Reybroucks These ist plausibel und empirisch trüffig. Das Problem ist der Maßstab, nach dem der Autor die Krise der Parteidemokratie bemisst. Der beruht auf gerade mal zwei Kriterien: Das eine, die Effizienz, ist von grobianischer Einfachheit und stammt aus der Betriebswirtschaft, also dem buchhalterischen Kalkül des Plasmachens; das andere, die Legitimität, ist ein Robold, mit dem im Lauf der Geschichte der vergangenen 200 Jahre Herrschafts- und Gewaltverhältnisse aller Art gerechtfertigt, verschleierte und schlingeredet wurden. Die Krise der Demokratie besteht für van Reybrouck in einem Mangel an Effizienz und sinkender Legitimität. „Es wird immer langsamer regiert.“ Das mag in Einzelfällen zutreffen, aber öfter wird in Parteidemokratien nicht zu langsam, sondern zu schnell und zu viel regiert. Das gilt für die Sicherheitspolitik, die nach jedem Terroranschlag mit gesetzlichen Schnellschüssen reagiert ebenso wie für andere Politikbereiche.

David van Reybrouck: Gegen Wahlen. Warum Abstimmungen nicht demokratisch ist. Aus dem Niederländischen von Anne Braun. Wallstein-Verlag Göttingen 2016, 200 Seiten, 17,90 Euro. E-Book: 13,99 Euro.

Van Reybrouck räumt das zumindest indirekt selbst ein, wenn er feststellt: „Der Wahn des Tages regiert wie nie zuvor.“ Das bezieht sich auf die Medien und das Verhältnis von Medien und Politik, das vom „Inzidentalismus“ beziehungsweise „Aktualitätsfetischismus“ bestimmt wird: also vom sich täglich ändernden Interesse der Medien an einem Knüller und vom Interesse von Politikern und Parteien, auf diesen medialen Zug aufzuspringen.

Die Krise der Demokratie erzeugt nach van Reybrouck so ein „Demokratiemüdigkeitssyndrom“, das man hierzulande etwas ungenau Politikverdrossenheit nennt. Das Syndrom erscheint in drei Formen – Populismus, Ruf nach einer Technokratie, Antiparlamentarismus. Die drei gefährlichsten Feinde der Demokratie.

Bis hierhin kann man van Reybrouck folgen. Aber dann macht er einen neuen Krisenfaktor aus. Nicht die institutionellen Defizite der Parteidemokratie verursachen die Krise der Demokratie, sondern deren substantieller Kern – die Wahlen. In der „elektoral-repräsentativen“ Demokratie regiere nämlich nicht das Volk, sondern eine von Parteinteressen und persönlichen Selbstenstimmungen bestimmte Elite oder Aristokratie, die sich dem Volk zur Wahl stelle. Wahlen, so der Autor, werden zum „Sakrament des neuen Glaubens“ – des Wahlletischismus. Der garantiert, dass in Wahlen seit der Französischen Revolution immer nur eine Elite zur Wahl steht, obwohl das Wahlrecht seither ausgedehnt und formal verallgemeinert, also demokratisiert wurde. Unbestreitbar.

Die „elektoral-repräsentative Demokratie“, die nur Aristokraten an die Macht bringe und so ihre Rest-Legitimität einbüße, hält der Autor für anachronistisch und primitiv. „Eine Demokratie, die sich darauf reduziert, ist dem Tode geweiht (...) Wahlen sind der fossile Brennstoff der Politik.“

Der Zufall ist bei allem Verständnis kein Garant für mehr Chancengleichheit

Um das plausibel zu machen, bedient sich van Reybrouck allerdings einer technologisch-historischen Doppelstrategie von milderer Überzeugungskraft: Technologisch wurden die Bürger seiner Meinung nach dank der sozialen Medien „mündiger als je zuvor“, die Verhältnisse werden angeblich „horizontaler“. Bürger sind nicht mehr Leser und Konsumenten, sondern Chefredakteure und Produzenten. Das erinnert an den Traum des CDU-Politikers Lothar Späth, der mit Einzug des Privatfernsehens in die Wohnzimmer den Zuschauer schon als Programmredakteur kommen sah.

Historisch argumentiert van Reybrouck mit dem Hinweis auf die athenische Demokratie, wo Politiker und Richter nicht aus einer Elite ausgewählt, sondern durch das Los bestimmt wurden. Sicher wird das durch persönliche oder oligarchisch-aristokratische Einfluss neutralisiert und die Auswahl dem Zufall überlassen, aber ob und wie das zu einer vertieften Demokra-

Statt Urnen: Bild von der ARD-Fernsehloterie aus dem Jahr 1988. Foto: mao

tie führt, bleibt unklar. Die Sitzverteilung würde sicher repräsentativer und die Chancengleichheit wüchse. In einer „aleatorisch-repräsentativen Demokratie“ entsteht virtuell ein Gleichgewicht zwischen Regierenden und Regierten, was schon Aristoteles festgestellt hat.

Es bleiben jedoch erhebliche Zweifel, ob allein mit der Ersetzung von Wahlen durch ein Losverfahren oder eine mehrstufige Kombination beider Verfahren, wie es van Reybrouck grob skizziert, die sozialen Ungleichheiten und die Interessenvielfalt zu beseitigen oder zu homogenisieren wären. Bei allem Verständnis für die demokratische Notwendigkeit von mehr Bürgerbeteiligung und direkter politischer Beratung

unter Bürgern sowie für die Beschneidung des Einflusses von Parteien, Verbänden, Oligarchen und Lobbyisten ist es theoretisch und politisch eher abenteuerlich, das Mittel einer Zufallsstichprobe allein als Garant für mehr Chancengleichheit aus dem Hut zu zaubern. Wahlen sind wirklich nicht das A und O einer Demokratie, aber das Los mit Sicherheit auch nicht. Es ist ein Mittel gegen das „Demokratiemüdigkeitssyndrom“, aber ob es das „beste Mittel“ ist, wie der Autor etwas pauschal meint, ist zweifelhaft.

Rudolf Walthers ist freier Publizist. Sein jüngstes Essayband „Aufgreifen, begreifen, angreifen“ erschien 2014 (Oktober Verlag).

„Man wird noch berühmt“

Wie Medien mit Amoktaten umgehen sollten

In Deutschland ist es eine Romanfigur aus der Sturm-und-Drang-Zeit, Goethes Werther mit seiner unerfüllten Liebe, seinem Hang zu Poesie und am Ende seinem pathetischen Entschluss zum Suizid. In den USA ist es Marilyn Monroe. Als die Schauspielerin sich 1962 in ihrem Schlafzimmer das Leben nahm, stieg die Selbstmordrate in Los Angeles für einige Wochen auf das Doppelte an. Große wie kleine Zeitungen hatten berichtet, überaus anschaulich und mit viel Sympathie für die Motive der lebensmüden Diva. Landesweit gab es in jenen August sogar zweihundert mehr Selbstmorde als sonst – Nachahmer, die viele Journalisten hinterher erschrecken ließen und die an jene Suizidwelle im Europa des Herbsts 1774 erinnerten, als auch Goethes Werther so viele vermeintliche Romantiker zum „Fretlos“ inspiriert hatte, dass der Briefroman in Italien, Deutschland und Dänemark zeitweise verboten wurde.

Seither hat es Selbstkritik der Medien gegeben, vielerorts haben sie sich Zurückhaltung auferlegt, wenn es um Selbstmorde geht, und es gibt auch positive Erfahrungen, die sie darin bestätigen. Als in Wien 1978 die U-Bahn eröffnet wurde, stürzten sich reihenweise Menschen auf die Gleise. Es wurde oft berichtet: 1987 hörten die Journalisten schlagartig auf – und auch die Taten gingen um 80 Prozent zurück.

Müssten Journalisten sich bei Amokläufen nicht genauso zurückhalten, fragen die Kriminologen Frank J. Robert und Robert Kahr, die an Fachhochschulen der Polizei lehren, in ihrem jüngsten (noch vor dem Münchner Amoklauf) erschienenen Sammelband. Parallelen zum öffentlichen Suizid liegen auf der Hand. So rühmlich, wie jugendliche Amoktäter seien, so begierig darauf, ihr kleines privates Unglück wenigstens einmal auf die große Bühne zu bringen und damit ihre Feinde und Mobber zu beschämen – wäre es da nicht das einzig Verantwortliche, sie medial ins Leere laufen zu lassen? Zumal angesichts von Nachahmungseffekten?

Bei Amok ist es anders als bei Suizid, mag man gleich einwenden, moralisch schwieriger für Berichterstatter. Es geht nicht nur um eine Person, die ihr Schicksal mit sich selbst ausgemacht hat. Das könnte man ja auf sich berufen lassen und beschweigen. Es gibt Opfer, deren öffentliche Anteilnahme mitunter auch guttut. Es gibt Fragen, denen sich die Sicherheitshörden stellen müssen, auch öffentlich. Wenn den beiden Kriminologen trotzdem ein starkes Plädoyer gelingt, dann liegt das an ihrer akribischen Beschreibung einer neu entstandenen Subkultur, einer „virtuellen Peergroup“, wie sie es nennen. „Ich weiß, wir werden Anhänger haben“, prophezeite einer der beiden Täter des Columbine-Schulmassakers von 1999. „Wir werden eine Revolution losstrenen“, glaubte der andere. Die Autoren des Sammelbands – unter anderem aus den USA und dem mit Schulausläufen erfahrenen Finnland – geben zahlreiche Beispiele dafür, wie seither genossene Schüler in den USA, Frankreich, Deutschland, Australien, England und Brasilien die Columbine-Tat als Blaupause genutzt haben. „Offenbar fanden viele der späteren Täter durch die Auseinandersetzung mit den Selbstdarstellungen ihrer Vorgänger eine neue Sinngebung, die ihnen ermöglichte (...) sich als omnipotente Rächer neu zu erfinden.“

Beispiel Ensdetten. Der ehemalige Realschüler, der dort 2006 um sich schoss, trug einen schwarzen Trenchcoat, darunter ähnlich bizarre Waffen wie die Columbine-Mörder, er gab sich das Online-Pseudonym „BesitzerXX“, schrieb zuvor in Onlineforen: „Es ist erschreckend, wie ähnlich Eric (einer der beiden Columbine-Täter, Anm. d. Red.) mir war. Manchmal kommt es mir so vor, als würde ich sein Leben noch einmal leben.“ Was seine Selbsttötung anging, zeigte er die Sehnsucht, „durch subkulturelle Anerkennung zu einem recherchierbaren Teil der Geschichte zu werden“, schreiben die Kriminologen Robert und Kahr. In Onlineforen hatte er erklärt, Rache im Namen aller Underdogs nehmen zu wollen, ähnlich wie einige School Shooter in den USA und in den beiden darauffolgenden Jahren im finnischen Jokela und Kauhaajoki. In einem der Videos, die der Ensdettener hinterließ, erklärte er sich sogar auf Englisch.

„Ich bin keine Kopie von REB, VoDKa, Steini, Gill, Kinkel, Weise oder sonst wem“, schrieb der 18-jährige Ensdettener einmal mit Bezug auf die Pseudonyme vorangegangener Amokläufer. „Ist ein kleiner Dorfmeister nur ein ‚Nachahmungstäter‘ des Papstes? Nein! Natürlich nicht! Er glaubt an dieselbe Sache wie der Papst, aber er macht ihn nicht nach.“ Auch der 18-jährige Täter des Münchner Amoklaufs vom 23. Juli ist jetzt von Sympathisanten gefeiert worden. „Er hat es getan, er hat es wirklich getan“ freute sich ein User der Onlinegruppe „social club mifra gang“, die Besucher mit einem Hakenkreuz und den Worten „Willkommen, künftiger Amoktäter“ begrüßt. Der Münchner war in mehreren solcher Gruppen gewesen.

Es überrascht nicht, dass potenzielle Nachahmer besonders stark angesprochen werden, wenn sie Gemeinsamkeiten mit früheren Tatern entdecken. Deshalb appellieren die Kriminologen Robert und Kahr an Journalisten, möglichst keine Porträts der Täter zu zeichnen, die eine Identifikation mit ihnen erleichtern. Vor allem aber geht es ihnen um etwas, das sie „Täter-FPV“ nennen. Der Schulausläufer im amerikanischen Blacksburg, Virginia, unterbrach 2007 seine Tat, um ein Paket mit Fotos, Texten und Videos für den Fernsehsender NBC in die Post zu geben. Ein finnischer Täter lud sein „Medienpaket“ hoch, zwanzig Minuten bevor er sein erstes Opfer erschoss. 2009 schrieb der Winnendener Amokläufer über seine Ziele: „Also meine nur, man wird noch berühmt und bleibt anderen Menschen im Gedächtnis.“

Die beiden Columbine-Attentäter, mit denen diese ganze Welle begann, brachten ihre unzähligen Videos, Fotos und Texte gar nicht zur Post. Die Polizei, die das Material fand, wollte es unter Verschluss halten. Erst eine Klage der Denver Post zwang sie zur Veröffentlichung. ROBERT STEINKE

Frank J. Robert, Robert Kahr (Hrsg.): Die mediale Inszenierung von Amok und Terrorismus. Zur medienpsychologischen Wirkung des Journalismus bei exzessiver Gewalt. Springer Berlin 2016, 218 Seiten, 29,90 Euro. E-Book: 22,99 Euro.

Tour de France

Die besten Geschichten des Turniers.

Jetzt bestellen!

Die Europameisterschaft. Das Buch.

Die Fußball-EM in Frankreich hat einen Sieger, der das Turnier zuvor noch nie gewonnen hat. Ein fulminantes Schlusskapitel einer Europameisterschaft, die großartige Geschichten schrieb. Die Reporter der SZ erzählen sie in diesem prachtvollen Bildband – mit Spannung, Humor und Leidenschaft.

280 Seiten | 24,90 €
Für SZ-Abonnenten nur 19,90 €

Jetzt im Handel oder bestellen unter:

089 / 21 83 – 18 10 sz-shop.de

Seien Sie anspruchsvoll.

Süddeutsche Zeitung

Ein Angebot der Süddeutsche Zeitung GmbH, Hübnerstr. 8, 81677 München

©/Zitieren: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München.
Jedemphotonisches Exemplar für Vervielfältigung und Verbreitung ist eine Kopie der Süddeutsche Zeitung GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

tazzwei

Bilderverbote machen nur heiß

von Jan Feddersen

Die Donnerstag erscheinene Ausgabe der Zeit widmet sich unter der Überschrift "Mörderischer Funke" dem Terrorismus der jüngeren Zeit sowie dem Amoklauf von München. Der Clou: Die Bilder der Täter sind so bearbeitet worden, dass sie nicht mehr erkannt werden können.

"Was wir nicht mehr sehen wollen" heißt der programmatische Titel hierzu: "Wir wollen nicht dazu beitragen, dass Mörder zu Helden werden - und dass ihr Kalkül aufgeht: durch Grausamkeit berühmt zu werden. Dass Medien blutige Bilder verbreiten, gehört zum Plan der Täter. Ihm wollen wir nicht folgen."

Die französische Tageszeitung Le Monde hat sich zum gleichen Schritt bewogen gefühlt. Der Leitartikel von Mittwoch ist mit "Résister à la stratégie de la haine" betitelt - der Strategie des Hasses widerstehen. Beide Zeitschriften profilieren sich mithin als Medien, denen Achtsamkeit und Feingefühl eigen ist - in Wahrheit, gleichwohl, sind beider Aktionen wohlfeil. Bilderverbote, vor allem religiös formulierte, haben noch nie funktioniert. Wer Unliebsames verhüllt oder unkenntlich macht, stimuliert die Neugier, ja, die Schaulust des Publikums nur noch mehr.

Außerdem: Welcher der Attentäter der vergangenen Wochen liest Medien wie die Zeit oder Le Monde überhaupt? Glaubt bei diesen Zeitungen jemand, dass ein junger männlicher Erwachsener, der just eine gewisse Amokhaftigkeit oder IS-Affinität in sich aufsteigen fühlt wie eine seltsame Hitze, die Zeit liest und erkennt: Ooops, mein Gott, sie werden mich nicht abbilden, wenn ich nach meiner Selbstverwirklichungstat im Himmel bin - nee, wie doof, dann verzichte ich lieber und senke meine seelische Betriebstemperatur!?

Welch obskure Medienfantasie! Denken diese Blätter - Kernobjekte bildungsbürgerlicher Bewusstseinsbildung - ernsthaft, im Anblick liege eine Verstärkungs- und Infektionsquelle geborgen, die gebannt werden könnte? Bilderverbote dienen dazu, die Bekehrten vom Glauben an ein konkret höheres Wesen zu befreien. Im wahren Leben waren Verzicht oder Verbote zum Zeigbaren nur dienlich in den (körper-)politischen Sphären des menschlichen Lebens: Frauen sollten sich deshalb unter viel zu viel Textilien packen, um keine sexuellen Reize zu verströmen. Der Effekt war stets der Gleiche, immer ging es um pornografische Oberflächen: Die Frau war nur noch Sex, nicht mehr Mensch an sich.

Zensur, so machte sich Karl Marx einst lustig, feuere nur Neugier an. Das Material, das vor den Blicken der anderen bewahrt werden soll, wird begehrt wie nichts anderes.

Für das Aktuelle gilt: Wer das Realistische nicht aushält, guckt ohnehin weg. Wer einen Täter sehen will, kann dies im Internet tun. Für Interessierte gibt es Medien sonder Zahl, da braucht es die oben genannten Zeitungen nicht. Außerdem: Was spricht eigentlich dagegen, die Täter zu erkennen, sie zu studieren - aller Kritik an der Fotografie als einfrierender Kunstform zum Trotz?

Hätte die Verpixelung der Twin Towers nach dem 11. September irgendeinen Islamisten davon abgehalten, zu tun, was er tun will? Etwa in Brüssel? Bei Charlie Hebdo? Vor dem jüdischen Supermarkt in Paris? In Bangladesch neulich oder in Nigeria Boko Haram? Was Täter anregt, sind ihre inneren Erzählungen. Folgt man ihnen, hätte dies eine (Schau-)Verbotsorgie zur Folge - und die Täter hätten gewonnen.

Denken die Blätter ernsthaft, im Anblick liege eine Infektionsquelle geborgen, die in Schach gehalten werden muss?

(c) TAZ-Verlags- und Vertriebs-GmbH, Berlin

*** powered by GENIOS German Business Information ***

Wie Frankreichs Medien mit dem Terror umgehen

Die verheerenden Anschläge von Nizza sind eine Woche alt. Mit dem Terror an der Côte d'Azur hat sich auch die Art der Berichterstattung in Frankreich geändert.

RALF HILLEBRAND
ANGELIKA WIENERROITHER

PARIS. Es ist 22.45 Uhr, als der Lkw in die feiernde Menschenmasse auf der Strandpromenade in Nizza rast. Die Informationen sind zunächst spärlich, die Verunsicherung groß. „Die Medien mussten unglaublich schnell reagieren, obwohl der Anschlag so komplex und immer noch frisch war“, beschreibt Hélène Servel. Die freie Journalistin aus Marseille arbeitet etwa für die linksliberale Tageszeitung „Libération“. Sie und ihre Kollegen sind auch eine Woche nach dem Terror von Nizza so stark gefordert wie selten zuvor. Doch wie gehen die französischen Medien mit der Terrorbedrohung um? Und wie kann man über solch ein dramatisches Ereignis überhaupt angemessen berichten? Servel hält es für ihre Verantwortung, keine Panik und Misstrauen zu verbreiten, sondern Verständnis und Abstand. „Ich denke, dass wir in eine Phase kommen, in der Angst omnipräsent wird. Ich hoffe, dass es die Medien schaffen, die Realität noch besser verständlich zu machen.“

Mit grob 250 TV-Sendern gibt es in Frankreich fast drei Mal mehr Kanäle als etwa in Deutschland. Gleich

zwei Nachrichtensender berichten rund um die Uhr. Während in Frankreich europaweit die wenigsten Zeitungen verkauft werden, werden überproportional viele Magazine gelesen – im Schnitt sieben pro Monat. „Es ist auffällig, wie wenig Reichweite die überregionalen Tagesmedien haben“, sagt Roman Hummel, Leiter der Abteilung Journalismik an der Universität Salzburg. Zudem gebe es in Frankreich keine klassischen Boulevardmedien. Dafür seien die Qualitätsmedien deutlich polemischer ausgerichtet. Die Karikaturen in „Charlie Hebdo“ seien ein Beispiel. „Hätte eine Zeitschrift in Österreich die Zeichnungen veröffentlicht, hätte das ganze Land aufgeschrien. In Frankreich ist bissige Kritik gegenüber Religion und Autoritäten alltäglich.“

Diese kritische Haltung kocht dieser Tage besonders hoch, beschreibt Eva Twaroch. Der Terror in Nizza war der dritte Anschlag, den die ORF-Auslandskorrespondentin in Frankreich miterleben musste. Doch der jüngste Terrorakt habe eine andere Reaktion ausgelöst: „Jetzt wird nicht mehr nur getrauert oder solidarisiert. Jetzt kritisieren die Medien. Sie fragen, wieso aus den bisherigen Anschlägen keine Leh-

ren gezogen wurden.“ Die Politik hätte den Anschlag zwar nicht verhindern, das Ausmaß aber verringert können – etwa durch stärkere Polizeipräsenz.

Auch die österreichische Botschafterin in Paris, Ursula Plassnik, macht in den französischen Medien nun stärkere Vorwürfe zur Vorgehensweise der Regierung aus. „Ein Teil davon mag parteipolitisch geprägt sein, allerdings spürt man auch in der Bevölkerung eine gewisse hilflose Erschöpfung“, sagt die frühere ÖVP-Außenministerin.

Es gebe aber Blätter, die die Regierungspolitik zumindest teilweise in Schutz nähmen. So habe der konservative „Figaro“ die Kritik um die Sicherheitsvorkehrungen bewusst nicht aufgegriffen und sich hinter Präsident François Hollande und Premier Manuel Valls gestellt. Und selbst der wahrscheinlichste Auslöser für die Terrorwelle, die Militäreinsätze im Irak und in Syrien, wird laut ORF-Korrespondentin Twaroch nicht infrage gestellt: „Das wäre ein Kleinbegeben.“

Ursula Plassnik spürt ebenso eine gewisse Trotzreaktion. „Die Gesellschaft als Ganzes, inklusive Medien, beugt sich dem Terrorismus nicht.“ Die Terrorbedrohung sei

mittlerweile Teil des Alltags. Franzosen gingen mit den Kontrollen in den Einkaufszentren oder Ämtern gelassen um. Die Medien spielten dabei eine zentrale Rolle: „Für die Betroffenen sind sie in der Phase der Ungewissheit ein Hoffungsanker.“ Zu verstehen, was passiert sei, sei für das ganze Land wesentlich. „Es herrscht Trauer, aber keine Resignation.“



Nach Nizza: „Libération“ fragt „Warum?“, „Le Figaro“ schreibt „Krieg gewinnen“ und „Courrier picard“ betont das (Blut-)Rot in den Nationalfarben. BILDER: SHABER, FIGARO, COURRIER P.





Salzburgshop.at








bequem
und regional
einkaufen






SALZBURGS DIGITALE EINKAUFSTRASSE

In Kooperation mit den **Salzburger Nachrichten**



Porno gefährdet die Gesundheit

Ein Senator im US-Gliedstaat Utah will Pornografie zur Gesundheitsgefahr erklären. Wer als Kind mit Pornografie in Berührung komme, gehe im Geschlechtsleben später grössere Risiken ein, sagte der Republikaner Todd Weller. Forschungen zeigten zudem, dass Personen, die sich zwanghaft zu Pornografie hingezogen fühlten, ähnliche Hirnaktivitäten hätten wie Drogenabhängige. Utah ist die Hochburg der Mormonenkirche. Manchen gilt bereits Fernsehwerbung mit Frauen im Bikini als Softporno. (ap)

Es ist ein Drachensbaby! Bhutans Königshaus verkündet Prinzengeburt

Das Himalaja-Königreich Bhutan feiert seinen kleinen Kronprinzen. Wie das Königshaus am Samstag mitteilte, wurde der Prinz am Freitagabend in der Hauptstadt Thimpu geboren. Es ist das erste Kind für König Jigme Khesar Namgyal Wangchuck und Königin Jetsun Pema. «Unser Glück kennt keine Grenzen», schrieb das Königshaus auf seiner Facebook-Seite. Nach seiner Geburt wurde der künftige Drachenkönig als Erstes seinem Grossvater präsentiert. Auch seien alle wichtigen buddhistischen Riten abgehalten worden. (dpa)

Das Königspaar von Bhutan.

Allianz aus vier Ländern einigt sich auf Friedensfahrplan für Afghanistan

In Pakistan haben sich vier Länder auf einen Fahrplan für eine Friedenslösung in Afghanistan und direkte Friedensgespräche zwischen Kabul und den Taliban bis Ende Februar geeinigt. Das teilten die Teilnehmer aus Afghanistan, Pakistan, China und den USA am Samstag nach dem Ende ihrer dritten Gesprächsrunde mit. Details wurden nicht bekannt. Die Taliban nahmen an dieser Gesprächsrunde der Vier-Länder-Allianz in Islamabad nicht teil. Diese rief die Taliban ausdrücklich auf, sich am Friedensprozess zu beteiligen. Die Aufständischen

Pakistanische Delegation.

haben allerdings bereits erklärt, sie wollten erst dann mit der afghanischen Regierung verhandeln, wenn sie zuvor mit US-Vertretern gesprochen hätten und diverse andere Bedingungen erfüllt würden. (ap)

Bauern blockieren Autobahn

Aus Protest gegen die geplante Rentenreform haben griechische Landwirte am Samstag die wichtigste Verkehrsader des Landes gesperrt, nämlich die Autobahn Athen-Thessaloniki. Die Aktion sollte 24 Stunden dauern, sagte ein Sprecher der Bauern im Fernsehen. Er drohte damit, die Blockaden auszuweiten. Auch viele Freischaffende protestieren gegen höhere Beiträge an die Pensionskassen. Die Rechtsanwältin streiken seit fast zwei Wochen. Sie wollen ab Montag nicht mehr an Gerichtsverhandlungen teilnehmen. (dpa)

Twitter sperrt 125 000 Konten

Das soziale Netzwerk verstärkt die Bemühungen, seine Seiten nicht für terroristische Botschaften missbrauchen zu lassen. Roman Elsener, New York

Das amerikanische Online-Unternehmen Twitter hat seit Mitte letzten Jahres 125 000 Konten von Mitgliedern gesperrt, die mit terroristischen Aktivitäten drohten oder solche unterstützten. Der Kurzmittelungsdienst ist zum beliebten Rekrutierungswerkzeug von Terrororganisationen wie der Islamische Staat (IS) geworden. Ziel der Betreiber des sozialen Netzwerks ist es, eine wahre Flut von Konten extremistischer Gruppen einzudämmen. «Wir verurteilen die Nutzung von Twitter zur Förderung von Terrorismus», schrieb die Twitter-Leitung in einem Blog-Eintrag am Freitagabend. Die Regeln für die Nutzung des Dienstes verbieten jede Drohung mit Gewalt. Die Massnahme geschieht auch auf Druck der US-Regierung, die von den Online-Diensten eine bessere Zusammenarbeit im Kampf gegen

Bild auf dem Twitter-Konto der syrischen Nusra-Front, die dem Terrornetzwerk al-Kaida nahesteht. (7.7.2015)

Terrorismus fordert. Ein Sprecher des Weissen Hauses erklärte, Präsident Barack Obama unterstütze die Bemühungen von Twitter gegen den Extremismus. Man begrüsse die konstruktiven Schritte der privaten Partner. Auch Facebook, das weltweit grösste soziale Netzwerk, geht gegen

den die Förderung von Terrorismus entschieden vor. Trotzdem laufen laut Experten viele IS-Aktivitäten über die Online-Plattformen. Für die Internet-Unternehmen gestaltet sich das Vorgehen gegen Konten mit terroristischem Inhalt wie der Kampf gegen die Hydra: Kaum ist ein Konto ge-

335

Konten der Gruppe Asawitri Medien, die den IS unterstützt, hat Twitter gelöscht. Jedes Mal wurde ein neues eröffnet.

löscht, taucht ein neues mit ähnlichen Namen auf. Wie schwierig sich die Sperrung von Terror-Konten zuweilen gestaltet, zeigt das Beispiel einer Gruppe, die sich Asawitri Medien nennt und die Aktionen des IS unterstützt. Schon 335 Zugänge der Gruppe hat Twitter gelöscht, immer wieder wurden neue eröffnet. Konservative Kritiker beurteilten die Bemühungen deshalb als zahnlos. Twitter teilte nun mit, man habe die Zahl der Mitarbeiter, die Jagd auf extremistische Botschaften machten, erhöht und fragliche Konten könnten schneller gesperrt werden.

Laut liberalen Experten wird das Vorgehen aber zu einem Balanceakt: Zum einen sollen die Sicherheit gewährleistet sein und

terroristische Einträge zensuriert werden, zum anderen ist die freie Meinungsäusserung zu schützen. Wann genau ein Eintrag als terroristisch zu definieren ist, bleibt schwierig zu beurteilen. Klar könne gegen ein Video, das eine Entführung zeigt, vorgegangen werden. Wann aber ein Tweet «Terrorismus fördert» und wann er bloss eine anstössige Meinung vertritt, sei nicht leicht zu entscheiden, sagte Faiza Patel, Co-Direktorin des Programms der New York University für Freiheit und Nationale Sicherheit in amerikanischen Medien. Patel weist auch darauf hin, dass die Konten, wenn man sie nicht sperre, den Strafverfolgungsbehörden von Wert sein könnten bei der Untersuchung und Unterbindung der Online-Rekrutierung.

Twitter anerkennt, dass die begonnene Aufgabe nicht leicht sei: «Es gibt keinen magischen Algorithmus, um terroristische Inhalte im Internet zu identifizieren. Globale Online-Plattformen sind gezwungen, anspruchsvolle Entscheidungen basierend auf begrenzten Informationen und Anleitungen zu fällen.»

Iran lässt nun doch Reformer kandidieren

Der iranische Wächterrat hat den Ausschluss von 1500 Kandidaten von der Parlamentswahl widerrufen. Sie dürften sich Ende des Monats nun doch für die 290 Sitze im Parlament bewerben, meldete das Staatsfernsehen am Samstag. Insgesamt seien 6200 Kandidaten zugelassen worden.

Der Wächterrat befindet laut Verfassung über die Eignung von Parlamentskandidaten. Von den ursprünglich mehr als 12 000 Bewerbern sortierte er mehr als die Hälfte aus. Am stärksten traf das die sogenannten Reformer, die sich in besonders grosser Zahl gemeldet hatten. Sie stimmten zu wenig mit der Staatsauffassung des Wächterrates überein, hiess es. Neun Parteien kritisierten, dass von den einst 3000 Reformkandidaten nur noch 30 anreiten dürften. Allerdings wurden auch Konservative ausgeschlossen. Wie viele Reformer und wie viele Konservative von der jüngsten Kehrtwende betroffen sind, war zunächst nicht klar. (ap)

Festnahmen 26 Jahre nach Jesuitenmorden

El Salvador hat vier Militärs festgenommen, die an den Jesuitenmorden von 1989 beteiligt gewesen sein sollen. Matthias Knecht

Mehr als 26 Jahre nach der weltweit aufsehenerregenden Ermordung von sechs Jesuitenpatres in El Salvador zeigt sich das zentral-amerikanische Land gewillt zur Aufklärung. Die Polizei nahm vier der Tat verdächtige Militärangehörige fest, wie die Behörden gegenüber dem lokalen Online-Magazin «El Faro» bestätigten. Damit ist der erste Schritt vollzogen, um die Tatverdächtigen nach Spanien ausliefern zu können.

Inocente Orlando Montano

Dessen Staatsgerichtshof, die Audiencia Nacional, will den Militärs den Prozess machen. Die Morde an den Jesuiten am 16. November 1989 in der Hauptstadt San Salvador galten als trauriger Höhepunkt des blutigen Bürgerkrieges (1980 bis 1991). Fünf spanische Patres, einer aus El Salvador sowie eine Hausangestellte und ihre Tochter fielen der durch Militärs verübten Bluttat zum Opfer. Zwei an den Morden beteiligte Soldaten wurden nach dem Ende des Kriegs in El Salvador verurteilt, kamen aber kurz danach dank einer Amnestie frei. Der Krieg zwischen Militärregierung und linker Guerilla forderte insgesamt 70 000 Todesopfer.

Wegen der Jesuitenmorde hat die spanische Justiz 17 salvadorianische Militärangehörige international zur Verhaftung ausgeschrieben. Einer von ihnen, Inocente Orlando Montano, wurde in den USA gefasst, wo eine Bundesrichterin diese Woche die Auslieferung an Spanien billigte.

Die jetzigen Festnahmen in El Salvador sind somit ein weiterer Schritt zur juristischen Vergangenheitsbewältigung, doch steht diese erst am Anfang. Laut «El Faro» gehörten die nun Festgenommenen nicht zur damaligen obersten Führungsebene. Die eigentlichen geistigen Urheber der Tat sind laut der Zeitung nach wie vor nicht gefasst.

Taiwan Erdbeben bringt Hochhaus zum Einsturz

NZZ am Sonntag

Bei einem schweren Erdbeben im Süden Taiwans sind am Samstag mindestens 15 Personen ums Leben gekommen. Die meisten starben beim Einsturz

eines 17-stöckigen Wohnhauses in der Stadt Tainan, wie die Behörden mitteilen. Rettungskräfte suchten bis zum Abend in den Trümmern nach mehr als

100 Vermissten. Die Erdstösse der Stärke 6,4 hatten das Hochhaus zur Seite kippen lassen und wie ein Akkordeon gefaltet. Das legt den Verdacht nahe,

dass die verantwortliche Firma beim Bau im Jahr 1989 Fehler begangen hat. Fast 340 Personen konnten aus den Trümmern gerettet werden. (ap)

Der Impuls nach einem Attentat: Was für ein Mensch ist das, der da gerade andere Menschen getötet, schwer verletzt, zu Tode erschreckt hat? Warum hat er das getan? Was hat ihn zu einem Mörder gemacht? Und vielleicht auch noch: Wie hat er es gemacht? Das innere Sicherheitsbedürfnis verlangt nach Informationen, um einem ähnlichen Schicksal wie dem der Opfer zu entgehen.

VON CHRISTIAN MEIER

Der Kriminologe Frank J. Robertz und der Medienwissenschaftler Robert Kahr sagen, dass Antworten auf diese Fragen im Zweifel nicht in Medien veröffentlicht werden sollten. Zu viele Details über den Täter und den Tathergang erleichterten es potenziellen Nachah-

Aus den AUGEN, aus dem Sinn?

Kriminologen raten zu zurückhaltender Berichterstattung über Gewalttaten. Der Anspruch der Massenmedien ist, umfassend zu berichten. Ein unlösbarer Widerspruch

senmedien entgegen, die sich auf die Fahnen schreiben, möglichst viel Licht in das Dunkel zu bringen, in dem Verbrechen meistens liegen. In der Regel tragen Journalisten nach Anschlügen kleinste Details zu den jeweiligen Mördern zusammen, arbeiten dabei ähnlich wie Profiler der Kriminalpolizei.

Der Massenmord an der amerikanischen Columbine High School in Littleton war im Jahr 1999 zwar nicht der erste Amoklauf an einer Schule. Doch markierte er den Beginn einer medialen Inszenierungswelle von School Shootern, schreiben die Autoren. Kahr ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster. Robertz lehrt als Professor für Kriminologie und Sozialwissenschaften an der Fachhochschule der Polizei in Osnabrück. Nach Columbine kam es zu einer Vielzahl von Nachahmungstaten,

weltweit. Der Amokläufer von München wiederum bezog sich auf den rechtsextremistischen Attentäter Anders Breivik. Amokläufer wollen die Bühne, so wie Breivik. Noch immer werde er von einigen Medien als „eine Art abgründig böser Rockstar“ charakterisiert, sagt Kahr im Gespräch mit der „Welt“. Doch genau als Star wolle er sich sehen und wahrgenommen werden.

Viel besser sei es, Mörder wie Breivik als „arme Gestalten zu beschreiben, die es nicht geschafft haben, mit ihren Problemen fertig zu werden“. Formulierungen, die die Einmaligkeit oder besondere Schwere von Verbrechen betonen, sollten entsprechend vermieden werden. Ähnlich kritisch sei die Live-Berichterstattung über Anschläge, wie sie in München zu verfolgen war. Bilder und Videos aus sozialen Netzwerken seien „sehr schnell und ungefiltert“ von ein-

medien nach wie vor wesentlich und entscheidend“. Die französische Zeitung „Le Monde“ gab vor wenigen Wochen bekannt, sie wolle künftig keine Fotos von Terroristen mehr zeigen. Eine Entscheidung, über die seither kontrovers gestritten wird.

Die Entscheidung von „Le Monde“ komme einer Selbstzensur gleich, die dem Informationsauftrag der Medien entgegenstehe, entgegen Kritiker. Das Interesse der Allgemeinheit ist nach besonders brutalen Anschlügen hoch. Man will die Zusammenhänge verstehen, will sich ein Bild machen. Das geht nicht, ohne auch die Biografie eines Täters zu kennen. Ist eine Berichterstattung denkbar und wünschenswert, die im Stil einer Nachrichtenagentur die Tötung von 17 Menschen vermeldet und dann zum Wetter übergeht? Bloß keine Öffentlichkeit, und wenn schon, dann bloß keine Details? Verneint das nicht erst recht eine latente Verunsicherung in der Gesellschaft, auch Misträuen gegenüber Medien?

Der Kriminologe Frank Robertz argumentiert andersherum. Solche Berichte zeigten, „welche eindruckliche Wirkung nach Aufmerksamkeit suchende Menschen in unserer Gesellschaft erhalten, wenn sie schwere Gewalttaten begehen“. Sie töten und kommen dafür auch noch auf Titelseiten. Ein Dilemma, das sich letztlich nicht auflösen lässt. Denn was wiegt schwerer – das berechnete Erkenntnisinteresse der Gesellschaft, oder der präventive Schutz eben dieser Gesellschaft vor Menschen, die sich von Gewalttaten inspirieren lassen könnten?

Zwei Forderungen von Experten – Täter nicht heroisieren, keine Übernahme von Propagandamaterial – stehen keineswegs im Widerspruch zu journalistischen Prinzipien, ganz im Gegenteil. Ungleich schwieriger wird es, wenn es um die Beschreibungen von Taten geht oder dem Zitieren beispielsweise aus Abschiedsbriefen. Solche Beispiele gibt es vielfach – und sie sind aus journalistischer Sicht alles andere als verwerflich. Medien dürfen sich nicht dem Verdacht aussetzen, sie würden Informationen zu rückhalten – gleichzeitig müssen sie souverän entscheiden, wann eine Information zum Verständnis eines Hintergrundes nichts beiträgt, sondern womöglich nur Sensationsgier bedient. Es kommt auf die Art der Darstellung und den jeweiligen Kontext an. Auch der Deutsche Presserat ist hier gefragt, der zuletzt Ende 2010 einen Leitfaden zum Umgang mit Amokläufern veröffentlichte.

Nicht zu verkennen ist sowohl in amerikanischen wie in deutschen Medien eine Täterfixierung. Das Leid der Opfer ist immer Teil der Geschichten, die allzu detaillierte Beschreibung ihrer Schicksale gilt aber als verpönt, speziell die Veröffentlichung von Fotos. Richtig sei es, Opfer und Hinterbliebene zu schützen, sagen auch die Kriminologen Robertz und Kahr. Doch wenn beispielsweise der Überlebende eines Attentates oder der Angehörige eines Opfers sprechen wolle? „Dann halte ich es für richtig, ihm das Forum zu geben“, findet Kahr – „und nicht dem Täter, wie er es sich eigentlich erhofft hätte.“

Frank J. Robertz, Robert Kahr (Hrsg.): „Die mediale Inszenierung von Amok und Terrorismus“. Springer Berlin, 248 Seiten, 29,99 Euro.

mern, sich mit Mördern zu identifizieren. Sie befürchten „massive negative Effekte“, wenn Täter zu sehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Auf die Veröffentlichung ihrer Fotos solle darum verzichtet werden. Zwischen Amokläufern und Terroranschlägen muss zwar unterschieden werden. In beiden Varianten des Massenmordes geht es den Tätern aber um Aufmerksamkeit.

Eine bekannte Debatte wird nach Nizza, München, Würzburg und Ansbach neu aufgelegt. Park Dietz, ein forensischer Psychiater aus den USA, ging bereits 2009 so weit, von Medien zu for-

dern, sie sollten die Berichterstattung über Amokläufe „so langweilig wie möglich“ machen und auch nicht breit streuen. Was in Zeiten des Internets freilich utopisch anmutet. Auch nach den aktuellen Attentaten in Deutschland wurden im Internet veröffentlichte Fotos und Videos von Medien verbreitet, darunter ein Bekamer-Video des 17-Jährigen, der bei Würzburg Menschen in einem Zug mit einer Axt schwer verletzte. In dem Video fuchtelte der junge Mann mit einem Messer vor der Computerkamera herum. Könnte die Verbreitung des Videos andere gewaltbereite Männer antiften,

ebenfalls loszuschlagen? Die Wissenschaftler Robertz und Kahr haben gerade ein Buch im Springer-Verlag vorgelegt, das sich mit der „medialen Inszenierung von Amok und Terrorismus“ beschäftigt. Obgleich der Sammelband längst vor den Attentaten vom Juli geschrieben wurde, geht von ihm eine fast schon unheimliche Aktualität aus. Die Beiträge legen allesamt dar, dass Zurückhaltung der Medien aus kriminologischer Sicht das beste Rezept gegen weitere Gewalttaten ist. Dieser Ansatz steht den Interessen der meisten Mas-

Zwei Arten, Terroristen und Amokläufern den Ruhm zu verweigern: Die Titelseite der Berliner „BZ“ vom 27. Juli und ein gestrichelter Angeklagter im Düsseldorf Al-Kaida-Prozess 2014

sen Medien übernommen worden, kritisiert Kahr. Darunter eine Sequenz, in der der Täter auf weglaßende Menschen schießt.

Bei Terroranschlägen sprechen die Fachleute auch vom „mass-mediated terrorism“. „Sie wollen sich einen Platz in der Öffentlichkeit erkämpfen, indem sie Menschen töten.“

Aber ist es nicht so, dass beispielsweise der islamische Staat (IS) schon längst sein eigenes Medienzentrum aufgebaut hat, das die Hashtagschafften in alle Welt verbreitet? Das schon. Trotzdem, sagt Kahr, sei „die Wirkung in den Massen-

„Mit dem Westen hatte ich nichts im Sinn“

Eine sehr deutsche Karriere: Zum Tode des DDR-Schriftstellers Hermann Kant, dem seine Treue zum Honecker-Regime nicht gut bekam

Als Hermann Kant schon lange nicht mehr war, es mal gewesen, postierte er sich mit einem Schlafsack in der Hamburger Innenstadt. Um sich den Kapitalismus in seiner Vaterstadt mal gründlich von unten anzugucken. Ein paar Tage dauerte diese realistisch-sozialistische Studie für den neuen und, wie sich später erweisen sollte, nicht sonderlich erfolgreichen Roman. Vor sich hatte Kant ein „Nicht stören und nichts spenden“-Schild aufgestellt. Dass ihn dann tatsächlich keiner störte, hat ihn gekränkt. Dass einer wie er so abgemeldet sein konnte! So mausete.

VON BARBARA MÖLLER

Als die DDR zusammenbrach, sind nur wenige so tief gestürzt wie Hermann Kant. Der Mann, der „Die Aula“ schrieb und den großen Antikriegsroman „Der Aufenthalt“. Der auch vom Westen lange gefeierte Großschriftsteller der DDR. Dieser eine war ja der Beweis, dass die DDR-Literatur nicht nur Seghers-rot oder Strittmayer-grün sein konnte, sondern auch Kant-mokant. Komisch, ironisch.

Kant, der 1978 zum Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbands aufstieg

und im ZK der SED saß, war eine Figur, wie sie das Dritte Reich auch hervorgebracht hatte: aufs Höchste talentiert, brennend ehrgeizig und entschlossen, die Chance zu nutzen, die das Regime ihm bot. Und dabei durchaus bereit, sich die Hände schmutzig zu machen: Es war Kant, der im Verband die Parteilinie exekutierte.

Der im Juni 1979 ein Exempel statuierte, nachdem Stefan Heym seinen Roman „Collini“ im Westen unerlaubt erstveröffentlicht hatte. „Wer die staatliche Lenkung und Planung auch des Verlagswesens Zensur nennt“, verkündete Kant damals, „macht sich nicht Sorge um unsere Kulturpolitik – er will sie nicht.“ Kant leitete das Tribunal, das zum Ausschluss derjenigen aus dem Schriftstellerverband führte, die sich mit Heym solidarisierten. Er war es, der ihnen hinterherhöhte, wer sich „nach Bestseller-Country“ verziehe, der sei schon mal ein Stück weiter gewesen.

Der frühe Arbeiter- und Bauernstaat, der in seinem Weltbestseller „Die Aula“ 1965 so begeistert wie leichtdämbig beschrieben, war wie gemacht für einen wie ihn. Den Jungen aus Hamburg-Lurup, wo der Vater als Gärtner arbeitete und die Mutter in einer Fabrik. Wo nach der Volksschule Schluss war, ob-

wohl die Lehrer die Aufsätze des Achtjährigen den Großen vorlasen.

Mit dem Etwas-sein-Wollen hat es damals nicht geklappt. Eine Elektrikerlehre hat Hermann Kant in Hamburg machen müssen. Danach ist er in den Krieg gezogen. Er war 18, als der vorbei war. Die Erinnerung an die Leichenberge über die man ihn in Loda Spießruten laufen ließ, haben ihn 30 Jahre später dazu bewegt, den Mittläuferroman „Der Aufenthalt“ zu schreiben, sein bedeutendstes Buch.

Kant ist nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bewusst in die DDR gegangen und gleich in die SED eingetreten. Er wurde an die Greifswalder Arbeiter- und Bauernfakultät delegiert und ging nach dem Abitur zum Germanistikstudium an die Humboldt-Universität.

Er hatte Grund, dankbar und loyal zu sein. Zur ersten und einzigen Krise kam es, als sein Roman „Das Impressum“ 1969 auf Eis gelegt wurde. Das Buch sei, befand Walter Ulbrichts oberster Zensor, antisemitisch, philosemitisch und pornografisch.

Kant hat damals die Zähne zusammengebissen. „Ich war“, hat er später gesagt, „Partisekretär gewesen und bin es damals geblieben. Ich habe mich nicht aus der Rolle schubsen lassen, und das war eine Leistung.“ Ans Weggehen habe er keinen Augenblick gedacht. „Ich hatte ja nun wirklich mit dem Westen nichts im Sinn. So sehr ich Hamburg liebte – politisch waren wir keine Freunde, und die Vorstellung, ich hätte wieder in Lurup auftauchen sollen, na ja ...“ Kant mag es für ein großes Glück gehalten haben, dass Ulbricht 1971 gestürzt und durch Erich Honecker ersetzt wurde, zu dessen ersten Amtshandlungen es gehörte, das Erscheinsverbot für „Das Impressum“ aufzuheben. „Honecker“, das sah Kant ganz richtig, „wollte einen guten Auftritt als Freund der Arbeiterklasse, als Freund der Intellektuellen und der Kultur. Mit meinem Buch kam er groß raus und ich mit ihm. Er war dann mein Mann, ist doch klar.“

Kants Schreiben ist die Nibelungen-

treue nicht sehr gut bekommen – sein Stil bekam unter dem wuchernden Wust vor Girlanden etwas Kunstgewerbliches –, seinem Charakter auch nicht. Der Hochdekorierte (Heinrich-Heine- und Heinrich-Mann-Preis, Nationalpreis I. Klasse, Vaterländischer Verdienstorden in Silber, Ehrendoktor) hat nach der Wende zwar vehement bestritten, IM „Marx“ gewesen zu sein, aber die Beweise waren erdrückend. Kant, das hat man in den Akten der DDR, hat sich nachher nicht nur mit seinen Freunden und Kollegen nicht abgefunden, sondern den Scher-

gen des Regimes auch erklärt, war veröffentlicht oder diszipliniert werden sollte. Der hoch talentierte Herr Kant hat dem Staate Honeckers, man kann es leider nicht anders sagen, seine Seele verkauft. Er hat eine sehr deutsche Karriere gemacht.

Nach dem Mauerfall war er von eher trauriger Gestalt. Saß am Bücherstand, wie die PDS – damals Nachfolgepartei der SED, heute Vorläufer der Linken – ihre Parteilinie abbildete. Signierte für die Genossen seine bedenkenlos geschönte Autobiografie („Abspann“, 1991) oder die alten Aufbau-Exemplare seiner Bücher. Wirkte trotzdem verloren, in diesem engstirnigen Umfeld, in dem geschasste Funktionäre beleidigt das Wort führten. So klein war Kants Karo doch nicht, dass er da hineingepasst hätte. Für die letzten Jahre zog er sich an den Rand von Neustrelitz zurück, in die mecklenburgische Einsamkeit.

Als kleiner Junge, hat Kant erzählt, habe er sich gewünscht, dass die anderen angesichts dessen, was er zu machen in der Lage sei, „Oh!“ sagen sollten. Er hat viele Ohs erlebt. Nach langer Zeit, heute folgte heute das letzte. Der deutsche Schriftsteller Hermann Kant ist am Sonntagmorgen um 10.45 Uhr gestorben.

Auch im Westen geschätzt: Hermann Kant (rechts) mit Günter Wallraf während der Frankfurter Buchmesse 1977

DIE FRANKFURTER BUCHMESSE 1977

Flimmern und Rauschen

Stochern im Terrornebel Paris Es gab große Kritik an der zögerlichen Berichterstattung der ARD: Sie sollten sich ein Beispiel an CNN nehmen. Keine gute Idee

von Jörn Kruse

Um halb eins am Samstagmorgen hatte Dieter Weirich genug gesehen für ein abschließendes Urteil: "Erbärmliche Berichterstattung von ARD und ZDF zu den grauenvollen Attentaten in Paris", schrieb er da auf Facebook. Die ersten vagen Meldungen von Anschlägen in Paris waren da drei Stunden alt. "Wer aktuelle Bilder und intelligente Fragen gestellt sehen will, muss auf BBC, CNN oder TV 5 gehen." Was ARD und ZDF trieben, sei "peinlich für das angeblich beste Fernsehen der Welt".

Man mag kaum glauben, dass Weirich - 70 Jahre alt, einst CDU-Bundestagsabgeordneter und anschließend von 1989 bis 2001 Intendant der Deutschen Welle - in dieser Nacht tatsächlich CNN geschaut hat. Ja, der Sender war früh live auf Sendung. Als die ARD noch Matthias Opdenhövel aus dem Stade de France weitere Zusammenfassungen von Länderspielen anmoderieren ließ, hatte der US-Nachrichtensender bereits groß aufgeföhren: ModertorInnen saßen in New York und London, Experten waren dauerhaft zugeschaltet. Der altherwürdige Anchorman Wolf Blitzer hielt die Fäden in der Hand und führte durch die Nacht.

Doch die intelligenten Fragen, die Weirich bei ARD und ZDF so sehr vermisste, drehten sich um nichts anderes als islamistischen Terror, die vermeintliche Gefahr durch Zuwanderung in Europa und was Polizei und Geheimdienste nun dringend machen müssten. Klar, was soll man auch sonst besprechen mit einem permanent dazugeschalteten Experten, der einst beim FBI und bei der CIA gearbeitet hat? Die Kausalkette war wenige Stunden nach den Anschlägen, als die Geiseln noch im Konzerthaus Bataclan festgehalten wurden, eng geknüpft: Zuwanderung führt zu Terrorismus.

"Allerdings, Kent"

Vielleicht findet Weirich das sehr tiefgründig.

In einer Folge der "Simpsons" fragt der Nachrichtensprecher Kent Brockman einen Experten: "Würden Sie empfehlen, dass alle in Panik geraten?" Man hielt es an diesem Abend nicht für ausgeschlossen, dass der echte Anchorman Blitzer Ähnliches fragte. Der Experte bei den Simpsons antwortet übrigens: "Allerdings, Kent." Man hielt es an diesem Abend auch nicht für ausgeschlossen, dass der FBI-CIA-Experte von CNN eine ähnliche Antwort geben würde.

Dabei gilt CNN in den USA als Sender der Mitte. Relativ seriös, noch am wenigsten alarmistisch. Doch gerade das lässt einen mit einem mulmigen Gefühl zurück: Was ist in einer Gesellschaft passiert, wenn der Sender der Mitte solche Fragen stellt, solche Ängste schürt, so aggressiv und aufgeschreckt berichtet?

Es war ein Stochern im Terrornebel, das einen an die Attentate von Anders Breivik in Oslo und auf Utöya erinnerte, als sich vermeintliche Terrorismusexperten schnell einig waren, dass es sich um einen Angriff al-Qaidas handeln musste. Damals, 2011, bezogen die Öffentlich-Rechtlichen zu Recht Prügel, weil sie mitgespielt hatten. Weil sie ebenfalls vorschnelle Schlüsse zogen und Talksendungen ins Programm hoben, die sich nur um den islamistischen Terrorismus drehten, der zurück sei in Europa.

Diesmal waren sie vorsichtiger. Und auch dafür gab es Prügel. Schnell wurde bei Twitter und Facebook gefordert, doch die Berichterstattung vom Länderspiel abubrechen, ins Nachrichtenstudio zu wechseln und dort in den Livemodus zu schalten. Die ARD-Verantwortlichen hätten damit wohl auch den sichtlich mit sich ringenden Sportkollegen einen großen Gefallen getan. "Ich wollte nur, dass es zu Ende geht", sagte etwas Tom Bartels am Sonntag dem Sportinformationsdienst. Er hatte das Spiel Frankreich gegen Deutschland bis zum Abpfiff kommentiert: "Es war einfach nur furchtbar."

Doch die ARD blieb drauf. Beim Fußball. Bei Bartels. Bei Moderator Opdenhövel. Bei Experte Mehmet Scholl. Nur unterbrochen von kurzen "Tagesschau"-Sondersendungen. ARD-aktuell-Chef Kai Gniffke verteidigte beim Mediendienst dwdl.de dieses Vorgehen: "Zunächst sind viele Beobachter davon ausgegangen, dass das Stadion Schwerpunkt des Geschehens war. Entsprechend war es richtig, dass die Sport-Kollegen direkt von dort über die Ereignisse abseits des Spielfelds berichtet haben."

Und es stellt sich die Frage: Was hätten die KollegInnen aus der Nachrichtenzentrale in Hamburg zu dem Zeitpunkt überhaupt berichten können? Sie hätten es machen können wie CNN: die immer gleichen Bilder von Polizisten auf Motorrädern, Blaulicht, Absperrbändern.

Die immer gleichen Fragen nach Terrorursachen und Sicherheit. Am Ende hätten sie sich wieder in die Falle gelabert. Trotzdem: Die Aufregung - vor allem bei Twitter - war groß. Tenor: Bescheuerte ARD! Macht endliche euren Job!

Journalismus braucht Zeit

Aber vielleicht sollten auch wir Nutzer endlich lernen, unseren Job ordentlich zu machen. Denn gesicherte Informationen brauchen ein

Suche nach "terrorismus UND (kritik ODER selbstkritik) UND (journals* ODER medien)" von 07.01.15 bis 31.05.17
Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

Der Presserat ist hochaktiv

Die Einrichtung zur Selbstkontrolle stellt fest: Die Zahl der Beschwerden ist um über 50 Prozent gestiegen. Manchen Medien ist der Schutz der Persönlichkeit völlig egal.

MAG. ALEXANDER WARZILEK,
Geschäftsführer des Öst. Presserats

Vor Kurzem zog der Presserat, die Selbstkontrollenrichtung der Zeitungen und Zeitschriften, Bilanz für das Jahr 2014. Die beiden Senate der Ethikkommission befassten sich mit Beschwerden zu 238 Zeitungsartikeln und stellten in 35 Fällen Verstöße gegen den „Ehrenkodex für die österreichische Presse“ fest.

Zum Vergleich: Im Jahr 2013 langten beim Presserat 155 Beschwerden ein. Die Zahl der Beschwerden ist also um über 50 Prozent gestiegen.

Ein Blick auf die interessantesten Entscheidungen der Ethikwächter aus dem vergangenen Jahr:

Der Presserat beschäftigte sich mehrmals mit der Berichterstattung über Muslime, Terrorismus und Dschihadismus. Zwei Beispiele: In einer seiner Entscheidungen rügte der Rat die „Kronen Zeitung“, weil sie ein Bild von einem jemenitischen Buben veröffentlichte, das ihn mit einem arabischen Dolch bei einer traditionellen religiösen Feier zeigt. Im Begleittext dazu hieß es: „Früh übt sich der Dschihadist von morgen.“ Der Presserat bewertete den Artikel als eine Pauschalverunglimpfung von Muslimen.

Ein anderer Fall betraf die Gratis-Tageszeitung „Heute“. Auf deren Facebook-Seite wurde den Usern die Frage gestellt, ob das IS-Video über die Enthauptung des amerikanischen Journalisten James Foley „echt oder unecht“ sei. Darunter befand sich ein Link zu einem Artikel auf der „Heute“-Webseite, der wiederum einen Link zu dem Enthauptungsvideo enthielt.

In dieser Veröffentlichung sah der Presserat eine schwerwiegende Verletzung des Persönlichkeits-

schutzes des Ermordeten und seiner Familie; die Aufbereitung durch das Medium kam im Ergebnis einer Aufforderung an die User gleich, sich das Video anzusehen. Dem Medium ging es offenbar darum, mit dem Enthauptungsvideo möglichst viele Klicks auf der eigenen Webseite zu generieren, so der Presserat.

Der Persönlichkeitsschutz wurde laut Presserat auch bei einer Foto-

Kaufangebote in Visitenkartenform anbringen, als „schwarze Plage“ bezeichnet. Dadurch wurde nach Ansicht des Presserats eine Gruppe von Menschen pauschal mit einem Übel oder einer Last gleichgesetzt.

Zudem verurteilte der Presserat die Verwendung des Begriffs „Negerkinder“ in einem Kommentar in einer südtirolischen Wochenzeitung, in dem die Kürzung der Ent-

„fremdartig, bildungsfern, ekelerregend und ohne Eigentumsempfinden“ beschrieben. Der Presserat qualifizierte dies als menschenverachtend.

Gerügt wurde auch die Tageszeitung „Österreich“. Sie führte als Motiv für den Suizid Robin Williams an, dass er finanzielle Schwierigkeiten gehabt habe. Außerdem wurde darüber spekuliert, ob seine Ehe gescheitert war. Schließlich wurde die Art und Weise seines Suizids detailliert geschildert. Der Presserat bewertete den Artikel als Verstoß gegen Punkt 12 des Ehrenkodex, wonach bei Suiziden besonders zurückhaltend zu berichten ist. Der Ethikrat verwies auch noch auf die Gefahr, dass die genaue Schilderung der Suizidmethode dazu führen kann, dass andere Menschen, die suizidgefährdet sind, die Methode nachahmen.

Abschließend noch ein eher kurioser Fall: Ein Vorarlberger Wirt beschwerte sich wegen einer negativen Restaurantkritik im Magazin „Falstaff“. Sein Tafelspitz wurde als „Zäh wie ein Pferdesattel“, die Zustände in der Küche wurden als „alle Horrorgeschichten sprengend“ beschrieben. Moniert wurde in dem Beitrag auch noch, dass zu dem Fleischgericht Salzkartoffeln statt Rösti serviert wurde.

Der Presserat hielt fest, dass Restaurantkritiken als Meinungen und subjektive Wertungen einzustufen sind und deshalb die Pressefreiheit besonders weit reicht. Seiner Auffassung nach war die Passage über die „Horrorgeschichten in der Küche“ als Reaktion auf einen aus der Sicht des Kritikers ungenießbaren Tafelspitz mit falscher Beilage zwar hart, aber noch von der Meinungsfreiheit gedeckt.



Jeder Mensch hat Persönlichkeitsrechte, auch in der Massengesellschaft.

strecke des Onlinemagazins „vice“ missachtet. Darin wurden Bilder verwendet, die Besucher des Donauinselsfestes in kompromittierenden Situationen zeigen, etwa wie sie sich übergeben oder im Gebüsch urinieren.

Eine Diskriminierung aus ethnischen Gründen stellte der Presserat bei einem Artikel in einer Wiener Bezirkszeitung fest. In dem Artikel wurden Nigerianer, die an Autos

wicklungshilfe gefordert wurde. Nach Meinung des Senats gab es bei den Begriffen „Neger“ oder auch „Negerkinder“ einen Bedeutungswandel; mittlerweile werden sie von den meisten Menschen als diskriminierend betrachtet.

Eine krasse Diskriminierung gab es überdies in der rechtskonservativen Wochenzeitschrift „Zur Zeit“. Dort wurde die Volksgruppe der Roma und Sinti in einem Artikel als

Nachbarn können Behörde in Schwung bringen

Verwaltungspolizeiliche Aufträge: Eine Vereinheitlichung der Regelungen wäre wünschenswert.

HON.-PROF. DR. JOSEF DEMMELBAUER,
Ried im Innkreis

Werden bestimmte öffentliche Interessen und/oder Rechte Dritter durch vorschriftswidrige Handlungen oder Unterlassungen eines nach Gesetz oder Bescheid Verpflichteten beeinträchtigt, so stellen die Verwaltungsvorschriften den Verwaltungsbehörden unabhängig von der Einleitung eines Strafverfahrens Handhaben dagegen zur Verfügung. Neben Aufsichtsmaßnahmen sind dies auf die jeweilige Tätigkeit bezogene behördliche Anordnungs- und Untersagungsbefugnisse.

Am bekanntesten sind wohl die „Einstweilige(n) Zwangs- und Sicherheitsmaßnahmen“ des in Rechtsprechung und Literatur reich durchackerten § 360 GewO. Ähnliches trifft auf wasserpolizeiliche Maßnahmen zu, so z. B. auf den jedermann zur Reinhaltung der Gewässer verpflichtenden § 31 WRG. Dazu sei auf die im März 2015 im Verlag Österreich erschienene Monografie von Teresa Weber (Univ. Salzburg), „Umweltschutz durch Rechtsschutz“, S. 199ff, verwiesen.

Zum „alten“ Recht gehören die in den jeweiligen Baugesetzen der

Länder enthaltenen Bauaufträge. Dazu sind die Erläuterungen von Neuhofer¹ zu den §§ 41, 48 und 49 der Öö BauO 1994 hilfreich, außerdem sei auf den mit „Sicherungsmaßnahmen“ überschriebenen § 31 des Denkmalschutzgesetzes verwiesen. Aus der Fülle der im Lauf der Zeit zum „alten Bestand“ hinzugekommenen behördlichen Aufträge oder Anordnungen – die Terminologie hierfür ist nicht einheitlich – hat die Rechtsprechung zuletzt bei einigen Gesetzen einen Gleichklang der Voraussetzungen für derartige Aufträge aufgezeigt, teils aber Un-

SN-THEMA Verwaltungsrecht

terschiede. Diese können vielfache Gründe haben, etwa einen, der in der Unterschiedlichkeit der Materie liegt, oder einen, der aus der verschiedenen Entstehungszeit kommt oder der im jeweiligen Bundesressort oder im gewachsenen – unterschiedlichen – Landesrecht begründet ist, vielfach auch in unüberbrückbaren Interessengegensätzen u. a.

Strittig ist oft, ob insbes. dem Nachbarn ein Antragsrecht auf die

Erlassung behördlicher Aufträge im Bau-, Gewerbe-, Abfall-, Wasser-, Naturschutzrecht u. a. zusteht. Hierzu trifft das einen Nachbarantrag auf Erlassung eines Behandlungsauftrags nach § 73 des Abfallwirtschaftsgesetzes des Bundes (= AWG 2002) betreffende Erkenntnis (= Erk) des VwGH vom 25. 9. 2014, 2013/07/0060, wertvolle, über den Anlassfall hinausgehende Aussagen, indem es neben der Klärung der Antragslegitimation im Anlassfall die bisherige Rechtsprechung zu vergleichbaren Bestimmungen in der GewO, im Mineralrohstoffgesetz (MinroG), im WRG und im Baurecht vorstellt.

Aus dem zit. Erk geht hervor, dass sich die Parteistellung des Nachbarn in Genehmigungsverfahren nicht auch auf ein etwaiges verwaltungspolizeiliches Verfahren erstreckt, es sei denn, dass das jeweilige Materienrecht räumt ihm ausdrücklich Parteistellung ein, die er im Fall des § 138 Abs. 1 WRG durch Antragstellung erwirbt.

Auch dort, wo ein Antrag des Nachbarn mangels Antragslegitimation zurückzuweisen ist, kann er als Anregung zum behördlichen Einschreiten angesehen werden. Notwendige Maßnahmen zu ergrei-

fen ist ja Amtspflicht der Behörde.

Insbesondere dort, wo die dingliche Wirkung von Bescheiden gesetzlich nicht ausdrücklich festgeschrieben ist, wird auch darüber gestritten, ob ein vom Verpflichteten nicht erfüllter rechtskräftiger behördlicher Auftrag dinglicher Natur ist, also wie z. B. eine Baubewilligung gleichsam an der Sache klebt und somit den Rechtsnachfolger bindet. Dazu liegt ein in RdU 01/2015/28 abgedrucktes Erkenntnis des VwGH vom 20. 2. 2014 vor, das eine Gemeinde betrifft, die ein bereits kontaminiertes Grundstück gekauft hatte.

Es wäre zu wünschen, dass dort, wo es die Gleichartigkeit der zu regelnden Materien zulässt, zur Vermeidung unnötiger Streitigkeiten auch gleichartige Regelungen geschaffen werden. Allerdings ist das nicht leicht, weil viele – kleine – Unterschiede der Rechtsmaterien in der Natur der Sache liegen.

¹ Stb. des Salzburger Kuratoriums zur GewO von Grabner/Stolzlechner/Wendl, Manz.
² Oberösterreichisches Baurecht Bd 1, 7. Aufl. 2014, und Ergänzungsband 2015, jeweils Trauner Verlag, Linz 2014 bzw. 2015.

³ Unfassend: Pauger, Dingliche Bescheid, ZfV 1984, H. 2, 91ff und H. 3, 250ff. Stb. auch B. Raschauer, Allgemeine Verwaltungsrecht (2013) Rz 1125ff.

Recht – speziell für Sie



Dr. Martin Kind,
Univ.-Doz. für
Öffentliches
Recht, Uni Wien.

Bewerbung

„Ich habe mich um eine Leitungsfunktion in der Verwaltung beworben. Meiner Meinung nach bin ich bei der Bestellung zu Unrecht nicht an erste Stelle gerufen worden. Was kann ich tun?“

Das Stellenbesetzungsgesetz verpflichtet zur öffentlichen Ausschreibung von Stellen. Das für die Besetzung zuständige Organ hat die Stelle „ausschließlich auf Grund der Eignung der Bewerber zu besetzen“. Dabei ist die Eignung insbesondere aufgrund fachlicher Vorbildung und bisheriger Berufserfahrung der Bewerber, ihrer Fähigkeit zur Menschenführung, ihrer organisatorischen Fähigkeiten und ihrer persönlichen Zuverlässigkeit festzustellen.

Sie können eine Schadenersatzklage gegen den Rechtsträger einbringen. Es gilt: Der bestgeeignete Bewerber soll ernannt werden. Bei einer Stellenbesetzung einer Leitungsposition haben die zuständigen Organe bei mehreren Bewerbern die Stelle mit dem bestgeeigneten Bewerber zu besetzen. Welcher Kandidat als besser geeignet befunden wird, hängt nicht nur von einigermaßen vergleichbaren Kriterien wie Ausbildung und Berufserfahrung ab. Es kommt auch wesentlich auf, wie erwähnt, nicht messbare Faktoren wie Menschenführung, Organisationstalent und persönliche Zuverlässigkeit an.

Erbsfragen

„Meine Schwester hat sich des Erbes entschlagen. Nachträglich stellte sich heraus, dass der Erbverzicht meines Bruders unwirksam ist. Kommt mir als vormals einzigem anderen gesetzlichen Erben der Erbe meiner Schwester zu? Oder steht das Erbrecht zur Hälfte meinem Bruder zu?“

Die Erklärung, auf eine Erbschaft zugunsten einer bestimmten Person zu verzichten, ist als Erbschaftsschenkung oder Erbschaftsverkauf zu behandeln. Sie bedarf daher der Annahme und unterliegt der Formpflicht. Diese Formpflicht wird nicht durch die Entschlagsklärung und die Erbantrittserklärung des Begünstigten erfüllt.

Wäre die Entschlagsklärung Ihrer Schwester unter der Bedingung gestanden, dass Sie den dadurch frei werdenden Erbe teil erhalten (wofür es allerdings ebenfalls keinen Anhaltspunkt gibt), so wäre sie wegen der Bedingungenfehlheit von Verfallenserklärungen unzulässig und wirkungslos gewesen. Dies hätte Ihrer Schwester im weiteren Verfahren eine Erbantrittserklärung ermöglicht, was zur Drittelung des Nachlasses geführt hätte. Ohne solche Erklärung fällt der Nachlass Ihnen und Ihrem Bruder je zur Hälfte zu.

skysoft

Flimmern und Rauschen

Der andere Islam VORURTEILE Wenn Muslime im Fernsehen auftauchen, geht es meist um Terrorismus. Ein Onlinesender will mit positiven Bildern dagegenhalten

VORURTEILE

VON FÉLICE GRITTI

Der Imagefilm von Alchemiya scheut weder Pathos noch Kitsch: Ein Muslim kniet nieder zum Gebet, die Bilderbuchfamilie kuschelt mit Tablet auf der Couch, prunkvolle Moscheen blitzen auf, Wolkenkratzer sind zu sehen. Hier ist die muslimische Welt schön und heil, modern und voller Glanz. Die britische Video-on-Demand-Plattform Alchemiya will genau diese Welt zeigen. Denn - ob es Pegida-Anhänger nun gefällt oder nicht - auch sie gibt es, wenngleich der mediale Schatten von IS, Boko Haram und Konsorten sie zuweilen verschluckt. "Wir fokussieren uns auf das Positive", sagt Navid Akhtar, Gründer und Geschäftsführer des Londoner Start-ups. "Uns geht es darum, muslimisches Leben und muslimische Kultur abzubilden."

Noch aber ist Alchemiya gar nicht online, nur ein Musikvideo und der Imagefilm sind bisher zu sehen. Gegenwärtig läuft eine Crowdfunding-Kampagne, denn das Projekt verzichtet auf größere Investoren - laut Akhtar der Unabhängigkeit zuliebe. Die Beta-Version der Plattform soll im ersten Quartal dieses Jahres fertig sein, die ersten Abonnenten sind schon gewonnen. Ein muslimischer "Lifestyle Channel" wolle man sein: Spielfilme, Dokumentationen, Sendungen über Mode, Reisen, Essen, all das soll Alchemiya zeigen. Glücksspiel, Nacktheit oder Sexualität hingegen nicht, missionarischen Eifer allerdings auch nicht: "Unsere Inhalte gründen auf muslimischen Werten, aber sie werden den Islam nicht vorschreiben, sondern beschreiben."

Was genau Alchemiya sein will, versteht man besser, wenn Akhtar über seine Beweggründe spricht. Im Grunde genommen will er Fernsehen für sich selbst machen. Der 47-jährige Sohn pakistanischer Einwanderer ist in London aufgewachsen und kann zurückblicken auf über 20 erfolgreiche Jahre im britischen Fernsehen, hauptsächlich bei BBC und Channel 4. Alchemiya wendet sich an Muslime wie ihn: modern, erfolgreich, gebildet, gleichzeitig aber ihrem Glauben und ihren Traditionen verbunden. Diesen Muslimen hat Akhtar den Namen "Global Urban Muslims" verpasst - "GUMmies". Auf der ganzen Welt, behauptet er, vereinen sie modernes Leben und Glauben in einer eigenen Identität und Lebensweise.

Eine diverse Gruppe

Diese GUMmies, so Akhtar, würden durch die im Westen bestehenden Medien nicht versorgt: "Die meisten Qualitätsinhalte reflektieren die Kultur und Geschichte der westlichen Welt, nicht die der muslimischen." Zudem: Wenn über den Islam berichtet werde, dann meist negativ. "Die muslimische Gemeinschaft", sagt Akhtar, "sehnt sich nach einer Bestätigung ihrer Identität." Anders gesagt: Muslime finden sich nicht wieder in dem, was über ihr Leben, ihren Glauben und ihre Werte geschrieben und gesendet wird.

Das allerdings gilt nicht nur für die von Akhtar als GUMmies deklarierten Muslime. Ohnehin taugt der Begriff wohl nicht zu viel mehr als zu PR-Getöse, wie die Kommunikationswissenschaftlerin Sabrina Schmidt deutlich macht: "Inwiefern sich eine transnationale muslimische Großstadtidentität entwickeln konnte, die Muslime in New York, Berlin, Kairo oder Jakarta verbindet, ist fraglich." Muslime in mehrheitlich nichtmuslimischen Gesellschaften handelten ihre Religiosität unter besonderen Bedingungen aus, hinzu kämen eine Reihe lokaler und individueller Unterschiede, welche die muslimischen Großstädter weltweit zu einer diversen Gruppe machten - "mit entsprechend unterschiedlichen medialen Bedürfnissen und Interessen". Akhtars Grundaussage aber stimmt Schmidt zu: Muslime im Westen sind medial unterversorgt. "Was fehlt, ist die Darstellung muslimischen Alltags, des normalen Lebens", bestätigt die Wissenschaftlerin, die an der Uni Erfurt über Islamfeindlichkeit, Rassismus und Medien forscht.

Alchemiya betritt zu einem Zeitpunkt die öffentliche Bühne, der den Gedanken nahelegt, das Projekt wolle nicht nur eine Marktlücke schließen, sondern auch politisch wirken: Islamophobie grassiert, die negativen Schlagzeilen reißen nicht ab. Auch aus diesem Grund würde Bekir Alboga, Generalsekretär des Ditib, des Dachverbands der türkisch-islamischen Moscheegemeinden in Deutschland, ein deutsches Alchemiya begrüßen: "Den Abbau von Ängsten und Vorurteilen würde das sicher positiv beeinflussen." Gerade nach den Terroranschlägen von Paris fühle Alboga sich stigmatisiert, ausgegrenzt, alleingelassen. Den unbedingt zu vermeidenden Generalverdacht, von dem dieser Tage so viel zu hören ist, den spüre er jeden Tag.

Tatsächlich ist das Bild, das deutschen Medien vom Islam zeichnen, verheerend. Professor Kai Hafez, an dessen Lehrstuhl an der Uni Erfurt auch Sabrina Schmidt forscht, veröffentlichte bereits im Jahr 2007 eine erstaunliche Studie: Ihr zufolge sind 80 Prozent der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung über den Islam negativ. Daran habe sich bis heute nicht viel geändert, versichert Schmidt. Die Medien - und nicht nur die öffentlich-rechtlichen - präsentierten den Islam überwiegend im Zusammenhang mit Krieg, Gewalt und Terror. Für Bekir Alboga von Ditib ist ein ausgewogenes Islambild nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Vor allem sei es wichtig für ein Zusammenrücken der Gesellschaft: "Die muslimische Gemeinschaft würde nicht mehr jede Kritik als Beleidigung aufnehmen, sie würde eine innere Stabilität erhalten, mehr Selbstbewusstsein." Je mehr Selbstbewusstsein man habe, desto mehr Mut habe man, auf den anderen zuzugehen. Durch eine positive Darstellung des Islams, so Alboga, könnten Angebote wie Alchemiya dazu beitragen, solch Selbstbewusstsein herzustellen.

Fox News zeigt IS-Mordvideo und erntet Kritik

Der US-Sender stellte den Folterfilm auf seine Website und zeigte Bilder in seinem Live-Programm.

22 Minuten dauert der Propagandafilm der Terrorarmee des Islamischen Staates (IS), der zeigt, wie der 26-jährige jordanische Kampfpilot Muath al-Kasasbeh in einem Käfig bei lebendigem Leib verbrannt wird. Wer einen sehr starken Magen hat, kann sich diese Bilder auf der Website des amerikanischen Fernsehsenders Fox News in voller Länge ansehen. Der Sender zeigte zudem am Dienstagabend im Rahmen seines Programms ein Standbild aus dem Mordvideo, „Die Bilder sind brutal, sie sind drastisch, sie sind verstörend“, kündigte der Moderator Bret Baier an. „Möglicherweise wollen Sie sich wegrehen. Möglicherweise wollen Sie jetzt Ihre Kinder aus dem Zimmer schicken. Aber wir zeigen Ihnen das, um Ihnen die Realität des islamischen [sic] Terrorismus vor Augen zu führen und ihn als solchen zu benennen.“

Die Frage sei dahingestellt, für wie verroht oder ahnungslos man seine Zuseher halten muss, um es als notwendig zu erachten, ihr Bewusstsein für die Grausamkeit der IS-Terroristen mit solch entsetzlichen Bildern wecken zu müssen. Jedenfalls gab es seither scharfe Kritik an Fox News – und zwar, bemerkenswerterweise, auch aus den eigenen Reihen. „Wieso machen wir es für die Leute leichter, diese monströsen Aufnahmen zu sehen“, fragte der Fox-Medienkommentator Howard Kurtz am Mittwochabend in der populären Sendung „The Kelly File“. Es missfalle ihm, wie Fox News „dabei hilft, jene Angst zu verbreiten, die IS so dringend verbreiten will“.

Kein anderer US-Sender tat dies, auch die Zeitungen verzichteten auf Bilder vom Todeskampf des Piloten – so auch der US-Ableger des katarischen Staatssenders al-Jazeera. „Der Sender, der fälschlich behauptete, dass al-Jazeera Enthaltungen zeigt, strahlt nun echte Hinrichtungen aus“, ätzte der al-Jazeera-Produzent Jeremy Young. Das stimmt zwar, unschuldig im Krieg der Bilder ist der katarische Sender aber nicht: Im September veröffentlichte er einen Bericht, in dem er die ebenfalls gefilmten Köpfe der US-Journalisten James Foley und Steven Sotloff durch IS-Terroristen als unglaubwürdig und Produkte von Hollywood verhöhnte – allerdings, fernab der globalen englischsprachigen Öffentlichkeit, auf seiner arabischen Website. (go)

„Datum“ spürt nach Aufdeckergeschichte Anzeigenrückgang

Nach Berichten über gefälschte Postings in Web-Foren haben drei Unternehmen Anzeigen storniert.

Das Monatsmagazin „Datum“ muss für eine seiner Aufdeckergeschichten büßen. Im Vorjahr hatte das Magazin über die Arbeitsweise der Wiener PR-Agentur Modern Mind Marketing berichtet, die Poster dafür bezahlt hatte, PR-Kommentare über Kunden wie ÖBB, Bank Austria oder die ÖVP Wien im Netz zu verbreiten. Wie das „Wirtschaftsblatt“ nun erfahren hat, hat die Berichterstattung finanzielle Konsequenzen für das „Datum“. Chefredakteur Stefan Kaltenbrunner bestätigte, dass drei große Unternehmen „Anzeigen zu rückgezogen und gebuchte Aufträge storniert“ haben, zudem seien Anzeigen in „spürbarem Ausmaß“ storniert worden.

Das „Wirtschaftsblatt“ berichtet weiters, eine große österreichische Handelskette habe kürzlich so Druck auf eines der größten Wirtschaftsnachrichtenmagazine ausgeübt, „dass dieses eine geplante Geschichte über die Handelskette eingestampft hat“. Der PR-Ethikrat sieht die Methode, kritische Berichte mit Anzeigenentzug zu bestrafen, als „überkommen und unprofessionell“ an. (red.)

Denkmal für den Albertina-Retter

Museen. Die Tietze Galleries für Druckgrafik und Zeichnungen sollen an den engagierten Kunsthistoriker Hans Tietze (1880-1954) erinnern. Neuorganisation der Ausstellungssäle.

VON BARBARA PETSCH

Wien 1918. Der Erste Weltkrieg ist zu Ende, die Donaunamarchie zusammengebrochen. Was wird aus den gewaltigen Kunstschatzen der Habsburger, wie können sie erhalten werden? Zum Beispiel die Albertina. Zweimal wäre sie beinahe in die USA verkauft worden, 1919 und 1936. Vorverträge mit dem Harvard-Museum waren bereits unterzeichnet.

Da tritt der Kunsthistoriker Hans Tietze auf. Er steht den Sozialdemokraten nah, ist Kunstkritiker der „Arbeiter-Zeitung“ und startet eine flammende Kampagne gegen den Ausverkauf der Kunstschatze. Tietze wurde 1880 in Prag geboren, 1894 übersiedelt die jüdisch-deutsche Familie nach Wien, Tietze studiert Erica, Geschichte, Kunstgeschichte. Er heiratet Erica Conrat, beide konvertieren zum Protestantismus. Ab 1933 hält sich Tietze immer häufiger im Ausland auf, 1938 emigriert

das Paar in die USA. Tietze stirbt 1954 in New York, seine Frau folgt ihm vier Jahre später. „Die Albertina verdankt Tietze ihre Existenz, er hat aber noch weitere Verdienste“, erklärt Albertina-Direktor Klaus A. Schröder. „Er führte 500.000 Werke der Hofbibliothek mit den wunderbaren Beständen Prinz Eugens mit der Albertina zusammen. Durch den Verkauf von Dubletten konnte diese weitere Erwerbungen tätigen. Als Beamter im Unterrichtsministerium 1919 bis 1925 sorgte Tietze dafür, dass die Museumslandschaft neu organisiert wurde, er begründete das, was heute die Bundesmuseen sind.“

Sturtevant, Munch, Kubin, Feininger

Tietze publizierte gemeinsam mit seiner Frau Erica. Die Barock-Spezialistin, die als erste Frau an der Universität Wien in Kunstgeschichte promoviert, schuf den bis heute gültigen Katalog altdeutscher Zeichnungen der Albertina“ (Schröder). Mit den neuen

Tietze Galleries for Prints and Drawings in der Albertina will Schröder dem engagierten Wissenschaftler, visionären Kunstbeamten und seiner Frau ein Denkmal setzen. Dafür wurden die Kahn Galleries geteilt. Gleichzeitig werden die Ausstellungssäle neu organisiert: „Die permanente Schausammlung der Klassischen Moderne, von Monet bis Picasso, ist jetzt immer in den Kahn Galleries, gegenüber ist die neue Tietze-Galerie. Die Pfeilerhalle wird unsere permanente Ausstellungs- und Präsentationshalle für Fotografie. Für große Ausstellungen haben wir dann immer noch die Bastelhalle.“ Aus konservatorischen Gründen können Zeichnungen immer höchstens drei Monate gezeigt werden.

Eröffnet werden die jetzt noch leeren Tietze Galleries am 14. Februar mit „Drawing Double Reversal“ über die Amerikaner Elaine Sturtevant, die ab den 1960er-Jahren Werke von Roy Lichtenstein, Andy Warhol und Robert Rauschenberg wiederholt und damit die Frage nach Kreativität, Originalität und dem geistigen Eigentum gestellt hat.

Museumssterben in kleineren Städten?

Im Mai folgt eine Edvard-Munch-Schau, die dessen Pionierleistungen in der Druckgrafik anhand von 80 Werken aus Privatbesitz beleuchtet. Weitere Ausstellungen in den Tietze Galleries widmen sich der Freundschaft von Lyonel Feininger und Alfred Kubin (ab September 2015) sowie „Französischen Meisterwerken der Albertina“ (2016).

600.000 Besucher hatte die Albertina letztes Jahr, die Museumslandschaft sei wieder einmal stark im Umbruch, erklärt Schröder. In den letzten Jahrzehnten strömten große neue Besuchergruppen aus dem Ostblock, China, Indien, Russland und Afrika, „das ja nicht nur aus Nigeria besteht“, in Metropolen wie Paris, London und Wien, der Mittelstand wächst und erfreut sich an Highlights: „Ich gehe nicht mehr in den Louvre, weil es mir dort einfach zu voll ist.“

Kunsthistorisches Museum, Belvedere, Albertina profitieren von dem gewissen globalen Interesse, das ihnen mehr Geld durch Eintritte bringt, dieses brauchen sie auch, weil die Budgets vom Staat nicht oder wenig erhöht werden und etwa in der Albertina seit der Finanzkrise Sponsorengelder zurückgegangen sind. Landesmuseen oder Museen in kleineren deutschen Städten werden sich aber schwer halten können, sie haben weniger Besucher und auch gleich bleibende Budgets: „Ich fürchte, dass es abseits der Metropolen in vielen Städten Europas in den nächsten zehn bis 20 Jahren zu einem Museumssterben kommt, das aber nicht die Bundesmuseen treffen wird“, sagt Schröder.



Hans Tietze, 1929. Wissenschaftler, visionärer Kunst-Beamter nach dem I. Weltkrieg, er floh vor den Nationalsozialisten 1938 in die USA. Die Albertina benennt ihre neuen Grafik-säle nach ihm und seiner Frau Erica. (Österreichische und Grafische Sammlung PGR)

„The Dish“ is dead: Andrew Sullivan hört auf

Medien. Nach 15 Jahren dreht Andrew Sullivan heute seinen Blog The Daily Dish ab. Auch seine Ko-Gründer werden ihn aus Kostengründen nicht weiterführen. Dabei war er auch Vorreiter für Bezahlinhalte im Netz.

VON ANNA-MARIA WALLNER

Andrew Sullivan war lange vor allen anderen da. Vor dem Start der Meinungsseiten Daily Beast und Huffington Post und vor der Geburt von Mikroblogging-Diensten wie Tumblr ging sein Daily Dish online. Der gebürtige Brite lebt seit den Achtzigerjahren in den USA und hat ab dem Jahr 2000 begonnen, Texte und Meinungsbeiträge zu politischen und gesellschaftlichen Themen auf seinem Blog The Daily Dish zu veröffentlichen. Weil seine Leserschaft immer größer wurde, erhielt er bald Angebote von großen Medienunternehmen – und sein Blog war zeitweise auf der Website von „The Atlantic“ und über das eingangs erwähnte Daily Beast erreichbar.

Erst 2013 kam die Wende für Sullivan und sein damals siebenköpfiges Team: Sie beschlossen, ihren Blog nur mehr gegen ein bezahltes Abonnement zugänglich zu machen, und schrieben gewissermaßen Paid-Content-Geschichte: Innerhalb von 24 Stunden verkauften sie 12.000 Jahresabos um je 19 Dollar (damals 15,45 Euro). Später zahlten 30.000 Abonnenten bis zu vierzig Dollar pro Jahr und spülten ein Budget von gut einer Million Dollar in die Bloggerskase.

Trotzdem ist jetzt Schluss. Der 51-jährige Andrew Sullivan hat vergangene Woche in

einer „Nachricht an meine Leser“ bekannt gegeben, dass er mit dem Bloggen aufhören wird. „Es liegt nicht an euch, sondern an mir“, schrieb er und ergänzte: „An irgendeinem Punkt muss der Marathon zu Ende sein.“ Er sei des digitalen Lebens überdrüssig, wolle wieder mehr Zeit mit seinen Eltern, Geschwistern und Freunden verbringen und sich Zeit geben, an Ideen zu feilen. Am vergangenen Mittwoch gaben

dann auch seine Kompagnen bekannt, dass sie den Blog ohne Sullivan aus finanziellen Gründen nicht weiterführen werden. Heute, Freitag, wird „The Dish“ zum letzten Mal erscheinen.

Sullivans Schreibe polarisierte. Vielleicht auch, weil seine Lebensgeschichte und seine Haltung zu bestimmten Themen so speziell war: Er gilt als konservativer Denker, der etwa den US-Einmarsch in den Irak 2003 befürwortet, aber als bekennender Homosexueller und gläubiger Katholik zu vielen Themen eine andere Haltung als viele Konservative hat. Vor dem Bloggesein schrieb er für Magazine wie „The New Republic“ und „Time“.

Mit der für ihn typischen Ehrlichkeit geht Sullivan ebenso an den Abschied heran und sagt offen, dass ihn auch seine gesundheitlichen Probleme zum Aufhören zwingen. Diese hätten aber nichts damit zu tun, dass er HIV-positiv sei. Er sei schlicht müde und ausgebrannt von exakt 15 Jahren als Rundum-die-Uhr-Blogger.

„Massen-Intimität“



Blogger Andrew Sullivan. (APR)

Dass ihm der Abschied schwer fällt, zeigt sein emotionaler Adieu-Gruß. „Manche von euch waren schon dabei, als wir durch die 2000er-Wahlen gingen und ich jedem das Wort ‚Blog‘ erklären musste, den ich traf. (...) Ihr wart da, als ich Sarah Palins Wahnsinn nicht begreifen konnte. (...) Ihr wart schon da, bevor ich meinen Ehemann kennenlernte, ihr wart da, als ich ihn tatsächlich heiraten konnte und ich endlich meine Greencard bekam.“ Diese „verrückte Beziehung“ zu den Lesern nennt er „Massen-Intimität“. Für treue Fans fand er beruhigende Worte zum Schluss: Nämlich, dass er als Autor nicht allzu schnell verschwinde, werde er (wa)



Ohgottogott!

Wie gefährlich ist der Islam? ROBERT TREICHLER über die Sinnhaftigkeit liberaler Religionskritik am Beispiel des profil-Covers der vergangenen Woche und der Empörung darüber.

Wenn profil Religionskritik übt, geht das üblicherweise schief – jedenfalls aus Sicht des betreffenden Allmächtigen und seiner irdischen Heerscharen. Das muss so sein, denn ein Magazin, das sich als aufklärerisch versteht, ist der natürliche Feind der ewigen Wahrheiten und des Gehorsams. Und so wird unsere Religionsberichterstattung seit jeher verlässlich von Zorn begleitet und profil mal als Hetzblatt im Stil des nationalsozialistischen „Stürmer“, mal als Ansammlung „kryptobolschewistischer Henkersknechte“ bezeichnet. Anlass für die wüsten Reaktionen waren in der Vergangenheit meist Storys über die katholische Kirche, denn deren Wirken hinterließ in unserem Kulturkreis jahrhundertlang die kritikwürdigsten Spuren.

Vergangene Woche wiederholte sich die Geschichte – aber mit neuen Akteuren. Das profil-Cover über die Attentate von Paris zeigte ein Foto einer Anschlagsszene, dazu die Titelzeile: „Was den Islam gefährlich macht“. Es hagelte Empörung. In den sozialen Netzwerken wurde erwogen, profil wegen Paragraf 283 StGB (Verhetzung; Aufruf zu Gewalt gegen eine Kirche oder Religionsgesellschaft) anzuzeigen – profil habe Muslime und Attentäter gleichgesetzt.

Das haben wir nicht. Nicht einmal, wenn man jeglichen Kontext außer Acht lässt – und dazu gehören die durchgängig anti-rassistische Haltung des profil sowie 17 Seiten Berichterstattung zum Cover-Thema in derselben Ausgabe –, kann man diese Aussage konstruieren. Sie wäre auch unsinnig. Der Befund lautet vielmehr: Vom Islam geht derzeit Gefahr aus, und Terror ist eine dieser Gefahren. Salman Rushdie, wegen seines Romans „Die satanischen Verse“ 1989 mit einer Todes-Fatwa belegt, formulierte es vergangene Woche anlässlich der Verleihung des britischen PEN Pinter Preises so: Man müsse auch andere Religionen auf Extremismus überprüfen, aber „die überwältigende Last des Problems liegt in der Welt des Islam“.

Dabei geht es nicht nicht bloß um den winzigen Anteil der Terroristen unter den Muslimen, der Gewalttaten verübt. Der Islam entwickelte sich in wesentlichen Teilen seines Verbreitungsgebietes zu einer brutalen Ideologie. In mehreren islamischen Staaten etwa wird die Religion mit grausamen Methoden vor Kritik bewahrt: Todesstrafe, Körperstrafen oder langjährige Haftstrafen wegen Apostasie und Blasphemie sind die Regel. Das ist eines der erschre-

ckenden Symptome für die Illiberalität des Islam, wie er sich derzeit darstellt. „Islamischen Staatsterrorismus“ nennt Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit“, die Auspeitschung des Bloggers Raif Badawi, den die saudi-arabische Justiz der Blasphemie für schuldig befunden hat.

In welcher Beziehung stehen die gewalttätigen islamistischen Auswüchse zu den islamischen Gesellschaften? Abdul Rahman al-Raschid, einer der angesehensten arabischen Journalisten, schreibt in der in London erscheinenden arabisch-sprachigen Tageszeitung „Asharq al-Awsat“: „Die Geschichte des Extremismus beginnt in muslimischen Gesellschaften. Durch ihre Unterstützung und ihr Schweigen hat er sich zu einem Terrorismus ausgewachsen, der Menschen Schaden zufügt.“

Die Einstellung vieler Muslime zur Scharia, dem islamischen Gesetz, ist ein beunruhigendes Beispiel. In vielen islamisch dominierten Staaten spricht sich laut einer Umfrage des Pew Research Center eine Mehrheit für die Einführung der Scharia als nationales Recht aus – wenn sie das nicht bereits ist. Unter diesen Muslimen ist wiederum ein großer Anteil zum Beispiel dafür, als Strafe für Ehebruch die Steinigung anzudrohen (Pakistan: 89 Prozent, Ägypten: 84 Prozent, Jordanien: 67 Prozent). Auch die Todesstrafe für das Abfallen vom Islam findet unter den Scharia-Befürwortern mancher Länder große Zustimmung.

Kann man aus solchen Fakten die Behauptung ableiten, der Islam sei gefährlich? Ja.

Nein, entgegnen viele und bringen mehrere Einwände vor: Es sei prinzipiell irrig, von „dem Islam“ zu sprechen, denn was hätten etwa pakistanische Fundamentalisten mit muslimischen Gläubigen in Europa gemein?

Doch da es nun einmal keine gültige Definition von „Islam“ gibt und auch keine oberste Instanz, von der man eine solche einfordern könnte, ist der Islam das, was seine wesentlichen Strömungen, islamische Staaten, islamische Gelehrte und große Teile der 1,6 Milliarden Gläubigen in religiösen – und religionspolitischen – Angelegenheiten vertreten und tun und wie sie den Koran in die Realität umsetzen. Ähnlich verfährt man auch bei der Beurteilung anderer Glaubensrichtungen und Ideologien.

Den Islam jetzt für gefährlich zu halten, heißt weder, alle seine Anhänger zu brandmarken, noch, die Religion für immer als Gefahr einzustufen, zumal sie in der Vergangenheit phasenweise weit liberaler war als etwa zur





Kritik an Religionen ist in liberalen Medien wie profil nicht von der Verteidigung einer eigenen Religion motiviert. Deshalb können religiöse Minderheiten auch darauf vertrauen, verteidigt zu werden, wenn man sie diskriminiert.

selben Zeit das Christentum. Nicht zufällig urteilte Fuat Sanac, der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, vergangene Woche im profil-Interview: „Die Muslime erleben heute gewissermaßen die Zeit des europäischen Mittelalters.“ Damit stellt er seiner Religionsgemeinschaft einerseits ein vernichtendes Zeugnis aus, verweist jedoch zugleich auf die Wandelbarkeit des Islam. Merke: Ewige Wahrheiten werden ohne Ablaufdatum ausgeliefert, aber sie haben eines. So war das im Falle christlicher Inquisition, und so wird es auch beim islamischen Fundamentalismus, dem Wahhabismus und dem Salafismus sein.

Ein weiterer Einwand lautet, die meisten Opfer des Terrors seien selbst Muslime. Nicht nur das. Auch die Opfer unmenschlich harter Apostasie-, Blasphemie- und anderer Religionsgesetze sind mehrheitlich Muslime. Das ist allerdings nur ein weiterer Beweis für die Brutalität der Religionspraxis in Teilen des Islam.

Das profil-Cover wurde auch dafür kritisiert, dass es ohne Kontext für den sprichwörtlichen „muslimischen Gemüsehändler“ missverständlich sei. Auch das stimmt. Das gilt allerdings auch für die Cover von „Charlie Hebdo“ und vieler anderer Magazine – und lässt sich kaum ändern.

Und noch zwei Vorwürfe richten sich gegen Islamkritik: Sie sei anders zu bewerten als etwa Kritik am Christentum, weil es sich um einen Glauben einer hiesigen Minderheit handle. Und: In Europa formulierte Islamkritik passe nur allzu gut in die ausländerfeindliche, islamophobe Propaganda rechtspopulistischer Parteien.

Religionskritik, wie profil und andere Medien sie betreiben, nimmt keine besondere Rücksicht auf religiöse Gefühle und lässt auch Respekt vor metaphysischen Entitäten vermissen. Religiöse Gedankengebäude und deren Vertreter genießen in einem liberalen Medium keine Sonderbehandlung, egal, woher sie kommen.

Fühlen sich dadurch auch unschuldige Gläubige oder Kleriker betroffen? Wahrscheinlich. Als die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche publik wurden, musste sich die Kirche den Vorwurf gefallen lassen, aufgrund ihrer überkommenen Sexualmoral, wegen des rigiden Zölibats und aufgrund mangelnder Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden strukturell für Kindesmissbrauch verantwortlich zu sein. Untadelige Priester empfangen solche Kritik wohl als Zumutung, gerechtfertigt war sie dennoch.

profil übt an allen Religionen Kritik und präsentiert diese auf der Titelseite entsprechend plakativ: „Der Geheimdienst Gottes – die unheimliche Macht der katholischen Sekten“ lautete der Titel einer passenderweise im „Weihnachtsdoppelheft“ publizierten Coverstory im Jahr 1998. Zuletzt (profil Nr. 3/2014) wurden die orthodoxen Kirchen einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. Fazit: „Politischer Extremismus, Veruntreuung, Kindesmissbrauch, Schwulenhatz.“ Unter der Schlagzeile „Buddhas Faschisten“ (profil Nr. 1/2015) wurden die Umtriebe rechtsradikaler Mönche in Sri Lanka beschrieben. Katholische, orthodoxe und buddhistische Gläubige brauchen sich deshalb nicht an den Pranger gestellt zu fühlen, ebenso wenig wie jetzt die Muslime. Es hat nichts mit einem Generalverdacht gegenüber Gläubigen zu tun, wenn eine Religion journalistisch hinterfragt wird.

Kritik an Religionen ist in liberalen Medien wie profil nicht von der Verteidigung einer „eigenen“ Religion motiviert. Deshalb können religiöse Minderheiten umgekehrt auch darauf vertrauen, dass sie in denselben Medien, die ihre Religion kritisieren, verteidigt werden, wenn man sie diskriminiert oder dämonisiert – im Fall der Muslime etwa durch Diskussionen über ein Minarett-Verbot oder durch ein Islamgesetz, das ihnen Auslandsfinanzierung verbietet, während anderen Glaubensgemeinschaften dies nicht untersagt wird (siehe profil Nr. 42/ 2014).

Diese Grundhaltung unterscheidet liberale Religionskritik von rechtspopulistischen Attacken auf den Islam. Es ehrt Verteidiger der muslimischen Minderheit in Europa, dass sie auch im Falle von profil befürchten, Kritik am Islam könnte von rechtem Gedankengut genährt sein. Falsch ist es trotzdem. Vor einer Islamisierung Europas zu warnen, ist „Unfug“, schrieb profil vergangene Woche.

Können ausländerfeindliche Politiker wie Marine Le Pen ihre Anti-Islam-Hetze mit dem Hinweis auf Religionskritik von liberaler Seite immunisieren? Nein. Die beiden Akteure haben gänzlich verschiedene Motive und gelangen folgerichtig zu völlig unterschiedlichen Schlüssen. Während Le Pen & Co die Zahl von Muslimen in Europa mit Einwanderungsstopp reduzieren wollen, weil sie Muslime für verdächtig und nicht integrierbar halten, unterscheidet profil klar zwischen struktureller Kritik und eigenverantwortlichen Individuen.

Religionskritik ist keine einfache Sache, beim Allmächtigen!



19. Jänner 2015 • profil 4 25

Meinung und Diskussion

Vom Terror gezeichnet SOLIDARITÄT Wenn es um den Nachdruck der Karikaturen geht, wollen jetzt nicht mehr alle Charlie sein. Das gehört zur Meinungsfreiheit dazu

SOLIDARITÄT

Wie schillernd ein Bekenntnis doch sein kann. Als kurz nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo in Paris der Slogan "Je suis Charlie" von so vielen aufgegriffen wurde, da war das ein spontaner Ausdruck der Solidarität mit dem Satireheft, das so brutal angegriffen wurde. Gerade Journalisten und Karikaturisten ging die Ermordung ihrer französischen Kollegen sehr nahe.

Doch die Einigkeit, wie man zu Charlie Hebdo stehen soll, ist spätestens jetzt schon wieder dahin, wo das neue Heft weltweit in Millionenauflage erscheint. Muslimisch geprägte Staaten reagieren darauf mit Kritik und Zensur. Und prominente Medienhäuser selbst in Großbritannien und den USA, etwa die New York Times, zögern, die Karikaturen nachzudrucken, und sehen sich deshalb massiver Kritik ausgesetzt. Jetzt wollen eben nicht mehr alle Charlie sein. Das zu akzeptieren gehört zur Meinungsfreiheit dazu.

Für Zeitungen liegt es zwar nahe, die Karikaturen nachzudrucken, damit sich der interessierte Leser selbst ein Bild machen kann. Eine ganz andere Frage ist aber, ob man sich den Humor von Charlie Hebdo zu eigen machen und seine Karikaturen zu Ikonen der Meinungsfreiheit stilisieren muss. Dass es für Massaker an Karikaturisten oder in jüdischen Supermärkten keinerlei Entschuldigung oder Rechtfertigung gibt, steht völlig außer Frage. Trotzdem kann man manche Zeichnungen aus Charlie Hebdo weiterhin rassistisch, sexistisch oder zumindest ziemlich platt finden.

Der Humor von "Charlie Hebdo"

Die Sache liegt aber nicht so einfach wie bei den dänischen Mohammed-Cartoons eines Kurt Westergaard, deren islamophobe Botschaft - der Prophet Mohammed mit Bombe unter dem Turban - offensichtlich war. Denn Charlie Hebdo ist in Frankreich zweifellos eine linke Institution. 1969 gegründet, stammt sie aus einer ursprünglich antirassistischen und anarchischen Tradition. Ihre Spezialität ist ein derber Humor voller sexueller Anspielungen, bewusst albern und obszön. Doch in den letzten Jahren entwickelte das Blatt beinahe schon eine Obsession mit dem Islam und ein fast schon dogmatisches Humorverständnis. Seine Macher betonen zwar, in alle Richtungen auszuteilen und alle Seiten gleichermaßen zu beleidigen - Katholiken, Juden und eben Muslime. Aber es macht eben einen Unterschied, ob man sich in einem katholischen Land wie Frankreich über Katholiken oder den Front National lustig macht - oder über Angehörige von Minderheiten wie Juden und Muslime.

Gerade in Deutschland sollte man eigentlich wissen, warum man vorsichtig sein sollte, sich über religiöse Minderheiten und deren Glaubensinhalte zu mockieren. Umgekehrt gilt, dass sich Minderheiten häufig gerade deshalb über symbolische Kränkungen wie banale Karikaturen erregen, weil andere, viel gravierendere Formen der Diskriminierung - auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche - so viel schwerer greifbar und damit schwerer angreifbar sind. Wenn zur Demütigung aber auch noch die Beleidigung hinzukommt, ist für manche eine Grenze überschritten, weshalb Charlie Hebdo mehrfach auch von Muslimen verklagt wurde.

Absolute Freiheit als Fiktion

Zur Wahrheit gehört auch, dass es selbst bei Charlie Hebdo nie eine absolute Meinungsfreiheit gab. Vor sechs Jahren warf die Zeitschrift ihren langjährigen Zeichner Siné hinaus, nachdem dieser eine Karikatur von Jean Sarkozy, dem Sohn des damaligen Präsidenten, veröffentlicht hatte, die als antisemitisch kritisiert worden war. Und auch der französische Staat zieht bei der Meinungsfreiheit klare Grenzen. So ließ Frankreichs heutiger Premier Manuel Valls vor genau einem Jahr eine Tournee des Komikers Dieudonné M'Bala M'Bala verbieten, weil er dessen Bühnenprogramm für antisemitisch hielt. Dieudonné, der ursprünglich aus Kamerun stammt, hat sich in den letzten Jahren immer mehr dem Front National angenähert. Er ist für den so genannten Quenelle-Gruß berüchtigt, der viele an den Hitler-Gruß erinnert. Mehrmals schon wurde er wegen Antisemitismus und Aufstachelung zu religiösem Hass verurteilt, während Charlie Hebdo von diesem Vorwurf vor Gericht stets freigesprochen wurde.

Nach dem Terroranschlag von Paris sorgte Dieudonné wieder für einen Skandal, als er in einem Facebook-Posting schrieb, er fühle sich heute wie "Charlie Coulibaly", auf den Nachnamen des Attentäters im Supermarkt anspielend. Dafür wurde er jetzt von der Polizei verhaftet, der Vorwurf lautet: Verherrlichung des Terrorismus. Solche Reaktionen sind Wasser auf die Mühlen all jener, die Frankreichs Staat und Gesellschaft vorwerfen, im Umgang mit seinen Muslimen mit doppeltem Maßstab zu messen.

Das Kalkül der Terroristen

Die gängige Lesart der Anschläge ist, dass die Attentäter damit eine weitere Abbildung des Propheten verhindern wollten. Was aber, wenn das gar nicht stimmt? Waren die Attentäter wirklich so naiv, dass sie nichts von den Mechanismen einer modernen Mediengesellschaft verstehen? Könnte es nicht sein, dass man in ihre Falle tappt, wenn alle Zeitungen und TV-Sender solche Karikaturen möglichst prominent weiter verbreiten? Und ist es wirklich so eine gute Idee, Millionen Muslime vor den Kopf zu stoßen, um es so den Attentätern heimzuzahlen?

Suche nach "terrorismus UND (kritik ODER selbstkritik) UND (journalis* ODER medien)" von 07.01.15 bis 31.05.17
Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

Kultur

" 'Charlie Hebdo' darf nicht sterben" FREIHEIT

Daniel Cohn-Bendit, Weggefährte der ermordeten französischen Cartoonisten Wolinski und Cabu, über die Bedeutung von "Charlie Hebdo" und die Konsequenzen aus dem Massaker von Paris

FREIHEIT

INTERVIEW ANDREAS FANIZADEH UND PETER UNFRIED

taz: Daniel Cohn-Bendit, Sie kannten als Anführer der Pariser Mai-Revolution einige der ermordeten Redakteure und Zeichner von Charlie Hebdo seit 1968. Was macht die Satirezeitung für Sie aus?

Daniel Cohn-Bendit: Georges Wolinski und Cabu hatten im Mai 1968 mit anderen eine eigene Zeitung gegründet mit dem Titel Action. Das wurde die Bewegungszeitung der französischen Studentenrevolution. Daraus wurde 1970 Charlie Hebdo. Sie haben uns, die wir 1967 erstmals auf die Straße gingen, seit dieser Zeit begleitet. Das waren libertäre Zeichner und Journalisten, die eine radikale Kritik an der Gesellschaft hatten.

Und im 21. Jahrhundert?

Charlie Hebdo repräsentiert eine radikalsatirische Gegenöffentlichkeit. Die Zeichner waren die Spitze der französischen Satire. Diese Zeitung war bestimmt vom libertären Geist von 68. Antiklerikal, antinationalistisch. Wenn man jetzt sagt, man müsse den Geist von Charlie Hebdo verteidigen, bedeutet dies, dass man den Geist von 68 verteidigen muss. Bei dem Fest zu meinem 68. Geburtstag im letzten Juni produzierte Wolinski eine Action-Sondernummer als Geschenk für mich. Der Titel lautete: "Der Verräter".

Nicht sehr schmeichelhaft.

Doch, im Gegenteil. Das war liebevoll gemeint.

Mit Jean Cabut, der unter dem Namen Cabu bekannt ist, haben Sie ein Buch veröffentlicht.

Ich durfte das Vorwort übernehmen. Da schreibe ich: Cabu ist einer, der keine Angst hat. Einer, der niemanden verletzen will, mit Zeichnungen aber Widersprüche aufzeigt. Cabu war 77 und hatte das Lächeln eines jungen Mannes. Ein liebevoller Mensch, kein bisschen arrogant.

"Hebdo" heißt Wochenzeitung.

Ja, und "Charlie" spielt auf den früheren Präsidenten Charles de Gaulle an. Als de Gaulle 1970 in seinem Heimatdorf Colombey starb, gestalteten sie einen Titel: "Tragischer Tanzabend in Colombey - ein Toter." Das bezog sich auf eine Katastrophe, die kurz zuvor in einer Disco passiert war. Der damals regierende Georges Pompidou ließ das Magazin verbieten. Die heilige Kuh de Gaulles durfte man nicht auf die Schippe nehmen. Daraufhin benannten sie sich in Charlie Hebdo um.

Worauf wollen Sie hinaus?

Die Zeitung war immer antinationalistisch. Das muss man im Kopf haben. In einem Jahr hatten sie zwölf Anzeigen wegen Verunglimpfung von Papst und Jesus Christus - und nur eine von radikalen Islamisten. Die hatte mit den Mohammed-Karikaturen zu tun. Ihr Motto war: Wir sind radikal und karikieren alle.

Waren sie sich der Gefahr bewusst?

Suche nach "terrorismus UND (journalis* ODER medien) UND (kritik ODER selbstkritik)" von 07.01.15 bis 31.06.17
Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER

Die waren sich dieser sehr bewusst. Der jetzt ermordete Chefredakteur Charb hat sich ganz explizit gefährdet und seine Position radikal öffentlich vertreten. Die Haltung war: Lieber aufrecht sterben, als auf Knien leben.

Finden Sie das richtig?

Ich finde es bewundernswert. Die hatten einen libertären Widerspruchsgeist, der vor nichts Halt machte. Das heißt nicht, dass sie immer recht hatten.

Ein Vorwurf lautet: Früher karikierten sie die Macht, heute verstärkt auch eine radikale Minderheit. Wie sehen Sie das?

Ich habe diese Diskussion mit ihnen öffentlich geführt. Sie sagten immer: In der globalisierten Welt ist der Islam zum Teil auch an der Macht. Wir kritisieren sie, die kritisieren uns, und so entsteht lebendige Öffentlichkeit. Artenschutz für heilige Minderheiten, das funktioniert nicht.

Es heißt nun oft, der Angriff habe der Pressefreiheit gegolten.

Sie sind ermordet worden, nicht die Pressefreiheit. Um ihnen gerecht zu werden, muss man sich mit ihnen und ihren Positionen beschäftigen - und nicht abstrakt mit der Pressefreiheit.

Geht es im Kern wirklich um Religion und Freiheit oder sind das Stellvertreter?

Die, die geschossen haben, wollten den Propheten rächen. Es geht ihnen darum, den siegreichen Feldzug des Islam fortzusetzen, den Krieg in die Metropolen des Westens zu tragen. Das ist eine Realität. Dahinter steht für uns zur Debatte: Was bedeutet Freiheit und wie wollen wir sie verteidigen, ohne dabei Solidarität und Integration dem Altar der Freiheit zu opfern?

Geht es in Wahrheit um Teilhabe und verweigerter Teilhabe?

Das auch. Teilhabe an gesellschaftlichen Reichtum, das gehört alles dazu.

Müssen wir die "westlichen Werte" verteidigen?

Nein, wir müssen radikal die Werte von Freiheit und Solidarität verteidigen.

Präsident Hollande spricht von einem Angriff auf das "Herz des Staates".

Es ist ein Angriff auf einen Teil des Herzens Frankreichs. Es gibt eine berühmte Titelseite von Charlie Hebdo, in der Mohammed weint und sagt: Es ist schrecklich, von Arschlöchern geliebt zu werden. Ich sage: Es ist noch schrecklicher, von Arschlöchern getötet zu werden.

Die mutmaßlichen Attentäter werden dem islamistischen Milieu Frankreichs zugerechnet. Was bedeutet dieser Anschlag für französische Muslime?

Es gibt einen radikalisierten Islamismus, der faschistisch handelt. So wenig wie vor 1945 das ganze Abendland faschistisch war, so ist es nun mit Islam und Morgenland. Die backen sich etwas, ein Teil des Volkes geht mit, ein Teil der religiösen Institutionen schweigt. Auf was sich die Islamofaschisten beziehen, ist nicht der Islam. Sie backen sich einen, so wie der IS.

Was folgt daraus?

Dieser Islamofaschismus muss militärisch bekämpft und zerschlagen werden. Auf der anderen Seite müssen wir den Islam als Gesellschaft aufnehmen. Das ist die Aufgabe Europas. Das Problem, eine weitere Religion zu integrieren, hatte Europa seit Jahrhunderten nicht. Frankreich ist radikal laizistisch, Deutschland nicht. Aber wie

www.bild.de

Erschossen: Supermarkt-Geiselnnehmer Amedy Coulibaly (32)

* Flüge buchbar vom 9. bis zum 13. Januar 2015 um Mitternacht. Das Angebot gilt für Reisen vom 3. Februar bis zum 8. Juli 2015. Bis zu 20% Ermäßigung verfügbar auf 70.000 Sitzplätze auf ausgewählten Flugstrecken und zu bestimmten Daten, von denen nach Entscheidung, Abhängung von der Nachfrage können die Preise zu einem späteren Zeitpunkt nach dem Angebotszeitraum niedriger sein. Es können zusätzliche Gebühren für Kreditkartenzahlungen und Gepäck anfallen. Mehr Infos auf eastul.com

Paris, 17.13 Uhr:
Spezialkräfte zünden
eine Blendgranate
am Eingang des
Supermarkts, stürmen
den Laden

Gerettet! Eine Frau und ein Mann mit einem Kind auf dem Arm haben sich in Sicherheit gebracht

[illegible]

Terroristen warten nicht

Von ERNST ELIUTZ*
Der mörderische Terror in Paris hat die Politik endlich wieder wachergeteilt. Das erste Gebot in einem Rechtsstaat ist der Schutz des Bürgers. Schnelles Handeln ist wichtiger als Parteien-Zank. Schluss damit! Das Parlament muss einsig sein: Menschenschutz geht vor Datenschutz! Wer das leugnet, lädt den Terror ein.
Um es klar zu sagen: Es war ein Fehler, bei der Vorratsdatenspeicherung auf ein EU-Gesetz zu warten. In der EU gilt das Prinzip St. Nimmerleins. Terroristen warten nicht. Es war ein Fehler, Sympathiewerbung für Terrorgruppen hinzunehmen und noch dazu als Meinungsfreiheit anzupreisen. Meinungsfreiheit darf nicht für Mörder und Mörderfreunde gelten.
Was versäumt ist, muss jetzt schnell beschlossen werden! Auch wenn Justizminister Maas das „Aktionsmus“ nennt. Ganz ausmerzen kann der Staat den Terror nie.
Aber er muss alles tun, was den Bürger schützt. Dazu verpflichtet ihn das Grauen von Paris.
*Professor Ernst Elitz ist Gründungsintendant des Deutschlandradios.

„Wir wollen als Märtyrer sterben“, sagten die Attentäter am Telefon +++

Kurz vor 17 Uhr: Spezialeinheiten haben die Druckerei umstellt

Scharfschützen gehen auf dem Dach in Stellung

Die Terror-Brüder stürmten schießend auf die Polizisten zu

16.55 Uhr Zugriff 1 Druckerei, Pariser Vorort

Die Terror-Brüder stürmten schießend auf die Polizisten zu

Fortsetzung von S. 1
Paris – 53 Stunden lang hatte der Terror in Frankreich fest im Griff. Zwei Geiselnahmen hatten gestern das Land in Atem. Dann schlug die Polizei zu – und beendete fast vollständig beide Terror-Akte mit einem Feuersturm. Doch nicht alle Geiseln konnten gerettet werden.
Die Brüder Chérif (32) und Said Kouachi (34), die am Mittwoch in der Redaktion des Sate-Magazins „Charlie Hebdo“ ein Blutbad mit zwölf Toten angerichtet hatten, verschützten sich nach toge langer Jagd mit einer Geisel in einer Druckerei bei Paris.

DAS PROTOKOLL DER ERSTEN GEISELNAHME:
8.10 Uhr, ein Woldruck 40 nordöstlich von Paris. Nachdem Tausende Polizisten die ganze Nacht lang ergebnislos nach ihnen gesucht hatten, treten die Killer beim ersten Tageslicht auf eine Landstraße, kapern einen Peugeot 206. Sie fahren Richtung Paris, bis sie in eine Straßensperre geraten. Sie eröffnen sofort das Feuer.
Die Verfolgungsjagd endet im Gewerbegebiet von Dammariv-en-Goëlle (8500 Einwohner). Die Brüder verschützten sich im Druckerei-Betrieb „CTD“, nehmen den Chef als Geisel – lassen ihn später wieder frei. Ein zweiter Mann konnte sich im 2. Stock in einem Schrank unter einer Spule verstecken. Er bleibt unentdeckt, informiert die Fahnder per Telefon detailliert über die Ortlichkeit.
Innerhalb von Minuten sind Hunderte Polizisten in dem kleinen Ort, riegeln das Areal weitläufig ab. Der Flughafen Paris-Charles-de-Gaulle, nur wenige Kilometer entfernt, schließt zwei Landebahnen. Die Terroristen heft es, könnten einen Raketenwerfer haben. Der Innenminister bestätigt, dass eine „Operation“ im Gange sei. Es geht darum, die Terroristen zu neutralisieren. Ein halbes Dutzend Hubschrauber kreist. Krankenwagen rasen mit Blaulicht in den Ort.
Die Polizei fordert die Bewohner auf, in ihren Häusern zu bleiben. Schulen werden geschlossen, Lehrer und Kinder schließen sich in den Klassenräumen ein, halten Abstand von den Fenstern. Einige Kinder weinen, andere fassen nervös“, berichtet ein Schüler am Telefon. Erst nach Stunden kann die Schule evakuiert werden. Unter Polizeischutz laufen die Kinder aus den Gebäuden. Busse bringen sie aus dem Dorf.
Die Polizei nimmt telefonisch Kontakt zu den Geiselnestern auf. Die Brüder machen unmissverständlich klar: „Wir wollen als Märtyrer sterben.“ Lebendig, bedeutet das, kriegt ihr uns nicht. Auf dem Dach gegenüber der Druckerei beziehen Scharfschützen Stellung.
Ein Augenzeuge erzählt Reportern diese Geschichte: Er habe am Morgen einen Termin mit dem Chef der Druckerei gehabt. Vor der Tür habe er einen schwer bewaffneten Mann getroffen. Der Mann gestottert, der eine kugelsichere Weste trug.

Ich habe ihm die Hand geschüttelt. Er sagte: „Wir töten keine Zivilisten“. Dann schickte er mich fort.“ Erst später habe er verstanden: Das war einer der Terror-Brüder.
Mit Wärmebildkameras versuchen die Spezialeinheiten her auszufinden, in welchem Teil der Druckerei sich die Brüder mit ihrer Geisel aufhalten. Schwere Gerät wird herbeigeschafft, ein Tieflader bringt einen Panzer in das abgelegte Gebiet. „Es ist wie im Krieg“, berichtet ein Anwohner.
Es folgt die Ruhe vor dem Sturm.

Polizisten laufen durch die Straßen, raten den Anwohnern erneut: Verriegelt eure Türen. Schließt die Jalousien. Der französische Sender BFMTV erreicht Chérif Kouachi telefonisch in der Druckerei. Er sei vom Terrornetzwerk al-Qaida im Jemen beauftragt und finanziert worden.
Es ist 16.55 Uhr, als es knallt. Eine Explosion. Schusswechsel, dann noch eine Explosion. Rauch steigt auf über der Druckerei. Die Terror-Brüder stimmen aus der Tür. Feuer um sich – sterben im Kugelhagel der Spezialeinheiten.
Als der Rauch sich legt, der erlösende Funkbericht: Die Mann, der sich versteckt hatte, lebt. Mindestens dieser Albtraum ist vorbei. Doch 41 Kilometer südlich geht zu dem Zeitpunkt der Nerven-Krimi in dem jüdischen Geschäft weiter ...

Zugriff: Eine Explosion erschüttert die Druckerei, kurz darauf sind die Terroristen tot

Der Mythos Märtyrer-Tod

„Wir wollen als Märtyrer sterben“, verkündeten die Terror-Brüder Chérif (32) und Said Kouachi (34), als sie sich in der Druckerei verschützten. Was ist dran am Mythos Märtyrertod? Warum zieht er islamisten so in den Bann?
Wer im Kampf gegen Ungläubige oder das Böse stirbt, gilt als Märtyrer – auch Selbstmord-Attentäter zählen dazu.
Wer jedoch von einer Frau getötet wird, hat den Märtyrer-Nimbus verloren.
Nach islamischer Überlieferung erreicht der Märtyrer direkt das Paradies.
Auf radikalen Internetseiten wird dieser Tod verherrlicht – 72 Jungfrauen sollen im Paradies auf Märtyrer warten. Doch dieser Punkt ist im Islam umstritten. Zwar werden Paradiesjüngfern im Koran erwähnt, aber nicht in spezieller Verbindung mit Märtyrern.
Islamisten sehen den Märtyrertod als Gnade an, die Allah gewährt. Bei der Trauerfeier wird Angehörigen gratuliert.

Tot: Chérif Kouachi (32)
Tot: Said Kouachi (34)
Ein Armee-Transporthubschrauber vom Typ „Puma“ (links, Platz für 16 Passagiere) und ein Eurocopter 145 der Polizei (Höchstgeschwindigkeit 270 km/h) sind am Tatort gelandet

Dammartin-en-Goëlle
Die Attentäter von „Charlie Hebdo“ verschützten sich in der Druckerei der Firma CTD.



Das Gebäude im Industriegebiet wurde weitläufig abgeriegelt. Das Handynetz in der Umgebung wurde blockiert

Mittwoch 11.30 Uhr	Mittwoch 11.40 Uhr	Mittwoch gegen 12 Uhr	Mittwoch 12.30 Uhr	Mittwoch gegen 13.30 Uhr	Mittwoch 14.11 Uhr	Mittwoch gegen 20 Uhr	Donnerstag 9.30 Uhr	Donnerstag gegen 11 Uhr	Donnerstag 11.30 Uhr
Die Terror-Brüder Chérif (32) und Said Kouachi (34) stürmen mit Kalaschnikows in die Redaktion von „Charlie Hebdo“. Sie töten acht Mitarbeiter, den Hausmeister, einen Redaktionspost und einen Polizisten, flüchten in einem Citroën.	Die Angreifer liefern sich einen Schusswechsel mit der Polizei und rasen davon. Auf der Flucht stoppen sie, erschließen den Polizisten Ahmed Merabet (42).	Kurz darauf fahren sie eine Fußgängerin an, wechseln das Fahrzeug. Täter Said Kouachi (34) verliert seinen Ausweis.	Frankreich erhält den Terroralarm für Paris auf die höchste Stufe.	Spezialeinheiten beginnen, Wohnungen in Reims und in Charleville-Mezieres zu durchsuchen.	Im Ellysée-Palast beginnt die erste Krisensitzung.	100 000 Menschen haben sich auf den Straßen von Paris versammelt. Unter dem Motto „Je suis Charlie“ gedenken sie der Opfer.	Schießerei in Montrouge. Die Polizistin Clarisse Jean-Philippe (27) wird von Amédée Coulibaly (32), einem Komplizen der Terror-Brüder, getötet, einer der Kollegen schwer verletzt.	Chérif (32) und Said Kouachi (34) stürmen eine Avia-Tankstelle bei Villers-Cotteret, stehen der, getötet, einen der Kollegen schwer verletzt.	Die Terror-Brüder sollen nördlich von Paris in Alise gesehen worden sein.

* Persönliches Exemplar für AOM-Benutzer aomlibrary@ninenet - (C) APA-Defacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

+++ Top-Experte warnt vor noch mehr Anschlägen +++ Kanzlerin Merkel reist

AMERIKAS BESTER
TERROR-EXPERTE SICHERVon JULIAN
REICHEL

General Michael Flynn war bis August 2014 Chef des US-Militärgeheimdienstes DIA. Seit mehr als einem Jahrzehnt verfolgt der Militär-Experte weltweit Terroristen, war u. a. an der „gezielten Tötung“ der Al-Qaida-Führer al-Zarqawi und Anwar al-Awlaki beteiligt. International gilt er als einer der besten Denker der Geheimdienstwelt – und als bester Kenner des islamistischen Terrors.

BILD: Herr General, glauben Sie, dass die Terroristen allein gehandelt haben?

General Michael Flynn: „Nein, ich glaube, dass jemand hinter ihnen steht, eine größere Struktur. Wenn ich in diesem Geschäft irgend etwas gelernt habe, dann das: Wenn zwei etwas wissen, wissen auch noch mehr davon. Meine Erfahrung sagt mir, dass dies ein sehr gut gesteuerter, sehr ausgeklügelter, professioneller Anschlag war. Die Schützen vermuthlich an einem Modellgebäude gepöbelt. Und ich bin mir sicher, dass sie ihr Zielgebiet mehrfach abgefahren sind und es ausgespäht haben. Wahrscheinlich waren sie vorher sogar schon mal in dem Gebäude (der Redaktion von „Charlie Hebdo“ – Anm. d. Red.) oder hatten einen Komplizen drin. Diese Anschläge sind nichts, was uns überraschen sollte. Wir werden mehr davon sehen.“

BILD: Warum glauben Sie das?

Flynn: „Die Ziel-Auswahl der Terroristen hat sich dramatisch verändert. Schauen Sie sich an, was in Paris geschehen ist: Staatsoberhäupter treten vor die Presse und verurteilen die Tat. Da blühen die Terroristen auf. Sie sind jetzt schon Helden in der Dschihadisten-Szene. Die Terroristen haben verstanden, dass sie keine Flugzeuge in Gebäude fliegen müssen. Sie können auf kleinere Ziele ausweichen und trotzdem genau so viel Aufmerksamkeit bekommen – nämlich durch die Reaktion der Medien.“

BILD: Sie meinen Terroristen haben die Kunst, Menschen zu terrorisieren, verfeinert?

Flynn: „Terrorismus funktioniert wie Theater, wie ein großes Schauspiel auf einer Bühne. Es gibt die Handlung, den Plan. Es gibt den Regisseur, die Schauspieler. Sehr gezielt suchen sich die Terroristen die Kulisse.“

se für ihre Bluttaten. In diesem Fall die Redaktion, die diese Karikaturen veröffentlicht hat. Die Terroristen wollten uns zwingen, über diese Karikaturen zu reden, ob man sie zeigen sollte oder nicht – und sie haben Erfolg gehabt. Sie beherrschen die Bühne des Terrors. Aus ihrer Sicht ist dieser Anschlag ein Segen für die Rekrutierung neuer Kämpfer.“

BILD: Sie beschäftigen sich seit einem Jahrzehnt mit islamistischem Terror. Wie hat er sich gewandelt?

Flynn: „Die Terroristen sind vor allem raffinierter geworden, was ihre Kommunikation angeht. Sie nutzen zum Beispiel WhatsApp und Twitter auf sehr smarte Weise. Sie verfügen nicht über den Luxus verschlüsselter Kommunikation, deswegen sind sie sehr anpassungsfähig in den sozialen Medien unterwegs. Sie wechseln von einem Account von einer Plattform zur anderen. Um das zu tun, muss man wissen, wer welche Botschaft unter welchem Hashtag twittert. Dann müssen wir uns in der Geheimdienstwelt gewöhnen, um sie zu verfolgen und zu überwachen.“

BILD: Immer wieder hört man von „einsamen Wölfen“, Terroristen, die allein oder in sehr kleinen Teams operieren und mit niemandem kommunizieren. Flynn: „In den letzten Jahren haben wir immer wieder gesehen, dass die Terroristen kaum noch mit ihrer Kommando-Ebene kommunizieren, sobald sie ihre Mission beginnen. Sie handeln also wie einsame Wölfe, aber sie sind es in keiner Weise. Sie sind Teil eines virtuellen Netzwerks. Wölfe operieren nicht allein. Wölfe sind Rudeltiere und funktionieren am besten im Rudel. Der Begriff „einsamer Wolf“ ist irreführend.“

BILD: Welchen Effekt hatten die Snowden-Enthüllungen auf die Terrorbekämpfung? Flynn: „Ganz offen: Das war ein Dämpfer für unsere Fähigkeit, Überwachung so zu betreiben, wie man es tun muss, um solche Anschläge zu verhindern, besonders in Europa. Wir konnten tatsächlich beobachten, wie Terroristen ihre Methoden, ihre Kommunikation mit jeder neuen Enthüllung angepasst haben.“

BILD: Wie gefährlich sind die Dschihadisten? Flynn: „Ich würde sagen: Die Dschihadisten sind gefährlicher als wir denken. Sie sind sehr gut organisiert, sehr gut ausgebildet, sehr gut ausgerüstet. Sie sind sehr gut in der Lage, sich zu verstecken. Sie sind sehr gut in der Lage, sich zu bewegen. Sie sind sehr gut in der Lage, sich zu töten.“

Der
TERROR
in
Zahlen

BILD nennt 10 wichtige Fakten zum Terror der Islamisten.

11

Offiziere besitzt ISIS im Irak und in Syrien. Einnahmen pro Tag: bis zu 5 Mio. Dollar (4,25 Mio. Euro)

5042

Menschen starben alleine im November 2014 durch islamistische Terrorkriege (bei 664 Anschlägen in weltweit 14 Ländern)

2

Milliarden Dollar (1,7 Mrd. Euro) liegen auf den Konten von ISIS

63

Prozent der Deutschen halten die Gefahr von Anschlägen radikaler Islamisten für „groß“

4920

Terrorkämpfer der ISIS stammen nach Schätzungen aus Mittel- und Osteuropa, davon 930 aus Frankreich, 2000 aus Großbritannien

6

Milliarden Dollar (3,1 Mrd. Euro) nimmt ISIS jährlich durch den Verkauf von Raubkunst ein

44

Prozent der Dschihad-Attacker hat ISIS verurteilt (Boko Haram: 16 %, Taliban 14 %, al-Qaida: 8 %, al-Shabab: 5 %, al-Nusra: 5 %)

429

Mio. Dollar (364 Mio. Euro) erbeutete ISIS bei der Eroberung der Zentralbank in Mossul (Irak)

18 000

Menschen wurden 2015 weltweit durch Terroranschläge getötet

33 000

Terrorkämpfer hat ISIS nach CIA-Schätzung unter Waffen

Die Sessel aus dem 18. Jahrhundert: Marine Le Pen (r.) bei François Hollande in dessen Pariser Präsidentenpalast

HOLLANDE ABFUHR IM PALAST

Paris – Schwerer Tag für Frankreichs Staatspräsident François Hollande (60). Am Morgen leitete er die Kabinetts-Krisensitzung. Im Anschluss empfing er Marine Le Pen (46), Chef der rechtsextremen Partei „Front National“ (FN) im Elysee-Palast – zum ersten Mal über-

haupt. Dann begab sich Hollande für Gespräche ins Innenministerium. Die Geiselnahme in dem jüdischen Supermarkt als „antisemitischen Akt“. Und lobt die Sicherheitskräfte, weil sie die Geiselnahmen „professionell und effektiv“ beendet hätten.

Wie gefährlich
sind die Islamisten
in Deutschland?

Berlin – Wachsende Terror-Angst auch in Deutschland? Experten sind sich: Die größte Gefahr geht derzeit von Dschihadisten aus, die aus Syrien und dem Irak zu rückkehren – und von sogenannten Gefährdungen.

BILD klärt die wichtigsten Fragen: Wie viele Rückkehrer gibt es bei uns? Rund 180. Nach Angaben des Innenministeriums sind seit Ausbruch des Kriegs in Syrien 2011 bisher rund 550 Islamisten aus Deutschland in die Region (Syrien/Irak) gereist, kämpfen dort u. a. für die Terrormiliz ISIS. Rund ein Drittel ist zurückgekehrt. Terror-Experte Peter Neumann: „Studien belegen, dass 12 % der Rückkehrer in ihrer Heimat terroristisch aktiv waren.“

Wie genau sind Gefährdungen – und wie viele gibt es in Deutschland? Als Gefährder werden auch radikale Islamisten bezeichnet, die in Deutschland leben und NICHT im Ausland gekämpft haben. Insgesamt gehen Regierung und Sicherheitsbehörden von 260 Gefährdungen (inkl. Rückkehrer) bei uns aus.

Wie werden sie überwacht? Beamte und V-Leute von Polizei und Verfassungsschutz beschatten die Islamisten und ihr direktes Umfeld (z. B. Familie, Freunde) an ihren Wohnorten. Sie wachen alle verfügbaren Daten (z. B. Einkäufe mit Kreditkarten, E-Mails) aus, hören Telefongespräche ab.

Was ist, wenn Islamisten zwei Pässe haben? Können sie dann einfach mit ihrem ausländischen Pass ausreisen? Zumindest nicht offiziell, denn ihr Name ist registriert. Sie würden daher bei jeder Grenzkontrolle auffliegen. (vid/hak)

Warum werden Rückkehrer nicht direkt eingesperrt? Weil dafür häufig die rechtliche Grundlage fehlt. Man muss ihnen erst die Verbindung zu terroristischen Vereinigungen, ihre Ausbildung in einem Terrorcamp oder einen konkreten Attentatsplan nachweisen können. Nach BILD-Informationen laufen 300 Ermittlungsverfahren bei den Landesjustizbehörden und beim Generalbundesanwalt gegen Islamisten.

Was plant die Bundesregierung?

550

180

260

Die heimliche Freundin
des erschossenen
Chefredakteurs

Paris – Sie war die heimliche Liebe des „Charlie Hebdo“-Chefs Stéphane Charbonnier (47). Jeannette Bougrab (41) weint: „Ich habe meine Liebe verloren.“ Als die Frau vom Anschlag erfuhr, schickte sie ihrem Freund drei Nachrichten: „Aber er antwortete nicht“, erzählte Bougrab. Als sie zur Redaktion fuhr, war alles abgesperrt. Die Gewissheit, ihr Freund, der Chefredakteur Stéphane Charbonnier (Foto rechts), ist tot.

Ich blieb lange dort, ich wollte seinen Körper nicht alleine lassen.“ Für Jeannette Bougrab, Atheistin und Tochter algerischer Eltern, ist klar: Ihr Lebensgefährte und seine Kollegen waren „Helden“. „Sie kämpften für Prinzipien und Freiheit, die wir vergessen haben zu schützen.“ Die starke Frau hatte ihre Tochter May (heute 3) als Baby in Laos adoptiert. Für das Kind gab sie ihre Karriere als Politikerin auf. Zuletzt drehte sie TV-Dokumentationen. Die Exzelestin hielt, der unter Polizeischutz stehende Charbonnier heimlich, um seine Freundin zu schützen.

nach Paris +++ 300 Ermittlungsverfahren gegen Islamisten in Deutschland +++

Aysl bei den Kollegen der „Libération“: Redakteure von „Charlie Hebdo“ gestern bei der Arbeit

Foto: AFP/ANSA/PHOTO

Solidarität mit „Charlie Hebdo“: Premier Manuel Valls (52, l.) und Kulturministerin Fleur Pellerin (42) mit „Libération“-Chef Laurent Joffrin (62) ▶

„Charlie Hebdo“ bezieht neue Redaktionsräume

Paris – Sie lassen sich von Terror nicht besiegen! Zwei Tage nach dem tödlichen Anschlag auf „Charlie Hebdo“ haben überlebende Redakteure des Satire-Magazins ihre Arbeit wieder aufgenommen. Die Journalis-

ten nutzten gestern erstmals Räume der Zeitung „Libération“, um die für kommenden Mittwoch geplante nächste Ausgabe vorzubereiten. Premierminister Manuel Valls (52) und Kulturministerin Fleur Pellerin (42) besuchten die Redaktion, um ihre Solidarität mit den Journalisten zu bekunden.

„Libération“ unterstützt die „Charlie“-Macher nach dem Mord an acht ihrer Redakteure auch durch Personal und Ausrüstung. Die nächste Ausgabe soll statt bisher 60 000 eine Rekordauflage von einer Million Exemplaren haben. Auf der Online-Seite schreibt das Magazin: „Der Stift wird immer stärker sein als die Barbarei!“

Berlin – Drei Tage nach dem Massaker in Paris ist in Deutschland die Debatte um schärfere Sicherheitsgesetze voll entbrannt. Im Brennpunkt der Kritik aus CDU und CSU: Justizminister Heiko Maas (48, SPD).

Der Vorwurf: Maas verschleppe längst vereinbarte Gesetze (z. B. um die Ausreise junger Islamisten nach Syrien zu verhindern) – und hintertreibe die Wiedereinführung der sogenannten Vorratsspeicherung.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) forderte auf der CSU-Klausur in Wildbad Kreuth die Wiedereinführung der Vorratsspeicherung (Überwachung von E-Mail-Versand, SMS und Telefon). Der Anschlag von Paris unterstreicht hier die Dringlichkeit.

Auch beim Kampf gegen die Gefahr von heimkehrenden deutschen Islamisten macht die Union Druck auf Maas. CSU-Innenexperte Stephan Mayer (41) zu BILD: „Ich fordere Justizminister Maas auf, endlich den überfälligen Gesetzentwurf vorzule-

gen, um die Reisebewegungen von Dischidisten besser zu unterbinden und die Finanzierung von Terrororganisationen effektiver bestrafen zu können.“

Darüber hinaus wollen die CSU-Experten ein Verbot von „Sympathiewerbung“ für Terrororganisationen. Gemeint: Öffentliche

Propaganda für islamistische Organisationen. Den Straftatbestand der Sympathiewerbung gab es bis 2002, hatte jedoch kaum zu Verurteilungen geführt. Allerdings: Werbung für verbotene Organisationen wie z. B. ISIS ist in Deutschland bereits strafbar.

Und was sagt der kritisierte Minister dazu? Maas zu BILD: „Terroristen werden wir mit der ganzen Härte des Rechtsstaats verfolgen. Aber zwei Tage nach einem so schrecklichen Anschlag sofort noch Gesetzesverschärfungen zu rufen ist falsch und wohlweislich. Überreaktionen sind genau das, was die Terroristen hinführen wollen. Im Übrigen: Auch die schärfsten Gesetze in Frankreich haben das Massaker von Paris nicht verhindern können.“

Für morgen hat Frankreichs Innenminister Bernard Cazeneuve zu einem Sicherheitstreffen nach Paris geladen. Daran nehmen u. a. Bundesinnenminister de Maizière und US-Justizminister Eric Holder teil. (rck/rs)

Merkel morgen in Paris

GroKo-Zoff um Sicherheitsgesetze

Union geht auf Justizminister Maas los

Ihr persönliches

Bild
Super-Ticket

Code auf super-ticket.bild.de eingeben und heute exklusiv BILDplus Premium nutzen

ANZEIGE

ANZEIGE

Schadensfrei bei Versicherungen?
ENDLICH SIND RÜCKZAHLUNGEN MÖGLICH

BILD SCHADENSFREI
BONUS

Jetzt gibt's Geld zurück!

Was bei privaten Krankenversicherungen schon längst die Regel ist, gibt es jetzt endlich auch für Ihre Hausrat-, Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung: Wird im Versicherungsjahr

kein Schaden gemeldet, können Sie bis zu 40 % Ihrer Beiträge zurückerhalten. Damit lohnt sich Ihre Versicherung künftig auch, wenn Sie keine Leistungen in Anspruch nehmen! Ihren BILD

Schadensfrei-Bonus erhalten Sie ganz einfach – und ohne Versicherungswechsel. Das heißt für Sie: Leistungen und Beitragshöhe Ihrer Versicherung bleiben gleich und es entstehen keine zusätzlichen

Kosten! Das Prinzip dahinter ist ganz einfach: Schadensfreiheit wird belohnt. Das bedeutet: Gespartes Geld – Geld, das Sie bei Schadensfreiheit als Rückzahlung erhalten. Also ein echter Bonus im Geldbeutel!

Die wichtigsten Fragen und Antworten zum BILD Schadensfrei-Bonus

1. Wie geht der BILD Schadensfrei-Bonus?
Einfach die bestehenden Versicherungen samt Versicherungsschein-Nummern online unter www.bild-schadensfreibonus.de eingeben. Unser Partner Friendsurance prüft dann, ob der BILD Schadensfrei-Bonus für Sie verfügbar ist. Falls ja, können Sie sich über bis zu 40 % Rückzahlung bei Schadensfreiheit freuen. An Ihren versicherten Leistungen ändert sich nichts.

2. Für welche Versicherungen gilt der BILD Schadensfrei-Bonus?
Mit dem BILD Schadensfrei-Bonus können Sie von Ihrer bestehenden Hausrat-, Haftpflicht- und auch Rechtsschutzversicherung bei Schadensfreiheit jährlich einen Teil der Beiträge zurückbekommen. Unser Partner Friendsurance kooperiert dazu mit über 50 renommierten Versicherungsanbietern.

3. Woher kommt die Rückzahlung?
Über den BILD Schadensfrei-Bonus kommen Personen zusammen, die ihre Versicherungen nur selten beanspruchen. Da Schadensfreiheit belohnt wird, kommt es zu fairerem Verhalten und deutlich weniger Versicherungsbetrug. Die Versicherungsunternehmen sparen somit Verwaltungskosten, u. a. für die Bearbeitung kleiner Schäden. Dieses Geld kommt Ihnen zugute.

4. Was passiert im Schadensfall?
Der Schaden wird genauso reguliert, wie Sie es von Ihrer Versicherung gewohnt sind. Schäden können Sie einfach online rund um die Uhr melden. Unser Service-Team unterstützt Sie jederzeit gern auch telefonisch.

Das sagen zufriedene Kunden:

Jones L. (35) aus Berlin:
„Die Rückzahlung ist immer eine willkommene Aufbesserung für unsere Haushaltskasse.“

Carsten L. (39) aus Berlin:
„Ich war mit der Rückzahlung für meine Haftpflichtversicherung so zufrieden, dass ich den Schadensfrei-Bonus wärmstens empfehlen kann.“

Der BILD Schadensfrei-Bonus im Überblick

- Bei Schadensfreiheit bis zu 40 % Beitragsrückzahlung
- Für Ihre Hausrat-, Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung
- Ohne Versicherungswechsel
- Keine zusätzlichen Kosten

In Zusammenarbeit mit
friendsurance

Prüfen Sie jetzt, wie viel Bonus Sie zurückbekommen können!
Alle weiteren Infos gibt's unter www.bild-schadensfreibonus.de oder 0800 724 04 81 *

Der BILD Schadensfrei-Bonus ist ein Angebot der Aleco GmbH, Schützenstraße 6, 10117 Berlin. * Kostenlose Beratung Mo – Fr. 9 – 18 Uhr

* Persönliches Exemplar für ADM-Benutzer aomibrayunitein - (C) APFA-Defacto GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

VN-INTERVIEW: Komponist Benedikt Brachtel (30) hat die Musik zur „Bluthochzeit“ geschrieben

Schön, um danach tiefer in den Keller zu sausen

Benedikt Brachtel hat in Vorarlberg Musiker gefunden, die „ein Geschenk“ sind.

CHRISTA DIETRICH
E-Mail: christa.dietrich@vorarlbergnachrichten.at
Telefon: 05571/501-225

BREGENZ. Als Dreipartiestück mit Musik, gesungenen und gesprochenen Passagen und mit Tanz setzt das Vorarlberger Landestheater das Drama „Bluthochzeit“ um. Lorca hat die Geschichte um eine fatal ausgehende Hochzeit unter sittenstrengen Zwängen im Jahr 1933 verfasst. Der Konflikt zwischen Gefühl bzw. Ressentiments und Vernunft ist zeitlos und erhält in Bregenz durch Regisseurin Sigrid Herzog und den Komponisten Benedikt Brachtel eine spezielle Fassung.

Wen ich es richtig verstehe, haben Sie weit mehr als eine Bühnenmusik verfasst. Wie lautet der Auftrag?

BRACHTEL: Der Auftrag war von Anfang an eigentlich ein Experiment, weil man das so selten hat, dass man Schauspiel und so viel Musiktheater miteinander verbindet. Man kann von einer Kammeroper sprechen, wenn man die Musik allein anschaut. Ein gutes Drittel ist Musik, der Rest ist Schauspiel.

Wie ist das Stück instrumentiert, welche Stimmlagen sind erforderlich?

BRACHTEL: Wir haben ein Klavier, ein Streichtrio mit Violine, Bratsche und Cello und eine Klarinette. Diese Besetzung findet man nicht so oft, es ist eine spannende Geschichte, die Klarinette zu den Streichern zu bringen. Vom Gesang her haben wir einen lyrischen Sopran, einen Tenor und einen Bariton, die vom Opernstudio an der Staatsoper in München kommen. Es sind junge Sänger, die eine tolle Karriere vor sich haben.

Ist es eine opernhafte Musik im Stile von ...?

BRACHTEL: Diese Frage finde ich schwierig, weil es viele Referenzen gibt und nicht nur eine und die Musik



Benedikt Brachtel im Bühnenbild für „Bluthochzeit“, dem Stück, für das er die Musik geschrieben hat.

FOTO: VN/STEUER

selbst eine Entwicklung in der Stilistik hat. Die ersten musikalischen Einsätze sind sehr klassisch in der Funktionsharmonik und in der Melodie. Es gibt ein Wiegenlied, das einfach nur ein solches sein soll. Je dramatischer die Handlung wird, desto mehr entwickelt sich die Musik zu einer polytonalen, und sie nimmt an Abstraktion zu. Assoziationen zu Mozart stammen von meinen Schauspielkollegen, es zählen aber auch Strawinsky, Bartok und Ligeti dazu.

Zur Person

Benedikt Brachtel
Geboren: 1985 in München
Ausbildung: Studium an der Bruckner-Universität in Linz
Tätigkeit: Konzerte mit seiner Band, Auftragskompositionen für zahlreiche größere Bühnen, zuletzt am Landestheater Vorarlberg

Welche Themen waren für Sie als Komponist die wesentlichen?

BRACHTEL: Da würde ich gerne ausholen. Was ich bei der Bühnenmusik oft vermisse, ist, dass sie eine Eigenständigkeit in das Stück trägt. In unserem Fall habe ich Gelegenheit, die Musik auch für sich stehen zu lassen. Und auch wenn sie es nicht tut, ist sie so stark, dass sie zum Stoff beiträgt. Grundsätzlich versucht die Musik, das Gute in der Hochzeit zu zeigen, mit der Handlung scheitert das, damit verändert sich auch die Musik. Ich habe versucht, mit einer dezierten positiven Stimmung zu beginnen, eine Fallhöhe zu generieren, um danach noch tiefer in den Keller zu sausen. Das ist selbstverständlich in Absprache mit Regisseurin Sigrid Herzog geschehen.

Rückt die Musik das Stück in eine bestimmte Zeit?

BRACHTEL: Wir haben uns bewusst nicht einer bestimmten Zeit verschrieben. Ich bin Jahrgang 1985, ich habe das 20. Jahrhundert in erster Linie im Geschichtsunterricht erfahren. Für mich gibt es aber auch dieses Zeitgenössische nicht, ich habe kein Interesse daran, mich irgendwo einzuordnen. Ich bediene mich, wo ich Sinn darin sehe.

Ist es ein Stück, das Sie als Musiker und Komponist besonders inspiriert?

BRACHTEL: Absolut, ich finde die Lyrik von Lorca umheimlich inspirierend. Das „ensemble plus“ macht zudem eine ganz tolle Arbeit. Es ist ein Geschenk für den Komponisten, wenn er mit Interpreten arbeiten darf, die das Stück wirklich verstehen wollen. Auch den Interpreten ist das Ergebnis geschuldet.

Haben Sie folkloristische Elemente eingebaut?

BRACHTEL: Ich habe mich auch mit Musik aus Andalusien beschäftigt, es sind definitiv Einflüsse hineingewandert, vielleicht ein bisschen in ein anderes Licht gerückt. Unser melodisches Empfinden ist ein anderes als beim Flamenco. Da komme ich auch gar nicht aus meiner Haut raus. Über die Rhythmik haben wir aber definitiv Teile von Spanien einfließen lassen.

Bühnenmusik hat generell einen großen Stellenwert, sie kann auch eine Stückaussage verändern. Wie sehen Sie das?

BRACHTEL: Ich würde sagen, zu unterstützen oder zu konterkarieren ist mitunter sinnvoll. Das Spannende an der Musik ist ja, dass man sich vor ihr gar nicht verschließen kann.

Sie sind nicht nur Bühnenmusiker, was haben Sie vor?

BRACHTEL: Es gibt noch keine Termine, aber es wird nach Stuttgart und Lausanne gehen. Ich bringe Ende des Monats zudem ein Album, mit meiner Band Polyster heraus, mit der ich auch Konzerte gebe.

Die Premiere von „Bluthochzeit“ findet am 13. Jänner, 19.30 Uhr im Bregenzer Kormmarkttheater statt.

Meinung

Walter Fink



Direkter Angriff auf Demokratie

Die Pressefreiheit ist eine der wichtigsten Errungenschaften in einer funktionierenden Demokratie. Und genau darauf, auf die Pressefreiheit und damit auf die Demokratie, zielten die brutalen Attentäter von Paris. Das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ hatte in den letzten Jahren so ziemlich alles, was den Menschen heilig sein kann, lächerlich gemacht, die Karikaturisten des Blattes zeigten keinerlei Ehrfurcht vor Thronen, Präsidenten oder religiösen Führern. Sie verloren die Furcht auch nicht, als vor einigen Jahren ein Brandanschlag auf die Redaktion

verübt wurde. Nun muss man das alles nicht mögen, was in diesem Blatt zu lesen war und zu sehen ist, man kann das auch ablehnen. Aber eines kann man nicht: Solche - oder auch andere - Blätter verbieten. Schon gar nicht darf man mit Gewalt vorgehen, weil einem irgendwelche Themen nicht passen. Die „Gotteskrieger“ nehmen auf solche demokratische Einwände keine Rücksicht, sie greifen zur Kalaschnikow und ballern auf die Menschen los.

Nur möge man aber bei uns vorsichtig sein mit der Verdammung des Islam. Es ist noch nicht

so lange her, da wurden Menschen in der NS-Diktatur wegen ihrer rassistisch-religiösen Herkunft von Staats wegen millionenfach ermordet; wenige Jahrhunderte früher, vom 13. bis zum 18. Jahrhundert wurden Andersgläubige und Kritiker von der Inquisition der Katholischen Kirche auf den Scheiterhaufen Europas verbrannt; im 18. Jahrhundert erging es den Wiedertäufern nicht viel besser. Einfach gesagt: Immer wenn scheinbar im Namen Gottes oder Allahs gekämpft wird, dann sind der Brutalität keine Grenzen gesetzt.

Aber nicht nur religiösen Fanatikern ist die Pressefreiheit ein Dorn im Auge, auch den Demokratien, die die Freiheit zu verteidigen vorgeben. Man kann bei „Reporter ohne Grenzen“ nachlesen: „Selbst Staaten wie die USA und Großbritannien rücken investigative Journalisten und ihre Hinweisgeber mittlerweile in die Nähe des Terrorismus. Dass Länder mit einer langen Tradition freier Medien in ähnliche Sicherheitsreflexe verfallen wie Diktaturen, ist unerträglich. Das macht nicht zuletzt all jene Diktaturen, Journalisten das Leben schwer, die in autoritären Staaten ihre Freiheit und Gesundheit aufs Spiel setzen.“ Also: Die Pressefreiheit ist zu verteidigen - an allen Orten und gegen alle Angriffe, politische ebenso wie terroristische.

Die Meinung des Gastkommentators muss nicht mit jener in der Redaktion übereinstimmen.

Der Präsident geht, die Burg soll nun stabil sein

WIEN. „Das war schon ein gewaltiges Erdbeben, das wir erlebt haben. Nach einem Jahr kann ich sagen: Das Burgtheater ist wieder stabilisiert. Der Betrieb ist abgesichert“, sagte Aufsichtsratspräsident Christian Strasser gestern vor Medienvertretern. Daher werde er in der

nächsten Sitzung den Vorsitz abgeben. Zur Stabilisierung habe ein umfangreiches Maßnahmenpaket, das eine Ergebnisverbesserung von vier Millionen Euro gebracht hat, ebenso beigetragen wie eine Patronatsklärung der Holding und der Verkauf der Probühne um 7,5 Millionen.

Eine böse Pointe zu einem bösen, zynischen Buch

Der Anschlag auf „Charlie Hebdo“ erfolgte am Tag der Auslieferung von „Soumission“ von Houellebecq.

PARIS. Das Buch, das bereits kommende Woche auf Deutsch erscheint, ist höchst irritierend. Es spielt im Jahr 2022, in einem politisch zerrissenen Frankreich, dessen Gesellschaft nach dem Wahlsieg einer Muslim-Partei umgebaut wird. Dabei findet die „Unterwerfung“ der liberalen Lebensform unter die Vorschriften einer faktisch abgemilderten Koran-Auslegung

durchaus freiwillig statt und wird von Houellebecq mit perfider Akribie beschrieben. Die kampflose Aufgabe der Werte der Aufklärung und die explizit sogenannte „Kollaboration“ der französischen Intellektuellen, geht einher mit einer anderen ethischen Kontinentalverschiebung: der freiwilligen Unterwerfung der Frau. Ein radikaler Umbau der Familiengesetzgebung zieht die Frauen massenhaft vom Arbeitsmarkt heim an den Herd. An der „Islamischen Universität Paris-Sorbonne“ lehren nur noch Männer, Heiratsvermittlerinnen sorgen dafür, dass auch

misanthropische Professoren wie der Protagonist und Ich-Erzähler François aufwundlos blutjunges Frischfleisch ins Bett bekommen. Der Roman



Houellebecq am aktuellen „Charlie Hebdo“-Titel.

FOTO: REUTERS

man „Unterwerfung“ (Verlag DuMont) ist provokant frauenfeindlich. Auf Seite 56 sind in einem beschaulichen Treffen eines intellektuellen Zirkels in einem Museum plötzlich Schüsse zu hören. „Das erste Mal, dass es in Paris knallt“, bemerkt einer der Gäste. Wohl niemand wird in den nächsten Wochen diese Szene lesen können, ohne an die dramatischen Bilder zu denken, die sich diese Woche wenige Kilometer davon entfernt real abspielten. Die Schüsse zählen zu Unruhen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2022. Als im zweiten Wahlgang nur noch

eine Koalition von Bürgerlichen und Sozialisten die Machtübernahme des Front National verhindern kann, kommt es zum Schulterschluss einer „republikanischen Front“.

Literarisch unergiebig

Während der Zentrumspräsident François Bayrou als neuer Premierminister zum Humpelmann der Machthaber wird, schreitet Mohammed Ben Abbas als neuer Präsident zügig zum Umbau des Abendlandes. Saudische Petro-Dollars finanzieren ein ambitioniertes Bildungsprogramm, die unterbrochene

Anziehungskraft der EU ermöglicht die Vision eines Groß-Europas unter nichtchristlichen Vorzeichen. So irritierend der politische und gesellschaftliche Zukunftsblick dieses Romans ist, der unter dramatischen Umständen zum Buch der Stunde wurde, so literarisch unergiebig ist er. Houellebecq ist angeblich untergetaucht, obwohl er in seinem Buch dem Islam durchaus wohlwollend gegenübersteht und der Westen darin deutlich mehr Kritik einzustechen hat. Die Verhältnisse sind nicht nur geschildert, sondern müber-sichtlich geworden.

Der Spiegel (D) by Genios

25.06.2017

"Der Spiegel" vom 10.01.2015 Seite: 16

Ressort: Titel

Titel

Die Freiheit der Bleistifte

Der mörderische Anschlag auf die Redaktion von "Charlie Hebdo" hat das Land tief ins Herz getroffen und für einen kurzen Moment geeint. Wie nach 9/11 solidarisiert sich die Welt mit den Opfern.

Können wir über alles lachen?

Werden wir morgen in der Lage sein,

über alles zu lachen?

Das sind Fragen, die es wert sind,

gestellt zu werden.

Keine Grenzen für Humor.

Und zwar im Dienst der Redefreiheit,

denn wenn der Humor endet,

überlässt er seinen Platz oft der Zensur

oder der Selbstzensur.

Cabu (13. Januar 1938 bis 7. Januar 2015),

Zeichner von "Charlie Hebdo"

Sie wussten, was sie taten. Die beiden verummten, mit Kalaschnikows bewaffneten Männer zwangen die Zeichnerin Corinne Rey, die gerade ihre Tochter aus der Krippe abgeholt hatte, den Code der Tür einzugeben.

Sie gingen in den zweiten Stock, wo, wie jeden Mittwoch, dem Erscheinungstag, gegen halb zwölf Uhr die Redaktion von "Charlie Hebdo" zusammensaß, um zu bereden, was sie in der kommenden Woche machen will.

Eine heitere Runde, rund 15 Leute, auch ein Personenschützer war anwesend, der Stéphane Charbonnier beschützen sollte, den 47-jährigen Herausgeber. Doch die beiden hatten keine Chance.

"Wo ist Charb?", riefen die Täter. "Wo ist Charb?" Als sie ihn fanden, erschossen sie ihn. "Ich will lieber aufrecht sterben als auf Knien leben", hatte Charb einmal gesagt. Da hatte ihn al-Qaida in ihrem Onlinemagazin Inspire gerade auf eine Todesliste gesetzt.

"Charb mag die Menschen nicht", so hieß eine seiner Kolumnen - doch er war ein ruhiger, zurückhaltender Mann, der wie alle hier für das stand, was sie für Menschlichkeit hielten. Die den Kampf führten für die Freiheit der Presse, der Meinungsäußerung, und ja, auch den für gelegentliche Beleidigungen und Geschmacklosigkeiten.

Der Spiegel (D) by Genios

25.06.2017

Und die dafür starben.

Wie Cabu, der eigentlich Jean Cabut hieß, 76, mit struppigen Haaren und einem struppigen Strich, runde Goldbrille und ein Lachen, das ihn leicht aus dem Sitz hob: der "Grand Duduche" war seine berühmteste Figur, ein ewiger Student, der hoffnungslos in die Tochter des Uni-Rektors verliebt ist.

Wie Georges Wolinski, 80, der, wie Cabu und überhaupt die erste Generation von "Charlie Hebdo", eine Figur aus dem Geist der Sechzigerjahre war - hedonistisch, libertär, anarchistisch und gut gelaunt, gegen Zensur, gegen Rassismus, gegen den Krieg in Algerien, gegen de Gaulle und das enge, dumpfe, katholische Frankreich.

Wie Bernard Verlhac, 57, der sich Tignous nannte und einst die Front-national-Chefin Marine Le Pen mit einer Clownsnase zeichnete, auf der ein Hakenkreuz zu sehen ist, und der mit großer Hingabe Nicolas Sarkozy lächerlich machte, als Kriegspräsidenten, als Machtspastiker, als Dauerhysteriker.

Wie der Zeichner Philippe Honoré, 73, dessen letzte Zeichnung, Neujahrswünsche des IS-Führers Abu Bakr al-Baghdadi ("Vor allem anderen Gesundheit"), nur Minuten vor dem Angriff von der Redaktion per Twitter verschickt wird.

Von den tödlichen Kugeln werden außerdem getroffen: der linke Ökonom Bernard Maris, 68, der eine feste Kolumne im Blatt hatte, die Psychoanalytikerin Elsa Cayat, der Redaktionsmitarbeiter Mustapha Ourrad, die beiden Polizisten Franck Brinsolaro und Ahmed Merabet, ein Verwaltungsangestellter und ein Gast der Redaktion, der Lokalpolitiker Michel Renaud.

Verfolgen Sie die aktuellen Entwicklungen in Frankreich bei SPIEGEL ONLINE

Kaum ein anderes Land der Welt hat so einen Platz für Zeichner, für Comics, für BD, wie sie es nennen, Bandes dessinées. Und was für ein Verständnis von Humor sich darin ausdrückte, ob das Lachen eines der Verachtung war oder eines der Aufklärung, eines der Ausgrenzung oder eine Einladung: Das war ein dauernder Prozess, den man freie Meinungsbildung nennt.

Sie schossen fröhlich, und sie schossen gern auch übers Ziel hinaus, was Teil des Plans war. "Lachen tötet", das war eine Zeile, die sie veröffentlichen wollten, als der Streit um die dänischen Mohammed-Karikaturen hochkochte, und die sie dann doch zu radikal fanden. Sie zeigten dafür 2012 einen nackten Mohammed von hinten, ein Stern verdeckte seinen Anus, darüber die Worte: "Mohammed. Ein Stern ist geboren". War das lustig? Und wer entscheidet das? Es ging ihnen darum zu beweisen, dass Satire alles, wirklich alles darf. Der Sprecher des Weißen Hauses, Jay Carney, sagte damals: Man verurteile nicht die Veröffentlichung, zweifle aber an der Urteilskraft derer, die so etwas veröffentlichten.

Die allerletzte Zeichnung von Charb, publiziert am Tag seines Todes, zeigte einen ulkig aussehenden, schwer bewaffneten Dschihadisten mit der Zeile: "Immer noch keine Attentate in Frankreich. - Warte, wir haben noch Zeit bis Ende Januar, um Neujahrsgrüße zu schicken."

Ein unheimliches Zusammentreffen. Aber darin zeigte sich auch der eigensinnige Geist, in dem sich die Leser von "Charlie Hebdo" erkannten: So wollten sie sein, eigentlich, hoffentlich. Der Schock reichte weit über die Leser hinaus nach dem Attentat, weil die Menschen begriffen: Sie haben uns alle treffen wollen, sie wollten unser Frankreich ermorden, die Republik, die Demokratie.

Die Terroristen hätten den Louvre sprengen können, so scheint es, die Franzosen hätten sich nicht tiefer getroffen gefühlt. Der 7. Januar 2015 ist eine Art französisches 9/11 und damit auch ein europäisches. Es war eine Attacke auf die Republik, auf die Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution. Es geht um mehr als um eine Zeitschrift. Es geht um die Freiheit. Um Menschlichkeit.

Weltweit solidarisierten sich Politiker, Journalisten, Bürger, die Anteilnahme in den sozialen Netzwerken war gewaltig. Hunderttausende gingen auf Mahnwachen von New York bis Sydney. Redaktionen räumten ihre Titelseiten frei, aber nicht alle trauten sich, die Karikaturen von "Charlie Hebdo" auch zu zeigen. Und unzählige

Suche nach "terrorismus UND (journalis* ODER medien) UND (kritik ODER selbstkritik)" von 07.01.15 bis 31.06.17 Seite 2 von 10
Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

Der Spiegel (D) by Genios

25.06.2017

Künstler thematisierten mit Zeichnungen den ungleichen Kampf von Waffen gegen Bleistifte.

Der Papst betete für die Toten. Von Pakistan bis zur Türkei distanzieren sich islamische Würdenträger in klaren Worten. Die tunesische Islamisten-Partei al-Nahda verschickte ein Communiqué, in dem sie den "feigen und kriminellen Akt" verurteilte. Der geistliche Führer Ägyptens kondolierte. Genauso Russland und China.

Es war der mörderischste Terroranschlag in Frankreich seit 1961. Das Land hat Erfahrung mit Terrorismus. Es hat die OAS erlebt, die in den Sechzigern gegen die Unabhängigkeit Algeriens kämpfte, in den Neunzigern legten algerische Islamisten Bomben in Vorortzügen. Doch dieser Anschlag auf eine Zeitung hat die Werte getroffen, die die Republik ausmachen.

"Dies ist ein Wendepunkt, ein quantitativer und deshalb auch ein qualitativer", sagt Olivier Roy, der berühmte Islamismusforscher. "Es war ein Angriff, der auf maximale Wirkung ausgelegt war", sagt er. "Sie haben es getan, um die Öffentlichkeit zu schockieren, und in diesem Sinne waren sie auch erfolgreich."

Doch zugleich haben die Angreifer dieses Land, das in den vergangenen Jahren so verängstigt, so niedergeschlagen und so hoffnungslos wirkte wie selten in seiner Geschichte, zumindest für kurze Zeit in berührender Weise geeint. Am Tag nach dem Anschlag empfing Präsident Hollande seinen ärgsten Widersacher Nicolas Sarkozy im Elysée. "Es geht hier nicht einmal nur um die Demokratie", sagte der Expräsident. "Es geht um die Zivilisation."

Hollande lud sogar die Rechtspopulistin Marine Le Pen ein, die im politischen System Frankreichs eigentlich als Außenseiterin gilt, die ein Präsident nicht in den Elysée bittet. Der linke Innenminister Bernard Cazeneuve besuchte am Tag des Attentats die Redaktion des konservativen "Figaro". Das klingt nach wenig, aber das sind Zeichen, die im politisch polarisierten Frankreich viel bedeuten.

Was in Paris geschehen ist, kann aber auch noch wie ein Brandbeschleuniger wirken für das in Frankreich besonders stark verbreitete Unbehagen über einen Islam, der angeblich die republikanische Identität bedrohe. Und für die Angst vor radikalen Islamisten, die Attentate verüben könnten.

Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für den ganzen Westen, auch für Deutschland, das von ähnlichen Gewalttaten bisher verschont geblieben ist; wo sich aber eine diffuse Angst vor dem Islam dennoch in diesen Tagen auf den Straßen Dresdens bei den Demonstrationen von Pegida äußert. Auch sonst fühlen sich überall wieder jene bestätigt, die keinen Unterschied machen wollen zwischen Muslimen und mörderischen Attentätern.

In Frankreich, wo der Front national seit Jahren mit Islamophobie Wählerstimmen holt, werden diese Diskussionen besonders hart geführt. Nicht vergessen sind hier die Morde des 23-jährigen Mohamed Merah, der im März 2012 mit Handfeuerwaffen und Motorroller in Toulouse Jagd auf Soldaten, jüdische Kinder und deren Lehrer machte und dabei sieben Menschen umbrachte.

Merah pflanzte die Furcht in die Herzen der Franzosen, ein blutiger Dschihad könnte ins Land einziehen, aber nicht angeführt von ausländischen Attentätern, sondern von verrückten Franzosen selbst. Denn Merah war französischer Staatsbürger, so wie die beiden Hauptverdächtigen im Fall "Charlie", die Brüder Saïd und Chérif Kouachi, 34 und 32.

Das Attentat von Paris geht die ganze Welt an, aber es trifft auch eine Nation mit bösartiger Präzision im Moment allergrößter Verunsicherung. Kaum je nach dem Krieg war die gesellschaftliche Stimmung in Frankreich so dunkel wie jetzt, da nach zweieinhalb Jahren sozialistischer Regierung der Abstieg des Landes nicht aufzuhalten zu sein scheint.

Alle Kennzahlen sind nur als katastrophal zu beschreiben: Die Arbeitslosigkeit ist in der ersten Hälfte von Präsident François Hollandes Amtszeit auf 3,5 Millionen gestiegen, besonders hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit. Hollandes Regierung verantwortet eine beschleunigte Deindustrialisierung mit kränklichem Nullwachstum.

Suche nach "terrorismus UND (journalis* ODER medien) UND (kritik ODER selbstkritik)" von 07.01.15 bis 31.06.17

Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER APA APA-ONLINEMANAGER APA-ONLINEMANAGER

skysoft

Seite 3 von 10

Der Spiegel (D) by Genios

25.06.2017

Wer dazu die historisch schlechten Popularitätswerte Hollandes nimmt, der in der Bevölkerung gerade einmal 25 Prozent Zustimmung hat, stellt sich ein Land vor, das am Abgrund steht. Diese Woche, in der die Schüsse fielen, ist aber auch ein Moment, in dem ein Präsident Worte finden könnte, die den Schmerz des Augenblicks dämpfen können. Es ist eine Chance für Hollande, die Republik zu verteidigen, die er bisher eher ungelenk regiert hat.

Es gäbe Möglichkeiten, den Schock nach den Anschlägen von der Rue Nicolas Appert in Kraft umzuwandeln. Queen Elizabeth II. schaffte das nach den Bomben von London 2005, als sie sich mit einer klugen Rede ans Volk wandte und den Terroristen ankündigte, man werde sich von niemandem den Way of Life diktieren lassen.

Doch Frankreich könnte auch zur Beute rechter Populisten werden. Am Donnerstag wiederholte Marine Le Pen per Twitter ihre Forderung, ein Referendum über die Todesstrafe abzuhalten. Ihre Umfragewerte waren schon vor dem Attentat hervorragend. Ob sie nun besser werden - oder schlechter -, wird davon abhängen, wie sich die gesellschaftliche Aufbereitung der Morde gestaltet.

Die Straße war schon immer der Ort, an dem Frankreich sich seiner selbst vergewisserte, wo seine Bürger Politik machten. An jenem verhängnisvollen Mittwoch gingen Tausende im Land für die Werte der Republik auf die Straße. Sie sammelten sich nicht nur in Paris und den großen Städten, selbst in Dörfern und Kleinstädten kamen sie durch SMS und soziale Netzwerke zusammen. Sie versammelten sich unter dem Motto "Je suis Charlie". Ein Land, ein Kontinent ist Charlie. Der Satz war auf den Anzeigetafeln von Autobahnen zu sehen, auf Twitter erschien das Foto eines Neugeborenen mit einer Charlie-Armbinde, die Menschen trugen Ansteckknöpfe, und ganze Redaktionen, auch die des SPIEGEL, hielten den Satz in die Kamera.

Er ist zu einem Emblem dafür geworden, dass dieses Land und dieser Kontinent nicht vorhaben, sich wegzuducken in Angst vor dem Terror. Frankreich ist stolz, kann trotzig sein und widerspenstig; und Europa hat Charakter, so würden es die Franzosen sagen.

Paris ist an diesem eisgrauen Tag in einem fiebrigen Zustand, es ist der erste Tag des Winterschlussverkaufs, aber von Mittag an sind die Läden leerer als sonst. Durch die großen Kaufhäuser patrouillieren jetzt Spezialkräfte der Terrorbekämpfung, beim Bäcker spricht man sich gegenseitig Mut zu, wünscht sich einen "schönen Tag, trotz allem" und ja, natürlich gehe man später zur Place de la République.

Am Monument in der Mitte des großen Platzes, wo unter der Statue der Marianne im Relief die drei Prinzipien der Republik wachen, hat jemand der Fraternité ein schwarzes Trauerband verpasst.

Der Großraum Paris lebt jetzt unter der höchsten Sicherheitsstufe, dem "Plan Vigipirate Attentat". Soldaten patrouillieren durch die Hauptstadt zusammen mit Polizisten, es gibt Kontrollen vor Schulen, in großen Einkaufszentren und Kinos werden Taschen durchsucht. "Das wird den Alltag der Franzosen stark verändern", sagt ein Moderator des Senders BFM TV.

Die Menschen sind entsetzt, aber sie verlieren nicht den Kopf. Es überwiegen nicht die Rachegelüste in den Äußerungen, sondern die Trauer. Es scheint, als hätten die Franzosen geahnt, dass es einmal so weit kommen würde. Und jetzt, wo es so gekommen ist, wollen sie nicht klein beigeben, sondern die Contenance wahren.

Dies ist schließlich ein alter Kampf, er wird seit Jahren ausgefochten zwischen den Feinden und den Freunden der Freiheit. Schon 2004 hatte es einen Anschlag auf den holländischen Filmemacher Theo van Gogh gegeben; er hatte den Islam immer wieder - auch auf geschmacklose Weise - angegriffen und wurde schließlich auf den Straßen Amsterdams von einem wütenden Mann niedergemetzelt. Zehn Jahre später sind die Angreifer schwarz gekleidet, tragen schussichere Westen und Kalaschnikows. Sie sind professioneller geworden, aber die Absicht bleibt dieselbe.

Frankreich hat viele Erfolge im Kampf gegen den Terror verzeichnet und Anschläge auf seinem Boden verhindert. Die französische Polizei und die Geheimdienste sind wegen ihres brutalen Vorgehens kritisiert worden, aber sie waren relativ effektiv. Doch nun, da so viele Jugendliche aus Frankreich in den Dschihad

Suche nach "terrorismus UND (journalis* ODER medien) UND (kritik ODER selbstkritik)" von 07.01.15 bis 31.06.17 Seite 4 von 10

Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

Der Spiegel (D) by Genios

25.06.2017

gezogen sind wie aus keinem anderen westlichen Land, stoßen die Behörden an Grenzen.

Premierminister Valls sagte am Donnerstag: "Unsere Dienste haben zahlreiche Gruppen zerlegt, Attentatspläne gestoppt. Das ist der Beweis dafür, dass wir handeln. Hunderte Personen werden von uns verfolgt, Hunderte sind verhaftet worden, Dutzende wurden ins Gefängnis gesteckt. Aber das zeigt auch, worin die Schwierigkeit für unsere Dienste besteht: die Zahl der Menschen, die eine Gefahr darstellen."

Acht Kilometer nördlich von der Place de la République, wo die Trauernden stehen, liegt in dieser Nacht zum 8. Januar die Rue Basly, der Wohnort des mutmaßlichen Attentäters Chérif Kouachi im Vorort Gennevilliers, in der Dunkelheit, nur wenige Fenster sind erleuchtet, man sieht Silhouetten hinter den Vorhängen.

Hier, in der vierten Etage eines hellen Backsteingebäudes mit Kakteen im Fenster, hat Kouachi bis zum vergangenen Mittwoch gewohnt, im vierten Stock, hinter einer violetten Tür in Apartment 143.

Chérif Kouachi war in seiner Jugend einer, der kiffte, trank und sich 2005 im Irak al-Qaida anschließen wollte.

Er und sein Bruder Saïd wurden in Paris geboren und wuchsen in Kinderheimen in Rennes auf. Ihre algerischstämmigen Eltern waren früh gestorben.

Chérif erwarb ein Diplom als Fitnesslehrer, zog nach Paris, schlug sich als Pizzabote durch. Er bezeichnete sich damals als "Gelegenheitsmuslim". Doch dann lernte er den fanatischen selbst ernannten Prediger Farid Benyettou kennen, der ihn für den Dschihad gewann.

Es gibt Aufnahmen aus dem Sommer 2004, gedreht von einem Stadtteilverein, die Chérif in seinem Viertel zeigen: einen Jungen in Turnschuhen und hellen Jeans, mit kahl geschorenem Kopf und glattem Gesicht. Er rappt, er hat diesen coolen schwankenden Gang, den Jungs in dem Alter sich so mühsam antrainieren, begrüßt einen Freund lässig mit High Five.

Die Polizei nahm Chérif 2005 fest, als er sich auf eine Reise über Damaskus in den Irak vorbereitete. Er wollte dort Amerikaner töten. Die Bilder von Abu Ghuraib hätten ihn radikalisiert, sagte er in seinem Prozess 2008. Sein Anwalt beschrieb ihn als "Loser", der nichts mit seinem Leben anzufangen wisse. Chérif Kouachi wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, die Hälfte auf Bewährung.

Der französische TV-Sender FR 3 befragte Chérif damals für eine Dokumentation. Er sagte darin: "Farid (Benyettou -Red.) hat mir gesagt, dass die Korantexte Selbstmordattentate befürworten. In den Texten steht, dass es gut ist, als Märtyrer zu sterben."

Nach seiner Freilassung arbeitete er als Fischverkäufer bei Leclerc. Schon 2010 geriet er wieder in das Visier der Antiterror-fahnder: Er wurde festgenommen, weil er die Befreiung eines verurteilten Terroristen geplant haben soll.

Auch sein Bruder Saïd fiel der Polizei da auf. Beide Brüder wurden von den Franzosen europaweit "zur nachrichtendienstlichen Beobachtung" ausgeschrieben, der eine seit 2010, der andere seit 2011. Einer der beiden habe sich laut deutschen Sicherheitskreisen 2011 im Oman aufgehalten und verfüge über Verbindungen zu al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel.

Saïd, so berichtet die "New York Times", soll sich 2011 außerdem mehrere Monate lang in einem Qaida-Ausbildungslager im Jemen aufgehalten haben. Zu der Zeit rekrutierte dort der in den USA geborene Hassprediger Anwar al-Awlaki sehr erfolgreich Kämpfer aus dem Westen. Sowohl Saïd wie Chérif sollen auf der sogenannten No-Fly-Liste der US-Regierung gestanden haben.

Nach dem Attentat auf "Charlie Hebdo" wurde im Fluchtwagen Saïds Personalausweis gefunden. Er machte die beiden zu den Hauptverdächtigen.

Die Menschen, die man in seiner Straße in Gennevilliers trifft, viele unter ihnen Jugendliche, können es nicht

Suche nach "terrorismus UND (journalis* ODER medien) UND (kritik ODER selbstkritik)" von 07.01.15 bis 31.06.17 Seite 5 von 10
Dieses Dokument dient ausschließlich der persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet.

Nach dem Terroranschlag in Paris Die Lehren der Anderen

Sie wissen, wie es sich anfühlt, wenn Terroristen Angst verbreiten: New Yorker bei einer Solidaritätskundgebung für die Opfer des Terroranschlags von Paris

Die Spätfolgen des Terrors

Seit dem 11. September 2001 sind die Vereinigten Staaten ein anderes Land, auch anderswo haben Bomben tiefe Wunden gerissen, ganze Gesellschaften und Staatsapparate verändert.

■ VEREINIGTE STAATEN

Nach Al Qaidas Überraschungsangriff am 11. September 2001 hat Amerika wie kein anderes Land seine Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und dabei eine massive Bürokratie aufgebaut. Das Land reagierte militärisch, vergrößerte seine Geheimdienste und schuf ein riesiges Ministerium für Heimatschutz. In Afghanistan begannen die Streitkräfte wenige Wochen nach dem 11. September, Al Qaida einen Rückzugort zu nehmen. 2003 begründete Präsident George W. Bush den Einmarsch in den Irak ebenfalls mit dem „Krieg gegen den Terror“, den sein Nachfolger Barack Obama unter anderem mit Drohnenangriffen weiterführte.

Kongress und Regierung erweiterten ferner drastisch die Befugnisse der Geheimdienste. Der CIA fiel die Aufgabe zu, ins Ausland aufgegriffene Terrorverdächtige außerhalb der Vereinigten Staaten als „feindliche Kombattanten“ festzuhalten. Die NSA knüpfte ihr Überwachungsnetz im In- und Ausland eng, wozu ein klarer, anderswo scheinbar Geheimnisbeitrag wie die technologische Entwicklung. Die Bundespolizei FBI wurde faktisch in einen Inlandsgeheimdienst verwandelt. Die Kooperation der 16 amerikanischen Geheimdienste bereitet allerdings bis heute Probleme. Unstritten ist, ob die Schaffung des Amts eines – nicht weisungsbelegten – Nationalen Geheimdienstdirektors die Konkurrenz zwischen den Diensten vermindert oder angeheizt hat.

Die Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen, Bahnhöfen und Schiffen wurden stetig verstärkt. Gründerlich als zuvor überprüften die Amerikaner seit dem 11. September den Hintergrund von Ausländern, die einreisen wollen. Das betrifft die Visumsgabe in bestimmten Ländern, für viele Pakistaner etwa wurde es unmöglich, nach Amerika zu fliegen. Die Fluggesellschaften müssen die Daten aller Amerika-Passagiere vorab weitergeben.

Wenige Monate nach den Anschlägen, bei denen ungefähr 3000 Menschen getötet worden waren, wurden in der 2004 zum Ministerium aufgewerteten Heimatschutzbehörde unter anderem der Grenzschutz, die Einwanderungsbehörde und der Katastrophenschutz gebündelt. Es

handelte sich um die größte Neuordnung in der amerikanischen Bundesregierung seit Gründung des Verteidigungsministeriums im Jahr 1949. In den ersten zehn Jahren nach dem 11. September 2001 dürfte Amerika zwischen einer halben und einer Billion Dollar zusätzlich für den Heimatschutz ausgegeben haben – die Kosten für die Einsätze der Streitkräfte sind dabei nicht mitgerechnet.

In den Sicherheitsbehörden heißt es, Dutzende Anschläge seien so vereitelt worden. Den „Schulbbomber“ im Dezember 2001 und den „Unterhosenbomber“ 2009 überwältigten aber andere Fluggesagiere, nicht Sicherheitskräfte. Auch die Autobombe am New Yorker Times Square wurde 2010 nicht entschärft, weil ein Passant rechtzeitig Rauch bemerkte. In der Masse von angeblich jährlich 50000 Geheimdienstberichten gehen wichtige Erkenntnisse oft unter. Der Anschlag eines in Amerika radikalisierten Islamisten auf den Heeresstützpunkt in Fort Hood wurde 2009 ebenso wenig verhindert wie der Anschlag auf den Bostoner Marathonlauf vor knapp zwei Jahren. Den entscheidenden Hinweis auf die Täter lieferte damals eine herkömmliche Überwachungskamera. (anr.)

■ ISRAEL

Terror gehört seit vielen Jahren zum Alltag in Israel. Doch auch in Israel reagierte man am Donnerstag bestürzt auf die Nachrichten aus Frankreich. „Wir kennen den Schmerz, aber auch die Entschlossenheit, mit der freien Gesellschaften den Terrorismus bekämpfen können“, sagte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Israel werde von denselben Kräften angegriffen, die jetzt Europa attackierten. „Israel steht an der Seite Europas, aber auch Europa muss Israel zur Seite stehen.“ In Israel hofft nicht nur der Regierungschef, dass die gemeinsame Bedrohung dazu beiträgt, dass Europäer endlich mehr Verständnis für das harte Vorgehen gegen die Hamas und andere islamistische Extremisten zeigen – und vielleicht sogar von Beispiel Israels lernen, statt Sicherheitskräfte zu kritisieren, wie zuletzt während des Gaza-Kriegs im Sommer 2014 oder nach der Serie von Anschlägen in Jerusalem im vergangenen Herbst.

Allerdings attestieren die meisten Kommentatoren den Europäern am Donnerstag fast einhellig, dass sie die Tragweite des neuen „Kriegs der Zivilisationen“ („Jediot Aharonot“) immer noch unterschätzen und ihn viel zu zögerlich führen. Europa werde auch jetzt nicht aufwachen und einsehen, dass man mit Israel „in einem Boot sitzt“, schreibt etwa die Zeitung „Haaretz“. Islamistischer Terror gegen Israel habe zuletzt nicht zu mehr Solidarität mit Israel geführt, wie auch die

französische Unterstützung für den jüngsten palästinensischen Vortrieb im UN-Sicherheitsrat verdeutlicht habe.

Im vergangenen Jahr erhöhte ein regierungstreuer Iran ein weiteres Mal das Kopfgeld. Kundsche findet sich auf der selbst „Fahndungsliste“ der Al Qaida, auf der auch Stéphane Charbonnier stand, der am Mittwoch getötete Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“.

Terror ist für die Briten nichts Neues. Bis ins Jahr 2001 hinein erschütterten Bombenanschläge der nordirischen Untergrundorganisation IRA das Land. Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London erstmals islamistische Extremisten in die U-Bahn und rissen 22 Passanten mit sich in den Tod; drei der vier Terroristen waren Briten mit pakistanischen Wurzeln. Weitere Anschläge konnten seither verhindert werden oder blieben ohne größere Wirkung. Dass die Gefahr nicht gebannt ist, zeigte sich im Mai 2013, als zwei Briten im Namen Allahs den Soldaten Lee Rigby auf offener Straße mit Fleischermessern töteten.

Von Panik ist dennoch wenig zu spüren. Die meisten Briten folgen der Philosophie, dem Terror die Wirkung zu nehmen, indem man das Leben wie gewohnt weiterführt. Verändert haben sich allerdings die Sicherheitsvorkehrungen. Die Zahl der Überwachungskameras ist drastisch gestiegen, während die Zahl der öffentlichen Mülltüren – mögliche Bombenbrennstoffe – sichtbar zurückging. Zugleich verschärfte die Regierung die Antiterrorgesetze, die laut der Bürgerrechtsorganisation „Liberty“ schon vorher „exzessiv“ waren. Die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste wurden erweitert, was im Ende nur noch die Leichname der drei jungen Israelis bergen. (hcr.)

■ GROSSBRITANNIEN

Nach am Mittwoch rief David Cameron seine Sicherheitsfachleute zusammen und ließ sich über die Terrorgefährdung in Großbritannien informieren. Solche „Cobra“-Sitzungen finden relativ regelmäßig statt, doch diesmal soll ein Gasta, Angela Merkel, mit am Tisch. Auf den ersten Blick reagieren die Briten gelassen auf den Terroranschlag in Paris. Die Wachen vor dem Westminster Palace wurden leicht verstärkt, die Polizei suchte laut eines Zeitungsberichts eine namentlich nicht genannte Redaktion auf, um Sicherheitsfragen zu besprechen; sie soll wegen islamistischer Berichte gefährdet sein.

Im Königreich hat man Erfahrung mit dem Schutz vor islamistischen Extremisten. Das Haus des früheren Premierministers Tony Blair, der wegen des Irak-Kriegs zur Hassfigur geworden ist, wird nun die Uhr bewacht. Der indisch-britische

Schriftsteller Salman Rushdie erhält seit der gegen ihn gerichteten Fatwa Ajatollah Chomeinis von 1989 Personenschutz. Erst im vergangenen Jahr erhöhte ein regierungstreuer Iran ein weiteres Mal das Kopfgeld. Kundsche findet sich auf der selbst „Fahndungsliste“ der Al Qaida, auf der auch Stéphane Charbonnier stand, der am Mittwoch getötete Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“.

Terror ist für die Briten nichts Neues. Bis ins Jahr 2001 hinein erschütterten Bombenanschläge der nordirischen Untergrundorganisation IRA das Land. Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London erstmals islamistische Extremisten in die U-Bahn und rissen 22 Passanten mit sich in den Tod; drei der vier Terroristen waren Briten mit pakistanischen Wurzeln. Weitere Anschläge konnten seither verhindert werden oder blieben ohne größere Wirkung. Dass die Gefahr nicht gebannt ist, zeigte sich im Mai 2013, als zwei Briten im Namen Allahs den Soldaten Lee Rigby auf offener Straße mit Fleischermessern töteten.

Von Panik ist dennoch wenig zu spüren. Die meisten Briten folgen der Philosophie, dem Terror die Wirkung zu nehmen, indem man das Leben wie gewohnt weiterführt. Verändert haben sich allerdings die Sicherheitsvorkehrungen. Die Zahl der Überwachungskameras ist drastisch gestiegen, während die Zahl der öffentlichen Mülltüren – mögliche Bombenbrennstoffe – sichtbar zurückging. Zugleich verschärfte die Regierung die Antiterrorgesetze, die laut der Bürgerrechtsorganisation „Liberty“ schon vorher „exzessiv“ waren. Die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste wurden erweitert, was im Ende nur noch die Leichname der drei jungen Israelis bergen. (hcr.)

Nach am Mittwoch rief David Cameron seine Sicherheitsfachleute zusammen und ließ sich über die Terrorgefährdung in Großbritannien informieren. Solche „Cobra“-Sitzungen finden relativ regelmäßig statt, doch diesmal soll ein Gasta, Angela Merkel, mit am Tisch. Auf den ersten Blick reagieren die Briten gelassen auf den Terroranschlag in Paris. Die Wachen vor dem Westminster Palace wurden leicht verstärkt, die Polizei suchte laut eines Zeitungsberichts eine namentlich nicht genannte Redaktion auf, um Sicherheitsfragen zu besprechen; sie soll wegen islamistischer Berichte gefährdet sein.

■ SPANIEN

Spanien, leidtragend durch vierzig Jahre baskischer ETA-Terrorismus und die verheerenden Zug-Attentate von Islamisten im Jahr 2004, hat auf den Pariser Anschlag mit einer Erhöhung der Alarmanbereitschaft auf die zweitöchste Stufe rea-

giert. Dieser Gefahr eines „erhöhten Risikos“ wollen die Sicherheitskräfte mit mehr Polizeipräsenz in den Straßen, spezifischen Schutzmaßnahmen für ausgewählte Infrastrukturprojekte (Flughäfen, Bahn- und Busstationen, öffentliche Gebäude) begegnen. Die zweitöchste Stufe wurde zuletzt bei der Proklamation von König Felipe VI. im vorigen Juni angeordnet.

Nach langen Bedenken, darunter Einwänden des Parlamentsausschusses für Justiz und bürgerliche Freiheiten, befürwortet das Innenministerium jetzt auch – nach amerikanischem Vorbild – bei den Sicherheitsbehörden eine Daten von Flugesellschaften anzulegen, um so in Kooperation mit anderen EU-Ländern Deschadisten und andere mutmaßliche Kriminelle aufzuspüren. Während Ministerpräsident Mariano Rajoy, der sich am Donnerstag zu einem Besuch in Andorra aufbricht, zur Ruhe mahnte, übernahm in Madrid seine Stellvertreterin Soraya Sáenz de Santamaría die Koordination der Sicherheitsmaßnahmen. Sie sagte, Spanien sei zwar „eines der sichersten Länder der Welt“. Es gebe aber „kein Risiko null“.

Spanien, wo seit gut zwei Jahren ein „Ei-Waffenstillstand“ eingehalten wird, sieht sich selbst als europäischer „Frontstaat“ im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, vor allem im explosiven Maghreb und mehreren afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Historisch gesehen das einzige europäische „Kalifat“, steht Al Andalus auch zuvorderst auf der „Wiedererobrerliste“ der Terroristen von Al Qaida. Die beiden nordafrikanischen Enklaven Ceuta und Melilla haben sich während der Konflikte im Irak, in Afghanistan und Syrien zunehmend zu „Durchlauferhitzern“ für Deschadisten entwickelt. Auf dem spanischen Festland, wo inzwischen mehr als eine Million Marokkaner leben, kam es in jüngster Zeit immer wieder zu Festnahmen bei Rekrutierungsversuchen von „heiligen Krieger“ für die Kriegerbrigade. Die meisten der Madrider Zug-Attentate waren ebenfalls Marokkaner, unterstützt von Algeriern und einem Tunesier.

Untypisch war damals die politische Reaktion in Spanien, die im März 2004 in die Endphase eines Wahlkampfes fiel. Anders als etwa in den Vereinigten Staaten nach dem 11. September oder nun in Frankreich, kam es nicht zu einem großen Solidarisierungseffekt. Vielmehr gab viele Wähler der scheidenden Regierung Aznar, die fälschlicherweise zuerst Eta als Urheber verdächtigt hatte, eine Mitschuld wegen ihrer Entsendung von Truppen in den Irak. Nach mehreren Tagen heftiger interner Auseinandersetzungen, während der insbesondere die Linksparteien sich mehr auf Kritik an der Regierung als auf die Attentäter konzentrierten, wurden die Konservativen abgewählt. (wie.)

„Pille danach“ bald rezeptfrei

ami. BERLIN, 8. Januar. Nach der Freigabe durch die EU-Kommission kann die „Pille danach“ bald auch in Deutschland ohne ärztliches Rezept durch Apotheker abgegeben werden. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der die Abgabe ohne Rezept lange abgelehnt hatte, ließ erklären, er werde der Entscheidung der Kommission folgen und das deutsche Arzneirecht anpassen. Nicht nutzen will er die Möglichkeit einer abweichenden nationalen Regelung, die die EU vorsehe und auf die Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) hinwies. Huml fordert, dass das Notfallpräparat für Minderjährige verschreibungspflichtig bleiben müsse.

Bis Patientinnen das Notfallpräparat in der Apotheke bekommen, dürfen allerdings noch einige Wochen vergehen. Denn Bundestag und Bundesrat müssen der Änderung der Arzneimittelrichtlinie noch zustimmen. Die Apothekerschaft erklärte, dies sei Voraussetzung für die rechtssichere Abgabe der Präparate, die eine Schwangerschaft bis zu fünf Tagen nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr verhindern können. Es gilt als sicher, dass Bundestag und Bundesrat der Änderung zustimmen werden. Die Länderkammer hatte die Regierung mehrmals unter Hinweis auf Expertenempfehlungen aufgefordert, die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand

Nach dem Terroranschlag in Paris Die Lehren der Anderen



Sie wissen, wie es sich anfühlt, wenn Terroristen Angst verbreiten: New Yorker bei einer Solidaritätskundgebung für die Opfer des Terroranschlags von Paris

Die Spätfolgen des Terrors

Seit dem 11. September 2001 sind die Vereinigten Staaten ein anderes Land, auch anderswo haben Bomben tiefe Wunden gerissen, ganze Gesellschaften und Staatsapparate verändert.

■ VEREINIGTE STAATEN

Nach Al Qaidas Überraschungsangriff am 11. September 2001 hat Amerika wie kein anderes Land seine Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und dabei eine massive Bürokratie aufgebaut. Das Land reagiert militärisch, vergrößerte seine Geheimdienste und schuf ein riesiges Ministerium für Heimatschutz. In Afghanistan begannen die Streitkräfte wenige Wochen nach dem 11. September, Al Qaida einen Rückzugort zu nehmen. 2003 begründete Präsident George W. Bush den Einmarsch in den Irak ebenfalls mit dem „Krieg gegen den Terror“, den sein Nachfolger Barack Obama unter anderem mit Drohnenangriffen weiterführte.

Kongress und Regierung erweiterten ferner drastisch die Befugnisse der Geheimdienste. Der CIA fiel die Aufgabe zu, im Ausland aufgegriffene Terrorverdächtige außerhalb der Vereinigten Staaten als „feindliche Kombattanten“ festzuhalten. Die NSA knüpfte ihr Überwachungsnetz im In- und Ausland eng, wozu ein alarmierendes, aber auch die technologische Entwicklung. Die Bundespolizei FBI wurde faktisch in einen Inlandsgeheimdienst verwandelt. Die Kooperation der 16 amerikanischen Geheimdienste bereitet allerdings bis heute Probleme. Unstritten ist, ob die Schaffung des Amtes eines – nicht weisungsbelegten – Nationalen Geheimdienstdirektors die Konkurrenz zwischen den Diensten vermindert oder angeheizt hat.

Die Sicherheitsvorkehrungen an Flughäfen, Bahnhöfen und Schiffen wurden stetig verstärkt. Gründerlich als zuvor überprüften die Amerikaner seit dem 11. September den Hintergrund von Ausländern, die einreisen wollen. Das betrifft die Visumsgabe in bestimmten Ländern, für viele Pakistaner etwa wurde es unmöglich, nach Amerika zu fliegen. Die Fluggesellschaften müssen die Daten aller Amerika-Passagiere vorab weitergeben.

Wenige Monate nach den Anschlägen, bei denen ungefähr 3000 Menschen getötet worden waren, wurden in der 2004 zum Ministerium aufgewerteten Heimatschutzbehörde unter anderem der Grenzschutz, die Einwanderungsbehörde und der Katastrophenschutz gebündelt. Es

handelte sich um die größte Neuerung in der amerikanischen Bundesregierung seit Gründung des Verteidigungsministeriums im Jahr 1949. In den ersten zehn Jahren nach dem 11. September 2001 dürfte Amerika zwischen einer halben und einer Billion Dollar zusätzlich für den Heimatschutz ausgegeben haben – die Kosten für die Einsätze der Streitkräfte sind dabei nicht mitgerechnet.

In den Sicherheitsbehörden heißt es, Dutzende Anschläge seien so vereitelt worden. Den „Schulbbomber“ im Dezember 2001 und den „Unterhosenbomber“ 2009 überwältigten aber andere Fluggesagiere, nicht Sicherheitskräfte. Auch die Autobombe am New Yorker Times Square wurde 2010 nur entschärft, weil ein Passant rechtzeitig Rauch bemerkte. In der Masse von angeblich jährlich 5000 Geheimdienstberichten gehen wenige Erkenntnisse oft unter. Der Anschlag eines in Amerika radikalisierten Islamisten auf den Heeresstützpunkt in Fort Hood wurde 2009 ebenso wenig verhindert wie der Anschlag auf den Bostoner Marathonlauf vor knapp zwei Jahren. Den entscheidenden Hinweis auf die Täter lieferte damals eine herkömmliche Überwachungskamera. (anr.)

■ ISRAEL

Terror gehört seit vielen Jahren zum Alltag in Israel. Doch auch in Israel reagierten man am Donnerstag bestürzt auf die Nachrichten aus Frankreich. „Wir kennen den Schmerz, aber auch die Entschlossenheit, mit der freien Gesellschaften den Terrorismus bekämpfen können“, sagte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Israel werde von denselben Kräften angegriffen, die jetzt Europa attackierten. „Israel steht an der Seite Europas, aber auch Europa muss Israel zur Seite stehen.“ In Israel hofft nicht nur der Regierungschef, dass die gemeinsame Bedrohung dazu beiträgt, dass Europäer endlich mehr Verständnis für das harte Vorgehen gegen die Hamas und andere islamistische Extremisten zeigen – und vielleicht sogar von Beispiel Israels lernen, statt Sicherheitskräfte zu kritisieren, wie zuletzt während des Gaza-Kriegs im Sommer 2014 oder nach der Serie von Anschlägen in Jerusalem im vergangenen Herbst.

Allerdings attestieren die meisten Kommentatoren den Europäern am Donnerstag fast einhellig, dass sie die Tragweite des neuen „Kriegs der Zivilisationen“ („Jediot Aharonot“) immer noch unterschätzen und ihn viel zu zögerlich führen. Europa werde auch jetzt nicht aufwachen und einsehen, dass man mit Israel „in einem Boot sitzt“, schreibt etwa die Zeitung „Haaretz“. Israelischer Terror gegen Israel habe zuletzt nicht zu mehr Solidarität mit Israel geführt, wie auch die

französische Unterstützung für den jüngsten palästinensischen Vortrieb im UN-Sicherheitsrat verdeutlicht habe.

Im vergangenen Jahr erhöhte ein regierungstreuer Iran ein weiteres Mal das Kopfgeld. Khardi findet sich auf der selbst „Fahndungsliste“ der Al Qaida, auf der auch Stéphane Charbonnier stand, der am Mittwoch getötete Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“.

Terror ist für die Briten nichts Neues. Bis ins Jahr 2001 hinein erschütterten Bombenanschläge der nordirischen Untergrundorganisation IRA das Land. Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London erstmals islamistische Extremisten in die U-Bahn und rissen 52 Passanten mit sich in den Tod; drei der vier Terroristen waren Briten mit pakistanischen Wurzeln. Weitere Anschläge konnten seither verhindert werden oder blieben ohne größere Wirkung. Dass die Gefahr nicht gebannt ist, zeigte sich im Mai 2013, als zwei Briten im Namen Allahs den Soldaten Lee Rigby auf offener Straße mit Fleischermessern töteten.

Von Panik ist dennoch wenig zu spüren. Die meisten Briten folgen der Philosophie, dem Terror die Wirkung zu nehmen, indem man das Leben wie gewohnt weiterführt. Verändert haben sich allerdings die Sicherheitsvorkehrungen. Die Zahl der Überwachungskameras ist drastisch gestiegen, während die Zahl der öffentlichen Mülltüren – mögliche Bombenbrennstoffe – sichtbar zurückging. Zugleich verschärfte die Regierung die Antiterrorgesetze, die laut der Bürgerrechtsorganisation „Liberty“ schon vorher „exzessiv“ waren. Die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste wurden erweitert, was im Ende nur noch die Leichname der drei jungen Israelis bergen. (hcr.)

■ GROSSBRITANNIEN

Nach am Mittwoch rief David Cameron seine Sicherheitsfachleute zusammen und ließ sich über die Terrorgefährdung in Großbritannien informieren. Solche „Cobra“-Sitzungen finden relativ regelmäßig statt, doch diesmal soll ein General, Angela Merkel, mit ihm Tisch. Auf den ersten Blick reagieren die Briten gelassen auf den Terroranschlag in Paris. Die Wachen vor dem Westminster Palace wurden leicht verstärkt, die Polizei suchte laut eines Zeitungsberichts eine namentlich nicht genannte Redaktion auf, um Sicherheitsfragen zu besprechen; sie soll wegen islamistischer Berichte gefährdet sein.

Im Königreich hat man Erfahrung mit dem Schutz vor islamistischen Extremisten. Das Haus des früheren Premierministers Tony Blair, der wegen des Irak-Kriegs zur Hassfigur geworden ist, wird nun die Uhr bewacht. Der indisch-britische

Schriftsteller Salman Rushdie erhält seit der gegen ihn gerichteten Fatwa Ajatollah Chomeinis von 1989 Personenschutz. Erst im vergangenen Jahr erhöhte ein regierungstreuer Iran ein weiteres Mal das Kopfgeld. Khardi findet sich auf der selbst „Fahndungsliste“ der Al Qaida, auf der auch Stéphane Charbonnier stand, der am Mittwoch getötete Redaktionsleiter von „Charlie Hebdo“.

Terror ist für die Briten nichts Neues. Bis ins Jahr 2001 hinein erschütterten Bombenanschläge der nordirischen Untergrundorganisation IRA das Land. Am 7. Juli 2005 sprengten sich in London erstmals islamistische Extremisten in die U-Bahn und rissen 52 Passanten mit sich in den Tod; drei der vier Terroristen waren Briten mit pakistanischen Wurzeln. Weitere Anschläge konnten seither verhindert werden oder blieben ohne größere Wirkung. Dass die Gefahr nicht gebannt ist, zeigte sich im Mai 2013, als zwei Briten im Namen Allahs den Soldaten Lee Rigby auf offener Straße mit Fleischermessern töteten.

Von Panik ist dennoch wenig zu spüren. Die meisten Briten folgen der Philosophie, dem Terror die Wirkung zu nehmen, indem man das Leben wie gewohnt weiterführt. Verändert haben sich allerdings die Sicherheitsvorkehrungen. Die Zahl der Überwachungskameras ist drastisch gestiegen, während die Zahl der öffentlichen Mülltüren – mögliche Bombenbrennstoffe – sichtbar zurückging. Zugleich verschärfte die Regierung die Antiterrorgesetze, die laut der Bürgerrechtsorganisation „Liberty“ schon vorher „exzessiv“ waren. Die Befugnisse der Polizei und der Geheimdienste wurden erweitert, was im Ende nur noch die Leichname der drei jungen Israelis bergen. (hcr.)

Nach am Mittwoch rief David Cameron seine Sicherheitsfachleute zusammen und ließ sich über die Terrorgefährdung in Großbritannien informieren. Solche „Cobra“-Sitzungen finden relativ regelmäßig statt, doch diesmal soll ein General, Angela Merkel, mit ihm Tisch. Auf den ersten Blick reagieren die Briten gelassen auf den Terroranschlag in Paris. Die Wachen vor dem Westminster Palace wurden leicht verstärkt, die Polizei suchte laut eines Zeitungsberichts eine namentlich nicht genannte Redaktion auf, um Sicherheitsfragen zu besprechen; sie soll wegen islamistischer Berichte gefährdet sein.

■ SPANIEN

Spanien, leidtragend durch vierzig Jahre baskischer ETA-Terrorismus und die verheerenden Zug-Attentate von Islamisten im Jahr 2004, hat auf den Pariser Anschlag eine Erhöhung der Alarmerbereitschaft auf die zweitöchste Stufe rea-

giert. Dieser Gefahr eines „erhöhten Risikos“ wollen die Sicherheitskräfte mit mehr Polizeipräsenz in den Straßen, spezifischen Schutzmaßnahmen für ausgewählte Infrastrukturprojekte (Flughäfen, Bahn- und Busstationen, öffentliche Gebäude) begegnen. Die zweitöchste Stufe wurde zuletzt bei der Proklamation von König Felipe VI. im vorigen Juni angeordnet.

Nach langen Bedenken, darunter Einwänden des Parlamentsausschusses für Justiz und bürgerliche Freiheiten, befürwortet das Innenministerium jetzt auch – nach amerikanischem Vorbild – bei den Sicherheitsbehörden eine Daten von Flugreisenden anzulegen, um so in Kooperation mit anderen EU-Ländern Deschadisten und andere mutmaßliche Kriminelle aufzuspüren. Während Ministerpräsident Mariano Rajoy, der sich am Donnerstag zu einem Besuch in Ankara aufbricht, zur Ruhe mahnte, übernahm in Madrid seine Stellvertreterin Soraya Sáenz de Santamaría die Koordination der Sicherheitsmaßnahmen. Sie sagte, Spanien sei zwar „eines der sichersten Länder der Welt“. Es gebe aber „kein Risiko null“.

Spanien, wo seit gut zwei Jahren ein ETA-Waffenstillstand eingehalten wird, sieht sich selbst als europäischer „Frontstaat“ im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, vor allem im explosiven Maghreb und mehreren afrikanischen Ländern südlich der Sahara. Historisch gesehen ist das einzige europäische „Kalifat“, steht Al Andalus auch zuvorderst auf der „Wiedereroberungsliste“ der Terroristen von Al Qaida. Die beiden nordafrikanischen Enklaven Ceuta und Melilla haben sich während der Konflikte im Irak, in Afghanistan und Syrien zunehmend zu „Durchlauferhitzern“ für Deschadisten entwickelt. Auf dem spanischen Festland, wo inzwischen mehr als eine Million Marokkaner leben, kam es in jüngster Zeit immer wieder zu Festnahmen bei Rekrutierungsversuchen von „heiligen Krieger“ für die Kriegergebeten. Die meisten der Madrider Zug-Attentate waren ebenfalls Marokkaner, unterstützt von Algeriern und einem Tunesier.

Untypisch war damals die politische Reaktion in Spanien, die im März 2004 in die Endphase eines Wahlkampfes fiel. Anders als etwa in den Vereinigten Staaten nach dem 11. September oder nun in Frankreich, kam es nicht zu einem großen Solidarisierungseffekt. Vielmehr gab viele Wähler der scheidenden Regierung Aznar, die fälschlicherweise zuerst Eta als Urheber verdächtigt hatte, eine Mitschuld wegen ihrer Entsendung von Truppen in den Irak. Nach mehreren Tagen heftiger interner Auseinandersetzungen, während der insbesondere die Linksparteien sich mehr auf Kritik an der Regierung als auf die Attentäter konzentrierten, wurden die Konservativen gewählt. (wie.)

„Pille danach“ bald rezeptfrei

ami. BERLIN, 8. Januar. Nach der Freigabe durch die EU-Kommission kann die „Pille danach“ bald auch in Deutschland ohne ärztliches Rezept durch Apotheker abgegeben werden. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der die Abgabe ohne Rezept lange abgelehnt hatte, ließ erklären, er werde der Entscheidung der Kommission folgen und das deutsche Arzneirecht anpassen. Nicht nutzen will er die Möglichkeit einer abweichenden nationalen Regelung, die die EU vorsehe und auf die Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml (CSU) hinwies. Huml fordert, dass das Notfallpräparat für Minderjährige verschreibungspflichtig bleiben müsse.

Bis Patienten das Notfallpräparat in der Apotheke bekommen, dürfen allerdings noch einige Wochen vergehen. Denn Bundestag und Bundesrat müssen der Änderung der Arzneimittelrichtlinie noch zustimmen. Die Apothekerschaft erklärte, dass sie Voraussetzung für die rechtssichere Abgabe der Präparate, die eine Schwangerschaft bis zu fünf Tagen nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr verhindern können. Es gilt als sicher, dass Bundestag und Bundesrat der Änderung zustimmen werden. Die Länderkammer hatte die Regierung mehrmals unter Hinweis auf Expertenempfehlungen aufgefordert, die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für die Präparate „Pildana“ und „EllaOne“ aufzuheben und dem Beispiel der meisten anderen EU-Staaten zu folgen. Gröhe will es indes nicht beim Verzicht auf die Rezeptpflicht belassen. Man müsse auch ohne Arztgespräch „eine gute Beratung für beide Präparate aus einer Hand sicherstellen“. Das sei Aufgabe der Apotheker. Ein Ministerium werde die Rezeptpflicht für

11.4. Ehrenkodex für die österreichische Presse



Grundsätze für die publizistische Arbeit (Ehrenkodex für die österreichische Presse)

Der Österreichische Presserat hat Grundsätze für die publizistische Arbeit - den sogenannten Ehrenkodex für die österreichische Presse - aufgestellt. Dieser beinhaltet Regeln für die tägliche Arbeit der Journalisten, die die Wahrung der journalistischen Berufsethik sicherstellen:

Präambel

Journalismus bedingt Freiheit und Verantwortung. Zeitungsherausgeber/innen, Verleger/innen, Hörfunk- und Fernsehverantwortliche sowie Journalisten und Journalistinnen tragen in besonderer Weise Verantwortung für die in einer Demokratie lebensnotwendige Freiheit der Massenmedien. Die redaktionellen Führungskräfte sind besonders gefordert: Sie haben für die konsequente Einhaltung der Grundsätze für die publizistische Arbeit in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich zu sorgen.

Der österreichische Presserat ist Plattform für alle, die sich zu einem der Wahrheitsfindung und Korrektheit verpflichteten Gebrauch der Pressefreiheit bekennen und bereit sind, diesen vom Presserat in konkreten Anlassfällen prüfen zu lassen. Die ständige freiwillige Selbstkontrolle ist ein geeignetes Mittel, den Verpflichtungen der Presse gerecht zu werden.

Der österreichische Presserat hat daher für alle mit der Beschaffung, Verbreitung und Kommentierung von Nachrichten in Zeitungsunternehmen befassten Personen den folgenden Grundsatzkatalog (Ehrenkodex für die österreichische Presse) festgelegt, der im Bedarfsfall laufend ergänzt oder in Form von Richtlinien interpretiert werden kann. Diese Grundsätze gelten für alle in der redaktionellen Verantwortung liegenden Teile einer Zeitung. Zeitungen und Zeitschriften, die sich bereit erklären, den Ehrenkodex einzuhalten, verpflichten sich, auf jeden Fall Erkenntnisse des Österreichischen Presserates, die sich gegen das eigene Medium richten und deren Veröffentlichung beschlossen wurde, zu publizieren (Signet).

1. Freiheit

1.1. Die Freiheit in Berichterstattung und Kommentar, in Wort und Bild ist integrierender Bestandteil der Pressefreiheit. Das Sammeln und Verbreiten von Nachrichten und Kommentaren darf nicht behindert werden.

1.2. Die Grenzen dieser Freiheit liegen für die Tätigkeit des Presserates in der freiwilligen Selbstbeschränkung auf Grund der Bestimmungen in diesem Ehrenkodex.

2. Genauigkeit

2.1. Gewissenhaftigkeit und Korrektheit in Recherche und Wiedergabe von Nachrichten und Kommentaren sind oberste Verpflichtung von Journalisten.



2.2. Durch Anführungszeichen gekennzeichnete Zitate müssen so weit wie möglich den Wortlaut wiedergeben. Eine lediglich sinngemäße Wiedergabe darf nicht unter Anführungszeichen gesetzt werden. Anonyme Zitierungen sind zu vermeiden, sofern es nicht um die Sicherheit der zitierten Person oder die Abwehr eines anderen schweren Schadens von dieser geht.

2.3. Beschuldigungen dürfen nicht erhoben werden, ohne dass nachweislich wenigstens versucht worden ist, eine Stellungnahme der beschuldigten Person(en) oder Institution(en) einzuholen. Handelt es sich um die Wiedergabe einer öffentlich erhobenen Beschuldigung, ist dies deutlich kenntlich zu machen.

2.4. Sobald einer Redaktion zur Kenntnis gelangt, dass sie eine falsche Sachverhaltsdarstellung veröffentlicht hat, entspricht eine freiwillige Richtigstellung dem journalistischen Selbstverständnis und Anstand.

2.5. Wenn zu einem Bericht von Leserseite eine begründete Richtigstellung einlangt, soll diese so weitgehend und so rasch wie möglich veröffentlicht werden.

2.6. Wenn in einer von einem Medium behandelten Angelegenheit eine wichtige richterliche oder behördliche Entscheidung ergeht oder auf anderem Weg wesentliche neue Gesichtspunkte auftauchen, soll darüber angemessen berichtet werden.

3. Unterscheidbarkeit

3.1. Für die Leserinnen und Leser muss klar sein, ob es sich bei einer journalistischen Darstellung um einen Tatsachenbericht oder die Wiedergabe von Fremdmeinung(en) oder um einen Kommentar handelt.

3.2. Vor der Wiedergabe von Fremdmeinungen sollte deren Stichhaltigkeit überprüft werden, wenn gravierende Zweifel an der Richtigkeit eines Zitats bestehen.

3.3. Fotomontagen und Bildbearbeitungen, die von flüchtigen Lesern/innen als dokumentarische Abbildungen aufgefasst werden, müssen deutlich als Montagen oder Bearbeitungen kenntlich gemacht werden.

4. Einflussnahmen

4.1. Eine Einflussnahme Außenstehender auf Inhalt oder Form eines redaktionellen Beitrags ist unzulässig.

4.2. Unzulässige Beeinflussungsversuche sind nicht nur Interventionen und Pressionen, sondern auch die Zuwendung persönlicher Vorteile, die über den Bereich unmittelbarer beruflicher Tätigkeit hinausgehen.

4.3. Wer im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Journalist/in Geschenke oder andere persönliche Vorteile entgegennimmt, die geeignet sein könnten, die journalistische Darstellung zu beeinflussen, verstößt gegen das journalistische Ethos.

4.4. Wirtschaftliche Interessen des Verlages dürfen redaktionelle Inhalte nicht in einer Weise beeinflussen, die Fehlinformationen oder Unterdrückung wesentlicher Informationen zur Folge haben könnte.

4.5. In Berichten über Reisen, die auf Einladung erfolgten, soll auf diese Tatsache in geeigneter Form hingewiesen werden.



11.5. Pressekodex Deutscher Presserat



PUBLIZISTISCHE GRUNDSÄTZE (PRESSEKODEX)

Richtlinien für die publizistische Arbeit nach
den Empfehlungen des Deutschen Presserates

Beschwerdeordnung



INHALT

Präambel und Ziffern	3
Publizistische Grundsätze	8
Beschwerdeordnung	34



PUBLIZISTISCHE GRUNDSÄTZE (PRESSEKODEX)

Vom Deutschen Presserat in Zusammenarbeit mit den Presseverbänden beschlossen und erstmals Bundespräsident Gustav W. Heinemann am 12. Dezember 1973 in Bonn überreicht.

Fassung vom 22. März 2017

PRÄAMBEL

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgte Pressefreiheit schließt die Unabhängigkeit und Freiheit der Information, der Meinungsäußerung und der Kritik ein. Verleger, Herausgeber und Journalisten müssen sich bei ihrer Arbeit der Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und ihrer Verpflichtung für das Ansehen der Presse bewusst sein. Sie nehmen ihre publizistische Aufgabe fair, nach bestem Wissen und Gewissen, unbeeinflusst von persönlichen Interessen und sachfremden Beweggründen wahr.

Die publizistischen Grundsätze konkretisieren die Berufsethik der Presse. Sie umfasst die Pflicht, im Rahmen der Verfassung und der verfassungskonformen Gesetze das Ansehen der Presse zu wahren und für die Freiheit der Presse einzustehen.

Die Regelungen zum Redaktionsdatenschutz gelten für die Presse, soweit sie personenbezogene Daten zu journalistisch-redaktionellen Zwecken erhebt, verarbeitet oder nutzt. Von der Recherche über Redaktion, Veröffentlichung, Dokumentation bis hin zur Archivierung dieser Daten achtet die Presse das Privatleben, die Intimsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Menschen.

Die Berufsethik räumt jedem das Recht ein, sich über die Presse zu beschweren. Beschwerden sind begründet, wenn die Berufsethik verletzt wird.

Diese Präambel ist Bestandteil der ethischen Normen.



Ziffer 1	WAHRHAFTIGKEIT UND ACHTUNG DER MENSCHENWÜRDIGKEIT Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.	BERUFSGEHEIMNIS Die Presse wahrt das Berufsgeheimnis, macht vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch und gibt Informanten ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht preis. Die vereinbarte Vertraulichkeit ist grundsätzlich zu wahren.	Ziffer 5
Ziffer 2	SORGFALT Recherche ist unverzichtbares Instrument journalistischer Sorgfalt. Zur Veröffentlichung bestimmte Informationen in Wort, Bild und Grafik sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen und wahrheitsgetreu wiederzugeben. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entsteht noch verfälscht werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. Symbolfotos müssen als solche kenntlich sein oder erkennbar gemacht werden.	TRENNUNG VON TÄTIGKEITEN Journalisten und Verleger üben keine Tätigkeiten aus, die die Glaubwürdigkeit der Presse in Frage stellen könnten.	Ziffer 6
Ziffer 3	RICHTIGSTELLUNG Veröffentlichte Nachrichten oder Behauptungen, insbesondere personenbezogener Art, die sich nachträglich als falsch erweisen, hat das Publikationsorgan, das sie gebracht hat, unverzüglich von sich aus in angemessener Weise richtigzustellen.	TRENNUNG VON WERBUNG UND REDAKTION Die Verantwortung der Presse gegenüber der Öffentlichkeit gebietet, dass redaktionelle Veröffentlichungen nicht durch private oder geschäftliche Interessen Dritter oder durch persönliche wirtschaftliche Interessen der Journalistinnen und Journalisten beeinflusst werden. Verleger und Redakteure wehren derartige Versuche ab und achten auf eine klare Trennung zwischen redaktionellem Text und Veröffentlichungen zu werblichen Zwecken. Bei Veröffentlichungen, die ein Eigeninteresse des Verlages betreffen, muss dieses erkennbar sein.	Ziffer 7
Ziffer 4	GRENZEN DER RECHERCHE Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.	SCHUTZ DER PERSÖNLICHKEIT Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung. Soweit eine Anonymisierung geboten ist, muss sie wirksam sein. Die Presse gewährleistet den redaktionellen Datenschutz.	Ziffer 8
4	Deutscher Presserat	 Pressekodex	5
Ziffer 9	SCHUTZ DER EHRE Es widerspricht journalistischer Ethik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.	MEDIZIN-BERICHTERSTATTUNG Bei Berichten über medizinische Themen ist eine unangemessen sensationelle Darstellung zu vermeiden, die unbegründete Befürchtungen oder Hoffnungen beim Leser erwecken könnte. Forschungsergebnisse, die sich in einem frühen Stadium befinden, sollten nicht als abgeschlossen oder nahezu abgeschlossen dargestellt werden.	Ziffer 14
Ziffer 10	RELIGION, WELTANSCHAUUNG, SITTE Die Presse verzichtet darauf, religiöse, weltanschauliche oder sittliche Überzeugungen zu schmähen.	VERGÜNSTIGUNGEN Die Annahme von Vorteilen jeder Art, die geeignet sein könnten, die Entscheidungsfreiheit von Verlag und Redaktion zu beeinträchtigen, ist mit dem Ansehen, der Unabhängigkeit und der Aufgabe der Presse unvereinbar. Wer sich für die Verbreitung oder Unterdrückung von Nachrichten bestechen lässt, handelt unehrenhaft und berufswidrig.	Ziffer 15
Ziffer 11	SENSATIONSBERICHTERSTATTUNG, JUGENDSCHUTZ Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz.	RÜGENVERÖFFENTLICHUNG Es entspricht fairer Berichterstattung, vom Deutschen Presserat öffentlich ausgesprochene Rügen zu veröffentlichen, insbesondere in den betroffenen Publikationsorganen bzw. Telemedien.	Ziffer 16
Ziffer 12	DISKRIMINIERUNGEN Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.		
Ziffer 13	UNSCHULDSVERMUTUNG Die Berichterstattung über Ermittlungsverfahren, Strafverfahren und sonstige förmliche Verfahren muss frei von Vorurteilen erfolgen. Der Grundsatz der Unschuldsvermutung gilt auch für die Presse.		
6	Deutscher Presserat	 Pressekodex	7

11.6. Schweizer Presserat

Geschäftsreglement des Schweizer Presserats

I. Institution, Sitz, Zusammensetzung, Geschäftsstelle und Finanzen

Art. 1 Aufgabe

¹Der Schweizer Presserat steht dem Publikum und den Medienschaffenden als Beschwerdeinstanz für medienethische Fragen zur Verfügung. Mit seiner Tätigkeit soll er zur Reflexion über grundsätzliche medienethische Probleme beitragen und damit medienethische Diskussionen in den Redaktionen und im Publikum anregen.

²Der Schweizer Presserat nimmt auf Beschwerde hin oder von sich aus Stellung zu Fragen der Berufsethik der Journalistinnen und Journalisten. Er verteidigt die Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit.

³Grundlage der Stellungnahmen des Schweizer Presserats bilden die «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» (einschliesslich der im Zusammenhang mit der Erweiterung der Trägerschaft des Presserats auf Verleger und RTV-Veranstalter vereinbarten Protokollerklärungen), die dazu vom Schweizer Presserat erlassenen Richtlinien sowie die Praxis des Schweizer Presserats. Der Schweizer Presserat kann für seine Stellungnahmen auch ausländische und internationale medienethische Kodizes heranziehen.

Art. 2 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Schweizer Presserats erstreckt sich auf den redaktionellen Teil oder damit zusammenhängende berufsethische Fragen sämtlicher öffentlicher, periodischer und/oder auf die Aktualität bezogener Medien.

Art. 3 Sitz

Der Presserat hat seinen Sitz bei seiner Geschäftsstelle.

Art. 4 Zusammensetzung

¹Der Schweizer Presserat besteht aus 21 Mitgliedern. Sechs Mitglieder des Schweizer Presserats sind Vertreter des Publikums. Sie üben keine Medienberufe aus. Die übrigen Mitglieder des Presserats sind als Journalistinnen und Journalisten oder sonstwie in der Medienbranche in erheblichem Umfang publizistisch tätig. Mitglieder des Stiftungsrats der Stiftung «Schweizer Presserat» sind nicht wählbar.



²Mindestens sechs Mitglieder des Schweizer Presserats müssen aus der französischsprachigen Schweiz, mindestens zwei aus der italienischsprachigen Schweiz stammen. Nach Möglichkeit ist auch die rätoromanische Sprachgruppe zu berücksichtigen. Die Präsidentin/der Präsident und die beiden Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten dürfen nicht alle der gleichen Sprachregion angehören.

³Jedes Geschlecht besetzt mindestens 8 Sitze.

⁴Der Schweizer Presserat tagt in drei siebenköpfigen Kammern, die von der Präsidentin/dem Präsidenten und den beiden Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten geleitet werden. Das Presseratsplenum legt die Zusammensetzung der Kammern fest.

⁵Der Stiftungsrat der Stiftung «Schweizer Presserat» wählt die Präsidentin/den Präsidenten, die beiden Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten und die Mitglieder des Schweizer Presserats für eine Amtsdauer von vier Jahren. Zweimalige Wiederwahl ist möglich. Bei der erstmaligen Wahl ins Presseratspräsidium (Präsidentin/Präsident; Vizepräsidentin/Vizepräsident) beginnt die Frist zur Amtszeitbeschränkung neu zu laufen.

Art. 5 Geschäftsstelle

¹Die Geschäftsstelle des Schweizer Presserats wird von einer Geschäftsführerin/einem Geschäftsführer geleitet.

²Die Stellenbesetzung der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers erfolgt durch den Stiftungsrat der Stiftung «Schweizer Presserat» im Einvernehmen mit dem Presseratspräsidium.

³Die Pflichten und Rechte der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers werden vertraglich geregelt.

Art. 6 Finanzen

¹Der Presserat tätigt seine Ausgaben im Rahmen des vom Stiftungsrat verabschiedeten Budgets der Stiftung «Schweizer Presserat».

²Die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer besorgt die Rechnungsführung.

II. Verfahren

Art. 7 Legitimation

¹Beschwerdeberechtigt ist jedermann.

²Der Presserat kann mit Mehrheitsbeschluss Themen oder Fälle von sich aus aufgreifen.



Art. 8 Verfahrenseinleitung

¹Ein Verfahren vor dem Schweizer Presserat wird durch Einreichung einer Beschwerde oder durch Beschluss des Plenums des Schweizer Presserats eröffnet.

²Beschwerden an den Presserat sind mit vollständiger Adressangabe der Absenderin/des Absenders und handschriftlich unterzeichnet per konventionelle Post oder elektronisch einzureichen.

Art. 9 Begründung

¹Beschwerden sind zu begründen.

²Die Beschwerdebegründung umreisst den massgeblichen Sachverhalt und führt aus, inwiefern der beanstandete Medienbericht einzelne Bestimmungen der «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» verletzt.

³Weiter gibt sie an, ob im Zusammenhang mit dem Beschwerdegegenstand ein rundfunkrechtliches Verfahren oder ein Gerichtsverfahren hängig ist oder ob ein solches noch anhängig gemacht werden soll.

⁴Zusammen mit der Beschwerdebegründung ist eine Kopie des beanstandeten Medienberichts einzureichen.

Art. 9a Mangelhafte Eingaben

Mängel wie fehlende Unterschrift und fehlende Vollmacht sind innert einer Nachfrist zu verbessern. Andernfalls gilt die Eingabe als nicht erfolgt. Gleiches gilt für unleserliche, unverständliche oder weitschweifige Eingaben.

Art. 10 Beschwerdeeingang und Beschwerdeinstruktion

¹Die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer bestätigt der Beschwerdeführerin/dem Beschwerdeführer den Beschwerdeeingang.

²Die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer instruiert das Beschwerdeverfahren in Absprache mit dem Presseratspräsidium.



11.7. Abstract

(Deutsch)

Massenmedien tragen gegenüber ihren Lesern eine hohe Verantwortung – besonders in Bezug auf die Berichterstattung über Terrorakte. Oftmals ist die Veröffentlichung Teil des Planes von Terroristen. Wie sollen die Massenmedien also richtig mit dieser Verantwortung umgehen? Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit der journalistischen Selbstreflexion zum Thema Terrorismus in den Printmedien.

Im ersten Teil der Arbeit werden die relevanten Begriffe Terrorismus und Selbstreflexion näher erklärt, bevor die theoretische Basis anhand von den Selbstbeobachtungsfallen nach Beuthner und Weichert, der Erläuterung der ethischen Grundsätze nach Boverter sowie der miteinander Inbezugsetzung von Gewalt und Medien für den folgenden empirischen Teil gelegt wird.

Im zweiten Teil der Arbeit ermöglicht der Einsatz der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring das Erlangen von Ergebnissen, mit denen das Erkenntnisinteresse sowie die festgelegten Forschungsfragen bearbeitet werden können. Grundsätzlich konnte festgestellt werden, dass eine selbstreflexive Beleuchtung der Berichterstattung zum Thema Terrorismus in den Printmedien nur in geringem Maße stattfindet. Etwa 3% der untersuchten Artikel beschäftigen sich mit dem Thema – diese dafür eher umfangreich. Weiters zeigte sich, dass zum Großteil über die anderen Medien und nicht über das eigene Medium reflektiert wird. Inhaltlich wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit unterschieden, ob Kritik ausgeübt oder die Rolle der Medien diskutiert wird.

In Bezug auf den Aspekt der Kritik stellte sich heraus, dass über die Fernsehmedien nicht nur am meisten reflektiert wird, sondern sie auch den Großteil der negativen Kritik ernten. Außerdem wird die Rolle der Massenmedien diskutiert, die seitens der untersuchten Printmedien vor allem darin gesehen wird, die Presse- und Meinungsfreiheit zu verteidigen. Die wahrheitsgetreue Wiedergabe von Informationen und eine Zurückhaltung in der Berichterstattung zur Vermeidung von Nachahmungstätern sowie aus Respekt vor den Opfern stehen im Mittelpunkt. Uneinig sind sich die Printmedien hingegen, wenn es um die Veröffentlichung von Täterfotos und islamkritischen Karikaturen geht. Die Ergebnisse zeigen weiters, dass taz – die Tageszeitung die intensivste Selbstreflexion ausübt.

(English)

The mass media hold a great responsibility towards their readership – especially when it comes to coverage of acts of terrorism, as these news articles are frequently part of the terrorists' plan. Hence, how should the mass media deal with this responsibility? Terrorism and its coverage is the core focus of this thesis, along with the self reflection of the print media.

The first part of this thesis will focus on the definition and explanation of relevant key terminology such as 'self reflection' and 'terrorism'. Subsequently, the theoretical framework will be set forth, using Beuthner and Weichert's self reflection traps, an elucidation of Boventer's ethical framework, as well as the explanation of the dynamics of violence and media.

In the second part of this thesis, the use of Mayring's qualitative content analysis yields results which help determine the aim of this thesis, as well as the research questions put forth. In general it can be said that a self reflective investigation of written news media coverage on terrorism is relatively rare. Only about 3% of examined articles deal with this topic directly –these however do so in a rather comprehensive way. The results also show, that for the main part print the media prefer talking about other media rather than reflecting on their own content.

Contentwise this thesis distinguishes between critical statements and statements discussing the role of mass media. Regarding the aspect of critical statements, results show, that most negative parts are pointed towards TV media. Additionally, the overall role of the media is discussed as being mainly the defense of free press and free public speech. Delivering true information as well as holding back on coverage to avoid imitation and to respect the victims plus their relatives is playing a big role in the discussion. The print media do not agree on whether to publish or not to publish information on the perpetrators – including their photos – as well as Islam-critical caricatures. Taz – die Tageszeitung shows the most self reflection of all print media investigated within this thesis.